



Regierungsprogramm

der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt
für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt

- ENTWURF -

Magdeburg, den 23. Januar 2026

Bearbeitungsstand: 5. März 2026

Der vorliegende Entwurf eines Wahlprogrammes für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt soll auf dem Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 11. und 12. April 2026 in Magdeburg beraten werden.

Inhaltsverzeichnis

Präambel	14
I. Familie und Kinder	18
1. Willkommenskultur für Kinder!	18
2. Kinderwillkommengeld einführen!	19
3. Ungeborenes Leben schützen!.....	19
4. Schwangerschaftsabbruch muss im Strafrecht bleiben!	20
5. Familie mit Kindern als Vorbild der Lebensgestaltung!	20
6. Kinderwunscherfüllung fördern!.....	20
7. Eigenheimkredit mit Nachwuchsprämie!.....	21
8. Erziehungsleistung wertschätzen!.....	21
9. Elternrechte in die Landesverfassung!.....	21
10. Mehr Familie, weniger Staat!.....	22
11. Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft würdigen!.....	22
12. Pervers-linke Agitation beenden!.....	23
13. Für kostenfreie Kitaplätze und kostenfreies Schulesen!	23
14. Freier Eintritt für Kinder in Kultureinrichtungen!	24
15. Sport frei!.....	24
16. Vorlesen!	24
17. Frühkindliche Bildung umsetzen!	25
18. Schluss mit Frühsexualisierung!	25
19. Keine Pubertätsblocker und geschlechtsangleichenden Hormontherapien für Kinder und Jugendliche!	26
II. Einwanderung und Remigration	27
1. Illegale Zuwanderer an deutschen Außengrenzen zurückweisen!	27
2. Aufnahmeverweigerung bei illegaler Einreise aus sicherem Drittland und ungeklärter Identität!.....	27
3. Keine Beteiligung des Landes an freiwilligen Aufnahmeprogrammen!.....	28
4. Kirchenasyl in Sachsen-Anhalt unterbinden – Kirchen finanziell zur Rechenschaft ziehen!.....	28
5. Grundrecht auf Asyl abschaffen!.....	29
6. Flüchtlingshilfe vor Ort statt Aufnahme in Sachsen-Anhalt!.....	29

7. Überforderten Kommunen helfen, Zuwanderungsnotstand ausrufen, Zuzugsstopp beschließen!	29
8. Aufnahmestopp des Landes als Ultima Ratio!	30
9. Aufnahmestopp für Nicht-EU-Ausländer sofort!	30
10. Passprüfgeräte flächendeckend anschaffen!.....	31
11. Alter von Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern feststellen!	31
12. Asylanten und Flüchtlinge zentral unterbringen!	31
13. Asylanten und Flüchtlinge an Versorgungskosten beteiligen – Vermögensüberprüfungen durchführen!	32
14. Asylanten und Flüchtlinge zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten!	32
15. Sachleistungen statt Geldleistungen, Auslandszahlungen unterbinden!.....	32
16. Schutzrechtliche Anerkennungen regelmäßig prüfen und gegebenenfalls widerrufen!	33
17. Schutzstatus nach Reisen in Herkunftsländer aberkennen!	33
18. Schutzstatus von Straftätern und Gefährdern aberkennen!	33
19. Subsidiären Schutzstatus abschaffen!	33
20. Asyl- und Integrationsindustrie den Geldhahn zudrehen!	34
21. Schluss mit der Willkommenspropaganda!	34
22. EU-Armutseinwanderung stoppen!	34
23. Einbürgerung braucht hohe Hürden – Kein deutscher Pass für kriminelle Ausländer!	35
24. Turbo-Einbürgerung stoppen, Geburtsortprinzip streichen!.....	35
25. Schwerkriminellen die doppelte Staatsbürgerschaft aberkennen!	35
26. Illegale Zuwanderer sind Fachkräftemangelverursacher!	36
27. Folgeprobleme vermeiden, auf kulturfremde Fachkräfte verzichten!.....	36
28. Technisierung, Digitalisierung und KI statt kulturfremder Fachkräfte!.....	37
29. Remigrationsprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte!	37
30. Ausreisepflichtige konsequent abschieben – Abschiebeoffensive einleiten!	38
31. Verhinderung von Abschiebungen – Fördergelder entziehen, Täter bestrafen!.....	39
32. Neue Abschiebehafplätze schaffen, Instrument der Abschiebehaf nutzen!	39
33. Abschiebeflüge auf Landesebene organisieren!.....	40
34. Ausreisepflicht auch auf kommunaler Ebene durchsetzen!.....	40
35. Task Force für Abschiebungen einrichten!	40
36. Remigrationslotsen statt Integrationslotsen!	41

37.	Entwicklungshilfe an Rücknahmebereitschaft koppeln!	41
38.	Rückkehranreiz schaffen, Leistungseinschränkungen vornehmen!	41
39.	Rückkehranreiz setzen, Bürgergeld für Ukrainer streichen!	42
40.	Remigrationsoffensive in die Ukraine vorbereiten!	42
41.	Ukrainer nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkennen!.....	43
42.	Rückkehrprogramme statt Integrationsfolklore!	43
43.	Gesellschaftliche Wertschätzung für Rückkehrbedienstete schaffen!	44
III.	Kultur und Integration	45
1.	Deutsch denken!	46
2.	Kein Geld mehr für sogenannte Provenienzforschung!	46
3.	Geschichte erinnern, Soldatisches Opfer ehren!	47
4.	Altbaubestand retten!	47
5.	Schöner bauen!.....	48
6.	Patriotismus fördern - Kein Staatsgeld für antideutsche Kunst und Kultur!	48
7.	Landeszentrale für politische Bildung gründlich reformieren!	49
8.	Brauchtum im ländlichen Raum erhalten!	49
9.	Feuerwerk ist Kultur!	49
10.	Vernünftiges Deutsch durchsetzen!	50
11.	Girls und Boys Day durch Zukunftstag ersetzen!	50
12.	Einbürgerungsaufsätze statt Einbürgerungstests!	51
13.	Bekenntnis zu Deutschland einfordern!.....	51
14.	Verpflichtende Integrations-Kurse für Ausländer!.....	52
15.	Engagement von Ausländern anerkennen!.....	52
16.	Nein zu Muezzin und Minarett!	52
17.	Staatsleistungen sofort einstellen!	53
18.	Kein Geld mehr für die Evangelischen Akademie!.....	53
19.	Christentum fördern – Kleine Kirchen fördern!	54
20.	Leistungsträger im Sport ehren!	54
IV.	Schulbildung	55
1.	Optimale Förderung und bestmögliche Bildung für alle!.....	56
2.	Verbindliche Schullaufbahneempfehlung wieder einführen!	56
3.	Keine Experimente an unseren Kindern!	57
4.	Schluss mit der Noteninflation!.....	57

5.	Leistung muss sich wieder lohnen!	57
6.	Heimatkunde - Schulbildung nah am echten Leben!	58
7.	Mehr 1813 und 1871 – Geschichtslehrpläne überarbeiten!.....	58
8.	Bildung statt politischer Indoktrination!.....	58
9.	Lehrer müssen politisch neutral sein!.....	59
10.	Regenbogenflaggen an Schulen verbieten!	59
11.	Flagge zeigen!	59
12.	Keine Frühdigitalisierung an Schulen!	60
13.	Schulfach Informatik als Pflichtfach!.....	60
14.	Russisch-Unterricht erhalten!.....	60
15.	Schüleraustausch mit Russland wiederbeleben!	61
16.	Mehr Sportunterricht!	61
17.	Jedes Kind muss Schwimmen lernen!	61
18.	Bundesjugendspiele konsequent als Wettkampf durchführen!.....	62
19.	Flexibilisierung der Klassengrößen!	62
20.	Pensionierte Lehrer einstellen!	62
21.	Lehrerberuf attraktiver machen – Lehrer gezielt anwerben!	63
22.	Eine pädagogische Hochschule gründen!.....	63
23.	Schulen erhalten!.....	63
24.	Bildungspflicht statt Schulzwang!	64
25.	Keine Pseudodemokratie an Schulen!	64
26.	Landeseinheitliche Lehrmaterialien!	65
27.	Kostenlose Bücher für jedes Kind!.....	65
28.	Sonderklassen für Flüchtlingskinder!	65
29.	Keinen bekenntnisgebundenen Islamunterricht an Schulen!.....	66
30.	Wachdienst an Schulen!.....	66
31.	Gewalttäter empfindlich bestrafen!.....	67
V.	Wissenschaft	68
1.	Gleichberechtigung statt Gleichstellung!	69
2.	Bologna-Prozess rückabwickeln!	69
3.	Eliten bilden - Landesstipendium auflegen!	69
4.	Aufnahmeprüfungen statt Numerus clausus!	70
5.	Prekäre Arbeitsverhältnisse an der Universität beenden!.....	70

6.	Die Universität ist keine Räterepublik!	70
7.	Gender-Studien abschaffen!.....	71
8.	Postkolonialismus ist keine Wissenschaft!	71
9.	Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft einrichten!	72
10.	Institut für kritische Islamforschung aufbauen!.....	72
11.	Schluss mit dem Drittmittelzirkus!	72
12.	Differenzierung in Hochschulen und Universitäten beibehalten!	73
VI.	Innere Sicherheit	74
1.	Mehr Polizisten!.....	74
2.	Für eine schnellere Polizei!	75
3.	Polizeivollzug von Verwaltungstätigkeiten entlasten!.....	75
4.	Kein Generalverdacht mehr bei Schusswaffengebrauch!	75
5.	Taser einführen!	75
6.	Leistungsgerechtigkeit durchsetzen!	76
7.	Qualifikation statt Quote – auch bei der Polizei!	76
8.	Polizeidienst attraktiver gestalten!.....	76
9.	Dienstunfähigkeitsversicherung für alle Polizisten!	77
10.	Keine Vorverurteilung bei Disziplinarverfahren!.....	77
11.	Funktion des Polizeibeauftragten abschaffen!	77
12.	Warnschussarrest einführen!.....	77
13.	Kriminelle Ausländer ausweisen!	78
14.	Gefährder konsequent verfolgen und ausweisen!	78
15.	Abschiebehaftplätze verzehnfachen!	78
16.	Adressen von verurteilten Pädophilen veröffentlichen!.....	79
17.	Vermisste Kinder retten!	79
18.	„Antifa“ in die Schranken weisen!	79
19.	„Antifa“ zur Terrorvereinigung erklären!	79
20.	Freiwillige Bürgerwacht einführen!	80
21.	Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz zusammenfassen!	80
22.	Ehrenamtskarte einführen!	80
23.	Mehr Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer zweckgebunden einsetzen!	81
24.	Sonderbudget für Autobahnabschnitte!	81
25.	Feuerwehrführerscheine fördern!.....	81

VII. Justizwesen	82
1. Kurzer Prozess!.....	83
2. Gewaltverbrechen hart bestrafen!.....	83
3. Justiz braucht Vollzug!	83
4. Richterstellen allein nach Qualifikation besetzen!	84
5. Justizvollzugsanstalt Volkstedt erhalten!	84
6. Bilaterale Rückführungsverträge zur konsequenten Durchsetzung der Ausreisepflicht abschließen!	84
7. Sogenannte „Hassverbrechen“ hinterfragen – Meinungsfreiheit verteidigen!.....	85
8. Schwarzmarkt in JVA's trocken legen!	85
9. Strafmündigkeit absenken!	85
10. Wegfall der „Heranwachsenden“ im Jugendstrafrecht!	86
11. Justizwachtmeister aufwerten – einfachen Dienst abschaffen!.....	86
12. Verstöße und Widerstand gegen Corona-Maßnahmen amnestieren!	86
13. Schutz für das Deutschtum im Strafrecht verankern!	87
14. Zentralisierung der Einbürgerungen!.....	87
VIII. Demokratie und Bürgerrechte	88
1. Für einen Verfassungsschutz, der die Verfassung schützt!.....	89
2. Digitale Bürgerrechte schützen – Transparenz des Staates ausbauen!	89
3. Digitalisierung für mehr Beteiligung!.....	89
4. Meinungs- und Versammlungsfreiheit stärken!	90
5. Gegendemonstrationen ja – Verhinderung angemeldeter Demonstrationen nein! ..	90
6. Stärkung des Freien Mandats!.....	91
7. Vereinsförderung nur mit Demokratie- und Patriotismuserklärung!.....	91
8. Die Demokratie braucht die Urnenwahl!	91
9. Mehr direkte Demokratie wagen!.....	92
10. Politiker müssen Rechenschaft ablegen!	92
11. Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts!	92
12. Zuverlässigkeit prüfen, nicht Gesinnung!	93
13. Liberalisierung mit Augenmaß!.....	93
IX. Wirtschaft und Tourismus	94
1. Förderung des Mittelstands statt Subventionierung globalistischer Großkonzerne!	94
2. Wirtschaftsschädliche Sanktionen beenden!	95

3.	Bürokratisierung beenden, Bürokratieabbau einleiten!.....	95
4.	Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in Sachsen-Anhalt prüfen!	96
5.	Heimische Fachkräfte im Land halten!	96
6.	Akademisierungswahn beenden, Freiwilliges Handwerksjahr einführen!	96
7.	Führerschein-Zuschuss für Sachsen-Anhalts Auszubildende!	97
8.	Junge Nachwuchskräfte im Land halten, Ausbildungsprämie einführen!	97
9.	Kostenfreie Meisterausbildung gewährleisten, Meisterprämie einführen!.....	98
10.	Betriebsaufgaben verhindern, Unternehmensnachfolge sichern!	98
11.	Technisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Wirtschaftsfaktor nutzen!	99
12.	Gütesiegel „Hergestellt in Sachsen-Anhalt“ einführen!	99
13.	Stagnation beenden, heimischen Tourismus stärken!	99
X.	Energiepolitik	101
1.	Subventionen für erneuerbare Energien streichen, Einspeisevorrang beenden!....	102
2.	Stromsteuer auf Mindestwert absenken, Privathaushalte entlasten!	102
3.	Landesenergieagentur abschaffen!.....	102
4.	Akzeptanzgesetz abschaffen!	103
5.	Wärmeplanungs- und Gebäudeenergiegesetz abschaffen, Förderung von Wärmepumpen beenden!.....	103
6.	Windkraftausbau stoppen, Windkraftmoratorium beschließen!	104
7.	Keine Solarparks in deutschen Kulturlandschaften und auf heimischem Ackerland!	104
8.	Rückbaufinanzierung für stillgelegte Windkraft- und Solaranlagen sicherstellen! .	105
9.	Grüne Wasserstoffstrategie beenden, Steuergeldvergeudung stoppen!	105
10.	Vorsicht Energiewende – Blackout-Vorsorge für Sachsen-Anhalt treffen!.....	105
11.	Energiepreisexplosion beenden, Deindustrialisierung stoppen, Reindustrialisierung einleiten!	106
12.	Energiepolitische Russlandsanktionen beenden, Nord-Stream- Pipelines in Betrieb nehmen!	106
13.	Heimat, Umwelt und Bevölkerung schützen – Kein Fracking in Sachsen-Anhalt!...	107
14.	Energiepreise senken, Netzstabilität schaffen, neue Gaskraftwerke errichten!....	107
15.	Kohleausstieg stoppen – Kohlestandort Sachsen-Anhalt erhalten!	107
16.	Neustart vornehmen – Wiedereinstieg in die Kernenergie einleiten!	108
17.	Steuergeldvergeudung beenden – E-Auto-Subventionen streichen!	108

18.	Energie- und Verkehrswendeirrsinn beenden – Verbrenner-Verbot stoppen!.....	109
19.	Autofahrer entlasten – Kraftstoffpreise senken!	109
20.	Heimatschutz und Klimaanpassung statt „Klimarettung“!.....	109
21.	Mikroklima schützen – Energiewende stoppen!.....	110
22.	Kritische Klimaforschung in Sachsen-Anhalt ermöglichen!	110
23.	Klimarettungsindustrie den Geldhahn zudrehen!	111
24.	Pariser Klimaabkommen und Green Deal aufkündigen – Bundesklimaschutzgesetz abschaffen!	111
25.	Emissionshandel beenden – Heimische Unternehmen retten!	112
26.	Verbraucher entlasten – CO ₂ -Steuer abschaffen!.....	112
27.	Klimareligiöse Verbotskultur beenden!.....	112
28.	Klimaextremismus mit den Mitteln des Rechtsstaats entschlossen bekämpfen!..	113
29.	Ökologischen Fußabdruck berücksichtigen, Umwelt schützen, Aufnahme illegaler „Klimaflüchtlinge“ stoppen!	113
XI.	Landwirtschaft und Heimatpflege.....	115
1.	Jede Form der Landwirtschaft fördern!	115
2.	Genforschung zu Versuchszwecken erlauben!.....	116
3.	Agrarpolitik renationalisieren!.....	116
4.	Ackerland in Bauernhand – Agrarstruktur stärken!	116
5.	Düngung nach Fachwissen – Gülle regional nutzen!.....	117
6.	Keine Besteuerung von Bewässerungswasser!.....	117
7.	Schäfer entlasten!.....	117
8.	Nutztiere: Regeln auf den Prüfstand!.....	117
9.	Private Nutztierhaltung erleichtern!.....	118
10.	Gezielte Bestandsregulation statt weltfremder Wolfsromantik!	118
11.	Wald erhalten und aufforsten!	118
12.	Saatgutgewinnung sichern - Landesdarre stärken!.....	119
13.	Asylbewerber bei der Aufforstung einsetzen!	119
14.	Keine Windräder in den Wäldern Sachsen-Anhalts!	119
15.	Jäger unterstützen!.....	120
16.	Vor Ort produziert - Vor Ort konsumiert!	120
17.	Schächten verbieten!	120
18.	Tierheime besser finanzieren!	120

19.	Kastrationspflicht für freigehende Katzen!	121
XII.	Ländlicher Raum und Kommunales	122
1.	Kommunen gerecht finanzieren!	122
2.	Mehr kommunale Selbstverwaltung!	123
3.	Infrastruktur verbessern!	123
4.	Keine Migranten mehr aufs Land!	123
5.	Schluss mit der Bevorzugung der Städte!.....	124
6.	Gleichstellungsbeauftragte abschaffen!.....	124
7.	Förderpolitik ohne Regenbogen!	124
8.	Bürokratie abbauen!	125
9.	Dörfliche Strukturen erhalten!	125
XIII.	Verkehr und Infrastruktur	126
1.	In die Infrastruktur investieren!	126
2.	Planungshoheit der Gemeinden stärken!.....	127
3.	Tempo im Straßenbau, Ausbau des Straßennetzes!	127
4.	Baumaßnahmen autofahrerfreundlich gestalten!	128
5.	Verbandsklagerecht abschaffen!	128
6.	Fährverbindungen erhalten!.....	128
7.	Bus und Bahn stärken!.....	129
8.	Deutschlandticket für alle Schüler!	129
9.	Schluss mit dem LKW-Chaos an Autobahnen!.....	129
10.	Behindertenparkplätze nach Bedarf!.....	130
11.	Wir brauchen keine Lastenräder!	130
12.	Motorradkultur erhalten, Fahrverbote verhindern, SIMSON-Kultur erhalten!	131
13.	Räder müssen rollen!	131
14.	Wasserstraßen-Tourismus entdecken – Wasserstraßen ausbauen!.....	132
15.	Hochwasserschutz praktisch machen!	132
16.	In die Zukunft investieren - Digitale Infrastruktur ausbauen!	132
17.	Zukunftstechnologien fördern – Rechenzentren ansiedeln!	133
XIV.	Öffentlicher Dienst und Verwaltungsreform	134
1.	Ausgaben in Ministerien und Verwaltung kürzen!	134
2.	Ministerien reduzieren!.....	135
3.	Staatsquote senken!	135

4.	Schluss mit Haushaltstrickereien!.....	135
5.	Unnötige Landesgesellschaften auflösen!	135
6.	Landesverwaltungsamt abschaffen!	136
7.	Kein Steuergeld mehr für parteinahe Stiftungen!.....	136
8.	Überflüssige Gesetze streichen!	136
9.	Verwaltung bürgernah digitalisieren!	136
10.	Für eine effiziente Personalpolitik!	137
11.	Genehmigung bei überlangen Verfahren fingieren!.....	137
12.	Fördermittel besser einsetzen!.....	137
13.	Beauftragten-Unwesen abschaffen!.....	137
14.	Die Verwaltung ist für die Bürger da!.....	138
XV.	Medien	139
1.	Meinungsfreiheit verteidigen!.....	139
2.	Radio Corax den Geldhahn zudrehen!	140
3.	Sofortmaßnahme: Rundfunkstaatsverträge kündigen!	140
4.	Genug GEZahlt - Steuerfinanzierten Grundfunk nach dem Vorbild Finnlands einführen!	141
5.	Mehr Eigenverantwortung für den Mitteldeutschen Rundfunk!.....	141
6.	Aufsicht politisch neutral und professionell gestalten!	141
7.	Netzwerkdurchsetzungsgesetz rückabwickeln!	142
8.	Zensur im Internet verhindern!	142
9.	Medienanstalt reformieren, verschlanken, kontrollieren!	142
XVI.	Finanzen und Steuern	144
1.	Grunderwerbssteuer senken!	144
2.	Bagatellsteuern streichen!.....	144
3.	Keine neuen Abgaben und Steuererhöhungen!	144
4.	Systematische Aufgabenkritik!.....	145
5.	Staatlichen Kirchensteuereinzug einstellen!.....	145
6.	Landesrechnungshof stärken!	145
7.	Produktorientierte Haushaltsplanung einführen!	146
8.	Schluss mit sogenannten Sondervermögen!.....	146
9.	Haushaltsklarheit per Gesetz – Ehrliche und transparente Budgets!	146
10.	Finanzausgleichsgesetz grundlegend reformieren!	147

XVII. Gesundheit und Pflege	148
1. Investitionsoffensive für ein modernes Gesundheitswesen!	148
2. Keine Privatisierung von Krankenhäusern mehr!	149
3. Umstrukturierungen nur im Sinne des Patienten!	149
4. Leistungsgruppen sinnvoll gestalten!	149
5. Gesundheitszentren für eine flächendeckende Versorgung!	150
6. Den Rettungsdienst wieder zur schnellen medizinischen Hilfe machen!	150
7. Notaufnahmen erhalten!	150
8. Abrechnungssystem patientenfreundlich reformieren!	151
9. Besser vorsorgen!	151
10. Medizinstudenten statt Importärzte!	152
11. Mehr Ärzte aufs Land!	153
12. Pflegeberufe aufwerten – Pflegenotstand beheben!	153
13. Zurück zu einer differenzierten Ausbildung in der Pflege!	153
14. Pflegekammer nur mit Zustimmung der Betroffenen!	154
15. Pflege zuhause fördern – Familienzusammenhalt stärken!	154
16. Ein Lebensende in Würde!	154
17. Gesundheitswesen gerecht finanzieren!	155
18. Corona-Zeit aufarbeiten!	155

1 **Präambel**

2

3 2021 konnten die Altparteien die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt einmal noch gewinnen,
4 weil sie Panik geschürt und den Bürgern Angst vor einem AfD-Wahlsieg gemacht haben.
5 Was folgte, waren weitere fünf Jahre Altparteienherrschaft. Ergebnis: Die Preise für
6 Strom, Sprit und Lebensmittel sind weiter gestiegen. Ebenso die Steuern und Abgaben.
7 Wir können uns von unseren Löhnen immer weniger leisten. Die Rente reicht nicht mehr
8 zum Leben.

9

10 Unsere Straßen und Plätze sind nicht mehr sicher. Einen Anschlag auf den Weihnachts-
11 markt von Magdeburg hätten wir nicht für möglich gehalten. Der Täter von Magdeburg
12 hätte schon längst abgeschoben werden können. Er war wie so viele andere aber noch
13 hier, weil unsere Behörden Ausländer lax und nachsichtig behandeln, während sie gegen
14 die eigenen Bürger mit falscher Meinung gnadenlos vorgehen. Die laufende Massenein-
15 wanderung schadet uns, doch abgesehen von kraftlosen Ankündigungen ändert sich
16 nichts.

17

18 Die Kinder werden an den Schulen nicht mehr gebildet, dafür erwachsene Bürger bevor-
19 mundet. Krankenhäuser und Schulen schließen. Infrastruktur wird abgebaut, dafür Büro-
20 krasie aufgebaut. Sachsen-Anhalt und Deutschland stehen heute wieder etwas schlech-
21 ter da als noch 2021. Die Altparteien hätten besser Angst vor sich selbst machen sollen.
22 Sie verantworten alle Missstände, nicht die AfD. Und doch klammern sie sich verzweifelt
23 an die Macht. Sie wollen mit allen Mitteln verhindern, dass die AfD die Wahl am 6. Sep-
24 tember demokratisch gewinnt.

25

26 Wenn wir uns dagegen wehren, wenn wir den Mund aufmachen und die Politik der Altpar-
27 teien kritisieren, ändern sie nicht etwa ihren Kurs. Nein, das tun sie nicht. Sie bieten uns
28 nur an, ihre schlechte Politik besser zu erklären. Wir dürfen uns überzeugen lassen. Und
29 wenn wir uns nicht überzeugen lassen, machen sie uns Vorwürfe! Wenn wir nicht einver-
30 standen damit sind, dass unsere Steuern für die Rundumversorgung von Wohlstands-
31 flüchtlingen verpulvert oder an die Ukraine verschenkt werden, während die Schlaglöcher
32 in unseren Straßen immer größer werden, nennen sie uns „egoistisch“. Wenn wir uns nicht
33 widerspruchslos von Einwanderern aus aller Herren Länder anpöbeln und angreifen las-
34 sen, sind wir „ausländerfeindlich“. Wenn wir uns nicht mit der Verschandelung der Land-
35 schaft und der Zerstörung der Umwelt durch Windräder und Solaranlagen abfinden und
36 nicht den höchsten Strompreis der Welt bezahlen wollen, nennen sie uns „wissen-
37 schchaftsfeindlich“ und „Klimaleugner“. Wenn wir es nicht in Ordnung finden, dass man-
38 cher Einwanderer für schwere Körperverletzung leichter bestraft wird als so mancher
39 Deutsche für die falsche Meinung, sind wir gar „rechtsextrem“. Wenn wir nicht zufrieden
40 damit sind, dass Drag-Queens unseren Kindern Geschlechtsumwandlungen schmack-
41 haft machen, schimpfen sie uns „homophob“. Wenn wir uns nicht finanziell ruinieren wol-
42 len, um unsere Häuser energetisch zu sanieren, werfen sie uns vor, wir würden nicht an

43 die kommenden Generationen denken. Wenn wir sagen, dass wir keinen Krieg mit Russ-
44 land und Frieden in Europa wollen, nennen sie uns „Putinverstehler“. Und wenn wir die
45 Regierung für ihren Geschmack zu heftig kritisieren, erklären sie uns mit erhobenem Zei-
46 gefinger, wir würden uns der „verfassungsfeindlichen Delegitimierung des Staates“ schul-
47 dig machen.

48

49 Wir sind schon sehr unerzogene Bürger, undankbar, anspruchsvoll und unbequem. Wie
50 hat es nicht Bertolt Brecht anlässlich der Niederschlagung des Volksaufstandes in der
51 DDR am 17. Juni 1953 so schön formuliert? Die Altparteien haben es schlecht mit uns
52 erwischt. Wir haben ihr Vertrauen verscherzt. Es wäre besser, die Altparteien würden uns
53 auflösen und sich ein anderes Volk wählen.

54

55 Keine Sorge! Die Diktatur der Altparteien ist im Moment noch nicht Realität. Am 6. Sep-
56 tember wählen noch nicht die Altparteien ein neues Volk, wenn sie es auch gerne wollten,
57 sondern das Volk, also wir, entscheiden, welche Parteien unsere Interessen vertreten sol-
58 len. Noch können wir das. Und wir sollten es tun, solange wir es noch können. Es ist viel-
59 leicht unsere letzte Chance.

60

61 Denn wir sind nicht mehr weit entfernt von dem Alptraum, dass sich die Altparteien ihr
62 Volk wählen. Immer mehr Altparteienpolitiker bis hin zur CDU fordern ein AfD-Verbot. Die
63 Begründung ist lächerlich: Wir, die AfD, wären gegen die Demokratie. Das sagen Politiker,
64 die sich von ihrem Volk nichts sagen lassen. Das sagen Politiker, die ihr Volk von morgens
65 früh bis abends spät belehren und einschüchtern. In Ludwigshafen haben die Altparteien
66 im Namen „unserer Demokratie“ den Bürgermeisterkandidaten der AfD von der Wahl aus-
67 geschlossen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis das in Sachsen-Anhalt geschieht.
68 Wenn die Altparteien von „unserer Demokratie“ sprechen, meinen sie ihre Herrschaft. Sie
69 werfen der AfD vor, die AfD würde mit ihren alternativen Politikangeboten „einschüch-
70 tern“, und sind doch in Wahrheit selbst diejenigen, die nur noch mit Einschüchterung re-
71 gieren können.

72

73 Wahre Demokratie ist einfach erklärt. Demokratie heißt, dass die politische Macht einzig
74 und allein durch den Volkswillen legitimiert wird, also durch Abstimmung, nicht durch Ab-
75 stammung von einem Adelsgeschlecht und auch nicht durch spezielle Wertvorstellun-
76 gen. Demokratie heißt, dass die Mehrheit entscheidet und dass deshalb am Ende eine
77 Politik herauskommt, die im Interesse der Mehrheit liegt. Weil jede Regierung abgewählt
78 und jede Mehrheitsmeinung irgendwann auch zur Minderheitsmeinung werden kann, ge-
79 genießt aber auch die Minderheit gewisse Grundrechte, etwa die Rechte der parlamentari-
80 schen Opposition.

81

82 Wir, die AfD, sind keine Gefahr für die Demokratie, im Gegenteil. Dass es uns überhaupt
83 gibt, zeigt, dass die Demokratie noch funktioniert. Wir beweisen durch unsere bloße Exis-
84 tenz, dass andere Meinungen noch möglich sind, dass also das demokratische System
85 noch funktioniert. Dass man es uns schwerer macht als den anderen und uns

86 beispielsweise seit fünf Jahren den der Opposition zustehenden Vizepräsidenten im
87 Landtag verweigert, ist ein Zeichen für eine Störung im demokratischen Prozess. Wenn
88 es uns nicht mehr gibt, ist die Demokratie tot. Dann haben wir die Diktatur der Altparteien.
89 Sorgen wir am 6. September alle gemeinsam dafür, dass es nicht so weit kommt.

90

91 Wir wollen, dass die Bürger sich selbst ein Bild machen und in freier Entscheidung das
92 wählen, was ihrer Meinung entspricht. Jede Partei in Deutschland muss ein Programm
93 vorlegen. Darin erklärt die Partei, was sie will. Das Programm ist die Willenserklärung der
94 Partei und zugleich das Angebot an die Wähler.

95

96 Im Folgenden findet Ihr unser Regierungsprogramm. Dieses Programm ist in einem de-
97 mokratischen Prozess in unseren Landesfachausschüssen entworfen, dann auf einem
98 Landesparteitag diskutiert, abgeändert und schließlich mit großer Mehrheit beschlossen
99 worden. Wir sagen darin im Detail, wie wir Sachsen-Anhalt zum Besseren verändern wol-
100 len.

101

102 Das Entscheidende aber: Wir wollen nicht gegen die Interessen der Bürger regieren, son-
103 dern im Interesse der Bürger. Nicht das, was die Brüsseler EU, was die Ukraine, der UN-
104 Migrationspakt, die Pariser Klimakonferenz wollen und vorschreiben, ist unser Maßstab,
105 sondern einzig und allein das Wohl der Bürger in Sachsen-Anhalt. Der Horror-Vision einer
106 Altparteiendiktatur setzen wir unsere Vision 2026 entgegen!

107

108 Wir wollen eine Familienpolitik, die dafür sorgt, dass hier wieder mehr Kinder geboren
109 werden, denn Kinder sind unsere Zukunft, nicht Einwanderer. Echte Asylanten, die in ihrer
110 Heimat politisch verfolgt werden, und echte Kriegsflüchtlinge können bei uns Schutz auf
111 Zeit erhalten. Wer aber kriminell wird, der verwirkt sein Gastrecht und muss unser Land
112 sofort wieder verlassen.

113

114 Einwanderer sind auch kein Ersatz für fehlende Fachkräfte. Echte Fachkräfte wollen wir
115 nach unseren Bedürfnissen einwandern lassen, besser aber wäre es, die Fachkräfte wür-
116 den von hier kommen, nicht aus Ländern, wo sie selbst dringend gebraucht werden. Des-
117 halb wollen wir das Bildungssystem so reformieren, dass es wieder seine Kernaufgabe
118 erfüllt, nämlich Kulturtechniken und Wissen vermitteln.

119

120 Generell gilt: Unsere Gesellschaft braucht wieder klare Normen und Vorbilder. Ein Be-
121 kenntnis zum eigenen Land und eine Identifikation mit unserer Kultur dürfen nicht mehr
122 als verdächtig, sondern müssen wieder als völlig normal und selbstverständlich gelten.
123 Die Ehe aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen, muss durch die Politik als nor-
124 mative Normalität anerkannt und besonders gefördert werden.

125

126 Da die Kirchensteuerkirchen das nicht mehr vermitteln und sich auch ansonsten von ihrer
127 Kernaufgabe, der Pflege des christlichen Glaubens, entfernt haben, wollen wir all ihre Pri-
128 vilegien abschaffen. Die einseitige politische Indoktrination nicht nur an Schulen,

129 sondern auch durch millionenschwere staatliche Programme und durch einen zwangsge-
130 bührenfinanzierten Rundfunk muss gestoppt werden.

131

132 Die Polizei im Land muss sich wieder auf die Bekämpfung echter Verbrechen konzentrie-
133 ren, statt viel Zeit mit der Verfolgung fragwürdiger Meinungsstraftaten zu vergeuden. Der
134 Verfassungsschutz als eine weisungsgebundene Regierungsbehörde muss aufhören, die
135 Opposition zu verfolgen. Wir brauchen nicht nur wieder mehr Demokratie, sondern auch
136 wieder mehr Freiheit in Sachsen-Anhalt. Das gilt auch für die Verwaltung und die Kommu-
137 nen. Die Gängelung der Bürger durch überbordende Bürokratie und die Gängelung der
138 Verwaltung untereinander müssen aufhören. Und schließlich muss die Finanzausstat-
139 tung der Kommunen verbessert werden. Geld ist genug da, es wird nur an falscher Stelle
140 ausgegeben!

141

142 Das ist unser Programm in Kurzfassung. Wenn Ihr Euch für die Details interessiert und
143 dafür interessiert, wie genau wir unsere Ziele erreichen wollen, empfehlen wir Euch die
144 folgenden 138 Seiten zur Lektüre. Die Altparteien behaupten immer, das, was wir wollten,
145 sei unmöglich. Wir treten mit unserem Regierungsprogramm den Gegenbeweis an: Alles
146 ist möglich!

147

148 Die Altparteien behaupten, wir wären die größte Gefahr für unser Land. An der herrschen-
149 den Misere können wir jedoch nicht schuld sein, denn wir waren noch an keiner Regierung
150 beteiligt. Wir sind angetreten, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Und wir meinen, dass
151 nur wir das können. Denn man kann ein Land nicht mit den Parteien retten, die es zu-
152 grunde gerichtet haben.

153

154 Hier ist unser Programm! Urteilt selbst, ob die AfD verboten gehört oder vielleicht doch
155 besser gewählt.

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

167

168

169

170

171

172 I. Familie und Kinder

173

174 Deutschland leidet unter einem massiven Bevölkerungsrückgang. Was in der politi-
175 schen Debatte als „demographischer Wandel“ bezeichnet wird, ist nichts anderes
176 als die Überalterung und das Aussterben des Deutschen Volkes. Dabei handelt es
177 sich um einen bereits seit Jahrzehnten laufenden Prozess, dessen Folgen mit jedem
178 Jahr drastischer zu spüren sind. Vom Fachkräftemangel bis zur schleichenden Ent-
179 völkerung ganzer Regionen können wir die Auswirkungen tagtäglich in unserer Hei-
180 mat sehen und erleben.

181

182 Die Geburtenrate in Deutschland liegt seit Mitte der 1970er Jahre weit unterhalb des
183 Niveaus zur Bestandserhaltung. Bei einer Geburtenrate von statistisch 1,5 Kindern
184 je Frau ist jede Generation um ca. 25 Prozent kleiner als die ihrer Eltern. In Sachsen-
185 Anhalt lag die Geburtenrate im Jahr 2024 bei 1,31 Kindern je Frau und markierte da-
186 mit einen neuerlichen Tiefstand.

187

188 Den herrschenden Parteien war und ist dieses Problem samt seiner Ursachen
189 schon lange bekannt. Allen Altparteien aber fehlt der politische Wille oder der Mut,
190 diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig wären, um den Trend umzukeh-
191 ren. Beispiele aus der DDR, aber auch anderen Europäischen Ländern zeigen je-
192 doch, dass eine derartige Entwicklung durch eine kluge Politik grundsätzlich um-
193 kehrbar ist.

194

195 Einwanderung, wie von der etablierten Politik beschworen, hingegen ist nicht nur ein
196 untaugliches Mittel gegen das Aussterben der einheimischen Bevölkerung, sie
197 bringt auch viele weitere Probleme mit sich.

198

199 Wir, die AfD, haben als einzige ernstzunehmende politische Kraft den Willen, den
200 familienpolitischen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte mit klaren politischen
201 Maßnahmen zu begegnen. Wir werden die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und
202 möglichst vielen Kindern, wieder in den Mittelpunkt des politischen und gesell-
203 schaftlichen Denkens und Handelns stellen. Mit uns bekommen Eltern die bestmög-
204 lichen Rahmenbedingungen zur Gründung und Führung einer Familie und unsere
205 Kinder die bestmöglichen Chancen auf eine gute und gesunde Entwicklung.

206

207 1. Willkommenskultur für Kinder!

208

209 Politisches Handeln in Sachsen-Anhalt muss stets dem Anspruch der Familien-
210 freundlichkeit gerecht werden. Gesellschaftspolitische Steuerungsinstrumente, die
211 nicht nur kostspielig sind, sondern auch verschiedene Teile unserer Gesellschaft
212 gegeneinander auszuspielen versuchen, werden wir abschaffen. So werden wir
213 etwa den „Gleichstellungsbeauftragten“ durch einen „Familienbeauftragten“

214 ersetzen. Zu seinen Aufgaben gehört die Bewertung der Auswirkungen allen staatli-
215 chen Handelns auf die Geburtenrate und die Weiterentwicklung familien- und kin-
216 derfreundlicher Maßnahmen. Neue Regelungen und Verordnungen, aber auch be-
217 stehende Gesetze, müssen auf ihre Familien- und Kinderfreundlichkeit hin geprüft
218 werden. Sachsen-Anhalt kann nur dann zum Familienland werden, wenn jegliche
219 Anstrengung unternommen wird, Familien zu entlasten, zu unterstützen und beste-
220 hende Belastungen abzubauen.
221

222 **2. Kinderwillkommensgeld einführen!**

223
224 Als Zeichen der Unterstützung für angehende Eltern werden wir ein Baby-Begrü-
225 ßungsgeld in Höhe von 2.000 Euro für die ersten beiden Kinder und von 4.000 Euro
226 für jedes weitere Kind einführen. Damit möchten wir diejenigen unterstützen, die
227 den Mut zu Kindern haben und Verantwortung als Eltern übernehmen. Gleichzeitig
228 können damit finanzielle Hürden gerade in den ersten Lebensmonaten ausgegli-
229 chen werden. Zugangsvoraussetzung ist die deutsche Staatsbürgerschaft mindes-
230 tens eines Elternteils und ein fester Erstwohnsitz beider Eltern in Sachsen-Anhalt
231 seit mindestens einem Jahr. Die erste Hälfte des genannten Geldbetrages wird nach
232 der angezeigten Geburt und die andere Hälfte zum vollendeten dritten Lebensjahr
233 des Kindes ausbezahlt. Voraussetzung für die Auszahlung der zweiten Hälfte ist im
234 Sinne des Kindeswohles die Teilnahme an den empfohlenen medizinischen Vorsor-
235 geuntersuchungen (U1 bis U7a) allerdings ohne Bewertung des Impfstatus.
236

237 **3. Ungeborenes Leben schützen!**

238
239 In Deutschland werden jährlich circa 100.000 Schwangerschaftsabbrüche vorge-
240 nommen. In Sachsen-Anhalt wurden seit 2020 jedes Jahr über 3.000 Kinder abge-
241 trieben. Eine medizinische oder kriminologische Indikation lag dabei in gerade ein-
242 mal vier Prozent der Fälle vor. Neben persönlich-familiären Gründen stellt ein mög-
243 liches wirtschaftliches Risiko eine der Hauptursachen für die Entscheidung zum Ab-
244 bruch der Schwangerschaft dar.

245
246 Wir werden deshalb mit unserem familienpolitischen Maßnahmenkatalog sicher-
247 stellen, dass Kinder in Sachsen-Anhalt nicht zu einem finanziellen Risiko werden.
248 Daneben werden wir eine breit aufgestellte Unterstützungsstruktur für ungewollt
249 Schwangere schaffen. Bereits in der Schwangerenkonfliktberatung ist den Frauen
250 ein gesondertes schriftliches Verzeichnis der in ihrem konkreten Fall möglichen or-
251 ganimatorischen und finanziellen Unterstützungsleistungen einschließlich der je-
252 weiligen Anlaufstelle zu übergeben.
253

254 Soweit keine medizinischen oder kriminologischen Gründe für die Beratung ursäch-
255 lich sind, fordern wir, im Rahmen der Beratung auch eine Ultraschalluntersuchung
256 des ungeborenen Kindes durchzuführen.
257

258 **4. Schwangerschaftsabbruch muss im Strafrecht bleiben!**

259
260 Wir halten an dem gesellschaftlichen Kompromiss fest, wonach die Menschen-
261 rechte, insbesondere das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auch für ungebore-
262 nes Leben gelten. Eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des
263 Strafgesetzbuchs mit allen dazugehörigen politischen Implikationen lehnen wir ab.
264 Entsprechenden Gesetzesinitiativen auf Bundesebene werden wir im Rahmen un-
265 serer Einflussmöglichkeiten, beispielsweise im Bundesrat, entgegnetreten.
266

267 **5. Familie mit Kindern als Vorbild der Lebensgestaltung!**

268
269 Steigende Abtreibungs- und sinkende Geburtenraten hängen auch damit zusam-
270 men, dass sexuelle Abweichungen und nicht-reproduktive Lebensweisen mittler-
271 weile mehr Akzeptanz genießen und offensiver beworben werden als die normale
272 Familie aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen.
273

274 Wir werden dagegen wieder die Themen Kinder und Familie in den Mittelpunkt der
275 Werbe- und Aufklärungskampagnen der Landesregierung stellen, aber auch in der
276 schulischen und darüberhinausgehenden Bildung verankern und priorisieren. Pro-
277 jekte und Organisationen, welche die Aufwertung oder Unterstützung von Familien
278 zum Ziel haben, werden im Rahmen der öffentlichen Förderung besonders berück-
279 sichtigt.
280

281 **6. Kinderwunscherfüllung fördern!**

282
283 Viele Paare in Deutschland bleiben trotz Kinderwunsch ohne eigenen Nachwuchs.
284 Statistisch betrachtet waren noch nie so viele Partner ungewollt kinderlos wie
285 heute. Die Krankenkassen bezahlen auch bei nicht medizinischer oder kriminologi-
286 scher Indikation Schwangerschaftsabbrüche, sobald die Frauen gewisse Einkom-
287 mengsgrenzen unterschreiten. Für reproduktionsmedizinische Maßnahmen wie
288 etwa eine künstliche Befruchtung müssen Paare aber die Hälfte der Kosten selbst
289 tragen. Das kann nicht sein! Wir werden auf Bundesebene darauf hinarbeiten, dass
290 die Krankenkassen sinnvolle und aussichtsreiche reproduktionsmedizinische Maß-
291 nahmen als Regelleistungen übernehmen und diese Lücke mit landeseigenen Un-
292 terstützungsangeboten übergangsweise schließen. Weiterhin werden wir kinderlo-
293 sen Paaren die Adoption erleichtern, solche Paare bei der Zuteilung von

294 Adoptivkindern priorisieren und bei ungewollt Schwangeren für die Möglichkeit der
295 Adoption als Alternative zur Abtreibung werben.
296

297 **7. Eigenheimkredit mit Nachwuchsprämie!**

298
299 In einem Kennzahlenvergleich der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
300 und Entwicklung (OECD) landet Deutschland bei der Wohneigentumsquote gerade
301 einmal auf dem vorletzten Platz. Doch selbst dieses schlechte Ergebnis wird von
302 Sachsen-Anhalt unterboten. Dabei ist selbstgenutztes Wohneigentum nicht nur ein
303 wichtiger Baustein zur Vorbeugung von Altersarmut und Vermögensungleichheit.
304 Wohneigentum gibt auch Stabilität und schafft Identität durch Bindung an den Woh-
305 nort. Wir wollen deshalb durch eine gezielte Förderung die Wohneigentumsquote
306 von deutschen Familien in Sachsen-Anhalt deutlich steigern. Wir werden dazu För-
307 derinstrumente auflegen, um eine Steigerung der Wohneigentumsquote einzulei-
308 ten.

309
310 Hierbei wird Ehepaaren mit mindestens einem Kind, die das 40. Lebensjahr noch
311 nicht vollendet haben, ein zinsvergünstigter Kredit bis zu einer Höhe von 300.000
312 Euro zum Bau oder Kauf von selbstgenutztem Wohnraum zur Verfügung gestellt. Für
313 das erste nach Ausschüttung des Kredits geborene Kind werden dem Ehepaar
314 10.000 Euro des Kredits erlassen, für jedes weitere 20.000 Euro.
315

316 **8. Erziehungsleistung wertschätzen!**

317
318 Zur weiteren Entlastung der Familien werden wir ein landeseigenes Kindergeld ein-
319 führen. Dieses „Familiengeld“ soll insbesondere Mehrkindfamilien finanziell stär-
320 ken. Ab Geburt erhalten Eltern für ihr erstgeborenes Kind monatlich 50 Euro, für ihr
321 zweitgeborenes Kind monatlich 150 Euro und für jedes weitere Kind 250 Euro. Dabei
322 entsprechen die Bezugsvoraussetzungen den Voraussetzungen des Baby-Begrü-
323 ßungsgeldes.
324

325 **9. Elternrechte in die Landesverfassung!**

326
327 Hinter der wohlklingenden Forderung, sogenannte „Kinderrechte“ in der Verfassung
328 zu verankern, verbirgt sich nichts anderes als der Versuch, staatliche Eingriffe in das
329 Familienleben zu erleichtern und den Eltern die Erziehungshoheit streitig zu ma-
330 chen - bis hin zur Kindesentziehung. Als Vehikel sollen ohnehin grundgesetzlich ge-
331 schützte Menschen- und Persönlichkeitsrechte herhalten. Um die Rechte der Kin-
332 der, aber auch der Eltern gegen einen übergriffigen Staat zu verteidigen, werden wir
333 deshalb die Elternrechte in die Landesverfassung schreiben. Damit wird dem Recht
334 der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder die nötige Würdigung zuteil. Der

335 Landesverfassung soll ein neuer Absatz 1a im Artikel 11 hinzugefügt werden. Dieser
336 soll lauten: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern
337 und die zuerst ihnen obliegende Pflicht.“
338

339 **10. Mehr Familie, weniger Staat!**

340
341 In den letzten Jahrzehnten wurden resultierend aus dem Verfall der Familienstruk-
342 turen mehr und mehr Aufgaben, die zuvor in den Familien bewältigt wurden, vom
343 Staat übernommen. Da der Staat sich damit systematisch überfordert hat, wollen
344 wir die Familien wieder als Institution sozialer Hilfe stärken. Funktionierende Fami-
345 lien machen Schulsozialarbeiter überflüssig, wirken einer Überlastung der Alten-
346 heime entgegen und bringen tüchtige junge Menschen hervor, die ihren Lebensun-
347 terhalt selbst verdienen.

348
349 Wir werden deshalb unterstützen, dass die Bürger sich in der Familie selbst helfen,
350 indem wir den Familien niedrigschwellig konkrete Hilfsangebote machen. Wir wer-
351 den es Angehörigen erleichtern, Aufgaben für Verwandte zu übernehmen, und dafür
352 bürokratische Hürden abbauen, sei es bei der Erledigung von Behördengängen oder
353 bei der Organisation einer Pflegeheimstelle. Auf Landesebene werden wir die ge-
354 setzlich-administrativen Rahmenbedingungen schaffen, Akte familiärer Solidarität
355 rechtssicher und ohne Risiko leisten zu können. In Zusammenarbeit mit den Kom-
356 munen werden wir die notwendigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen dafür
357 schaffen. Dabei sind zusätzliche Belastungen der Kommunen durch notwendige fa-
358 milienpolitische Maßnahmen grundsätzlich durch das Land bzw. eine sachdienli-
359 che Verwendung von Bundesmitteln auszugleichen.
360

361 **11. Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft würdigen!**

362
363 Die Familie ist nicht nur die Keimzelle der Gesellschaft, sondern auch der einzige
364 Garant einer lebenswerten Zukunft. Nur aus der Verbindung von Mann und Frau ge-
365 hen Kinder und damit kommende Generationen hervor. Aus eben diesem Grunde
366 stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes.

367
368 Wir sprechen uns daher klar gegen die staatliche Bewerbung und Förderung alter-
369 nativer Lebensentwürfe aus. Wenn einzig und allein die Familie unter dem beson-
370 deren Schutz des Staates steht, ist das keine Diskriminierung, weil durch eine Fülle
371 von Sachgründen legitimiert. Der Schutz und die Sonderstellung der Familie aus Va-
372 ter, Mutter und Kindern ist daher beizubehalten und als gesellschaftspolitisches Ziel
373 zu formulieren, um die Zukunft und den Fortbestand unseres Volkes zu garantieren.

374
375 Ein stabiles Umfeld, eine intakte Familie bestehend aus Mutter, Vater und Kindern,
376 ist erwiesenermaßen die beste Voraussetzung für eine gute und gesunde

377 Kindesentwicklung. Unabhängig davon erkennen wir selbstverständlich die Leis-
378 tung von Alleinerziehenden an und unterstützen diese bestmöglich bei der Erzie-
379 hung ihrer Kinder. Jedem Versuch jedoch, unter dem Deckmantel von Progressivität
380 sogenannte „Einelternfamilien“ als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebens-
381 werten Lebensentwurf zu propagieren, stellen wir uns entschieden entgegen.
382

383 **12. Pervers-linke Agitation beenden!**

384
385 Linksextreme Parolen wie „Still loving Volkstod“, Aufrufe zum „Geburtenstreik“, Wer-
386 bung für einen Schwangerschaftsabbruch bis zum neunten Monat oder gar die Dis-
387 kreditierung und Umdeutung von Lebensschützern als Fundamentalisten greifen
388 immer mehr um sich.

389
390 Dieser pervers-linke, radikal feministische und individualistische Ungeist zersetzt
391 dabei nicht nur traditionelle Familien- und Rollenbilder, er leugnet und kriminalisiert
392 selbst biologische Tatsachen. Individuelle Gefühlswelten werden zum Maßstab
393 staatlichen Handelns und ihre Anerkennung ist mittlerweile gegen jede offenkun-
394 dige Wirklichkeit juristisch erzwingbar.

395
396 Um dem entgegenzusteuern, werden wir Vereinen und Organisationen, die sich an
397 solcher Agitation beteiligen, jede Form öffentlicher Förderung und steuerlicher Ver-
398 günstigung entziehen. Die Vergaberichtlinien von Fördermitteln werden wir entspre-
399 chend anpassen. Staatliche Institutionen haben sich weltanschaulich und politisch
400 neutral zu verhalten und sich im Übrigen zur normativen Normalität der Gesell-
401 schaft zu bekennen.

402
403 Auch werden wir Sozialarbeiter und Erzieher im Rahmen ihrer Tätigkeit zu strikter
404 politischer Neutralität verpflichtet. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen soll de-
405 ren Schulung und Charakterbildung im Sinne einer selbstbestimmten Persönlich-
406 keit dienen. In diesem Zusammenhang ist kein Platz für politische Einflussnahmen
407 und Indoktrination.

408
409 Auf Grund ihrer grundgesetzlich hervorgehobenen Stellung und Wichtigkeit für den
410 Erhalt unserer Gemeinschaft werden wir uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass
411 der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks der Bedeutung von Fa-
412 milien durch deren stärkere Hervorhebung besser gerecht wird.

414 **13. Für kostenfreie Kitaplätze und kostenfreies Schulessen!**

415
416 Egal ob Rente oder Gesundheitsumlage - ohne Kinder und damit zukünftige Bei-
417 tragszahler werden diese Solidarsysteme der Vergangenheit angehören. Deshalb ist
418 es einmal mehr unabdingbar, dass das Gemeinwesen den Mehrwert von Kindern

419 anerkennt und einen Rahmen schafft, in dem die einseitige finanzielle Belastung
420 von Familien mit Kindern ausgeglichen wird. Wir werden Krippen und Kindergärten
421 mit einer dauerhaft auf Landesebene gesicherten Finanzierung ab dem ersten Kind
422 kostenlos machen. Die Mittagsverpflegung muss für alle Kinder, von der Krippe bis
423 zur Schule, ebenfalls kostenfrei und von hoher Qualität vorzuhalten sein. Kita- und
424 Schulessen muss gesund, ausgewogen und schmackhaft sein, um einer guten kör-
425 perlichen und geistigen Entwicklung gerecht werden zu können.
426

427 **14. Freier Eintritt für Kinder in Kultureinrichtungen!**

428 Sachsen-Anhalt ist reich an Kultur, die aber nur erhalten werden kann, wenn wir die
429 nächste Generation an unsere historischen Schätze heranzuführen. In den Familien
430 wird Geschichte erlebt und weitergegeben. In der Familie werden Traditionen be-
431 wahrt. In den Familien diskutiert man über die Vergangenheit. Viele Eltern wollen –
432 und sollen - ihren Kindern unsere kulturellen Errungenschaften vor Ort erlebbar ma-
433 chen, werden dabei allerdings oftmals durch hohe Eintrittspreise abgeschreckt. Wir
434 werden im Rahmen der #deutschdenken-Imagekampagne mit dem „Stolz-Pass“
435 den Familien kostenlosen Zugang zu bedeutsamen Kulturstätten schaffen. Alle in
436 Sachsen-Anhalt lebenden Familien mit mindestens einem Kind sollen Burgen,
437 Schlösser, Museen kostenfrei besuchen können.
438
439

440 **15. Sport frei!**

441 In unserem Bundesland steigt die Zahl der übergewichtigen Kinder. Um dieser nega-
442 tiven Tendenz entgegenzuwirken, gleichzeitig die Familien finanziell zu entlasten
443 und dem Vereinssport Nachwuchs zu verschaffen, werden wir im Rahmen eines
444 Landesprogramms jedem Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres die Mög-
445 lichkeit bieten, sich in einem Verein seiner Wahl kostenfrei sportlich zu betätigen.
446
447

448 **16. Vorlesen!**

449 Schon im Kleinkindalter werden die Grundlagen für die spätere Bildung von Kindern,
450 Jugendlichen und auch Erwachsenen gelegt. Kinder müssen bereits in jüngsten Jah-
451 ren gefördert und motiviert werden. Von unschätzbarem Wert dafür ist das Vorlesen.
452 Dabei erweitern die Kinder nicht nur ihren Wortschatz und ihr Sprachverstehen, sie
453 lernen auch, Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten. Diese und viele an-
454 dere Vorteile sind in unzähligen Untersuchungen bestätigt und dokumentiert. Der
455 Nutzen des Vorlesens für die geistige Entwicklung steht außer Frage.
456

457
458 Demgegenüber steht die traurige Realität, dass etwa einem Drittel aller Kinder nicht
459 oder kaum vorgelesen wird. Allzu oft übernimmt der Fernseher, das Tablet oder

460 andere digitale Medien das, was dem kindlichen Geist selbst überlassen werden
461 sollte. Unseren Kindern werden fertig gedachte und ausgestaltete Inhalte überlas-
462 sen, die nur noch konsumiert und nicht ausgestaltet, weiterverarbeitet oder über-
463 dacht werden müssen.

464
465 Daher muss das Vorlesen viel stärker in das Bewusstsein von Eltern und Angehöri-
466 gen gebracht werden. Zudem muss Vorlesen einen größeren Anteil in der vorschuli-
467 schen Bildung erhalten. Neben einer landesweiten Kampagne werden wir die Lehr-
468 und Bildungspläne anpassen sowie Schulungs- und Beratungsangebote für Eltern
469 und Fachpersonal ausbauen. Darüber hinaus sind bestehende Initiativen weiter zu
470 fördern und regelmäßige Vorleseveranstaltungen zu etablieren.

471

472 **17. Frühkindliche Bildung umsetzen!**

473

474 Aktuell wird in den meisten Kindertagesstätten in Sachsen-Anhalt mit dem soge-
475 nannten geschlossenen Konzept gearbeitet. Das heißt, es existieren feste Gruppen
476 mit einer Betreuerin als Bezugsperson. Dieses geschlossene Konzept bereitet Kin-
477 der optimal auf dem Klassenverband in der Grundschule vor. Es ermöglicht, Pro-
478 jekte und Bildungsprogramme planmäßig und ergebnisorientiert durchzuführen.
479 Das von einer SPD-Ministerin geführt Sozialministerium macht jedoch Druck, auf
480 das sogenannte offene Konzept umzustellen. Im offenen Konzept werden die festen
481 Gruppen aufgelöst und Themenräume (Basteln, Klettern, Musik etc.) eingerichtet,
482 wobei die Kinder selbst entscheiden sollen, womit sie sich beschäftigen. Dieses
483 Konzept beruht auf der falschen Vorstellung, Kleinkinder wüssten selbst am besten,
484 was gut für sie ist. Das offene Konzept führt dazu, dass Kinder dasjenige meiden,
485 womit sie sich beschäftigen sollten und gerade nicht optimal gefördert werden. Der
486 Anspruch, den Kindern eine frühkindliche Bildung zu vermitteln, ist so nicht durch-
487 setzbar. Erste Erfahrungen aus Grundschulklassen, in die Kinder aus Kitas mit offe-
488 nem Konzept kamen, zeigen, dass hier größere Anpassungsschwierigkeiten und hö-
489 here Lerndefizite bestehen als in Klassen, die aus Kindern gebildet wurden, die aus
490 Kitas mit geschlossenem Konzept kamen. Wir werden deshalb das sogenannte of-
491 fene Konzept für alle Einrichtung der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt untersa-
492 gen und das Programm „Bildung elementar“ entsprechend umarbeiten.

493

494

495 **18. Schluss mit Frühsexualisierung!**

496

497 Unter dem Deckmantel der Toleranz nehmen pervers-linke Fanatiker die Seelen un-
498 serer Kinder ins Visier. So wird beispielsweise im Rahmen eines Aktionsplanes der
499 Landesregierung mittels eines sogenannten Kita-Koffers der „Normalitätsbegriff der
500 Familie ein Stück weit hinterfragt“, wie die Verantwortlichen selbst freimütig erklä-
501 ren.

502
503 Ziel dieser Kampagnen ist nicht nur, mehr Akzeptanz für jede Form „alternativer Le-
504 bensentwürfe“ zu erreichen. Vielmehr werden die verschiedensten Ausprägungen
505 nicht-normaler Geschlechtsidentitäten oder abseitiger sexueller Vorlieben gera-
506 dez zu beworben und bei Kindern im Kindergarten- oder Grundschulalter ins Be-
507 wusstsein gerückt. Das ist übergriffig und geht zu weit! Sexualerziehung ist eine Do-
508 mäne der Eltern. In der Kita ist die Familie aus Mann und Frau zwanglos als Normal-
509 form des Zusammenlebens vorauszusetzen und die Zweigeschlechtlichkeit des
510 Menschen als biologische Tatsache zu achten.

511 Die AfD lehnt jede Form der staatlichen Frühsexualisierung und jedwede Indoktri-
512 nation von Kleinkindern und Grundschulern im Sinne devianter Formen von Sexua-
513 lität ab. Wir werden alle staatlichen Kampagnen und Programme einstellen, die Kin-
514 der vor der Pubertät mit sexuellen Themen konfrontieren.

515

516 **19. Keine Pubertätsblocker und geschlechtsangleichenden Hormontherapien für**
517 **Kinder und Jugendliche!**

518

519 Immer mehr Kinder leiden unter einer sogenannten „Geschlechtsdysphorie“, also
520 einer Störung, sich nicht mit dem eigenen Geschlecht identifizieren zu können. An-
521 gefeuert wird dieser Trend durch die Translobby und Organisationen, die sich der
522 Regenbogenideologie verschrieben haben. Eine Relativierung und Verharmlosung
523 dieser Problematik, ja fast schon Förderung, findet sich bis in die Spitzen aller Alt-
524 parteien und hat ebenfalls Einzug in staatliches Handeln gefunden.

525

526 Wir werden diesen Trend umkehren. Statt den Zugang zu Hormontherapien und Pu-
527 bertätsblockern zu erleichtern, fordern wir, wie auch der Deutsche Ärztetag, den Zu-
528 gang zu diesen experimentellen Eingriffen einzuschränken bzw. zu unterbinden. Wir
529 fordern eine Rückkehr zum verantwortungsbewussten Umgang mit seelischen Stö-
530 rungen statt einer verklärenden Normalisierung!

531

532

533

534

535

536

537

538

539

540

541

542 **II. Einwanderung und Remigration**

543

544 Sachsen-Anhalt braucht eine migrationspolitische Kehrtwende um 180 Grad. Das
545 haben nicht zuletzt der Anschlag eines Saudi-Arabers auf den Magdeburger Weih-
546 nachtsmarkt und die Mordtaten eines Afghanen in Wolmirstedt gezeigt. Nicht nur in
547 sicherheitspolitischer, auch in identitäts- und finanzpolitischer Hinsicht ist die Auf-
548 nahmefähigkeit des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen erschöpft.

549

550 Für die Lösung bestehender Migrationsprobleme benötigt das Land ein in sich stim-
551 miges Gesamtkonzept. Dazu gehören Maßnahmen zur Beendigung der illegalen,
552 kulturfremden und inländerfeindlichen Masseneinwanderung. Außerdem ist die
553 Einleitung einer Abschiebe- und Remigrationsoffensive zwingend notwendig. Be-
554 standteil dieser Offensive ist auch ein Rückkehrprogramm für ausgewanderte deut-
555 sche Fachkräfte.

556

557 **1. Illegale Zuwanderer an deutschen Außengrenzen zurückweisen!**

558

559 Laut Bundespolizei hatten im Jahre 2016 lediglich 905 von 280.000 illegal eingerei-
560 teten Personen ein Asylantragsrecht, weil in diesen Fällen die Einreise über einen
561 nicht sicheren Dritt- oder Herkunftsstaat erfolgte. Daraus folgt, dass laut geltender
562 Rechtslage rund 279.000 Personen kein Asylantragsrecht hatten. Diesen Personen
563 hätte die Einreise verweigert werden müssen.

564

565 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die
566 Kontrollen an den deutschen Grenzen massiv verstärkt und illegale Zuwanderer
567 ohne Asylantragsrecht ausnahmslos zurückgewiesen werden. Das Ziel der Bundes-
568 ratsinitiative besteht somit in der Beendigung des fortdauernden Rechtsbruchs und
569 der Rückkehr zur konsequenten Anwendung geltenden Rechts. Außerdem soll die
570 Initiative dazu beitragen, das verloren gegangene Vertrauen der Deutschen in
571 rechtsstaatliche Prinzipien und Wirkmechanismen wieder herzustellen.

572

573 **2. Aufnahmeverweigerung bei illegaler Einreise aus sicherem Drittland und un- 574 geklärter Identität!**

575

576 Eine AfD-geführte Landesregierung wird die Aufnahme von Personen in Sachsen-
577 Anhalt verweigern, die illegal aus einem sicheren Drittland nach Deutschland ein-
578 gereist sind. Schließlich haben diese Personen laut Artikel 16a Absatz 2 Grundge-
579 setz sowie § 18 Absatz 2 Nr. 1 Asylgesetz kein Asylantragsrecht und somit keinen
580 Anspruch auf Aufnahme, Unterbringung und Verpflegung.

581

582 Außerdem wird eine AfD-geführte Landesregierung die Aufnahme von Personen ver-
583 weigern, deren Identität ungeklärt ist und die nicht aktiv an der Klärung ihrer Identi-
584 tät mitwirken. In diesen Fällen besteht ebenfalls Grund zu der Annahme, dass die
585 Betroffenen kein Asylantragsrecht und demnach keinen Anspruch auf Aufnahme,
586 Unterbringung und Verpflegung haben.

587

588 **3. Keine Beteiligung des Landes an freiwilligen Aufnahmeprogrammen!**

589

590 Die Aufnahmekapazitäten des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen sind
591 erschöpft. Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung die Beteiligung an frei-
592 willigen Aufnahmeprogrammen supranationaler Organisationen für „Flüchtlinge“
593 aufkündigen bzw. die Teilnahme an derartigen „Resettlement-Programmen“ verwei-
594 gern. Außerdem wird eine AfD-Landesregierung die Aufnahme sogenannter ‚afgha-
595 nischer Ortskräfte‘ und ihrer Familien, die von der Bundesregierung eingeflogen
596 werden, ablehnen.

597

598 **4. Kirchenasyl in Sachsen-Anhalt unterbinden – Kirchen finanziell zur Rechen- 599 schaft ziehen!**

600

601 Im Jahre 2024 gewährten Kirchen in Sachsen-Anhalt insgesamt 81 ausreisepflichti-
602 gen Ausländern sogenanntes Kirchenasyl, im ersten Halbjahr 2025 waren es 61
603 Fälle – darunter vor allem Afghanen, Iraker und Syrer.

604

605 Das Kirchenasyl verstößt gegen geltendes Recht. Es zielt darauf ab, Abschiebefristen
606 verstreichen zu lassen und dadurch eine Abschiebung dauerhaft zu verhindern.
607 Im Jahre 2024 scheiterten in Sachsen-Anhalt 48 geplante Abschiebungen am Kir-
608 chenasyl. Eine AfD-geführte Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit den Aus-
609 länder- und Polizeibehörden dafür sorgen, dass alle Kirchenasylanten schnellst-
610 möglich aus Sachsen-Anhalt abgeschoben werden.

611

612 Eine AfD-Landesregierung wird in jedem dieser Fälle prüfen lassen, ob das Vermit-
613 teln oder Gewähren des Kirchenasyls den Anfangsverdacht der Anstiftung oder Bei-
614 hilfe zum unerlaubten Aufenthalt – nach § 95 Absatz 1 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz, § 26f.
615 Strafgesetzbuch – erfüllt. Wenn Abschiebefristen durch Kirchenasyl verstreichen,
616 wird die Landesregierung prüfen, ob die verantwortlichen Kirchengemeinden für die
617 daraus resultierenden Folgekosten dauerhaft in die finanzielle Verantwortung ge-
618 nommen werden können.

619

620

621

622 **5. Grundrecht auf Asyl abschaffen!**

623

624 Im Jahre 2023 forderte der damalige Unionsfraktionsgeschäftsführer und heutige
625 Chef des Bundeskanzleramtes Thorsten Frei die Abschaffung des Grundrechts auf
626 Asyl. Im Jahre 2024 erhob der damalige brandenburgische CDU-Innenminister Mi-
627 chael Stübgen wenige Tage vor der dortigen Landtagswahl diese Forderung ebenso
628 wie der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckhard Frei
629 im Jahre 2025 bei einer Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.

630

631 Während CDU-Politiker in Wahlkampfzeiten rechts blinken, um nach Wahlabenden
632 links abzubiegen, ist die AfD in Sachsen-Anhalt angetreten, um Worten auch Taten
633 folgen zu lassen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine Bundesratsinitiative
634 zur Abschaffung des Asyl-Grundrechts und seiner Umwandlung in ein staatlicher-
635 seits gewährtes Gnadenrecht einleiten. Wir müssen frei sein, entscheiden zu kön-
636 nen, welchen Personen wir nach Maßgabe unseren politischen Interesses Asyl ge-
637 wahren.

638

639 **6. Flüchtlingshilfe vor Ort statt Aufnahme in Sachsen-Anhalt!**

640

641 Kulturfremde Flüchtlinge sollen keine Reise durch zahlreiche sichere Drittländer an-
642 treten, sondern Zuflucht in Nachbarstaaten finden. Beispielsweise endet die Flucht
643 eines Syrers in der Türkei oder im Libanon. Eine Weiterreise in Richtung Deutschland
644 ist hingegen keine Flucht, sondern der Weg ins deutsche Sozialstaatsparadies.

645

646 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass
647 Flüchtlingshilfe ausschließlich vor Ort erfolgt. Dafür sollen dem UNO-Flüchtlings-
648 hilfswerk (UNHCR) Hilfsgelder aus dem Bundeshaushalt in ausreichender Höhe zur
649 Verfügung gestellt werden. Der Ansatz, Finanzmittel für die heimatnahe Unterbrin-
650 gung und Verpflegung in Krisenregionen zur Verfügung zu stellen, ist aus ökonomi-
651 scher und gesellschaftlicher Perspektive sinnvoller als der Ansatz, kulturfremde
652 Menschen zu entorten, dauerhaft im eigenen Land anzusiedeln, und mit Steuergel-
653 dern zu alimentieren.

654

655 **7. Überforderten Kommunen helfen, Zuwanderungsnotstand ausrufen, Zuzugs-**
656 **stopp beschließen!**

657

658 In den vergangenen Jahren haben überlastete Städte und Kommunen den Zuwan-
659 derungsnotstand ausgerufen – darunter Cottbus (Brandenburg), Freiberg (Sachsen),
660 Pirmasens (Rheinland-Pfalz) sowie Delmenhorst, Salzgitter und Wilhelmshaven
661 (Niedersachsen). Gemäß §12a Aufenthaltsgesetz wurde bei den zuständigen Innen-
662 ministerien ein Zuzugsstopp für ‚Flüchtlinge‘ beantragt. Nach dem positiven

663 Bescheid der Ministerien wurde eine negative Wohnsitzauflage für ‚Flüchtlinge‘ ver-
664 hängt.

665
666 Die Aufnahmekapazität der sachsen-anhaltischen Kommunen ist erschöpft – und
667 zwar aus finanz-, sozial-, arbeits-, wohnungs-, bildungs-, identitäts- und sicher-
668 heitspolitischen Gründen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird Anträge überfor-
669 derter Städte und Kommunen prüfen und nach einem positivem Befund Zuzugs-
670 stopps für ‚Flüchtlinge‘ verhängen.

671

672 **8. Aufnahmestopp des Landes als Ultima Ratio!**

673

674 Das deutsche Asylrecht steht wie das internationale Flüchtlingsrecht unter einem
675 Notstandsvorbehalt. Nationalstaaten, Bundesländer und Kommunen sind nicht
676 dazu verpflichtet, tatsächliche oder angebliche ‚Flüchtlinge‘ in einem Umfang auf-
677 zunehmen, der zu einem Kollaps ihrer Institutionen führt.

678

679 Indizien für einen drohenden Zusammenbruch sind unter anderem eine administra-
680 tive Überforderung bei der Durchführung von Asylverfahren oder erschöpfte Unter-
681 bringungskapazitäten, fehlende Kitaplätze sowie eine zunehmende Zahl von Brenn-
682 punktschulen, deren hohe Ausländeranteile den Lernerfolg der einheimischen
683 Schüler gefährden.

684

685 Im akuten Notfall wird eine AfD-geführte Landesregierung zur Abwendung einer in-
686 stitutionellen Notlage als Ultima Ratio einen Aufnahmestopp für das Land verhän-
687 gen. Beispielgebend ist der im Jahre 2016 von der nordrhein-westfälischen Landes-
688 regierung verhängte Aufnahmestopp für marokkanische Asylbewerber. Grundlage
689 dieser Entscheidung war die Abwendung einer sicherheitspolitischen Notlage nach
690 den Ereignissen auf der Kölner Domplatte in der Silvesternacht 2015/2016.

691

692 **9. Aufnahmestopp für Nicht-EU-Ausländer sofort!**

693

694 Noch existiert kein Grundrecht für Nicht-Deutsche, nach Deutschland einwandern
695 zu können. Somit ist es ohne die geringste rechtliche Problematik möglich, für aus-
696 gewählte Nicht-EU-Länder, die für problembehaftete Einwanderung verantwortlich
697 sind, einen sofortigen und totalen Einwanderungsstopp zu verhängen. Einreisen aus
698 diesen Ländern sind dann grundsätzlich nur noch mit Visum zum vorübergehenden
699 beispielsweise touristisch begründeten Aufenthalt erlaubt. Da die Aufnahmekapa-
700 zitäten unseres Landes erschöpft sind und wir erst die zahlreichen Folgeprobleme
701 der ungezügelter Masseneinwanderung bewältigen müssen, bevor wir darüber
702 nachdenken können, weitere Ausländer einwandern zu lassen, werden wir uns auf
703 Bundesebene dafür einsetzen, bis auf weiteres sofortige Aufnahmestopps für
704 Nicht-EU-Ausländer zu verfügen.

705 **10. Passprüfgeräte flächendeckend anschaffen!**

706
707 Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass die Meldestellen
708 in Sachsen-Anhalt flächendeckend mit Dokumentenprüfgeräten ausgerüstet wer-
709 den. Pässe, die von Asylantragstellern vorgelegt werden, sollen ausnahmslos auf
710 Echtheit geprüft werden, um Passfälschungen und damit verbundenen Asylbetrug
711 aufzudecken und konsequent zu ahnden. Gleiches gilt für vorgelegte ausländische
712 EU-Personaldokumente. Bislang nicht auf Echtheit geprüfte Pässe sollen nach An-
713 schaffung der Prüfgeräte nachträglich erneut vorgelegt und untersucht werden.
714

715 **11. Alter von Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern feststellen!**

716
717 Illegal eingereiste junge Männer aus fremden Kulturkreisen machen häufig falsche
718 Altersangaben. Sie geben sich als Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA) aus,
719 um in den Genuss umfangreicher Betreuungsleistungen zu kommen. Allein im Dop-
720 pelhaushalt 2025/2026 werden für diesen Personenkreis Leistungen in Höhe von 40
721 Millionen Euro veranschlagt.

722
723 Eine AfD-geführte Landesregierung wird alle zur Verfügung stehenden medizini-
724 schen Mittel (u.a. Zahnuntersuchung, Röntgen der Handwurzel und des Schlüssel-
725 beins) nutzen, um das wahre Alter angeblicher UMA festzustellen. Medizinische Un-
726 tersuchungen müssen verpflichtend durchgeführt werden. Illegale Zuwanderer, die
727 nach ihrer Einreise nachweislich falsche Altersangaben gemacht haben, um den
728 UMA-Status zu erlangen, müssen mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen rech-
729 nen.
730

731 **12. Asylanten und Flüchtlinge zentral unterbringen!**

732
733 Land und Kommunen müssen asylantragsberechtigte Personen unterbringen und
734 verpflegen. Die Unterbringung kann dezentral in Wohnungen oder in zentralen Ge-
735 meinschaftsunterkünften erfolgen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird Asylan-
736 ten in zentralen Unterkünften einquartieren.

737
738 Deren Lage wird im Interesse der Bürger sowie der Bewohner der Unterkünfte so ge-
739 wählt werden, dass Konfliktpotentiale vermieden werden. Von Innenstadtlagen ist
740 daher Abstand zu nehmen. Bei der Standortwahl ist dem Wohl der einheimischen
741 Bevölkerung besondere Bedeutung beizumessen.

742
743 Ein Asylprozess beginnt mit dem Asylantrag und endet mit der Rückkehr in die Hei-
744 mat. Darum muss Asylbewerbern klar sein, dass sie nur ein Gastrecht auf Zeit

745 genießen. Nach der Ablehnung eines Asylantrages oder dem Wegfall einer Fluchtur-
746 sache muss umgehend die Rückkehr ins Heimatland erfolgen.

747

748 **13. Asylanten und Flüchtlinge an Versorgungskosten beteiligen – Vermögensüber-**
749 **prüfungen durchführen!**

750

751 Die Versorgung von Asylbewerbern ist kostenintensiv. Die dafür verwendeten Steu-
752 ergelder fehlen bei der Finanzierung von Belangen der deutschen Bevölkerung. Ein-
753 heimische Sozialleistungsempfänger müssen ihre Ersparnisse bis auf einen kleinen
754 Notgroschen aufzehren. Im Gegensatz dazu werden Asylanten für die von ihnen ver-
755 ursachten Kosten nicht herangezogen.

756

757 Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass Bargeldbestände, Kre-
758 ditkarten und Vermögenswerte, die Asylantragsberechtigte bei ihrer Einreise mit
759 sich führen, festgestellt, konfisziert und für die Finanzierung von Unterbringung und
760 Verpflegung verwendet werden. Außerdem muss nach Asylantragsstellung eine Ver-
761 mögensüberprüfung durchgeführt werden. Dabei identifizierte Vermögenswerte
762 müssen – soweit möglich – zur Deckung von Versorgungskosten genutzt werden.
763 Durch diese Maßnahmen soll die Vergeudung deutscher Steuergelder vermieden
764 werden.

765

766 **14. Asylanten und Flüchtlinge zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten!**

767

768 Das Asylbewerberleistungsgesetz schafft die Möglichkeit, Asylbewerber zu gemein-
769 nütziger Arbeit zu verpflichten (§ 5 Absatz 4). Im Falle einer Arbeitsverweigerung kön-
770 nen Leistungseinschränkungen vorgenommen werden (§ 1a Absatz 1).

771

772 Eine AfD-geführte Landesregierung wird die Schaffung verpflichtender Arbeitsgele-
773 genheiten in den zentralen Landeseinrichtungen zur Erstaufnahme von Flüchtlingen
774 und Asylanten fördern und durchsetzen. Weiterhin werden wir über das Landesver-
775 waltungsamt die Kreise anweisen, auch in ihrer Zuständigkeit flächendeckend eine
776 Arbeitspflicht für Asylanten und Flüchtlinge zu etablieren. Unter Einbeziehung der
777 Landkreise, Städte und Gemeinden soll dazu ein Umsetzungskonzept erarbeitet
778 werden. Bei der Ausarbeitung soll insbesondere geprüft werden, inwiefern Asylan-
779 ten bei der Reinigung und Instandhaltung ihrer zentralen Unterkünfte durch Haus-
780 meister- und Putztätigkeiten einbezogen werden können.

781

782 **15. Sachleistungen statt Geldleistungen, Auslandszahlungen unterbinden!**

783

784 Eine AfD-geführte Landesregierung wird das Sachleistungsprinzip im Einklang mit
785 dem Asylbewerberleistungsgesetz konsequent anwenden, um finanzielle

786 Fehlanreize für illegale Zuwanderer zu unterbinden. Außerdem werden – sofern nö-
787 tig und möglich – über die Bezahlkarte hinaus Möglichkeiten geprüft werden, um
788 Auslandszahlungen von ‚Flüchtlingen‘ bzw. Asylanten zu unterbinden.
789

790 **16. Schutzrechtliche Anerkennungen regelmäßig prüfen und gegebenenfalls wi-**
791 **derrufen!**

792
793 Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass eine Verbesserung
794 der Sicherheitslage in Herkunftsländern von ‚Flüchtlingen‘ zum Widerruf schutz-
795 rechtlicher Anerkennungen führt. In diesem Zusammenhang sollen die Anerken-
796 nungen aller ‚Flüchtlinge‘, die sich in Sachsen-Anhalt aufhalten, einer jährlichen
797 Überprüfung unterzogen werden. Dadurch soll die Grundlage für die Rückkehr ille-
798 galer Zuwanderer in ihre Heimat geschaffen werden.
799

800 **17. Schutzstatus nach Reisen in Herkunftsländer aberkennen!**

801
802 Wenn illegale Zuwanderer, die angeblich vor Krieg und politischer Verfolgung nach
803 Sachsen-Anhalt geflohen sind, in ihre Heimatländer – beispielsweise nach Syrien,
804 Afghanistan oder in die Ukraine – reisen, um dort Urlaub zu machen oder Verwandte
805 zu besuchen, muss umgehend die Aberkennung ihres Schutzstatus erfolgen. Eine
806 AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass eine sofortige Aberken-
807 nung bei Bekanntwerden der Heimreise zum Regelfall wird.
808

809 **18. Schutzstatus von Straftätern und Gefährdern aberkennen!**

810
811 Ausländische Straftäter und Gefährder missbrauchen das Gastrecht unseres Lan-
812 des. Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung auf die Aberkennung des
813 Schutzstatus fremder Straftäter und Gefährder hinwirken, um eine schnellstmög-
814 liche Abschiebung in ihr Heimatland zu ermöglichen.
815

816 **19. Subsidiären Schutzstatus abschaffen!**

817
818 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die Abschaffung des
819 Subsidiären Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge einsetzen. Die
820 Bundesratsinitiative zur Abschaffung dieses Instruments ist notwendig, weil es sich
821 nicht bewährt hat. Zudem ist der Subsidiäre Schutzstatus allenfalls rudimentär
822 durch Völkerrecht vorgezeichnet. Deshalb ist eine Abschaffung möglich und nötig.
823

824 **20. Asyl- und Integrationsindustrie den Geldhahn zudrehen!**

825

826 In den vergangenen Jahren hat die CDU-geführte Landesregierung Steuergelder für
827 illegale Zuwanderer und für eine „Integrationspolitik“, die zum Scheitern verurteilt
828 ist, vergeudet. Beispielsweise wurden für die Jahre 2025 und 2026 für die „Auf-
829 nahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ und für „Dienstleistungen Außen-
830 stehender für die Flüchtlingsunterbringung“ Ausgaben in Höhe von 275 Millionen
831 Euro in den Haushaltsplan des Landes eingestellt. Außerdem sollen 11 Millionen
832 Euro zur „Verbesserung der Situation von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten
833 durch Beratung, Betreuung, Integration und interkulturelle Öffnung“ ausgegeben
834 werden. Die Liste derartiger Ausgabeposten ließe sich beliebig fortsetzen.

835

836 Eine AfD-geführte Landesregierung wird der Asyl- und Integrationsindustrie in Sach-
837 sen-Anhalt den Geldhahn zudrehen. Die dadurch eingesparten Steuergelder sollen
838 zum Wohle der einheimischen Bevölkerung verwendet werden.

839

840 **21. Schluss mit der Willkommenspropaganda!**

841

842 Für die Jahre 2023 bis 2026 hat die CDU-geführte Landesregierung unter dem Titel
843 „Förderung einer lokalen Willkommens- und Anerkennungskultur für Zugewanderte
844 und geflüchtete Menschen“ rund 4,9 Millionen Euro in den Landeshaushalt einge-
845 stellt.

846

847 Sachsen-Anhalt braucht jedoch keine Willkommens- und Anerkennungskultur für
848 illegale Zuwanderer. Sachsen-Anhalt braucht auch keine sogenannten „Welcome
849 Center“. Eine AfD-geführte Landesregierung wird die Willkommenspropaganda des
850 Altparteienkartells beenden. Sachsen-Anhalt braucht eine Verabschiedungskultur
851 für illegale Zuwanderer, eine Anerkennungskultur für deutsche Eltern und eine Will-
852 kommenskultur für deutsche Kinder.

853

854 **22. EU-Armutseinwanderung stoppen!**

855

856 Der deutsche Sozialstaatsmagnet lockt zahlreiche Armutseinwanderer aus ande-
857 ren EU-Ländern nach Sachsen-Anhalt. Bisher hat das Land die damit verbundenen
858 gesellschaftlichen Probleme und Konflikte und deren Ursachen nicht in den Griff
859 bekommen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird alle rechtlich bestehenden
860 Möglichkeiten nutzen, um die EU-Armutseinwanderung in die Sozialsysteme zu un-
861 terbinden und um Sozialstaatsnomaden zur Rückkehr in jene EU-Länder, aus denen
862 sie eingereist sind, zu bewegen.

863

864 **23. Einbürgerung braucht hohe Hürden – Kein deutscher Pass für kriminelle Aus-**
865 **länder!**

866
867 Die CDU-geführte Landesregierung „begrüßt, unterstützt und ermutigt“ auf ihrem
868 Internetauftritt Ausländer zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Sie wirbt
869 damit, dass eine Einbürgerung „viele Vorteile“ mit sich bringe, unter anderem den
870 Erhalt von „Ausweisungs- und Auslieferungsschutz“.

871
872 Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass deutsche Pässe in Sach-
873 sen-Anhalt nicht mehr wie Ramschware feilgeboten werden. Stattdessen sollen die
874 Behörden angehalten werden, bei beantragten Einbürgerungen den ihnen zustehen-
875 den Ermessensspielraum maximal restriktiv zu nutzen, wenn die Antragsteller keine
876 ausreichenden Integrations- bzw. Assimilationsleistungen vorweisen können. Au-
877 ßerdem wird die Landesregierung darauf hinwirken, dass Straftätern und Gefähr-
878 dern die Einbürgerung dauerhaft verweigert wird.

879

880 **24. Turbo-Einbürgerung stoppen, Geburtsortprinzip streichen!**

881
882 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die Rücknahme des
883 Einbürgerungsgesetzes der Ampelregierung im Bund einsetzen. Die Turbo-Einbür-
884 gerung muss beendet werden, und zwar sofort.

885
886 Außerdem wird sich die AfD-Landesregierung im Bundesrat für eine Streichung des
887 Geburtsortsprinzips aus dem Staatsangehörigkeitsrecht einsetzen (Erwerb der
888 deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein El-
889 ternteil Deutscher ist). Stattdessen soll eine Rückkehr zum Abstammungsprinzip,
890 das in Deutschland bis zum Jahre 2000 in Kraft war, erfolgen.

891

892 **25. Schwerkriminellen die doppelte Staatsbürgerschaft aberkennen!**

893
894 Wenn AfD-Politiker die Ausbürgerung schwerkrimineller Personen mit doppelter
895 Staatsbürgerschaft anregen, wird diese Forderung von Altparteienpolitikern und
896 etablierten Medien umgehend skandalisiert. Dabei haben sogar Bundeskanzler
897 Friedrich Merz und CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann diese Forderung er-
898 hoben. Außerdem findet sich die Forderung auf der Netzseite der Bundes-CDU.

899

900 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die
901 Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei schwerkriminellen Doppel-
902 staatsbürgern zum Regelfall wird, um eine schnellstmögliche Abschiebung in ihr
903 Heimatland zu gewährleisten. Die Landesregierung beruft sich dabei auf Art. 16
904 Abs. 1 GG mit dem folgenden Wortlaut: „Die deutsche Staatsangehörigkeit darf

905 nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines
906 Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Be-
907 troffene dadurch nicht staatenlos wird.“

908
909 Im Jahre 2019 wurde für terroristische Kämpfer im Ausland bereits im deutschen
910 Staatsangehörigkeitsrecht geregelt, dass sie die Staatsangehörigkeit verlieren. Au-
911 ßerdem kann die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei Eintritt in die
912 Armee eines anderen Landes erfolgen, oder wenn die Staatsbürgerschaft durch Be-
913 trug, Drohung oder Bestechung erlangt wurde. An diese rechtliche Regelung wird die
914 Bundesratsinitiative der Landesregierung anknüpfen.

915

916 **26. Illegale Zuwanderer sind Fachkräftemangelverursacher!**

917

918 Illegale Zuwanderer tragen nicht zu einer Lösung des Fachkräftemangels bei. Statt-
919 dessen handelt es sich um Fachkräftemangelverursacher. Schließlich erzeugen
920 oder verschärfen Versorgungsmigranten und Hilfsarbeiter, die illegal nach Deutsch-
921 land einreisen und sich in Sachsen-Anhalt ansiedeln, den hiesigen Fachkräfteman-
922 gel. Beispielsweise sorgen sie durch ihre Anwesenheit für einen Mehrbedarf an Er-
923 ziehern, Lehrern, Verwaltungsmitarbeitern, Richtern, Staatsanwälten oder Polizis-
924 ten.

925

926 Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung keine zum Scheitern verurteilte
927 „Integration“ illegaler Zuwanderer in den sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt an-
928 streben. Wer das Ziel verfolgt, den seit dem Jahre 2015 entstandenen Fachkräfte-
929 mangel zu verringern, muss stattdessen darauf hinwirken, dass illegale und niedrig-
930 produktive Zuwanderer das Land schnellstmöglich verlassen.

931

932 **27. Folgeprobleme vermeiden, auf kulturfremde Fachkräfte verzichten!**

933

934 Die Anwerbung kulturfremder Fachkräfte zur Lösung von Engpässen auf dem Ar-
935beitsmarkt führt zu unerwünschten Folgeproblemen. Sie sprechen häufig kein aus-
936reichendes Deutsch. Ihre Ausbildung entspricht oftmals nicht den deutschen Stan-
937dards. In Branchen wie dem Gesundheits- und Pflegesektor wird dadurch das Wohl
938der Patienten gefährdet. Der Fall des saudi-arabischen Psychiaters Taleb A, der
939Weihnachten 2024 mit einem Auto in den Magdeburger Weihnachtsmarkt raste,
940zeigt aufs Neue, dass Fachkräfte aus fremden Kulturkreisen zu einem Risiko für die
941Innere Sicherheit werden können. Diese sicherheitspolitischen Folgeprobleme las-
942sen sich weder durch Integrationskurse, noch durch sogenannte „Integrationslot-
943sen“ lösen.

944

945 Letztlich tragen kulturfremde Fachkräfte sogar zu einer Verschärfung des Fachkräf-
946temangels bei. Beispielsweise sah sich die Landesregierung im Jahre 2024 zur

947 Auflegung eines zunächst auf drei Jahre angelegten Landesprogramms für die In-
948 tegration fremder Fachkräfte gezwungen. Insgesamt wurden bis zu 50 deutsche
949 Fachkräfte als sogenannte „Job Buddys“ eingestellt, um bei der „Integration“ aus-
950 ländischer Fachkräfte zu helfen. Diese deutschen Fachkräfte fehlen also am Ar-
951 beitsmarkt, weil sie zur „Integration“ ausländischer Fachkräfte eingesetzt werden.

952
953 Grundlegend lässt sich das Problem des Fachkräftemangels nur durch eine Gebur-
954 tenwende und das Ende des deutschen „Brain Drain“ lösen. Abschließend sei er-
955 wähnt, dass aus ethischer Sicht der Versuch der Altparteien, Fachkräftemärkte in
956 Entwicklungs- und Schwellenländern abzugrasen, nicht vertretbar ist. Schließlich
957 fehlen die in diesen Ländern rar gesäten Fachkräfte nach ihrer Abwerbung vor Ort.
958

959 **28. Technisierung, Digitalisierung und KI statt kulturfremder Fachkräfte!**

960
961 Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine Technisierungs-, Digitalisierungs- und
962 KI-Strategie für Sachsen-Anhalt entwickeln. Diese soll zur Auflösung von Engpässen
963 auf dem hiesigen Arbeitsmarkt beitragen. Außerdem soll sie dazu dienen, die Zu-
964 wanderung kulturfremder Fachkräfte zu vermeiden. Die Strategie soll unter ande-
965 rem folgende monetären und nicht-monetären Anreize umfassen:

- 966
967 ■ Entwicklung und Umsetzung einer Kampagne für das Land Sachsen-Anhalt,
968 die kleinen und mittleren Unternehmen die finanziellen und arbeitsmarktli-
969 chen Vorteile der Nutzung von Technisierung, Digitalisierung und Künstlicher
970 Intelligenz vermitteln soll.
- 971
972 ■ Kostenfreie Beratung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei der Pla-
973 nung, Finanzierung und Umsetzung von Technisierungs- und Digitalisierungs-
974 prozessen sowie dem Einsatz Künstlicher Intelligenz.
- 975
976 ■ Finanzielle Förderung der Technisierung, Digitalisierung und KI-Nutzung klei-
977 ner und mittelständischer Unternehmen durch die Einrichtung eines Förder-
978 programms.
- 979
980 ■ Vergabe zinsgünstiger Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen
981 zur Finanzierung von Technisierung, Digitalisierung und KI-Nutzung.
982

983 **29. Remigrationsprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte!**

984
985 In den vergangenen Jahrzehnten sind Millionen deutscher Fachkräfte vor der Politik
986 der Altparteien geflohen und ausgewandert. Allein zwischen 1991 und 2015 verlie-
987 ßen drei Millionen mehrheitlich gut ausgebildete Deutsche – darunter zahlreiche
988 Sachsen-Anhalter – ihre Heimat. Im Jahre 2024 haben erneut 270.000

989 hochqualifizierte Einheimische Deutschland den Rücken gekehrt. Das Durch-
990 schnittsalter dieser Personengruppe ist niedrig. Es handelt sich vor allem um Ärzte,
991 Ingenieure, Wissenschaftler, Arbeiter und Techniker.

992
993 Eine AfD-geführte Landesregierung wird ein Rückkehrprogramm für ausgewanderte
994 deutsche Fachkräfte auflegen, das unter anderem folgende Remigrationsanreize
995 beinhaltet:

- 996
- 997 ▪ Unterstützung bei der Wohnungssuche remigrationswilliger deutscher Fach-
998 kräfte;
- 999
- 1000 ▪ Unterstützung bei der Kitaplatzsuche für die Kinder der heimkehrenden Fami-
1001 lien.
- 1002
- 1003 ▪ Auszahlung einer Rückkehrprämie nach erfolgter Ansiedlung und zweijähriger
1004 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
- 1005

1006 Andere Industrieländer wie Japan haben gezeigt, dass entsprechende Programme
1007 hunderttausende Einheimische und deren Nachkommen zu einer Rückkehr in ihre
1008 Heimat motivieren können. Doch nicht nur für ausgewanderte, auch für deutsche
1009 Fachkräfte aus anderen Bundesländern, die keine Lust mehr auf die multikulturelle
1010 Politik der Altparteien haben, aber ihr Heimatland nicht verlassen wollen, wird ein
1011 AfD-regiertes Sachsen-Anhalt zu einem Anziehungspunkt werden.

1012
1013 Die aus dem Ausland zurückkehrenden und aus anderen Bundesländern zuziehen-
1014 den Fachkräfte sind mit unserer Sprache und Kultur vertraut, sodass keine Ausga-
1015 ben für deren kulturelle und sprachliche Eingliederung anfallen.

1016

1017 **30. Ausreisepflichtige konsequent abschieben – Abschiebeoffensive einleiten!**

1018

1019 Abschiebung ist Ländersache. Im Jahre 2024 wurden von der CDU-geführten Lan-
1020 desregierung lediglich 654 ausreisepflichtige Personen abgeschoben, während
1021 1.252 Abschiebungen scheiterten.

1022

1023 Die AfD-Landtagsfraktion hat im Alternativen Haushalt für die Jahre 2025 und 2026
1024 einen Betrag in Höhe von 100 Millionen Euro zur Einleitung einer Abschiebeoffensive
1025 für ausreisepflichtige Ausländer eingestellt. Eine AfD-Landesregierung wird diese Ab-
1026 schiebeoffensive praktisch umsetzen.

1027

1028 Damit schnelle Anfangserfolge erzielt werden können, wird der Fokus zunächst auf
1029 denjenigen Ausreisepflichtigen liegen, bei denen die Hürden für eine Rückführung
1030 vergleichsweise niedrig sind. Parallel dazu soll die Abschiebung weiterer

1031 Abschiebepflichtiger vorbereitet werden. Ein besonderer Fokus wird auf der
1032 schnellstmöglichen Abschiebung ausreisepflichtiger Straftäter und Gefährder lie-
1033 gen.
1034

1035 **31. Verhinderung von Abschiebungen – Fördergelder entziehen, Täter bestrafen!**

1036
1037 Eine AfD-geführte Landesregierung wird staatlich geförderten Institutionen, Initiati-
1038 ven und Vereinen, die abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich ihrer Ab-
1039 schiebung zu entziehen, die Fördergelder streichen. Personen, die ausreisepflichti-
1040 gen Asylbewerbern bei der Vereitelung ihrer Abschiebung tatkräftig helfen, müssen
1041 damit rechnen, dass der Rechtsstaat ihre Unterstützungshandlungen mit der vollen
1042 Härte des Gesetzes ahnden wird.
1043

1044 **32. Neue Abschiebehaftplätze schaffen, Instrument der Abschiebehaft nutzen!**

1045
1046 Für die Durchführung einer Abschiebeoffensive wird eine AfD-geführte Landesregie-
1047 rung alle in Deutschland existierenden Formen der Abschiebehaft nutzen – darunter
1048 die Sicherungshaft (§ 63 Absatz 3 Aufenthaltsgesetz), die Überstellungshaft (Art. 28
1049 Dublin-III-Verordnung), den Ausreisegewahrsam (§ 62b Aufenthaltsgesetz), die Mit-
1050 wirkungshaft (§ 62 Absatz 6 Aufenthaltsgesetz), die Vorbereitungshaft (§ 62 Absatz 2
1051 Aufenthaltsgesetz) und den Behördlichen Gewahrsam (§ 62 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz).
1052

1053
1054 Die derzeit in Bau befindliche Abschiebehaftanstalt in Volkstedt soll lediglich Platz
1055 für 30 Abschiebehäftlinge bieten und erst im Jahre 2027 einsatzbereit sein. Darum
1056 wird sich eine AfD-geführte Landesregierung im Bundesrat für eine befristete Aus-
1057 setzung der Trennung von Haft- und Abschiebehaftplätzen in Sachsen-Anhalt ein-
1058 setzen, um Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.
1059

1060 Außerdem wird die AfD-Landesregierung den Umbau der Zentralen Aufnahmestelle
1061 in Stendal in eine Abschiebehaftanstalt prüfen und im Falle einer positiven Prüfung
1062 eine Umnutzung veranlassen. Die Umbaumaßnahme soll dazu dienen, die Zahl der
1063 Abschiebehaftplätze in Sachsen-Anhalt signifikant zu erhöhen. Für den Fall einer
1064 späteren Unterauslastung sollen dort auch Abschiebehäftlinge aus anderen Bun-
1065 desländern untergebracht werden können, bevor sie in ihre Heimatländer rückge-
1066 führt werden.
1067

1068 Darüber hinaus wird eine AfD-geführte Landesregierung – mitunter kostengünsti-
1069 gere – Alternativen zur Abschiebehaft prüfen. Zu diesen Alternativen zählen bei-
1070 spielsweise die Anwendung von Hausarrest in zentralen Unterkünften und die Nut-
1071 zung elektronischer Fußfesseln.
1072

1073 **33. Abschiebeflüge auf Landesebene organisieren!**

1074

1075 Im Jahre 2024 hat die CDU-geführte Landesregierung lediglich einen Abschiebeflug
1076 organisiert. Im Gegensatz dazu wird eine AfD-geführte Landesregierung den Flughä-
1077 fen Halle/Leipzig für die Umsetzung einer landeseigenen Abschiebeoffensive nut-
1078 zen und die Zahl der Abschiebeflüge drastisch erhöhen. Dabei wird die Landesre-
1079 gierung den Austausch mit dem Freistaat Sachsen und mit anderen Bundesländern
1080 suchen, um gegebenenfalls gemeinsame Abschiebeflüge in Form von Sammelrück-
1081 führungen zu planen und durchzuführen.

1082

1083 **34. Ausreisepflicht auch auf kommunaler Ebene durchsetzen!**

1084

1085 Obwohl Abschiebung Ländersache ist, spielen auch die Landkreise eine bedeu-
1086 tende Rolle. Schließlich sind die kommunalen Ausländerbehörden mit weitreichen-
1087 den Verantwortlichkeiten ausgestattet. Sie können Aufenthaltstitel erteilen oder
1088 entziehen, Abschiebungen anordnen und bei Haftrichtern Abschiebehaft beantra-
1089 gen. In diesem Zusammenhang verfügen Mitarbeiter der Ausländerbehörden teil-
1090 weise über große Ermessensspielräume bei der Auslegung von Bundes- und Lan-
1091 desregelungen.

1092

1093 Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass der angestrebte Pa-
1094 radigmenwechsel weg von einer Willkommenskultur und hin zu einer Verabschie-
1095 dungskultur auch in den Ausländerbehörden im Land Einzug hält. Die Mitarbeiter
1096 sollen dazu ermutigt werden, ihre Ermessensspielräume zu nutzen.

1097

1098 **35. Task Force für Abschiebungen einrichten!**

1099

1100 Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine „Task Force Abschiebungen“ einrich-
1101 ten. Schließlich ist eine Zentralisierung auf Ebene der Bundesländer im Bereich der
1102 Abschiebungen bereits im Aufenthaltsgesetz angelegt. Die Task Force soll dazu bei-
1103 tragen, Abschiebeprozesse zu beschleunigen und effizienter zu gestalten. Sie wird
1104 sich unter anderem aus dem Innenminister, dem Justizminister sowie Vertretern der
1105 Polizeibehörden und der Kommunalen Spitzenverbände zusammensetzen.

1106

1107 Die Task Force soll auch dazu beitragen, die Kooperation mit anderen Bundeslän-
1108 dern im Bereich der Abschiebungen zu verstärken. Sie soll außerdem mit dem Zent-
1109 rum zur Unterstützung der Rückkehr (ZUR) zusammenarbeiten. Diese Bund-Länder-
1110 Kooperationsplattform unter Federführung des Bundesministeriums für Inneres hat
1111 die Aufgabe, Unterstützung bei abschieberelevanten Maßnahmen wie Passersatz-
1112 beschaffungen, der Koordinierung einer besseren Auslastung von Abschiebeflügen
1113 und der Zusammenführung von Daten zu leisten.

1114 **36. Remigrationslotsen statt Integrationslotsen!**

1115

1116 Eine umfassende Remigrationspolitik beinhaltet erstens die Rückholung ausgewan-
1117 derter deutscher Fachkräfte, zweitens die Abschiebung ausreisepflichtiger Auslän-
1118 der unter staatlichem Zwang und drittens freiwillige Re-Migrationsprogramme für il-
1119 legale Zuwanderer.

1120

1121 Für die Koordination dieser drei Elemente der Rückkehrpolitik wird eine AfD-ge-
1122 führte Landesregierung eine Stabsstelle für Remigration einrichten und einen Re-
1123 migrationsbeauftragten ernennen. Außerdem wird sie die im Doppelhaushalt
1124 2025/2026 eingestellten Finanzmittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro für sogenannte
1125 ‚Integrationslotsen‘ alternativ für die Einstellung von Remigrationslotsen verwen-
1126 den.

1127

1128 **37. Entwicklungshilfe an Rücknahmebereitschaft koppeln!**

1129

1130 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für eine Koppelung der
1131 deutschen Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Rücknahme illegaler Zuwande-
1132 rer einsetzen. Für die Neujustierung der deutschen Entwicklungshilfepolitik soll ein
1133 Bonus-Malus System eingerichtet werden. Je höher die Bereitschaft zur Rücknahme
1134 illegaler Zuwanderer, desto großzügiger die gezahlte Entwicklungshilfe. Je geringer
1135 die Rücknahmebereitschaft, desto geringer die gewährte Entwicklungshilfe.

1136

1137 Mechanismen wie der „Mehr-für-Mehr-“ und „Weniger-für-Weniger-Ansatz“ werden
1138 von Entwicklungshilfeexperten bereits unter dem Stichwort der Konditionalisierung
1139 diskutiert. Dabei geht es darum, migrationspolitische Ziele durch Hebel wie Han-
1140 delsbeziehungen oder entwicklungspolitische Investitionen zu verfolgen. Bislang
1141 weigern sich die Altparteien jedoch, diesen Ansatz zu verfolgen.

1142

1143 Analog zum Bonus-Malus-System wird die Bundesratsinitiative der Landesregie-
1144 rung auf eine wirkungsvolle Kontrolle der EU-Außengrenzen und der deutschen Au-
1145 ßengrenzen hinwirken. Dadurch soll die Wiedereinreise illegaler Zuwanderer unter-
1146 bunden werden.

1147

1148 **38. Rückkehranreiz schaffen, Leistungseinschränkungen vornehmen!**

1149

1150 Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass bestehende gesetz-
1151 liche Möglichkeiten, die dazu dienen, den Druck auf Ausreisepflichtige zu erhöhen,
1152 in Sachsen-Anhalt konsequent angewendet werden. Das gilt unter anderem für An-
1153 spruchseinschränkungen nach § 1 Absatz 4 und § 1a des Asylbewerberleistungsges-
1154 etzes. Darin werden Möglichkeiten für begründete Leistungskürzungen aufgezeigt.

1155 Beispielgebend ist der Leistungsentzug für sogenannte Dublin-Fälle, für die eigent-
1156 lich ein anderes EU-Land zuständig ist, durch das Sozialamt in Dessau Roßlau. Die
1157 betroffenen illegalen Zuwanderer erhalten keine oder nur noch eingeschränkte So-
1158 zialleistungen, auch medizinische Leistungen werden eingeschränkt. Außerdem for-
1159 dert das Sozialamt die Ausreisepflichtigen nachdrücklich dazu auf, Deutschland zu
1160 verlassen. Diese Praxis muss in Sachsen-Anhalt flächendeckend Anwendung fin-
1161 den.

1162

1163 **39. Rückkehranreiz setzen, Bürgergeld für Ukrainer streichen!**

1164

1165 Das Bürgergeld ist längst zum Migrantengeld geworden. Dabei wird Ukrainern eine
1166 Sonderrolle zugestanden. Nach ihrer Einreise erhalten sie unmittelbaren Zugang zu
1167 Bürgergeld und Sozialhilfe. Hunderttausende Ukrainer profitieren auf diese Weise
1168 von den Segnungen des deutschen Sozialstaats.

1169

1170 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die Rückführung der
1171 seit Kriegsbeginn eingereisten Ukrainer in das Asylbewerberleistungsgesetz einset-
1172 zen. Die damit verbundene Verringerung von Finanzleistungen dient der Einsparung
1173 deutscher Steuergelder und zugleich als Rückkehranreiz für die Ukrainer.

1174

1175 **40. Remigrationsoffensive in die Ukraine vorbereiten!**

1176

1177 Rückkehranreize für die Ukrainer in Deutschland sind dringend notwendig. Schließ-
1178 lich gelten große Landstriche in der Ukraine als sicher. Lediglich im Osten des Lan-
1179 des wird gekämpft. Außerdem stellen ukrainische Politiker regelmäßig klar, dass vor-
1180 übergehend in Deutschland und Sachsen-Anhalt lebende Landsleute nicht bleiben
1181 und in den Arbeitsmarkt integriert werden, sondern in ihr Heimatland zurückkehren
1182 sollen.

1183

1184 Die EU-Kommission hat im Jahre 2025 einen Plan für eine Remigrationsoffensive in
1185 die Ukraine verfasst. Darin steht: „Die Ukraine braucht ihre Menschen zurück, um
1186 das Land wieder aufzubauen.“ Die EU-Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, mit
1187 den Vorbereitungen für ein groß angelegtes Remigrationsprojekt zu beginnen. Auch
1188 Deutschland soll die „Voraussetzungen für eine schrittweise Rückkehr und nachhal-
1189 tige Wiedereingliederung in die Ukraine“ schaffen und „Programme zur freiwilligen
1190 Rückkehr einrichten“.

1191

1192 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich an den Rückkehrvorbereitungen betei-
1193 ligen und eine Remigrationsoffensive für in Sachsen-Anhalt lebende Ukrainer vorbe-
1194 reiten.

1195

1196 **41. Ukrainer nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkennen!**

1197
1198 Seit Ausbruch der militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der
1199 Ukraine wird in Deutschland jeder ukrainische Staatsbürger automatisch als Kriegs-
1200 flüchtling anerkannt und in unser Sozialsystem einbezogen. Es ist jedoch nur ein ge-
1201 ringer Teil des ukrainischen Territoriums so intensiv von Kriegshandlungen betrof-
1202 fen, dass der Bevölkerung dieser Gebiete ein Status als Kriegsflüchtling zuerkannt
1203 werden muss. Diese Personen können allerdings in der Ukraine als Binnenflücht-
1204 linge nahe ihrer Heimat Unterkommen finden. Eine AfD-geführte Landesregierung
1205 wird sich deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, dass, solange der militärische
1206 Konflikt in der Ostukraine vor sich hin schwelt, ukrainische Staatsbürger in Deutsch-
1207 land nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkannt werden. Stattdessen sollen die von
1208 Kampfhandlungen betroffenen Ukrainer Zuflucht in der Westukraine finden.
1209

1210 **42. Rückkehrprogramme statt Integrationsfolklore!**

1211
1212 Die rechtskonforme Remigrationspolitik der AfD wird von den Altparteien zu Unrecht
1213 als verfassungsfeindlich gebrandmarkt. Dabei existieren auf Bundes- und Landes-
1214 ebene und in den Kommunen bereits zahlreiche Rückkehrprogramme.
1215

1216 Das Bundesministerium des Inneren betreibt das „Reintegrations- und Emigrations-
1217 programm für Asylsuchende“ („Reintegration and Emigration Program for Asylum-
1218 Seekers in Germany“) und das „Regierungsunterstützte Rückkehrprogramm“
1219 („Government Assisted Repatriation Program“). Im Jahre 2024 reisten 601 Personen
1220 freiwillig aus Sachsen-Anhalt aus, davon nahmen 214 Personen eines der beiden
1221 Bundesprogramme in Anspruch.
1222

1223 Darüber hinaus kann jedes Bundesland eigene Remigrationsprogramme auflegen.
1224 Beispielsweise betreibt die bayerische Landesregierung ein Rückkehrprogramm,
1225 das unter anderem eine einjährige Unterstützung für Afrikaner in Höhe von 250 Euro
1226 pro Monat vorsieht, wenn sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren. Eine AfD-ge-
1227 führte Landesregierung wird ein eigenes Rückkehrprogramm für Sachsen-Anhalt
1228 auflegen, das illegale Zuwanderer zu einer freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat er-
1229 mutigen soll, um so einer Abschiebung zu entgehen. Durch das Rückkehrprogramm
1230 soll die Zahl freiwilliger Ausreisen massiv erhöht werden.
1231

1232 Kommunen können ebenfalls eigene Rückkehrprogramme mit monetären und/oder
1233 nicht-monetären Remigrationsanreizen auflegen. Eine AfD-Landesregierung wird
1234 sachsen-anhaltischen Kommunen bei der Ausarbeitung von Rückkehrinitiativen mit
1235 Rat und Tat zur Seite stehen.
1236

1237 **43. Gesellschaftliche Wertschätzung für Rückkehrbedienstete schaffen!**

1238

1239 Derzeit sehen sich Menschen, die unter schwierigen Bedingungen im Bereich des
1240 Abschiebe- und Rückkehrmanagements arbeiten, Anfeindungen links-grüner Befür-
1241 worter von Multikulti und Überfremdung ausgesetzt. Dabei handelt es sich bei den
1242 Mitarbeitern und Staatsdienern in Ausländerbehörden und Abschiebehaftanstalten
1243 um Helden des Alltags, die ihren Dienst für Volk und Vaterland leisten. Eine AfD-ge-
1244 führte Landesregierung wird dafür sorgen, dass Rückführungsbediensteten endlich
1245 jene gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung zu Teil wird, die ihnen ge-
1246 bührt.

1247

1248

1249

1250

1251

1252

1253

1254

1255

1256

1257

1258

1259

1260

1261

1262

1263

1264

1265

1266

1267

1268

1269

1270

1271

1272

1273

1274

1275

1276

1277 III. Kultur und Integration

1278

1279 Das Zerstörungswerk der Altparteien kann nicht mehr länger mit Inkompetenz er-
1280 klärt werden. Die Einwanderungspolitik stellt nicht unseren Bedarf an echten Fach-
1281 kräften in den Mittelpunkt, sondern die Bedürfnisse der zumeist unqualifizierten
1282 Einwanderer. Die Klimapolitik vernichtet unseren Wohlstand. Die Familienpolitik ak-
1283zeptiert das Sterben unseres Volkes und fördert Kinderlosigkeit statt Nachwuchs.
1284 Die Bildungspolitik ist nicht mehr auf Bildung gerichtet. Die Finanzpolitik übt keine
1285 Sparsamkeit, sondern türmt Schuldenberge auf, die niemals getilgt werden können.
1286 Grund dafür sind keine fachpolitischen Defizite auf den einzelnen Feldern. Die Alt-
1287parteien wüssten schon, wie es anders ginge, aber sie handeln nicht so.

1288

1289 Wir unterstellen den Altparteien allerdings auch nicht, dass sie uns schaden wollen
1290 und hüten uns vor polemisch überschießenden Vorwürfen, die kein echtes Ver-
1291ständnis der Situation fördern. Grund für das destruktive Handeln der Altparteien
1292ist weniger ein böser Wille, als eher Hemmung und Schwäche. Es ist die Unfähigkeit,
1293deutsche Interessen zu verteidigen und ein manischer Zwang, sich selbst zu scha-
1294den. Nationalmasochismus und fehlendes Selbstbewusstsein aber beruhen auf
1295kulturellen Voraussetzungen. Die letzten Ursachen der aktuellen Misere sind somit
1296kultureller Art und können deshalb nur durch gezielte Arbeit an den kulturellen Vo-
1297oraussetzungen geheilt werden.

1298

1299 Eine Vergangenheitsbewältigung, die das genaue Gegenteil von Bewältigung ist,
1300 nämlich die Perpetuierung einer Neurose, hat mittlerweile dazu geführt, dass Nati-
1301onalstolz grundsätzlich als anrühlich gilt, die Verteidigung der eigenen Interessen als
1302unanständig wahrgenommen wird und Politiker jede positive Bezugnahme auf un-
1303sere reiche Geschichte vor 1933 vermeiden. Eine Tradition der Traditionsvernicht-
1304ung hat, von der 68er-Bewegung ausgehend, unser kulturelles Erbe entkernt und
1305damit Möglichkeiten einer stabilen nationalen Identitätsbildung verbaut. Seiner
1306Selbstbehauptungskräfte beraubt, ist Deutschland dem Einfluss der Regenbo-
1307genideologie hilflos ausgeliefert.

1308

1309 Die AfD-Sachsen-Anhalt wird diese Identitätsstörung durch eine neue, patriotische
1310 Kulturpolitik heilen. Die Kulturpolitik muss den Deutschen ihr Selbstbewusstsein
1311 zurückgeben. Wir werden durch gezielte Maßnahmen und Bezugnahmen auf die gu-
1312ten Seiten der deutschen Geschichte eine unverkrampte und auf gesunde Weise
1313selbstbewusste deutsche Identität fördern. Dies ist die entscheidende Vorausset-
1314zung für eine patriotische Wende auf allen Gebieten, auch und insbesondere dafür,
1315dass wir die infolge der ungezügelter Masseneinwanderung der letzten Jahrzehnte
1316entstandenen Integrationsprobleme meistern. Angesichts der verkorksten und un-
1317attraktiven Identität, wie sie die Altparteien vorleben, kann man den Ausländern
1318kaum verübeln, dass sie sich darin nicht integrieren wollen. Welcher vernünftige
1319und stabile Türke oder Syrer will denn zu einem von Selbsthass geplagten,

1320 zerknirschten Regenbogen-Deutschen werden? Allein die AfD kann den Ausländern
1321 eine deutsche Identität vorleben, die attraktiv ist und Lust macht, daran Teil zu ha-
1322 ben. Wir müssen mit uns selbst ins Reine kommen – erst dann können wir daran
1323 denken, Fremde zu integrieren.

1324
1325 Die AfD betrachtet die Kulturhoheit der Bundesländer grundsätzlich kritisch. Was
1326 Fluch ist, ist jedoch auch Segen: Da Kultur in der Bundesrepublik Deutschland Län-
1327 dersache ist, verfügen wir nach einem Sieg bei der Landtagswahl 2026 über vielfäl-
1328 tige Möglichkeiten, unsere kulturpolitischen Vorstellungen umzusetzen. Wir werden
1329 Sachsen-Anhalt zum Musterland der Kulturpolitik machen, das eine Strahlkraft auf
1330 andere Bundesländer entfaltet und so den notwendigen Wandel in ganz Deutsch-
1331 land anstoßen kann.

1332

1333 **1. Deutsch denken!**

1334
1335 Die Landesregierung betreibt unter dem Titel „moderndenken“ eine Imagekam-
1336 pagne, die versucht, aus dem Bauhaus die Identität des Landes Sachsen-Anhalt ab-
1337 zuleiten. Dabei war gerade die Bauhaus-Architekturschule immer bestrebt, jedes
1338 Anzeichen von nationaler Verwurzelung zu vermeiden. Die moderndenken-Kam-
1339 pagne treibt so die Politik der Identitätslosigkeit auf die Spitze. Die AfD Sachsen-An-
1340 halt setzt dem eine deutschdenken-Kampagne entgegen, die darauf hinweist, dass
1341 Sachsen-Anhalt Wesentliches zur Entwicklung der deutschen Nation beigetragen
1342 hat. Von Heinrich I und Otto I über Luther bis hin zu Bismarck und Nietzsche: Aus
1343 Sachsen-Anhalt kommen historische Figuren, die Deutschland entscheidend ge-
1344 prägt haben. Das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt war im Mittelalter das Zent-
1345 rum des deutschen Reiches. Mit den Merseburger Zaubersprüchen kommt das äl-
1346 teste Dokument deutscher Sprache aus Sachsen-Anhalt. Noch viel mehr ließe sich
1347 erwähnen. Dass eine Landesregierung angesichts dieser Überfülle an großer deut-
1348 scher Geschichte zu keinem anderen Stoff als einer umstrittenen Architekturschule
1349 greift, ist selbst schon ein deutliches Zeichen der Identitätsstörung, die wir kritisie-
1350 ren und die wir heilen werden. Unsere Kampagne #deutschdenken wird die Glanz-
1351 punkte deutscher Geschichte, die Sachsen-Anhalt zu bieten hat, verknüpfen und
1352 selbstbewusst herausstellen. Durch Einbeziehung der Schulen, durch neue patrio-
1353 tische Tourismuskonzepte, die Vergabe von Preisen und die Durchführung von Ge-
1354 denkveranstaltungen soll ein neues nationales Selbstbewusstsein angestoßen wer-
1355 den.

1356

1357 **2. Kein Geld mehr für sogenannte Provenienzforschung!**

1358
1359 In Magdeburg befindet sich das „Deutsche Zentrum Kulturgutverluste“. Die dort be-
1360 triebene sogenannte „Provenienzforschung“ durchforstet Museumsbestände auf
1361 nicht rechtmäßige Erwerbungen während der Kolonialzeit, der NS-Zeit und in der

1362 SBZ/DDR. Problematisch daran ist, dass diese Nachforschungen völlig ohne Anlass
1363 auch dann durchgeführt werden, wenn weder ein Alteigentümer noch ein Erbe die
1364 Restitution begehrt. In Fällen, in denen Geschädigte auftreten, muss selbstver-
1365 ständlich Unrecht wiedergutmacht werden, der anlasslose Generalverdacht ge-
1366 gegen alle Museumsbestände und die Suche nach Rechtsbrüchen, die niemand mehr
1367 beklagt, aber dienen nur der künstlichen Aufrechterhaltung eines Schuldgefühls,
1368 das wir endlich ablegen sollten. Besonders absurd ist dabei die Konstruktion einer
1369 kolonialen Schuld. Wie Mathias Brodkorb gezeigt hat, sind nahezu alle Exponate aus
1370 Kolonialländern rechtmäßig erworben worden. Aktuell fördert das Land Sachsen-
1371 Anhalt das „Deutsche Zentrum Kulturgutverluste“ durch einen Zuschuss in Höhe
1372 von 73.500 Euro pro Jahr. Wir werden diesen Zuschuss komplett streichen.
1373

1374 **3. Geschichte erinnern, Soldatisches Opfer ehren!**

1375
1376 Beinah jeder Ort in Sachsen-Anhalt verfügt über ein Denkmal für die Gefallenen der
1377 beiden Weltkriege. An einigen Orten sind auch noch Denkmäler für die Gefallenen
1378 des deutsch-französischen Krieges 1870/71 oder der Schlacht von Königgrätz 1866
1379 zu finden. Die meisten gerade auch der seltenen Denkmäler befinden sich in einem
1380 miserablen und beschämenden, das Andenken geradezu entehrenden Zustand. Wir
1381 werden deshalb einen Landesbeauftragten für den Erhalt der Kriegerdenkmäler ein-
1382 setzen, der ein landesweites Verzeichnis erstellt, den Restaurierungsbedarf erfasst
1383 und in Zusammenarbeit mit Denkmalschutzbehörden die Kommunen zur Durch-
1384 führung notwendiger Erhaltungsmaßnahmen bewegt. Dabei soll, wo nötig, auch
1385 eine finanzielle Förderung gewährt werden können. Die Förderung soll ohne klein-
1386 geistige politische Wertungen allen Denkmälern gleichermaßen zugutekommen.
1387 Gefallene Soldaten haben ihr Leben für die Verteidigung ihres Landes gegeben. Es
1388 ist ein erstes Zeichen der patriotischen Wende, dass wir dieses große Opfer aner-
1389 kennen und ehren.
1390

1391 **4. Altbaubestand retten!**

1392
1393 In Sachsen-Anhalt verfügen viele Städte über eine gute Altbausubstanz, vor allem in
1394 den historischen Innenstadtbereichen. Der Erhalt dieser identitätsstiftenden und
1395 Wohnraum schaffenden Altbausubstanz ist jetzt, 20 bis 30 Jahre nach der letzten
1396 Sanierung, mit großen Fragezeichen behaftet.

1397
1398 Steigende Baukosten, getrieben durch immer mehr Auflagen, bürokratische Verzö-
1399 gerungen und Inflation machen bei geringen Mieten die Sanierungen unwirtschaft-
1400 lich. Während Förderprogramme fehlen, droht die Verwahrlosung von ganzen Stadt-
1401 gebieten.
1402

1403 Eine AfD-geführte Landesregierung wird die Kreditvergabe zu Sonderkonditionen für
1404 die Sanierung dieser Altbausubstanz ermöglichen sowie den Abbau von Bürokratie
1405 und unsinnigen Bauvorschriften für Handwerker und Bauunternehmen massiv vor-
1406 rantrieb. Zur weiteren Kostensenkung werden wir unter Ausnutzung bestehender
1407 Möglichkeiten der Berufsbildung ein nebenberufliches Qualifikationsprogramm für
1408 Heimwerker auflegen, das es Eigentümern ermöglichen soll, einfache handwerkli-
1409 che Renovierungsarbeiten selbst durchzuführen und so Kosten zu sparen.
1410

1411 **5. Schöner bauen!**

1412
1413 Öffentliche Gebäude, die nach 1990 in Sachsen-Anhalt errichtet wurden, sind oft
1414 von einer außerordentlichen Hässlichkeit. Für sehr viel Geld werden nichtssagende
1415 Klötze oder andere kalt wirkende, traditionslose geometrische Formen in die Welt
1416 gesetzt. Zu nennen wäre etwa die sogenannte „Sinuskurve“ in Magdeburg, August-
1417 Bebel-Damm, oder das Gebäude der Nord-LB in Magdeburg am Domplatz. Wir wer-
1418 den dem ein Ende bereiten, indem wir der Bauordnung der Landes Sachsen-Anhalt
1419 (BauO LSA) eine Richtlinie einfügen, die vorschreibt, dass jedes Bauobjekt, bei dem
1420 das Land oder eine Kommune Träger ist und das einem öffentlichen Zweck dient,
1421 eine anerkannte Bautradition aufzugreifen hat. Traditionslose Konstruktionen sind
1422 zu vermeiden, regionale Materialien von hoher Langlebigkeit zu bevorzugen. Wir ori-
1423 entieren uns damit an einer von Donald Trump während seiner ersten Amtszeit er-
1424 lassenen Exekutivorder. Öffentliche Gebäude müssen von der Mehrheit der Bevöl-
1425 kerung als schön empfunden werden und müssen historische Identität widerspie-
1426 geln.
1427

1428 **6. Patriotismus fördern - Kein Staatsgeld für antideutsche Kunst und Kultur!**

1429
1430 Die vornehmste Aufgabe aller Kunst besteht darin, kulturelle Identität zu pflegen.
1431 Die deutsche Identität ist auch das Resultat deutscher Kunst, vor allem der sich im
1432 öffentlichen Raum vollziehenden Bühnenkunst. Leider wird die Kunst unserer Tage
1433 dieser ihrer Verantwortung kaum noch gerecht - im Gegenteil. Abgesehen vom Goe-
1434 the-Theater in Bad Lauchstädt, das aber über kein stehendes Ensemble verfügt,
1435 bringen die Theater in Sachsen-Anhalt so gut wie keine deutschen Stücke mehr auf
1436 die Bühne. Nicht nur Goethe, Schiller und Kleist, auch Modernes wie Botho Strauss
1437 sucht man vergebens. Stattdessen bieten die Theater nur allerseichteste Unterhal-
1438 tung oder International(istisch)es. Das Grundgesetz verpflichtet uns, auch solche
1439 Kunst zu akzeptieren. Das Grundgesetz verpflichtet uns aber nicht, solche Kunst zu
1440 fördern. Die Kunstfreiheit ist kein Anspruch, alles Mögliche gefördert zu bekommen.
1441 Deshalb werden wir mit Staats- und Steuergeld vorwiegend solche Kunst fördern,
1442 die einen Beitrag zu deutscher Identitätsfindung leistet. In dieser Hinsicht wie auch
1443 in weiteren Punkten der kulturpolitischen Ausrichtung ist uns die kulturpolitische
1444 Wende, wie sie Ungarn unter Viktor Orban vollzieht, Vorbild und Inspiration.

1445 **7. Landeszentrale für politische Bildung gründlich reformieren!**

1446

1447 Die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt hat sich in
1448 den letzten Jahren mehr und mehr zu einer linken Indoktrinationsanstalt entwickelt.
1449 Das zeigt sich an den Partnern und Vereinen, die von der Landeszentrale protegiert
1450 und mit öffentlichen Geldern ausgestattet werden. Vom „Miteinander e.V.“ über das
1451 Netzwerk „Schule ohne Rassismus“ bis hin zu diversen Initiativen für mehr Demo-
1452 kratie und Toleranz, die auf das genaue Gegenteil von Demokratie und Toleranz hin-
1453 wirken, steht die Landeszentrale wie die Spinne in einem Netz linker bis linksextre-
1454 mer Institutionen.

1455

1456 Unter der Fahne des „Kampfes gegen rechts“ beteiligt sich die Landeszentrale an
1457 der Verunglimpfung konservativer Einstellungen und Werte und diskreditiert legi-
1458 time patriotische Positionen. Somit lässt die Landeszentrale für politische Bildung
1459 nicht nur die Neutralität vermissen, die man von einer Landesbehörde erwarten
1460 dürfte, sie bekämpft einen gesunden Patriotismus und damit das, was alle politi-
1461 schen Strömungen von links bis rechts verbinden sollte. Sie ist so nicht einmal an-
1462 satzweise in der Lage, eine politische Bildung zu vermitteln, die zur Stabilisierung
1463 und Funktionalität unseres Staatswesens beiträgt. Aus diesem Grund werden wir
1464 die Landeszentrale für politische Bildung in der aktuellen Form abschaffen und als
1465 Alternative ein Landesinstitut für staatspolitische Bildung und kulturelle Identität
1466 aufbauen.

1467

1468 **8. Brauchtum im ländlichen Raum erhalten!**

1469

1470 Wir bekennen uns zur kulturellen Identität unserer Heimat. Statt einer Landeszent-
1471 rale für politische Bildung, die linken Ungeist verbreitet, werden wir Aktivitäten för-
1472 dern, die das Heimatgefühl und die Nationalidentität stärken. Dazu gehört, dass
1473 Brauchtum und Traditionen erhalten werden müssen. Zu diesem Zweck sollen Ort-
1474 schaften 5 Euro pro Einwohner und Jahr als ungebundene Schlüsselzuweisung für
1475 Brauchtum und Tradition vom Land erhalten. Wofür genau innerhalb des breiten
1476 Rahmens der Brauchtums- und Traditionspflege diese Zuweisung verwendet wird,
1477 hat der Ortschaftsrat per Abstimmung zu beschließen.

1478

1479 **9. Feuerwerk ist Kultur!**

1480

1481 Böller, Raketen und anderes Feuerwerk ist mit seinen Knall- und Lichteffekten seit
1482 Jahrhunderten Teil der Feierlichkeiten zum Jahreswechsel. Eine Feuerwerksverbot
1483 würde nicht nur diese schöne Tradition und damit ein Stück Kultur vernichten, son-
1484 dern auch die Freiheit der Bürger unangemessen einschränken. Wir werden uns
1485 deshalb als Landesregierung auf allen Ebenen von den Kommunen bis zum Bund

1486 dafür einsetzen, Feuerwerksverbote zu verhindern und jedem Bürger ein unbe-
1487 schwertes privates Feuerwerk an Sylvester zu ermöglichen.
1488

1489 **10. Vernünftiges Deutsch durchsetzen!**

1490
1491 Die Gendersprache mit dem großen Binnen-I („StudentIn“), X-Endungen („Profes-
1492 sex“), Partizipialformen („Studierende“ statt „Studenten“) und weiteren befremdli-
1493 chen Formen strebt danach, das Geschlecht aus der Sprache zu verbannen. Die
1494 Sprache soll eine geschlechtslose Welt schaffen. Das Geschlecht soll sprachlich
1495 nicht mehr sichtbar sein und dann auch aus der Gesellschaft verschwinden.
1496

1497 Solchen Visionen erteilt die AfD eine klare Absage. Wir halten an den tradierten For-
1498 men und Schreibweisen unserer Sprache fest, weil sich darin unser Denken und un-
1499 sere Identität widerspiegeln. Geschlechterrollen, auch und gerade in der Sprache,
1500 machen unser kulturelles Leben vielfältig und spannend. Die Genderformen er-
1501 erschweren außerdem das Lesen und Schreiben. Wir werden deshalb als Landesre-
1502 gierung Gendersprache im gesamten amtlichen Sprachgebrauch untersagen. An
1503 Schulen, Gerichten, Ministerien, in der Kommunalverwaltung und im Landtag soll
1504 nur die bewährte traditionelle Schreibweise der deutschen Sprache akzeptiert wer-
1505 den. Weiterhin werden wir eine Richtlinie zu gutem Deutsch erlassen, die alle For-
1506 men vermeidet, die durch feministische Ideologie oder Genderideologie motiviert
1507 sind, und Orientierung für gutes Deutsch bietet.
1508

1509 Zwar hat sich die CDU in letzter Zeit mit Kritik am Gendern hervorgetan hat, konform
1510 mit den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtsschreibung weist die CDU aber
1511 nur die extremsten Formen des Genderns zurück, während sie behutsame Formen
1512 akzeptiert (beispielsweise „Studierende“ statt richtig „Studenten“). Außerdem lässt
1513 die CDU eine grundsätzliche Kritik an den ideologischen Hintergründen des
1514 Genderns vermissen. Allein die AfD weist jede Form des Genderns zurück, bekennt
1515 sich zu unserem bewährten Sprachgebrauch und kritisiert die im Hintergrund ste-
1516 hende Ideologie.
1517

1518 **11. Girls und Boys Day durch Zukunftstag ersetzen!**

1519
1520 Die Gender-Politik fordert, alle Unterschiede zwischen den Geschlechtern aufzuhe-
1521 ben. Zu diesem Zweck sollen u.a. junge Männer gezielt in Frauenberufe und junge
1522 Frauen gezielt in Männerberufe gedrängt werden. Dem dient der sogenannte Girls
1523 und Boys Day. Die Altparteien sehen ein Problem darin, dass Männer kaum Grund-
1524 schullehrer oder Erzieher werden wollen, und sich viel weniger Mädchen als Jungen
1525 beispielsweise für den Beruf des Polizisten interessieren. Die AfD aber sieht darin
1526 kein Problem. Wir wollen niemanden aufgrund seines Geschlechts dazu drängen,
1527 einen bestimmten Beruf zu ergreifen, oder ihn davon abhalten, nur damit Quoten

1528 erfüllt werden und überall Geschlechterparität hergestellt wird. Deshalb werden wir
1529 den Girls- und Boys-Day durch einen Zukunftstag zur beruflichen Orientierung er-
1530 setzen, bei dem Jungen und Mädchen nicht in verschiedene Gruppen getrennt wer-
1531 den und jeder völlig frei wählen darf, was ihm gefällt.
1532

1533 **12. Einbürgerungsaufsätze statt Einbürgerungstests!**

1534
1535 Aktuell führt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Einbürgerungstest
1536 durch, der aus 33 Fragen besteht, von denen 3 Fragen einen Bezug zum jeweiligen
1537 Bundesland aufweisen. Zu jeder Frage werden vier Antwortmöglichkeiten angebo-
1538 ten, von denen die richtige ausgewählt werden muss. Die Fragen selbst sind ein-
1539 fachster Art („Welches Tier ist das Wappentier der Bundesrepublik Deutschland“).
1540 Wir werden darauf hinwirken, den Schwierigkeitsgrad der Fragen deutlich anzuhe-
1541 ben. Der Test soll künftig nicht mehr aus multiple-choice-Fragen bestehen, sondern
1542 aus einem Besinnungsaufsatz zu einem politischen Thema, der zugleich als Sprach-
1543 test fungiert. Das Niveau der Sprachbeherrschung muss mindestens einer Note
1544 ausreichend im Rahmen eines Hauptschulabschlusses entsprechen. Inhaltlich
1545 muss der Aufsatz den Willen bekunden, Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu
1546 werden, und Respekt vor unserem Staat erkennen lassen. Die Anforderungen an
1547 eine Einbürgerung sind generell zu erhöhen. Es darf nur deutscher Staatsbürger wer-
1548 den, wer sich dauerhaft in unser Gemeinwesen einfügt und nicht nur zur kurzfristi-
1549 gen Erlangung von Vorteilen zu uns gehören will.
1550

1551 **13. Bekenntnis zu Deutschland einfordern!**

1552
1553 Anders als es uns immer unterstellt wird, verwehren wir Ausländern nicht die deut-
1554 sche Staatsbürgerschaft. Jeder, der das ernsthaft will, kann Deutscher werden. Wer
1555 hier eingebürgert werden will, muss sich aber zu Deutschland bekennen, seine neue
1556 Identität annehmen und sich von seiner alten Identität lösen. Um das sicherzustel-
1557 len, werden wir die persönliche Erklärung zur Einbürgerung, die durch einen Erlass
1558 vom 27. August 2021 den kreisfreien Städten und Landkreisen mitgeteilt wurde,
1559 durch folgende Erklärung ersetzen:

1560
1561 „Ich, Vorname und Name, erkenne die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesre-
1562 publik Deutschland und ihre Gesetze an. Ich verpflichte mich, die deutsche Kultur
1563 zu respektieren und danach zu streben, die deutsche Sprache zu erlernen. Als neuer
1564 deutscher Staatsangehöriger werde ich innerhalb und außerhalb der Bundesrepub-
1565 lik Deutschland keine ausländischen Konflikte aktiv unterstützen. Dies gilt insbe-
1566 sondere für Konflikte meines ehemaligen Heimatlandes. Ich will mich nach besten
1567 Kräften bemühen, meinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und auf diese Weise
1568 meinem neuen Heimatland Dank und Respekt zu erweisen.“
1569

1570 **14. Verpflichtende Integrations-Kurse für Ausländer!**

1571
1572 Aktuell vermitteln die Einbürgerungskurse des Bundesamts für Migration und
1573 Flüchtlinge, die zum Einbürgerungstest hinführen, lediglich „staatsbürgerliches
1574 Grundwissen“ sowie „Grundsätze und Werte unserer Verfassung“. Die Gestaltung
1575 des Kurses zielt auf einen reinen Verfassungspatriotismus. Eine gelungene Einbür-
1576 gerung aber setzt darüber hinaus auch historische und kulturelle Bildung voraus.
1577 Ein auf verfassungsrechtliche Aspekte verengter Kurzlehrgang reicht nicht aus. Wir
1578 werden uns deshalb dafür einsetzen, in breiter Perspektive deutsche Geschichte
1579 und Kultur zu vermitteln. Wer Deutscher werden will, muss zumindest ansatzweise
1580 verstehen, wie unser Staat zu dem geworden ist, was er heute ist. Weiterhin müssen
1581 alle noch nicht eingebürgerten Ausländern, die sich nicht nur vorübergehend, aber
1582 rechtmäßig in Deutschland aufhalten, zum Besuch solcher Kurse verpflichtet wer-
1583 den. Unentschuldigtes Fehlen soll bis hin zum Entzug des Aufenthaltstitels sankti-
1584 oniert werden können.

1585

1586 **15. Engagement von Ausländern anerkennen!**

1587
1588 Die Einbürgerungspraxis stellt aktuell zu stark auf die reine Dauer des Aufenthalts
1589 ab, ohne zu prüfen, wie die Zeit verbracht wurde. Nach einer gewissen Anzahl an
1590 Jahren des dauernden Aufenthalts in Deutschland entstehen Ansprüche. Diese Hal-
1591 tung fördert keine echte Integration, sondern bloßes Anspruchsdenken. Die deut-
1592 sche Staatsbürgerschaft wird gleichsam ersessen. Wir werden uns im Bundesrat
1593 dafür einsetzen, dies zu ändern. Je nachdem, welche Anstrengungen der einbürge-
1594 rungswillige Ausländer selbst unternommen hat, sollen sich Einbürgerungsfristen
1595 verkürzen oder bei Integrationsdefiziten auch verlängern. Ausländer, die sich in Ver-
1596 einen engagieren und so schon vor ihrer Einbürgerung einen Beitrag zu ihrer infor-
1597 mellen Anerkennung als wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft leisten, soll eine
1598 beschleunigte Einbürgerung in Aussicht gestellt werden.

1599

1600 **16. Nein zu Muezzin und Minarett!**

1601
1602 Der Islam gehört weder zu Deutschland noch zu Sachsen-Anhalt. Schließlich hat
1603 der Islam unsere Geschichte und Kultur nicht geprägt. Als politische Religion mit
1604 seinem archaischen Scharia-System und den darin enthaltenen Rechtsregeln ist er
1605 mit unserem abendländischen Staatsverständnis nicht vereinbar.

1606

1607 Die Glaubens- und Gewissensfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 Grundgesetz und die staatli-
1608 che Gewährleistung einer ungestörten Religionsausübung aus Artikel 4 Absatz 2
1609 Grundgesetz gelten zwar auch für Moslems, sind jedoch in den letzten Jahrzehnten
1610 durch fragwürdige Interpretation zu einem Supergrundrecht aufgebläht worden.

1611 Die AfD wird die Religionsfreiheit wieder auf angemessene Maßstäbe zurückführen.
1612 Die Religionsfreiheit zwingt die Deutschen nicht dazu, jeden Wunsch der Islam-
1613 lobby zu erfüllen. Moscheen müssen nicht als orientalische Prunkbauten weithin
1614 erkennbar sein. Ein Muezzinruf ist zur Gewährleistung der freien Religionsausübung
1615 für Moslems nicht unabdingbar. Die AfD-Regierung wird alle Möglichkeiten aus-
1616 schöpfen, den Einfluss dieser kulturfremden Religion in Sachsen-Anhalt zu be-
1617 schränken, soweit dies rechtlich zulässig ist.
1618

1619 **17. Staatsleistungen sofort einstellen!**

1620
1621 Jedes Jahr zahlt das Land Sachsen-Anhalt den großen Kirchensteuerkirchen über 40
1622 Millionen Euro Steuergeld als sogenannte „Staatsleistungen“. Diese Zahlungen sind
1623 letztlich eine Entschädigung für Kirchengüter, die 1803 enteignet wurden. Schon die
1624 1919 in Kraft getretene Weimarer Reichsverfassung forderte, diese Staatsleistungen
1625 abzulösen, ohne dass dem nachgekommen worden wäre. Aktuell wird zwar wieder
1626 über die Einstellung der Staatsleistungen diskutiert, jedoch bestehen die Kirchen
1627 darauf, als Ablöse einen Kapitalstock zu erhalten, dessen Zinsen die Staatsleistun-
1628 gen kompensieren. Selbst unter Annahme eines hohen Zinssatzes von 4 Prozent
1629 müsste das Land der Kirche eine Milliarde Steuergeld überweisen. Da das Land die-
1630 ses Geld nicht hat, geschieht wieder nichts.

1631
1632 So kann es nicht weitergehen! Die AfD vertritt die von namhaften Juristen unter-
1633 stützte Ansicht, dass die Staatsleistungen ohne weitere Kompensation eingestellt
1634 werden können. Und anders als die Altparteien haben wir dazu auch den politischen
1635 Willen! Wir werden alles dafür tun, den Kirchen nicht mehr mit absurder Begründung
1636 Jahr für Jahr über 40 Millionen Euro in den Rachen zu werfen. Dies ist auch allein
1637 deshalb geboten, weil die großen Kirchen nicht mehr den christlichen Glauben pfl-
1638 egen, sondern die Regenbogenideologie. Sie entfalten nicht nur keine die Gesell-
1639 schaft stabilisierende Wirkung mehr, sondern treiben, im Gegenteil, das gesell-
1640 schaftliche Zerstörungswerk der Altparteien mit voran.

1641

1642 **18. Kein Geld mehr für die Evangelischen Akademie!**

1643
1644 Die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V. wird jährlich in Höhe von 70.000
1645 EURO durch das Land Sachsen-Anhalt gefördert. Dies wäre vielleicht gerechtfertigt,
1646 wenn sich diese Akademie der Bildung in kirchlichen Angelegenheiten von theologi-
1647 schen Themen bis hin zu Kirchenmusik widmen würde. Solche Themen machen je-
1648 doch den geringsten Teil der dort stattfindenden „Bildungsarbeit“ aus. Das meiste
1649 ist politische Agitation im Sinne der Altparteien: Klimadoktrin, Genderismus und Re-
1650 genbogenkult stehen hoch im Kurs, eine „sozial-ökologische Transformation“ wird
1651 beschworen, der ungezügelter Masseneinwanderung wird das Wort geredet, und
1652 jede grundsätzlich andere Meinung wird als Gefahr für die Demokratie ausgegeben.

1653 Dergleichen darf nicht mit Steuergeld gefördert werden. Eine AfD-Landesregierung
1654 wird diese Zahlungen unverzüglich einstellen.
1655

1656 **19. Christentum fördern – Kleine Kirchen fördern!**

1657
1658 Das Christentum ist nicht nur ein wesentlicher Teil unserer Europäischen Kultur, es
1659 bietet auch Halt im Glauben und jenseitige Orientierung. Wer sich zum Christentum
1660 und der christlichen Ethik bekennt, handelt nachhaltig und leistet einen wertvollen
1661 Beitrag zu unserem Gemeinwesen. Dass wir die Privilegien der Kirchensteuerkir-
1662 chen abschaffen wollen, bedeutet nicht, dass wir den christlichen Glauben ableh-
1663 nen – im Gegenteil. Gerade weil wir um die Bedeutung des Christentums wissen,
1664 greifen wir die Kirchensteuerkirchen an, denn die großen Kirchen schaden dem
1665 Glauben. Sie verlieren nicht ohne Grund immer mehr Mitglieder, während sich in
1666 vielen kleinen Kirchen und Glaubensgemeinschaften eine wahre Renaissance des
1667 Christentums vollzieht. Wir werden Instrumente entwickeln, um diese kleinen Kir-
1668 chen zu fördern. In Freikirchen, Baptistengemeinden und orthodoxen Kirchen wird
1669 ein authentischer und vitaler Glaube praktiziert, der die kulturelle Wende, die wir
1670 anstreben, vielfältig unterstützt.
1671

1672 **20. Leistungsträger im Sport ehren!**

1673
1674 Wer bei Olympischen und paralympischen Spielen eine Goldmedaille erringt, hat
1675 eine Höchstleistung erbracht, die das Ansehen seines Landes verbessert und somit
1676 einen hohen ideellen Gewinn für die Allgemeinheit erbringt. Dies gilt es auch finan-
1677 ziell zu honorieren. Wir werden deshalb eine lebenslange Ehrenrente für Olympia-
1678 sieger aus Sachsen-Anhalt in Höhe von 150 EURO mtl. einführen, die nicht zu ver-
1679 steuern ist und jährlich nach der KOV-Anpassungsverordnung zum 1. Juli angepasst
1680 wird.
1681
1682
1683
1684
1685
1686
1687
1688
1689
1690
1691
1692
1693
1694

1695 **IV. Schulbildung**

1696

1697 Schon seit Jahrzehnten sinkt in ganz Deutschland und Sachsen-Anhalt das Bil-
1698 dungsniveau. Grundschüler können nicht mehr richtig lesen, schreiben und rech-
1699 nen. Das Abitur befähigt nicht mehr zum Studium. Das Handwerk sucht verzweifelt
1700 Auszubildende. Der viel diskutierte Lehrermangel ist keine Ursache der Krise, son-
1701 dern nur eine ihrer Auswirkungen. Die Bildung verfällt nicht, weil es immer weniger
1702 Lehrer gibt, sondern, weil die Bildung verfällt, will niemand mehr Lehrer werden.
1703 Auch und gerade der Unterricht, der stattfindet, taugt immer weniger. Diese Krise ist
1704 keine Krise des Geldes, es ist eine Krise des Geistes.

1705

1706 Das Problem ist eine um sich greifende Leistungsmüdigkeit und Kuschelpädagogik,
1707 die nicht mehr zu Anstrengungen motiviert und die Leistungsbereiten entmutigt.
1708 Das Problem ist, dass die richtige Meinung mittlerweile mehr wert ist als echtes
1709 Wissen. Das Problem ist, dass Lehrer keine pädagogische Autorität mehr darstellen,
1710 sondern zu bloßen Lernbegleitern verkommen sind. Das Problem ist, dass alle
1711 gleich gemacht werden, anstatt Kinder nach ihrer Begabung zu fördern. Die Altpar-
1712 teien sind nicht in der Lage, diese Krise zu begreifen, geschweige denn zu lösen. Die
1713 Altparteien haben diese Krise mit verursacht.

1714

1715 Hinzu kommt, dass die Schule systematisch mit nicht-schulischen Aufgaben über-
1716 fordert wird. Während die Altparteien die schulische Bildung vernachlässigen, erfin-
1717 den sie immer neue Aufgaben, die sie der Schule aufbürden: Die Schule soll Ein-
1718 wanderer integrieren, soziale Nachteile aller Art beheben und den Schaden einer
1719 schlechten Familie ausgleichen. Weiterhin soll die Schule die Kinder politisch erzie-
1720 hen, was allzu oft in einer einseitigen Indoktrination gegen gesunden Patriotismus
1721 ausartet und bis hin zu offener Hetze gegen die AfD führt. Derart mit bildungsfernen
1722 Aufgaben überlastet, kommt die Schule nicht mehr dazu, das zu leisten, was ihre
1723 eigentliche Aufgabe ist: die Kinder durch solide Bildung auf das Leben vorbereiten!

1724

1725 Die AfD setzt der ungebildeten Bildungspolitik der Altparteien eine gebildete Bil-
1726 dungspolitik entgegen, die sich zur guten pädagogischen Tradition bekennt und die
1727 Schule von allen nicht-schulischen Aufgaben befreit. Weder soziale und psycholo-
1728 gische Betreuung noch Integration und Inklusion, sondern allein die Vermittlung von
1729 Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) und Bildungsgütern ist Aufgabe der
1730 Schule. Wir werden deshalb die Schule von allen nicht-schulischen Aufgaben be-
1731 freien und dafür sorgen, dass im Unterricht wieder die bewährten pädagogischen
1732 Konzepte angewendet werden. Bildung bedeutet, sich Bildungsgut anzueignen und
1733 festgesteckte Ziele zu erreichen. Der Lehrer ist dabei nicht bloßer „Lernbegleiter“,
1734 sondern Autorität und Vermittlungsinstanz.

1735

1736 Die Altparteien glauben, etwas gegen die Bildungskrise zu unternehmen, wenn sie
1737 schon die Grundschulen mit digitalen Endgeräten überschütten. Dabei ist

1738 übermäßiger und verfrühter Umgang mit digitalen Medien eine Ursache für den Bil-
1739 dungsverfall. Allein der Umstand, dass die älteren Generationen, die traditionell un-
1740 terrichtet wurden, besser gebildet sind als die jüngeren Generationen, die zum Op-
1741 fer diverser Reformen wurden, beweist die Überlegenheit der traditionellen Pädago-
1742 gik. Hausaufgaben, Frontalunterricht, regelmäßige Übungsaufgaben im Unterricht,
1743 systematische Wiederholung und Leistungskontrolle, umfangreiche Lektüre – das
1744 sind die Instrumente, die unserem Schulsystem wieder auf die Beine helfen.
1745

1746 **1. Optimale Förderung und bestmögliche Bildung für alle!**

1747
1748 Aktuell herrscht eine starke Tendenz zur Nivellierung der Bildungsstandards und zur
1749 Vereinheitlichung des Bildungssystems. Eine Auswahl der Schüler nach Leistung ist
1750 zunehmend verpönt. Die Einführung einer gymnasialen Oberstufe an Gemein-
1751 schaftsschulen bedeutet einen weiteren Schritt Richtung Einheitsschule und Ein-
1752 heitsgymnasium. Die AfD tritt dagegen für ein leistungsdifferenziertes mehrgliedri-
1753 ges Schulsystem ein. Wir werden das Gymnasium stärken und wieder zu dem ma-
1754 chen, was es war: Die Schulform, die zur Universität führt und von nicht mehr als 25
1755 Prozent eines Jahrgangs besucht werden soll. Weiterhin werden wir die Wiederein-
1756 führung von Hauptschule und Realschule prüfen. Die Förderung unserer Kinder ge-
1757 lingt am besten, wenn sie entsprechend ihrer Neigungen und Fähigkeiten in mög-
1758 lichst homogenen Klassenverbänden unterrichtet werden. Wenn weniger Schüler
1759 aufs Gymnasium gehen, steigt nicht nur dort das Niveau. Dadurch, dass dann wie-
1760 der mehr leistungsstärkere Schüler die Realschule besuchen, wird auch dort das
1761 Niveau angehoben und ebenso auf der Hauptschule. Die Erhöhung der Anforderun-
1762 gen am Gymnasium hebt so kaskadenweise das Niveau des gesamten Schulsys-
1763 tems an. Nicht ein leichtes Abitur, ein schweres Abitur führt aus der Krise unseres
1764 Bildungswesens.
1765

1766 **2. Verbindliche Schullaufbahneempfehlung wieder einführen!**

1767
1768 Seit 2011 ist die verbindliche Schullaufbahneempfehlung nach Klasse 4 in Sachsen-
1769 Anhalt abgeschafft. Schüler erhalten zwar eine Empfehlung, diese hat jedoch nur
1770 eine rein beratende Funktion. Wir halten das für einen Fehler. Die Lehrer können in
1771 aller Regel am besten einschätzen, welche Schule ein Kind nach Klasse 4 besuchen
1772 sollte, während Eltern die Leistung ihres Kindes oft überschätzen. Es kann nicht
1773 sein, dass Eltern nach Belieben entscheiden, welche Schullaufbahn ihr Kind ein-
1774 schlägt. Deshalb werden wir die Schullaufbahneempfehlung wieder verbindlich ma-
1775 chen. Um die Beurteilung zu objektivieren, sollen zentrale Klassenarbeiten durch-
1776 geführt werden, deren Ergebnis darüber entscheidet, welche Schulart empfohlen
1777 wird. Gleichzeitig werden wir die Durchlässigkeit des mehrgliedrigen, leistungsdif-
1778 ferenzierten Schulsystems sicherstellen. Wer in der Realschule sehr gute Leistun-
1779 gen erbringt, soll in jedem Schuljahr aufs Gymnasium wechseln können.

1780 **3. Keine Experimente an unseren Kindern!**

1781

1782 Das Experiment „Inklusion“, also der gemeinsame Unterricht von behinderten Kin-
1783 dern mit normal begabten Kindern und die Abschaffung der herkömmlichen Förder-
1784 schulen, ist auf ganzer Linie gescheitert. Die behinderten Kinder erhalten nicht die
1785 Aufmerksamkeit, die sie benötigen, finden unter ihren Mitschülern keinen An-
1786 schluss, lähmen den Unterrichtsfortgang und bleiben hinter ihren Möglichkeiten zu-
1787 rück. Gerade behinderte Kinder benötigen eine speziell auf ihre Situation abge-
1788 stimmte Pädagogik, wie sie nur an Förderschulen möglich ist. Hinzu kommt, dass
1789 die in Inklusionsklassen oft praktizierte Doppelbesetzung (= zwei Lehrer pro Klasse)
1790 in Zeiten des Lehrermangels wertvolle Kapazitäten bindet. Wir werden die Inklusion
1791 unverzüglich beenden und die Förderschulen ausbauen!

1792

1793 **4. Schluss mit der Noteninflation!**

1794

1795 Es ist mit Schulzeugnissen wie mit dem Geld: Die inflationäre Vergabe guter Noten
1796 schafft keine Werte, sondern vernichtet Werte. Wenn im Schuljahr 2024/25 die
1797 durchschnittliche Abiturnote bei 2,2 liegt und ein Drittel der Schüler eine Eins vor
1798 dem Komma hat, dann bedeutet dies nicht, dass unsere Abiturienten überdurch-
1799 schnittlich qualifiziert sind, es bedeutet, dass Spitzennoten für Leistungen vergeben
1800 werden, die keine Spitzenleistungen sind. Man täuscht sich durch Bestnoten über
1801 den Verfall des Leistungsniveaus hinweg. Damit ist niemandem gedient! Wir wollen,
1802 dass Schulnoten wieder zu einer harten Währung werden. Deshalb werden wir die
1803 Bewertungsschlüssel für alle Schulformen anheben. Es kann nicht sein, dass für
1804 weniger als die Hälfte der erreichten Punktzahl schon eine Note vier (ausreichend)
1805 vergeben wird, mit der eine Prüfung noch als bestanden gilt. Wer eine Prüfung be-
1806 stehen will, muss mindestens die Hälfte der Punkte erreichen! Dort, wo eine Leis-
1807 tung nicht nach Punkten oder Fehlerzahl quantifizierbar ist, werden wir die qualita-
1808 tiven Anforderungen anheben.

1809

1810 **5. Leistung muss sich wieder lohnen!**

1811

1812 Unser gesamtes Bildungssystem krankt daran, dass sich unter Schülern und Leh-
1813 rern eine Mentalität ausgebreitet hat, in der Leistung als Ausdruck von „Strebertum“
1814 verpönt ist. Es ist „cool“, nicht hart an sich zu arbeiten. Gute Leistungen sind nur
1815 dann sozial akzeptiert, wenn sie einem Schüler aufgrund „Begabung“ in den Schoß
1816 fallen. Dieser leistungsfeindlichen Mentalität werden wir ein Ende bereiten. Dazu
1817 werden wir landesweit Mathematikolympiaden, Sprachenwettbewerbe und natur-
1818 wissenschaftliche Forschungswettbewerbe durchführen, die mit Preisen und öf-
1819 fentlichen Ehrungen verbunden sind. Durch die Stärkung und öffentliche Anerken-
1820 nung des Wettbewerbsgedanken werden wir unsere Schüler zu Ehrgeiz und harter

1821 Arbeit an sich selbst anregen. Auch herausragende Leistungen bei regulären Prüfungen
1822 wollen wir durch Preise und Belobigungen besser auszeichnen und herausstellen.
1823 Der gute Schüler muss wieder zum Vorbild für seine Klassenkameraden werden.
1824
1825

1826 **6. Heimatkunde - Schulbildung nah am echten Leben!**

1827
1828 Nur wer weiß, wie seine Lebensmittel hergestellt werden, wird diese Lebensmittel
1829 zu schätzen wissen. Viele aktuelle Debatten zeigen, dass das Bewusstsein für Lebensmittel
1830 durch die großen Handelsketten aus dem Blick der Gesellschaft gerückt wurde. Wir wollen,
1831 dass jedes Kind weiß, dass hinter der Wurst beim Fleischer der Schlachter, der Landwirt
1832 und ein Tier stehen. Zu diesem Zweck werden wir sowohl die Heilpflanzenpädagogik als
1833 auch den Heimatkundeunterricht mit Praxisbezug stärker gewichten. Außerdem werden wir
1834 mit der Schutzgemeinschaft „Deutscher Wald“ zusammenarbeiten, um der Jugend einen
1835 Praxisbezug zu land- und forstwirtschaftlichen Prozessen zu ermöglichen.
1836
1837

1838 **7. Mehr 1813 und 1871 – Geschichtslehrpläne überarbeiten!**

1839
1840 Die Lehrpläne für das Fach Geschichte zeichnen sich in allen Schulformen dadurch aus,
1841 dass das 19. Jahrhundert als die wichtigste Zeit für die deutsche Nationswerdung zu kurz
1842 kommt. Dabei ist der 1871 gegründete Nationalstaat das Vorgängergebilde der Bundesrepublik
1843 Deutschland. Das von Bismarck gegründete Deutsche Reich hat in Wissenschaft, Kultur und
1844 Wirtschaft Maßstäbe gesetzt, die uns auch heute noch als Inspiration und Vorbild dienen
1845 können. Wir werden deshalb im Unterricht einen deutlichen Schwerpunkt auf die Entstehung
1846 und die Erfolgsgeschichte dieses Staates legen.
1847
1848

1849 **8. Bildung statt politischer Indoktrination!**

1850
1851 Das Programm „Schule gegen Rassismus - Schule mit Courage“ ist entgegen seinem Titel
1852 kein Programm, das den Mut der Schüler fördert und echten Rassismus bekämpft. Abgesehen
1853 davon, dass es echten Rassismus kaum noch gibt und es deshalb wenig Sinn macht, ihn mit
1854 großangelegten Programmen zurückzudrängen, verbirgt sich hinter diesem Programm etwas
1855 anderes. Unter dem Vorwand, Rassismus bekämpfen zu wollen, wird gegen legitime rechte
1856 und patriotische Einstellungen vorgegangen. Schüler werden unter Druck gesetzt, sich der
1857 Vorherrschaft linker Ideen zu beugen. So fördert das Programm keinen Mut, sondern
1858 Duckmäusertum und Konformismus. Die Schule aber muss die Schüler dazu erziehen, dass
1859 sie sich im demokratischen Spektrum selbst eine Meinung bilden. Eine einseitige Agitation
1860 für oder gegen bestimmte politische Richtungen lehnen wir ab. Wir werden deshalb
1861

1862 die Landesförderung des Programms „Schule gegen Rassismus - Schule mit Cou-
1863 rage“ einstellen.
1864

1865 **9. Lehrer müssen politisch neutral sein!**

1866
1867 Aktuell herrscht an unseren Schulen begründet durch den sogenannten Beutelsba-
1868 cher Konsens ein sogenanntes Indoktrinationsverbot. Lehrer dürfen ihre politische
1869 Meinung zwar äußern, dürfen sie den Schülern nur nicht aufzwingen. Leider funkti-
1870 oniert das in der Praxis oft schlecht, weil Lehrer als Autoritäten fungieren und allein
1871 dadurch Schüler sich der Erwartung ausgesetzt sehen, die Meinung des Lehrers an-
1872 zunehmen. Wenn dann einige Lehrer sogar systematisch versuchen, die Schüler zur
1873 Annahme ihres Weltbildes zu bewegen, hilft der Beutelsbacher Konsens nicht wei-
1874 ter. Wir werden deshalb das Indoktrinationsverbot zu einem strengen Neutralitäts-
1875 gebot ausweiten. Der Lehrer hat die Meinungsäußerungen der Schüler zu moderie-
1876 ren, aber nicht mit eigener Meinung mitzudiskutieren.
1877

1878 **10. Regenbogenflaggen an Schulen verbieten!**

1879
1880 Die Regenbogenflagge wird ungeachtet anderweitiger Verwendungen in ihrer langen
1881 Geschichte mittlerweile fast ausschließlich als Symbol der LGBTQ-Bewegung ver-
1882 wendet und verstanden. Die LGBTQ-Bewegung wiederum nimmt die angebliche
1883 Vertretung der Interessen nicht heterosexueller Menschen zum bloßen Vorwand,
1884 um in Wahrheit die tradierte Normalität, die wir für die gedeihliche Entwicklung un-
1885 serer Gesellschaft brauchen, zu zerstören. Dergleichen hat an Schulen nichts ver-
1886 loren. Die Schule muss den Kindern vielmehr die normale Familie bestehend aus
1887 Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen, als Vorbild vermitteln. Das Anliegen der
1888 LGBTQ-Lobby steht dem konträr entgegen. Wir werden deshalb durch entsprechen-
1889 den Runderlass sicherstellen, dass von schuloffizieller Seite keine Regenbogen-
1890 fahne mehr gezeigt wird. Verwendungen der Regenbogenfahne durch einzelne
1891 Schüler im privaten Bereich, etwa als Aufkleber auf dem Schulranzen, sind davon
1892 ausgenommen.
1893

1894 **11. Flagge zeigen!**

1895
1896 Echte Bildung besteht nicht allein in der Aneignung von Kompetenz und Wissen,
1897 sondern auch in der Bildung einer stabilen nationalen Identität. Wir werden deshalb
1898 dafür sorgen, dass an öffentlichen Schulen an jedem Schultag die Bundesflagge ge-
1899 hisst wird. Weiterhin werden wir das gemeinsame Singen der Nationalhymne im
1900 Kreise der gesamten Schüler- und Lehrerschaft als festen Bestandteil von Feierlich-
1901 keiten im Umfeld der Schule etablieren.
1902

1903 **12. Keine Frühdigitalisierung an Schulen!**

1904

1905 Alle neutralen Studien zum Einsatz digitaler Unterrichtsmedien im Vergleich mit
1906 konventionellem Unterricht ergeben entweder, dass der digitale Unterricht keinen
1907 Vorteil bringt oder weisen sogar nach, dass die Ergebnisse im digitalen Unterricht
1908 schlechter sind. Wir vertrauen in diesem Zusammenhang auf die Erkenntnisse des
1909 Hirnforschers Manfred Spitzer. Allein durch den Umgang mit Smartphone und Tablet
1910 erwirbt niemand die Kompetenzen, die dafür notwendig sind, solche Geräte zu kon-
1911 struieren – im Gegenteil. Der Einsatz digitaler Medien beeinträchtigt die Konzentra-
1912 tion, die Merkfähigkeit und die sprachliche Artikulationsfähigkeit.

1913

1914 Hinzu kommt, dass, wie jetzt erste Vorstöße aus dem Bildungsministerium zeigen,
1915 man auch deshalb so viel Wert auf die Ausstattung der Klassen mit digitalen Tafeln
1916 gelegt hat, weil diese Tafeln die Möglichkeit bieten, menschliche Lehrer durch
1917 Künstliche Intelligenz zu ersetzen. Diesen Fehlentwicklungen gilt es mit Entschie-
1918 denheit entgegenzutreten. Wir werden dafür Sorge tragen, dass digitale Medien im
1919 Unterricht nicht schon an der Grundschule, sondern erst an weiterführenden Schu-
1920 len und dort nicht flächendeckend, sondern nur selektiv eingesetzt werden. Außer-
1921 dem werden wir entsprechend den Empfehlungen der Leopoldina die Nutzung von
1922 Smartphones bis einschließlich Klasse 10 untersagen. Das Buch, das Hausaufga-
1923 benheft und die Schultafel müssen die Hauptmedien des Unterrichts bleiben.

1924

1925 **13. Schulfach Informatik als Pflichtfach!**

1926

1927 Wir bereiten unsere Kinder nicht dadurch auf die Zukunft vor, dass wir ihnen digitale
1928 Endgeräte in die Hand drücken, sondern dadurch, dass wir ihnen beibringen, wie
1929 diese Geräte funktionieren. Deshalb werden wir, statt massenweise Tablets und
1930 Whiteboards an den Schulen zu verteilen, Informatik ab Klasse 8 zum Pflichtfach
1931 machen. Der Unterricht soll dabei nicht nur in den theoretischen Grundlagen und
1932 im praktischen Programmieren bestehen, sondern auch im Einüben der Anwendung
1933 von im Berufsleben unentbehrlicher Standardsoftware (Word, Excel etc.).

1934

1935 **14. Russisch-Unterricht erhalten!**

1936

1937 Russisch ist eine Welt- und Wissenschaftssprache, die von über 250 Millionen Men-
1938 schen gesprochen wird, davon 150 Millionen Muttersprachler. Sie erschließt Kultur-
1939 leistungen von höchstem Rang und eröffnet wertvolle Kommunikationsmöglichkei-
1940 ten. Deutschland und insbesondere Sachsen-Anhalt haben sowohl in ökonomi-
1941 scher als auch in kultureller Hinsicht ein großes Interesse an guten Beziehungen zu
1942 Russland. Die aktuelle russlandfeindliche Politik der Altparteien wiederum liegt
1943 nicht im deutschem Interesse. Sie spaltet Europa in fremdem Interesse. Um

1944 dagegen ein Zeichen zu setzen und Grundlagen für eine bessere Zukunft zu legen,
1945 werden wir alles daransetzen, den Russisch-Unterricht in Sachsen-Anhalt zu erhal-
1946 ten und, wenn möglich, auszubauen. Dazu sollen unter anderem akademisch gebil-
1947 dete russische Muttersprachler gezielt angesprochen und als Seiteneinsteiger ge-
1948 wonnen werden.
1949

1950 **15. Schüleraustausch mit Russland wiederbeleben!**

1951
1952 Die Kultusministerkonferenz hat am 10./11.2.22 die Aussetzung der Zusammenar-
1953 beit mit Russland beschlossen. Sachsen-Anhalt ist dem gefolgt und hat seitdem
1954 alle Beziehungen auf Schulebene und damit insbesondere alle Schüleraustausch-
1955 programme auf Eis gelegt. Wir werden den Schüleraustausch mit Russland wieder-
1956 beleben, alle auf Eis gelegten Programme neu aufnehmen und neue Programme
1957 entwickeln, und dies vor allem aus zwei Gründen. Erstens lernt man eine schwere
1958 Fremdsprache wie Russisch nur dann kommunikationstauglich, wenn man mit Mut-
1959 tersprachlern Kontakt hat. Zweitens ist der persönliche Kontakt mit Russen das
1960 beste Mittel gegen die aktuell betriebene Hetze und das Schüren von Konflikten.
1961

1962 **16. Mehr Sportunterricht!**

1963
1964 Sport bietet einen Ausgleich zur schulischen Kopfarbeit und vermittelt die Erfah-
1965 rung, sich selbst zu überwinden und leistungs- und wettkampforientiert an Heraus-
1966 forderungen wachsen zu können. Bewegung und der Gewinn an Koordination, Aus-
1967 dauer und Kraft vitalisieren die Gesamtpersönlichkeit und wirken Aufmerksamkeits-
1968 defiziten sowie der durch Reizüberflutung bedingten Nervosität entgegen. Nir-
1969 gendwo erprobt ein Kind seine natürliche Körperlichkeit so intensiv wie in den viel-
1970 fältigen Disziplinen des Sports. Mannschaftssport bildet zudem das Miteinander
1971 und Zusammenspiel aus und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Deshalb werden wir
1972 den Sportunterricht auf ganzer Linie fördern! Wir werden sicherstellen, dass in jeder
1973 Jahrgangsstufe in jeder Schulform pro Woche mindestens vier Stunden Sportunter-
1974 richt stattfinden.
1975

1976 **17. Jedes Kind muss Schwimmen lernen!**

1977
1978 Seit Jahren steigt die Zahl der tödlichen Badeunfälle, was mit einer steigenden
1979 Nichtschwimmerquote zusammenhängt. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. In
1980 jeder Jahrgangsstufe in jeder Schulform muss Schwimmen ein fester Bestandteil
1981 des Sportunterrichts sein. Wir wollen bereits in der Grundschule die Kinder spiele-
1982 risch mit dem „Seepferdchen“ an das Schwimmen heranzuführen. Im späteren Sport-
1983 unterricht der allgemeinbildenden Schulen soll das Schwimmbzeichen in die

1984 Sportbenotung ebenso einfließen wie die Rettungsschwimmerstufen der DLRG ab
 1985 der 11. Klasse.
 1986

1987 **18. Bundesjugendspiele konsequent als Wettkampf durchführen!**

1988
 1989 Die Bundesjugendspiele werden in den Jahrgangsstufen der Grundschule seit dem
 1990 Schuljahr 2023/24 nicht mehr als Wettkampf und ohne Noten durchgeführt.
 1991 Dadurch werden die Kinder dem Leistungsgedanken entfremdet. Wettkampf und
 1992 Benotung schaden jedoch nicht, im Gegenteil. Gerade so entwickeln die Kinder
 1993 Freude an Leistung. Wir werden uns deshalb gegenüber dem für die Gestaltung der
 1994 Bundesjugendspiele verantwortlichen Kuratorium dafür einsetzen, die Bundesju-
 1995 gendspiele in den Klassen 1 bis 4 zukünftig wieder nach den vor dem Schuljahr
 1996 2023/2024 geltenden Regeln und insbesondere auch als Wettkampf durchzuführen.
 1997

1998 **19. Flexibilisierung der Klassengrößen!**

1999
 2000 Es ist aktuell schon üblich, dass Schulleiter Klassen zusammenlegen, um Unter-
 2001 richtsausfall zu vermeiden. Diese Praxis aber hat als Notlösung keine gesetzliche
 2002 Grundlage. Wir werden deshalb eine Regelung schaffen, wonach bei einer Unter-
 2003 richtsversorgung von weniger als 90 Prozent die Klassenobergrenzen durch Ent-
 2004 scheidung des Schulleiters aufgehoben werden können, um bei Ausfall von Lehrern
 2005 notbehelfsmäßig die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Dies gilt aber nur über-
 2006 gangsweise. Sobald eine Unterrichtsversorgung von über 95 Prozent dauerhaft ge-
 2007 währleistet ist, greifen wieder die regulären Obergrenzen. Unterricht in großen Klas-
 2008 sen ist nicht optimal, aber er ist besser als gar kein Unterricht!
 2009

2010 **20. Pensionierte Lehrer einstellen!**

2011
 2012 Unser Schulsystem krankt an Lehrermangel. Während sich nach wie vor zu wenige
 2013 Abiturienten für ein Lehramtsstudium entscheiden, verfügen pensionierte Lehrer
 2014 über einen immensen Erfahrungsschatz im Unterricht ihrer Fächer und über hohe
 2015 Erziehungskompetenz. Zudem würden junge Lehrer von gestandenen älteren Men-
 2016 toren profitieren, die aus einem reichen und praktisch erprobten Fundus schöpfen.
 2017 Fühlen sich pensionierte Lehrer belastbar und fit genug, sollte ihnen die Möglichkeit
 2018 gewährt werden, in Ganz- oder Teilzeit weiterhin an Schulen zu arbeiten. Wir wollen
 2019 alle innerhalb der letzten fünf Jahre pensionierten Lehrer und alle Lehrer, die inner-
 2020 halb der nächsten zwei Jahre pensioniert werden, kontaktieren und ihnen anbieten,
 2021 auf freiwilliger Basis entweder wieder in den Schuldienst einzusteigen oder später
 2022 in Pension zu gehen.
 2023

2024 **21. Lehrerberuf attraktiver machen – Lehrer gezielt anwerben!**

2025

2026 Die tiefere Ursache des Lehrermangels liegt darin, dass der Lehrerberuf in den letz-
2027 ten Jahrzehnten stark an Attraktivität verloren hat. Die sozialpolitische Überforde-
2028 rung der Institution Schule schlägt sich in einer massiven Mehrbelastung der Lehrer
2029 nieder, die dann als die neuen Buhmänner der Nation für das Scheitern der Bil-
2030 dungspolitik verantwortlich gemacht werden. Dem wird die AfD zielgerichtet entge-
2031 gegenwirken. Abgesehen von der Entlastung der Schule von sozialpolitischen Aufga-
2032 ben, der Beendigung der Inklusion und der Bildung von Sonderklassen für Flücht-
2033 lingskinder werden wir den Schulbetrieb entbürokratisieren, so dass die Lehrer sich
2034 wieder ausschließlich ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Unterricht, widmen können.
2035 Wir gehen davon aus, dass bei einer Regierungsübernahme durch die AfD unsere
2036 Schulen dank dieser Maßnahmen für Lehrer wieder so attraktiv werden, dass viele
2037 engagierte Lehrer aus dem ganzen Bundesgebiet nach Sachsen-Anhalt kommen
2038 wollen, um hier an unserem großen bildungspolitischen Aufbruch mitzuwirken. Wir
2039 werden diesen Andrang unsererseits durch eine gezielte Anwerbekampagne im ge-
2040 samten Bundesgebiet kanalisieren. Der größte Anreiz wird dabei nicht das Geld
2041 sein, sondern im Bundesgebiet einzigartige Rahmenbedingungen.

2042

2043 **22. Eine pädagogische Hochschule gründen!**

2044

2045 Grundschul- und Sekundarschullehrer sollten nicht an einer Universität ausgebildet
2046 werden. Das Studium der Schulfächer als akademische Fächer wird den spezifi-
2047 schen pädagogischen Anforderungen, denen Lehrer an diesen Schulformen ausge-
2048 setzt sind, nicht voll gerecht. Hier empfiehlt sich, wie auch in anderen Bundeslän-
2049 dern üblich, die Lehrerausbildung an einer pädagogischen Hochschule durchzuführen.
2050 Wir werden deshalb eine pädagogische Hochschule gründen und dort die Aus-
2051 bildung aller Grundschul- und Sekundarschullehrer bündeln.

2052

2053 **23. Schulen erhalten!**

2054

2055 Wenn die Vorgaben der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung so beibehalten
2056 werden, wie die CDU plant, und die Bevölkerungsentwicklung so verläuft, wie in der
2057 aktuellen Prognose vorhergesagt, werden in einigen Kreisen in den nächsten zehn
2058 Jahren bis zur Hälfte der Grundschulen bestandsgefährdet sein. Wir werden des-
2059 halb die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung überarbeiten und die Mindest-
2060 schülerzahlen absenken. Der Bestand einer Grundschule soll nicht bis 60, sondern
2061 bis 40 Schülern gesichert sein. Der Schulverbund muss flexibler werden: Bis zu drei
2062 Schulen bei einer Gesamtschülerzahl von mindestens 100 ohne weitere Vorgaben.
2063 Es stimmt nicht, dass an kleinen Schulen kein guter Unterricht möglich sein soll, im
2064 Gegenteil. In Kleingruppen lernt es sich besser. Auch jahrgangsübergreifender

2065 Unterricht darf kein Tabu sein, wenn wir kleine Schulen erhalten und dem Absterben
2066 des ländlichen Raums entgegenwirken wollen.
2067

2068 **24. Bildungspflicht statt Schulzwang!**

2069
2070 In allen Fragen zu Bildung und Erziehung der Kinder müssen die Eltern das letzte
2071 Wort haben. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche des Staates, sich in
2072 die Erziehung der Kinder einzumischen. Da die Schulen immer weniger Bildung ver-
2073 mitteln und immer stärker versuchen, die Kinder politisch zu erziehen oder ihnen
2074 fragwürdige Lebensansichten zu vermitteln, verstehen wir Eltern, die ihre Kinder
2075 selbst unterrichten wollen.
2076

2077 Wir werden deshalb in Anlehnung an das österreichische Modell eine Wahlfreiheit
2078 zwischen Schul- und Hausunterricht schaffen. Bedingung ist allerdings, dass der
2079 Hausunterricht die gleichen Qualitätsstandards erfüllt wie der Schulunterricht. Alle
2080 Kinder, die zuhause unterrichtet werden, müssen zur Kontrolle des Lernfortschritts
2081 halbjährlich zentrale Prüfungen ablegen. Bleibt ein Kind zurück, muss es wieder an
2082 die Schule. Das Recht auf Hausunterricht ist als Elternrecht zu begreifen, die Bil-
2083 dung der Kinder als Pflicht und der Schulbesuch als Angebot, das der Staat vorhal-
2084 ten muss, das die Eltern jedoch nicht zwangsläufig annehmen müssen.
2085

2086 **25. Keine Pseudodemokratie an Schulen!**

2087
2088 Die Demokratie ist die mit Abstand beste Staatsform, die sich im Laufe der mensch-
2089 lichen Geschichte entwickelt hat. Sie sichert, wenn sie funktioniert, staatlichen Ent-
2090 scheidungen theoretische Legitimität und praktische Akzeptanz. Das Kernprinzip
2091 der Mehrheitsentscheidung ist der beste Schiedsrichter für gesellschaftliche Kon-
2092 flikte aller Art. Dies betrifft in erster Linie die Gremien politischer Vertretung vom
2093 Gemeinderat bis zum Bundestag und die Organisation von Vereinen.
2094

2095 Es gibt jedoch Gesellschaftsbereiche, die an sich unpolitisch sind und bei denen die
2096 Anwendung des Demokratieprinzips nicht sachgerecht wäre. Wir widersprechen
2097 ausdrücklich den 68ern, die meinten, alles sei politisch und deshalb die Politisie-
2098 rung aller Lebensbereiche gefordert haben. Neben dem Militär oder den Wirt-
2099 schaftsunternehmen ist die Schule ein weiterer Bereich, wo das demokratische
2100 Prinzip fehl am Platz wäre. Über Lehrpläne, Benotungen oder die besten Lehrbücher
2101 lässt sich nicht abstimmen, erst recht nicht unter Schülern. Hier müssen im Minis-
2102 terium Sachverständige im Austausch untereinander Entscheidungen treffen.
2103

2104 Werden solche Entscheidungen den schulischen Vertretungsgremien überantwor-
2105 tet, ist das Ergebnis eine bildungspolitische Zersplitterung, eine Fülle nicht sachge-
2106 rechter Entscheidungen und so ein Verfall des gesamten Bildungssystems, wie wir

2107 es ja aktuell erleben. Wir werden deshalb die Kompetenzen der Gesamtkonferenz
2108 auf nicht-pädagogische Bereiche beschränken. Um auf Fehlverhalten von Lehrern
2109 und Schulleitern angemessen reagieren zu können, werden wir erweiterte Appella-
2110 tionsrechte für Eltern und Schülern schaffen und am Bildungsministerium eine Be-
2111 schwerdestelle mit erhöhter Sichtbarkeit einrichten.
2112

2113 **26. Landeseinheitliche Lehrmaterialien!**

2114
2115 Aktuell entscheidet die sogenannte Gesamtkonferenz einer Schule darüber, welche
2116 Lehrbücher an der Schule verwendet werden. Das Ergebnis ist, dass an Schulen der
2117 gleichen Schulform in der gleichen Jahrgangsstufe in Sachsen-Anhalt unterschied-
2118 liche Lehrbücher verwendet werden. Jeder Schulwechsel, sei es durch Umzug oder
2119 aus anderen Gründen, ist dadurch für die Kinder mit hohen Belastungen verbunden.
2120 Dem steht kein erkennbarer Nutzen gegenüber. Nichts spricht dagegen, landesweit
2121 pro Schulform und Jahrgangsstufe die gleichen durch das Bildungsministerium fest-
2122 gelegten Lehrmaterialien zu verwenden. Eine solche Vereinheitlichung brächte aber
2123 viele Vorteile. Abgesehen von einem verbilligten Preis pro Buch durch die Großbe-
2124 stellung und abgesehen von einer Erleichterung des Schulwechsels ergäbe sich so
2125 auch eine bessere landesweite Vergleichbarkeit der Leistungen der Schüler an den
2126 einzelnen Schulen.
2127

2128 **27. Kostenlose Bücher für jedes Kind!**

2129
2130 Die staatliche Pflicht zur Bereitstellung von Bildungsangeboten umfasst nach unse-
2131 rem Verständnis nicht nur, dass die Erteilung des Unterrichts kostenlos ist. Auch die
2132 dabei verwendeten Bücher müssen leihweise gestellt werden, ohne dass dafür Kos-
2133 ten anfallen. Wenn Schüler die Lehrbücher käuflich erwerben wollen, soll ihnen
2134 dazu ein Angebot unterbreitet werden, dies muss jedoch freiwillig bleiben.
2135

2136 **28. Sonderklassen für Flüchtlingskinder!**

2137
2138 Kinder gehören in die Schule! Auch Flüchtlingskinder, die ihre Heimat verlassen
2139 mussten, sollten nicht gezwungen sein, die Zeit ihres Aufenthalts in Deutschland
2140 ohne Schulbildung vergeuden zu müssen. Deshalb ist die AfD aus Gründen der Hu-
2141 manität dafür, Kindern von - vorerst - nicht ausreisepflichtigen Flüchtlingen Schul-
2142 unterricht zu erteilen. Dies sollte allerdings in Sonderklassen erfolgen. Erstens soll
2143 den Flüchtlingskindern so die Botschaft vermittelt werden, dass Ihr Aufenthalt in
2144 Deutschland nur ein vorübergehender ist, solange die Flucht- und Verfolgungs-
2145 gründe bestehen. Zweitens sollen den Flüchtlingskindern Lehrinhalte ihrer heimi-
2146 schen Schulen vermittelt werden, um ihnen den Wiedereinstieg ins heimische
2147 Schulsystem zu erleichtern. Drittens gilt es, unsere Kinder von den vielfältigen

2148 Belastungen freizuhalten, die sich beim gemeinsamen Unterricht mit Kindern aus
2149 völlig fremden Kulturen ergeben. Die Lehrkräfte für diese Klassen sind deshalb,
2150 wenn möglich, auch aus dem Kreis der Flüchtlinge zu rekrutieren.

2151
2152 Wir haben diese Forderung erstmals 2017 bezogen auf die Flüchtlingskinder aus Sy-
2153 rien erhoben und wurden dafür von den Altparteien förmlich verteufelt. Als dann die
2154 Flüchtlingswelle aus der Ukraine über uns hereinbrach, hat das CDU-geführte Bil-
2155 dungsministerium selbst sogenannte Willkommensklassen eingerichtet, die in eini-
2156 gen Punkten unserem Konzept der Sonderklassen entsprachen. Anders als unsere
2157 Sonderklassen sollten die Willkommensklassen aber nur als Übergang in die Regel-
2158 klassen fungieren und sind mittlerweile auch wieder abgeschafft worden. Wir wer-
2159 den alle Kinder von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Sonderklassen unterrichten
2160 lassen.

2161

2162 **29. Keinen bekenntnisgebundenen Islamunterricht an Schulen!**

2163
2164 In Sachsen-Anhalt leben nur wenige Muslime. Schätzungen gehen aktuell von ein-
2165 nem Bevölkerungsanteil von zwei bis drei Prozent Muslimen aus. Islamunterricht
2166 ließe sich somit schon allein organisatorisch kaum mit einem vertretbaren Aufwand
2167 einrichten. Abgesehen davon ist Sachsen-Anhalt christlich geprägt. Der Islam ge-
2168 hört nicht zu Deutschland. Schüler islamischen Glaubens können, wenn sie religi-
2169 öse Unterweisung wünschen, Bildungsangebote von Moscheevereinen nutzen.

2170

2171 **30. Wachdienst an Schulen!**

2172
2173 Die Gewalt an Schulen, die vor allem, aber nicht nur von Schülern mit Migrations-
2174 hintergrund ausgeht, hat mittlerweile ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Insbe-
2175 sondere in Halle sind Angriffe, Körperverletzungen, Erpressungen, Nötigungen und
2176 andere Delikte unter Schülern an der Tagesordnung. Die Lehrer sind damit überfor-
2177 dert, und die Polizei ist auf dem Schulhof nur im Ausnahmefall zuständig. Deshalb
2178 braucht es einen dem Schulleiter unterstehenden privaten Wachdienst, der auf
2179 dem Schulhof für Recht und Ordnung sorgt und potenzielle Gewalttäter in ihre
2180 Schranken weist. Wir werden bei Bedarf einen solchen Wachdienst einrichten. Ge-
2181 rade an Schulen wirkt sich die psychische Belastung durch Gewalt besonders
2182 schädlich aus, weil sie die Schüler am konzentrierten Lernen hindert. Hinzu kom-
2183 men möglicherweise irreparable Schäden in einer entwicklungspsychologisch sen-
2184 siblen Phase. Dem darf nicht länger achselzuckend begegnet werden.

2185

2186

2187

2188 **31. Gewalttäter empfindlich bestrafen!**

2189
2190
2191
2192
2193
2194
2195
2196
2197
2198
2199
2200
2201
2202
2203
2204
2205
2206
2207
2208
2209
2210
2211
2212
2213
2214
2215
2216
2217
2218
2219
2220
2221
2222
2223
2224
2225
2226
2227
2228
2229
2230

Der Wachdienst an Schulen soll Gewalt verhindern, bevor sie in Erscheinung tritt. Sind aber Schüler bereits gewalttätig geworden, müssen alle Möglichkeiten, die das Recht bietet, ausgereizt werden, um die Gewalttäter mit maximaler Härte zu bestrafen. Wir wollen durch Vernetzung von Schulen und Staatsanwaltschaften erreichen, dass jede Straftat aller strafmündigen Schüler vor Gericht kommt. Für die noch nicht strafmündigen Schüler werden wir die Verordnung über schulische Ordnungsmaßnahmen vom 6. Februar 2012 und den Erlass über Erziehungsmittel in der Schule vom 26.5.1994 dergestalt überarbeiten, dass Gewalttäter schneller der Schule verwiesen und im Wiederholungsfall oder in besonderen schweren Fällen an eine Speziialschule für Gewalttäter überwiesen werden können. Außerdem werden wir die Verpflichtung zu pädagogisch wertvoller Arbeit in die Liste der Erziehungsmittel aufnehmen.

2231 **V. Wissenschaft**

2232

2233 Die deutsche Wissenschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Unsere Naturwissen-
2234 schaften bringen keine Erfindungen von Weltgeltung mehr hervor, unsere Geistes-
2235 wissenschaften haben ihre führende Rolle von einst verloren. Immer neue Exzel-
2236 lenzinitiativen täuschen nur darüber hinweg, dass wahre Exzellenz kaum mehr vor-
2237 handen ist.

2238

2239 Der Niedergang begann mit der 68er-Revolte. Erlebte die deutsche Wissenschaft in
2240 der Zeit zwischen Kriegsende und der Mitte der 1960er Jahre noch eine kurze letzte
2241 Blüte, so brachten die 68er eine der Wissenschaft fremde und für die Wissenschaft
2242 schädliche Politisierung an die Universität und blähten die Bürokratie durch ein
2243 pseudodemokratisches Gremienwesen auf. Später kam dann das Quotenumwesen
2244 dazu, das die Botschaft vermittelte, Geschlecht sei wichtiger für den Erfolg als aka-
2245 demische Leistung. Der sogenannte Bologna-Prozess, also die Ersetzung der deut-
2246 schen Studienabschlüsse Magister und Diplom durch ein aus dem angelsächsi-
2247 schen Raum kommendes, völlig verschultes BA/MA-System haben der deutschen
2248 Universität vollends den Garaus gemacht und uns das geraubt, was uns seit jeher
2249 auszeichnete: eine einzigartige Verbindung aus akademischer Freiheit und zugleich
2250 Gründlichkeit. An ihre Stelle sind Zwang und Oberflächlichkeit getreten.

2251

2252 So hat die deutsche Wissenschaft ihre Authentizität und damit das Geheimnis ihres
2253 geistigen Erfolgs verloren. Statt deutscher Eigenart bietet sie einen Abklatsch des
2254 angelsächsischen Systems, wie es in aller Welt zu finden, aber nur in Großbritan-
2255 nien und den USA authentisch ist. Eine ausufernde und immer strenger auftretende
2256 politische Korrektheit erstickt die letzten Reste geistiger Freiheit. Das Ergebnis ist
2257 verheerend: Die Naturwissenschaften sind auf mittelmäßiges Niveau herabgesun-
2258 ken. Wie die Klima- und die Corona-Politik gezeigt haben, ist auch die Naturwissen-
2259 schaft nicht mehr in der Lage, ideologiefreies Wissen zu erzeugen. Die Geisteswis-
2260 senschaften wiederum stecken bis zum Hals in einem Sumpf aus Genderismus,
2261 Postkolonialismus und sonstiger poststrukturalistischer Phrasendrescherei.

2262

2263 Die AfD wird diesen Zustand in Sachsen-Anhalt beenden und die deutsche Wissen-
2264 schaft durch grundlegende Reformen wieder zu sich selbst befreien. Wir werden die
2265 Politik aus der Wissenschaft verbannen, alle wissenschaftsfremden Quoten und
2266 Diskriminierungen abschaffen, echte akademische Freiheit wiederherstellen, die
2267 deutschen Studiengänge und Studienabschlüsse wieder einführen und den unwis-
2268 senschaftlichen Genderismus zurückdrängen. So werden wir in Sachsen-Anhalt die
2269 deutsche Wissenschaft zu ihrer alten Größe zurückführen.

2270

2271

2272 **1. Gleichberechtigung statt Gleichstellung!**

2273
2274
2275
2276
2277
2278
2279
2280
2281
2282
2283
2284
2285
2286
2287
2288

Die AfD bekennt sich zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Die aktuell an den Universitäten gepflegte Gleichstellungspolitik aber ist das genaue Gegenteil von Gleichberechtigung, denn sie setzt auf die systematische Privilegierung von Frauen und diskriminiert gezielt Männer. Männer werden entmutigt, eine akademische Karriere zu verfolgen. Nicht mehr allein die Leistung, sondern vor allem das Geschlecht entscheidet über den beruflichen Erfolg. Das Niveau der akademischen Leistung sinkt, die Wissenschaft nimmt Schaden. Wir werden gegen diesen Trend darauf hinwirken, dass bei der Vergabe von Stipendien, bei der Besetzung von Universitätsstellen und Lehrstühlen einzig und allein die fachliche Qualifikation den Ausschlag geben soll. Alle staatlichen Programme zur Förderung speziell von Frauen werden wir einstellen, alle Frauenquoten außer Kraft setzen. Das Ziel der Gleichstellung ist aus dem Hochschulgesetz zu streichen und durch Gleichberechtigung zu ersetzen. Ebenso ist die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten aus dem Hochschulgesetz zu streichen.

2289 **2. Bologna-Prozess rückabwickeln!**

2290
2291
2292
2293
2294
2295
2296
2297
2298
2299
2300
2301
2302
2303
2304
2305
2306

Der sogenannte Bologna-Prozess, also die Einführung von BA/MA-Studienabschlüssen nach angelsächsischem Modell und die europaweite Angleichung der Universitätssysteme bleibt ein wissenschaftspolitischer Irrsinn. Die deutsche Universität hat alles aufgegeben, was ihre Stärke ausgemacht hat. Die Universitäten müssen, gerade um international attraktiv zu sein, original und authentisch sein. Studenten aus aller Welt kommen nur dann nach Deutschland, wenn es hier etwas zu lernen und zu erfahren gibt, was es sonst nirgendwo gibt.

Deshalb werden wir den Bologna-Prozess rückabwickeln. Da die meisten Bologna-Vorgaben EU-rechtlich nicht verbindlich sind, ist dies auch möglich. Wir werden zuerst in Sachsen-Anhalt auf das bewährte System umstellen und dann im Rahmen einer Bundesratsinitiative darauf hinwirken, dass ganz Deutschland aus dem sogenannten Bologna-Prozess aussteigt. So hat dann die deutsche Wissenschaft wieder die Freiheit, sie selbst zu sein, was Voraussetzung dafür ist, wieder Spitzenleistungen hervorzubringen.

2307 **3. Eliten bilden - Landesstipendium auflegen!**

2308
2309
2310
2311
2312

Viel zu viele gute und sehr gute Studenten müssen neben ihrem Studium arbeiten, weil das bestehende Bafög-System versagt hat. Nach Gießkannenprinzip, völlig unabhängig von der Studienleistung und dafür abhängig von sachfremden Voraussetzungen wie dem Elterneinkommen, wird Steuergeld falsch eingesetzt. Wir werden

2313 deshalb alternativ zu dem Bafög-System eine Landesförderung aufbauen, die Sti-
2314 pendien für Promotion und Studium vergibt. Die Stipendien werden nach einem
2315 Auswahlverfahren, das einzig und allein auf die fachliche Leistung abstellt, eltern-
2316 unabhängig gewährt und setzen ständige Leistungsnachweise voraus.
2317

2318 **4. Aufnahmeprüfungen statt Numerus clausus!**

2319
2320 Im Rahmen des Numerus clausus – Systems entscheidet die Abiturnote darüber,
2321 wer einen gewünschten Studienplatz erhält, oder wie lange er warten muss, bis er
2322 das gewählte Studium antreten kann. Dies ist nicht sachgerecht. Die reine Abitur-
2323 note sagt nichts über die Eignung für ein bestimmtes Studienfach. Wir werden des-
2324 halb im Rahmen der Landesgesetzgebung dafür sorgen, dass die Universitäten und
2325 Hochschulen bei Überbelegung Aufnahmeprüfungen durchführen, in denen die
2326 spezifischen Voraussetzungen für das Studium festgestellt werden. Das bestan-
2327 dene Abitur qualifiziert nur zur Teilnahme an der Aufnahmeprüfung. So wird sicher-
2328 gestellt, dass von allen Bewerbern diejenigen ein bestimmtes Fach studieren, die
2329 dafür am besten geeignet sind. Dadurch heben wir in allen Studienfächern das Lei-
2330 stungsniveau.
2331

2332 **5. Prekäre Arbeitsverhältnisse an der Universität beenden!**

2333
2334 Die Bezahlung der meisten Stellen an Hochschulen und Universitäten ist zu niedrig.
2335 Gerade in der Qualifikationsphase leben Wissenschaftler teilweise auf Sozialhilfe-
2336 niveau. Die Folge ist, dass die besten Köpfe die Universität und Hochschule verlas-
2337 sen. Abgesehen von einigen Wissenschaftsidealisten streben vor allem die eher Mit-
2338 telmäßigen, die in der Wirtschaft keine Perspektive finden, eine wissenschaftliche
2339 Laufbahn an. Deren Leistungsniveau rechtfertigt wiederum keine höhere Bezahlung
2340 – ein Teufelskreis. Wir werden diesen Teufelskreis durchbrechen, indem wir einer-
2341 seits höhere fachliche Anforderungen an Wissenschaftler stellen, andererseits Wis-
2342 senschaftler aber auch besser bezahlen. Die Besten sollen an der Universität blei-
2343 ben, dort Wissenschaft auf höchstem Niveau betreiben und entsprechend hono-
2344 riert werden. Außerdem müssen als weiterer Anreiz die befristeten Beschäftigungs-
2345 verhältnisse zurückgedrängt werden. Wissenschaftler brauchen Planungssicher-
2346 heit und innere Ruhe, um mit Tiefgang forschen zu können.
2347

2348 **6. Die Universität ist keine Räterepublik!**

2349
2350 Die 68er haben gegen die damalige Universität, deren Geschicke von der Professo-
2351 renschaft gelenkt wurden, die Idee der Gruppenuniversität ins Spiel gebracht, wo-
2352 nach alle Gruppen vom Mittelbau über die Studenten bis hin zu den Reinigungskräf-
2353 ten mitbestimmen sollen. Diese Idee ist grundfalsch und dem Wesen der

2354 universitären Bildung nicht angemessen. Die Universität vermittelt Erkenntnis und
2355 Bildung und damit etwas, was nicht demokratisch verhandelt werden kann, und wo
2356 der am meisten zu sagen hat, der über die größte Erfahrung verfügt: die Professoren.
2357 Der Niedergang unseres Bildungswesens geht auch darauf zurück, dass die schäd-
2358 liche Idee der Gruppenuniversität sich über die Jahre mehr und mehr durchgesetzt
2359 hat. Die vielen Gremien belasten Lehre und Forschung mit unsinniger Bürokratie
2360 und falschen, weil wissenschaftsfremden Entscheidungen. Wir werden deshalb
2361 eine Universitätsreform durchsetzen, die all diese Fehlentwicklungen beseitigt und
2362 insbesondere den Einfluss der Studentenräte zurückdrängt. Der Einfluss dieser Gre-
2363 mien beruht darauf, dass eine kleine Schicht von hyperaktiven und zumeist linksex-
2364 tremen Studenten sich anmaßt, für alle Studenten zu sprechen. Diesem Treiben wer-
2365 den wir ein Ende bereiten!
2366

2367 **7. Gender-Studien abschaffen!**

2368
2369 Genderstudien beanspruchen zwar, Wissenschaft zu sein und damit in den Genuss
2370 staatlicher Wissenschaftsförderung zu kommen, dieser Anspruch hält jedoch einer
2371 objektiven Prüfung nicht stand. Recht besehen sind die Genderstudien größtenteils
2372 eine politische Ideologie, deren Kerndogma darin besteht, dass Geschlechtsidenti-
2373 täten ein Zwangssystem darstellen, das aufgehoben werden muss. Die Genderstu-
2374 dien liefern dazu Begründungen und Strategien. Während eine wissenschaftliche,
2375 etwa historische oder soziologische Beschreibung und Analyse des Verhältnisses
2376 der Geschlechterrollen selbstverständlich ihren Platz an der Universität hat, sind
2377 die Genderstudien, wie sie auf Judith Butler zurückgehen, ein politisches Programm
2378 und keine Wissenschaft. Dergleichen muss der Staat nicht finanzieren. Wir werden
2379 deshalb bei den Verhandlungen über die Zielvereinbarungen mit den Universitäten
2380 und Hochschulen unseren Einfluss als Landesregierung nutzen, um darauf hinzu-
2381 wirken, dass die Geisteswissenschaften wieder einem wissenschaftlichen An-
2382 spruch genügen.
2383

2384 **8. Postkolonialismus ist keine Wissenschaft!**

2385
2386 Ähnlich wie die Genderstudien verfolgt auch der sogenannte Postkolonialismus ein
2387 destruktives Anliegen. Der Postkolonialismus behauptet, die Philosophie, die Lite-
2388 ratur und überhaupt das gesamte Europäische kulturelle Erbe sei von einer koloni-
2389 alen Logik infiziert und müsse deshalb beseitigt werden. Von Kant bis Shakespeare
2390 gelten alle Geistesgrößen Europas als schuldig an der angeblichen Unterdrückung
2391 der Kolonialländer. Ihre Werke dürfen deshalb nur noch postkolonialistisch kriti-
2392 siert, aber nicht mehr bejahend erschlossen und auch nicht mehr auf ihre Wahrheit
2393 befragt werden. Dadurch verarmt das geisteswissenschaftliche Studium, das größ-
2394 tententeils nur noch in der Einübung eines gewissen Jargons besteht. Es handelt sich
2395 beim Postkolonialismus somit letztlich um nichts anderes als ein Programm zur

2396 Zerstörung der Europäischen Identität. Postkolonialismus ist keine Wissenschaft,
2397 sondern die politisch motivierte Vernichtung der Wissenschaft. Wir werden prüfen,
2398 wie wir als Landesregierung diese schädlichen Tendenzen unter Wahrung der Wis-
2399 senschaftsfreiheit zurückdrängen können. Auch hier gilt: Eine vernünftige und ge-
2400 gerechte, auch die ehemalige Perspektive der ehemaligen Kolonialländern einneh-
2401 mende Kolonialgeschichte hat an unseren Universitäten selbstverständlich ihre Be-
2402 rechtigung.
2403

2404 **9. Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft einrichten!**

2405
2406 Der Geburtenrückgang wird von den Altparteien systematisch als „demographi-
2407 scher Wandel“ verharmlost. Dabei handelt es sich ohne Beschönigung formuliert
2408 um das Absterben unseres Volkes. Dieser Vorgang, mit dem sich die Altparteien
2409 achselzuckend abgefunden haben und den sie allenfalls durch Ersetzungsmigration
2410 kompensieren wollen, ist noch kaum erforscht. Um dem Geburtenrückgang effektiv
2411 gegensteuern zu können, müssen wir mehr darüber wissen. Weshalb bekommen
2412 die Deutschen immer weniger Kinder? Weshalb sinkt die Geburtenrate generell bei
2413 steigendem Wohlstand? Wodurch zeichnen sich Personen aus, die kinderreiche Fa-
2414 milien gründen? Wie kann der Staat hier helfend und steuernd eingreifen? Solche
2415 Fragen sollen an einem Lehrstuhl erforscht werden, auf dessen Einrichtung an der
2416 Universität Halle wir hinwirken werden.
2417

2418 **10. Institut für kritische Islamforschung aufbauen!**

2419
2420 Die einst auf hohem wissenschaftlichem Niveau arbeitende kritische deutsche Is-
2421 lamforschung, wie sie beispielsweise durch Tilman Nagel als einen ihrer letzten Ver-
2422 treter repräsentiert wird, ist im Zeichen politischer Korrektheit von der Universität
2423 vertrieben worden. Stattdessen wurde eine unkritische, dem Leitkonzept der multi-
2424 kulturellen Gesellschaft verpflichtete, soziologisch statt philologisch arbeitende Is-
2425 lamwissenschaft installiert, die der Politik der Altparteien auf Knopfdruck Bestäti-
2426 gungen und Gefälligkeitsgutachten liefert. Angesichts der Präsenz von Millionen
2427 Muslimen in Deutschland bedarf es einer objektiven und kritischen Islamforschung,
2428 die islamischen Gemeinschaften wahrheitsgemäß beurteilt und damit der Politik
2429 echte Orientierung bietet. Wir werden deshalb vorangehen und maßgeblich für ganz
2430 Deutschland ein Landesinstitut für kritische Islamforschung als außeruniversitäres
2431 Institut aufbauen.
2432

2433 **11. Schluss mit dem Drittmittelzirkus!**

2434
2435 Unter dem Vorwand, so angeblich die Qualität zu steigern, wurde die Finanzierung
2436 der Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten zunehmend auf sogenannte Drittmittel

2437 umgestellt. Um an Universität und Hochschule zu überleben und sich im Wissen-
2438 schaftsbetrieb zu halten, müssen Wissenschaftler Fördermittel von Stiftungen und
2439 anderen außeruniversitären Förderinstitutionen einwerben. Diese Institutionen wie
2440 etwa die DFG, diverse Industrieförderungen oder die politischen Stiftungen wiederum
2441 stellen an jede Projektförderung politische Anforderungen. Was nicht dem politi-
2442 schen Mainstream entspricht, wird nicht gefördert. Klimaforschung, die nicht das
2443 Dogma vom menschengemachten Klimawandel bestätigt; Migrationsforschung, die
2444 in der Masseneinwanderung mehr Nachteile als Vorteile sieht; Germanistik, die
2445 die deutsche Identität pflegt, anstatt zu vernichten; Corona-Forschung, die zur Erkennt-
2446 nis gelangt, dass dieses Virus relativ harmlos ist – all das und vieles andere wird
2447 durch systematische Verweigerung von Drittmitteln ausgetrocknet. Wir werden des-
2448 halb dafür sorgen, dass die Wissenschaft unabhängig von Drittmitteln wieder über
2449 eine auskömmliche Grundfinanzierung verfügt. Nur so wird sichergestellt, dass die
2450 Wissenschaftsfreiheit sich ungehindert zum Wohle der Allgemeinheit entfalten
2451 kann.
2452

2453 **12. Differenzierung in Hochschulen und Universitäten beibehalten!**

2454
2455 Hochschulen bzw. Fachhochschulen und Universitäten haben unterschiedliche
2456 Rollen. Fachhochschulen zeichnen sich durch eine starke Praxisorientierung aus,
2457 Universitäten durch Theorie und Grundlagenforschung. Das Nebeneinander von
2458 Fachhochschulen und Universitäten ist eine Besonderheit des deutschen Wissen-
2459 schaftsbetriebs und macht seine Stärke aus. Die Differenzierung in Hochschulen
2460 und Universitäten ist deshalb beizubehalten. Hochschulen kann das Promotions-
2461 recht übertragen werden, allerdings ist bei Promotionen, die nicht im Rahmen einer
2462 Kooperation mit einer Universität stattfinden, im Dokortitel durch den Zusatz F.H.
2463 darauf hinzuweisen, dass die Promotion an einer Fachhochschule durchgeführt
2464 wurde.
2465
2466
2467
2468
2469
2470
2471
2472
2473
2474
2475
2476
2477
2478
2479

2480 **VI. Innere Sicherheit**

2481

2482 Die Gewährleistung innerer Sicherheit ist der Hauptzweck des Staates noch vor al-
2483 len sozialen Aufgaben und Wünschbarkeiten. Der Staat existiert, um für Ordnung zu
2484 sorgen und den inneren Frieden zu sichern. Nur dann beansprucht er mit Recht das
2485 Gewaltmonopol. Ein Staat, der die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr gewährleis-
2486 tet, wird im Grundsatz fragwürdig.

2487

2488 Die AfD legt deshalb höchsten Wert auf die Innere Sicherheit. Wir bekennen uns zu
2489 einem starken Staat, der für Recht und Ordnung sorgt und jedem Bürger Sicherheit
2490 bietet. Wir kritisieren, dass Sicherheit mehr und mehr zu einem privaten Gut wird,
2491 das sich der eine leisten kann, der andere nicht. Dem werden wir uns mit aller Macht
2492 entgegenstellen.

2493

2494 Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für alles: Bürgerliche Freiheit, ökonomische
2495 Entfaltungsmöglichkeiten, demokratische Beteiligung. Ohne Sicherheit ist alles
2496 nichts. Die Polizei muss deshalb wieder ihr Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung
2497 echter Verbrechen legen. Die Verfolgung von Bürgern, die sich im Rahmen der Mei-
2498 nungsfreiheit äußern, hat zu unterbleiben. Generell wollen wir dafür sorgen, dass
2499 bei beschränkten Kapazitäten schwere Straftaten intensiver verfolgt werden.

2500

2501 Bedingt auch durch die Unterdrückung der Corona-Proteste wird die Polizei in wei-
2502 ten Teilen der Bevölkerung als Ausführungsorgan eines zunehmend repressiven
2503 Staates wahrgenommen. Das ist eine gefährliche Fehlentwicklung. Wenn es zur Ent-
2504 fremdung zwischen Bürgern und Polizei kommt, erodiert die Grundlage des gesam-
2505 ten Staates. Wir werden deshalb durch Respekt gegenüber der Polizei, aber auch
2506 durch die Neugewichtung ihrer Aufgaben dafür sorgen, dass sie von den Bürgern
2507 wieder als Freund und Helfer wahrgenommen wird.

2508

2509 **1. Mehr Polizisten!**

2510

2511 Mehr Polizisten bedeuten nicht per se mehr Sicherheit. Besser wäre es, wir bräuch-
2512 ten weniger Polizei, weil die Verhältnisse friedlicher wären. Da aber durch die Politik
2513 der Altparteien, vor allem durch die verfehlte Einwanderungspolitik, die Kriminalität
2514 ansteigt, benötigen wir mehr Polizisten.

2515

2516 Wir werden deshalb die Landespolizei auf mindestens 7.500 Vollzugsbeamte auf-
2517 stocken. Der volkswirtschaftliche Schaden, der insbesondere durch Einbruchskri-
2518 minalität, Ladendiebstähle und organisierte Kriminalität verursacht wird, überwiegt
2519 die Personalkosten, die im Zuge der Aufstockung anfallen, bei weitem.

2520

2521 **2. Für eine schnellere Polizei!**

2522

2523 Wenn Not am Mann ist und die Polizei gerufen wird, dauert es oft zu lange, bis die
2524 Streife eintrifft. Selbst bei erheblicher Gefahr dauert es in Sachsen-Anhalt im
2525 Schnitt 15 Minuten, bis die Polizei eintrifft. In dieser Zeit haben die Straftäter meist
2526 schon die Flucht ergriffen. Die Polizei muss schneller am Tatort eintreffen. Dazu soll
2527 das Polizeifunk- und Informationssystem zur digitalen automatischen Bearbeitung
2528 von Notfällen in den Streifenwagen erprobt werden, das bereits in Nordrhein-West-
2529 falen eine schnellere Reaktionszeit auf Straftaten zur Folge hatte.

2530

2531 **3. Polizeivollzug von Verwaltungstätigkeiten entlasten!**

2532

2533 Polizeivollzugsbeamte sind keine Verwaltungsbeamte. Wer den Polizeiberuf ergreift,
2534 will für Sicherheit sorgen, Straftäter verfolgen, Ermittlungen vorantreiben. Leider se-
2535 hen sich Polizeivollzugsbeamte mehr und mehr mit typischen Verwaltungstätigkei-
2536 ten belastet. Die internen Abläufe und Aufgabenverteilungen sollten so gestaltet
2537 sein, dass Polizeivollzugsbeamte in den Dienststellen von Verwaltungstätigkeiten
2538 weitgehend entlastet werden. Dazu sollen wo auch immer möglich Verwaltungsmit-
2539 arbeiter die Polizeivollzugsbeamten von zeitaufwendigen Aufgaben wie beispiels-
2540 weise Datenrecherche oder -erfassung entlasten. Zudem können Tandem-Teams,
2541 bestehend aus einem Polizeivollzugsbeamten und einem Fachexperten, beispiels-
2542 weise für den Bereich Wirtschaftskriminalität, dabei helfen, die Arbeit der Polizei zu
2543 verbessern und zugleich Polizeibeamte für Vollzugsaufgaben freizuhalten.

2544

2545 **4. Kein Generalverdacht mehr bei Schusswaffengebrauch!**

2546

2547 Bislang wird nach jedem Schusswaffengebrauch eine interne disziplinarische Er-
2548 mittlung eingeleitet, und zwar auch dann, wenn keinerlei Verdachtsmomente für ei-
2549 nen Missbrauch vorliegen. Dies ist Ausdruck eines unangebrachten Generalver-
2550 dachts, der unsere Beamten ohne Not belastet und verunsichert. Wir werden des-
2551 halb durchsetzen, dass nach Schusswaffengebrauch nur noch bei konkreten Ver-
2552 dachtsmomenten auf Fehlverhalten interne Ermittlungen gegen Polizeivollzugsbe-
2553 amte eingeleitet werden. Wie im Strafrecht muss auch in solchen Fällen uneinge-
2554 schränkt die Unschuldsvermutung gelten.

2555

2556 **5. Taser einführen!**

2557

2558 In vielen Fällen der polizeilichen Praxis wäre der Einsatz der Dienstpistole unange-
2559 messen oder zumindest fragwürdig, mildere Mittel wie Pfefferspray oder Schlag-
2560 stock aber unzureichend. Oft wäre dann ein Distanz-Elektro-Impulsgerät, landläufig

2561 auch „Elektroschocker“ oder „Taser“ genannt, das Mittel der Wahl. Als nicht poten-
2562 tiell tödliche Waffe setzt er den Gegner doch für kurze Zeit außer Gefecht. Wir wer-
2563 den deshalb solche Geräte anschaffen und die Polizei daran ausbilden. Für eine op-
2564 timale Einsatzgestaltung braucht die Polizei eine größere Variation an Eingriffsmög-
2565 lichkeiten. Sachsen-Anhalt lehnt sich dabei an andere Bundesländer an.
2566

2567 **6. Leistungsgerechtigkeit durchsetzen!**

2568
2569 Oft werden Polizeibeamte mit höherwertigen Aufgaben betraut oder auf höherwer-
2570 tigen Dienstposten eingesetzt. Das ist auf Dauer ungerecht und demotivierend. Wir
2571 werden dafür Sorge tragen, dass in solchen Fällen spätestens nach 18 Monaten in
2572 Anlehnung an die damalige Regelung in § 46 Bundesbesoldungsgesetz (BbesG) eine
2573 Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes gezahlt wird.
2574

2575 **7. Qualifikation statt Quote – auch bei der Polizei!**

2576
2577 Mittlerweile erwarten die Altparteien im Sinne der Genderideologie auch von der Po-
2578 lizei, dass sie den Frauenanteil erhöht und langfristig Geschlechterparität auf allen
2579 Feldern und insbesondere in den Führungsebenen erreicht. Da sich deutlich weni-
2580 ger Frauen als Männer bewerben, kann dieses Ziel nur erreicht werden, wenn man
2581 die Qualifikationskriterien für Frauen herabsetzt. Das schadet dem Polizeidienst
2582 und benachteiligt die männlichen Mitbewerber. Wir werden deshalb dafür sorgen,
2583 dass entsprechend dem Beamtengesetz die einzigen Kriterien für die Besetzung von
2584 Stellen Eignung, Leistung und Befähigung sind. Offene oder verdeckte Geschlech-
2585 terquoten konterkarieren das Leistungsprinzip und sind abzulehnen.
2586

2587 **8. Polizeidienst attraktiver gestalten!**

2588
2589 Wir sind uns bewusst, dass der Polizeidienst in Sachsen-Anhalt attraktiver gestaltet
2590 werden muss, wenn wir das Ziel von 7.500 Polizeibeamten erreichen wollen. Die
2591 Landespolizei steht dabei in Konkurrenz zu den Polizeien der anderen Länder und
2592 der Bundespolizei. Nach der Polizeiaufbahnverordnung sind die Einstiegsämter für
2593 die Laufbahngruppe 1 (Polizeimeister) und 2 (Polizeikommissar) in den Besoldungs-
2594 gruppen A7 und A9 eingruppiert. Für die ersten Beförderungsämter der Laufbahn-
2595 gruppen 1 und 2, Polizeiobermeister (A8) und Polizeioberkommissar (A10), fordern
2596 wir eine Regelbeförderung nach vier Jahren nach der Einstellung in die Einstiegsäm-
2597 ter.
2598
2599

2600 **9. Dienstunfähigkeitsversicherung für alle Polizisten!**

2601

2602 Unsere Polizeibeamten sind vielfältigen Risiken ausgesetzt und verdienen für ihren
2603 oft gefährlichen Dienst an der Allgemeinheit eine besondere Fürsorge des Dienst-
2604 herrn. Eine Dienstunfähigkeitsversicherung ist für Polizeibeamte wichtig, um finan-
2605 zielle Lücken zu schließen, wenn sie ihren Dienst nicht mehr ausüben können. Sie
2606 ist besonders wichtig für Anwärter, da sie im Falle einer Dienstunfähigkeit keinen
2607 Anspruch auf ein Ruhegehalt haben. Auch für Beamte auf Lebenszeit ist die Absi-
2608 cherung sinnvoll, um ihren Lebensstandard zu sichern, weil die staatliche Versor-
2609 gung oft nicht ausreicht, wenn sie vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden müssen.
2610 Daher fordern wir die Übernahme der Kosten der Dienstunfähigkeitsversicherungen
2611 für Polizeibeamte und Anwärter.

2612

2613 **10. Keine Vorverurteilung bei Disziplinarverfahren!**

2614

2615 Bei Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte werden individuelle Fördermaßnah-
2616 men wie laufbahnrelevante Lehrgangsteilnahmen, Regelbeförderungen u. a. in aller
2617 Regel ausgesetzt. Wird dann aber nach jahrelangem Ausschluss von Fördermaß-
2618 nahmen wegen eines laufenden Disziplinarverfahrens die Unschuld des Beamten
2619 festgestellt, sind Laufbahnnachteile bis zum Ende der Dienstzeit nicht wettzuma-
2620 chen. Dies ist zutiefst ungerecht und weder mit Gerechtigkeit noch mit Rechtsstaat-
2621 lichkeit vereinbar. Wir werden deshalb feststellen, dass erst staatsanwaltschaftli-
2622 che Ermittlungen diesen Suspensiveffekt entfalten.

2623

2624 **11. Funktion des Polizeibeauftragten abschaffen!**

2625

2626 Seit dem 1. Juli 2025 hat das Land Sachsen-Anhalt einen Polizeibeauftragten. Schon
2627 jetzt lässt sich erkennen, dass dieser sich hauptsächlich der Kompetenz und Res-
2628 sourcen der Zentralen Beschwerdestelle des Ministeriums für Inneres und Sport des
2629 Landes Sachsen-Anhalt bedient. In dieser Form ist der Polizeibeauftragte nichts
2630 weiter als ein Feigenblatt der Regierung zur Befriedigung von Extrawünschen der po-
2631 lizeifeindlichen linken Blockparteien. Die Zentrale Beschwerdestelle leistet hervor-
2632 ragende Arbeit. Daneben braucht es keinen Polizeibeauftragten.

2633

2634 **12. Warnschussarrest einführen!**

2635

2636 Die um sich greifende Jugendkriminalität ist auch in Sachsen-Anhalt ein Problem.
2637 Um Jugendliche scharf zu warnen, ohne ihre Zukunft durch einen Gefängnisauf-
2638 enthalt zu verbauen, werden wir dafür sorgen, dass bei jeder Form der Jugendkrimi-
2639 nalität konsequent der sogenannte Warnschussarrest verhängt wird. Es handelt

2640 sich um einen Arrest von bis zu vier Wochen Dauer, der ein Zuchtmittel mit dem Ziel
2641 der Erziehung ist. Dem Jugendlichen soll der soziale Unwert seiner Straftat vor Au-
2642 gen geführt werden. Der Jugendarrest wird nicht in Führungszeugnisse aufgenom-
2643 men.
2644

2645 **13. Kriminelle Ausländer ausweisen!**

2646
2647 Auf den Deliktfeldern der Sexual- und Rohheitsdelikte treten nichtdeutsche Perso-
2648 nen überproportional häufig als Tatverdächtige in Erscheinung. Der Anteil nicht-
2649 deutscher Tatverdächtiger an der Gesamtzahl aller ermittelten Tatverdächtigen
2650 stieg von 21,5 Prozent im Jahr 2018 auf 23,2 Prozent im Jahr 2019 an und lag 2024
2651 bei 29,6 Prozent. Das bedeutet, dass bei einem Ausländeranteil von 11,8 Prozent an
2652 der Gesamtbevölkerung des Landes etwa drei Mal so viele Ausländer strafrechtlich
2653 in Erscheinung treten wie Deutsche. Wir werden auf Bundesebene eine Initiative
2654 starten, die Rechtslage so anzupassen, dass Ausländer bei einer Verurteilung zu ei-
2655 ner Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr generell ausgewiesen werden und
2656 Wiedereinreiseverbote verhängt werden können.
2657

2658 **14. Gefährder konsequent verfolgen und ausweisen!**

2659
2660 Der Attentäter, der am 20. Dezember 2024 mit einem Automobil in den Magdeburger
2661 Weihnachtsmarkt fuhr und dabei sechs Menschen ermordete und hunderte ver-
2662 letzte, war schon lange davor auffällig geworden. Er hatte Gewaltdrohungen veröf-
2663 fentlicht, war der Polizei und den Geheimdiensten aufgefallen, und es gab Warnun-
2664 gen von internationalen Stellen. All diese Hinweise wurden aber nicht bearbeitet
2665 und zusammengeführt, wie es angebracht gewesen wäre. Eine falsche Ausländer-
2666 freundlichkeit führt dazu, dass solche Hinweise nicht mit der gebotenen Strenge
2667 verfolgt werden. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Überwachung gewalt-
2668 bereiter Ausländer in den Sicherheitsbehörden höchste Priorität erhält und Strafta-
2669 ten rechtzeitig verhindert werden. Wo immer möglich sind gewaltbereite Ausländer
2670 abzuschieben und bis zur Abschiebung in Abschiebehaft zu nehmen.
2671

2672 **15. Abschiebehaftplätze verzehnfachen!**

2673
2674 Aktuell plant die Landesregierung, bis 2027 in der JVA Volkstedt 30 Abschiebehaft-
2675 plätze einzurichten. Das reicht bei weitem nicht aus, um sowohl kriminelle als auch
2676 ausreisepflichtige Ausländer planmäßig zu abschieben. Wir werden deshalb min-
2677 destens 300 Abschiebehaftplätze einrichten.
2678
2679

2680 **16. Adressen von verurteilten Pädophilen veröffentlichen!**

2681
2682 Wer eine Straftat begangen und dafür im Gefängnis gebüßt hat, soll eine Chance auf
2683 einen Neuanfang erhalten. Pädophile Straftäter zeigen allerdings mit 40 bis 50 Pro-
2684 zent eine dermaßen hohe Rückfallquote, dass der Schutz unserer Kinder es erforder-
2685 lich macht, ihre Adressen zu veröffentlichen. Kommt der Pädophile nicht ohne-
2686 hin schon in Sicherungsverwahrung, sondern wird er entlassen, bietet die Veröffent-
2687 lichung seiner Adresse eine Art Mindestschutz der Bevölkerung. Wir werden uns auf
2688 Bundesebene dafür einsetzen, eine solche Regelung zu ermöglichen.
2689

2690 **17. Vermisste Kinder retten!**

2691
2692 In Sachsen-Anhalt gelten 118 Kinder als dauerhaft vermisst, in ganz Deutschland
2693 sind es etwa 1.000. Viele dieser Fälle hätten vermieden werden können, wäre die
2694 Polizei von Anfang frühzeitig gut strukturiert und vernetzt nach einem speziellen
2695 Maßnahmenplan vorgegangen. Wir werden deshalb nach Vorbild des „AMBER
2696 Alert“-Systems in den USA ein Alarmsystem für vermisste Kinder in Sachsen-Anhalt
2697 einrichten. Durch die Kooperation von Polizei, sozialen Medien, Rundfunkbetrei-
2698 bern, Transportunternehmen und Telekommunikationsanbietern kann innerhalb
2699 kürzester Zeit ein Fahndungsdruck aufgebaut werden, der die Täter zum Aufgeben
2700 nötigt oder der Polizei wertvolle Hinweise auf den Aufenthaltsort der Kinder liefert.
2701 Unsere Kinder sind es uns jedenfalls wert, denn sie sind unser höchstes Gut.
2702

2703 **18. „Antifa“ in die Schranken weisen!**

2704
2705 Die überbordende politische Kriminalität linksextremer Fanatiker und insbesondere
2706 der sogenannten Antifa ist eine der größten Bedrohungen für die Innere Sicherheit.
2707 Der Fall einer überregional agierenden linksextremen Terrorzelle aus Leipzig, der so-
2708 genannten „Hammerbande“, ist nur ein Beleg für eine gewaltbereite und sich radi-
2709 kalisierende Szene. Unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“ begehen Krimi-
2710 nelle aus dem linksextremistischen Spektrum schwerste Straftaten gegen die Poli-
2711 zeil, unsere Infrastruktur, die Bundeswehr und Bürger, die nicht ihrem Weltbild ent-
2712 sprechen. Wir werden der Bekämpfung der Antifa in Sachsen-Anhalt höchste Prio-
2713 rität einräumen und den nachrichtendienstlichen und polizeilichen Verfolgungs-
2714 druck auf diese Szene massiv erhöhen.
2715

2716 **19. „Antifa“ zur Terrorvereinigung erklären!**

2717
2718 Die sogenannte Antifa nutzt systematisch Gewalt, Einschüchterung, Sachbeschä-
2719 digung und gezielte Falschinformation, um ihre politischen Gegner mundtot zu

2720 machen. Ihre Aktionen sind in Struktur, Auftreten und Zielsetzung terroristisch. Die
2721 sogenannte „Antifa Ost“ wurde deshalb in den USA zur Terrororganisation erklärt.
2722 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, auch in Deutschland alle Orga-
2723 nisationen, die sich der Antifa zurechnen, zu Terrororganisationen zu erklären und
2724 entsprechend zu bekämpfen.
2725

20. Freiwillige Bürgerwacht einführen!

2726
2727
2728 Unsere Kommunen sollen wieder so ordentlich, sauber und sicher sein, wie es einst
2729 normal und ein Markenzeichen unseres Landes war. Polizei und Ordnungsämter
2730 sind damit aber überfordert. Wir werden deshalb als eine dritte Säule der Sicher-
2731 heitsarchitektur vor Ort eine freiwillige Bürgerwacht aufbauen. Die freiwillige Bürger-
2732 wacht soll dem Ordnungsamt unterstehen. Sie unterstützt die Arbeit des Ordnungs-
2733 amtes und der Polizei mit Hilfstätigkeiten. Angehörige der freiwilligen Bürgerwacht
2734 werden in ihrer Freizeit in Ausbildungsmodulen und Lehrgängen auf ihre Aufgaben
2735 vorbereitet. Sie erhalten eine geringe steuerfreie Aufwandsentschädigung, die sich
2736 an der Übungsleiterpauschale orientiert. Die freiwillige Bürgerwacht dient aus-
2737 drücklich nicht der Entlastung des Haushalts, sondern der Verbesserung der Sicher-
2738 heitslage bei gleichbleibenden Mitteln. Sie kann keine regulären Polizei- oder Ord-
2739 nungsamtsstellen ersetzen. Eine solche kommunale Bürgerwacht wird zu mehr Si-
2740 cherheit, Sauberkeit und Ordnung beitragen.
2741

21. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz zusammenfassen!

2742
2743
2744 Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz müssen als Teil der gesamtstaatli-
2745 chen Sicherheitsfürsorge wieder mehr im Fokus der Landespolitik stehen. Die AfD
2746 wird ein modernes Gesetz schaffen, das die Aufgaben im Brandschutz, Rettungs-
2747 dienst und Katastrophenschutz in einem einzigen Gesetz zusammenführt. Hierbei
2748 soll auch das Großschadensereignis als Ereignis unterhalb der Katastrophen-
2749 schwelle rechtlich definiert werden.
2750

22. Ehrenamtskarte einführen!

2751
2752
2753 Die AfD wird das ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz sowie im Ret-
2754 tungsdienst nachhaltig anerkennen und unterstützt die Einführung der Ehrenamts-
2755 karte. Gerade im ländlichen Bereich muss die Zugehörigkeit zur Feuerwehr besser
2756 honoriert werden. Dazu zählt neben einer Erhöhung der Entschädigungen der Feu-
2757 erwehrleute auch ein entsprechender Anreiz für die Arbeitgeber, die bei einem Ein-
2758 satz mitunter für Stunden auf diese Mitarbeiter verzichten müssen. Der Anspruch
2759 auf Freistellung und Kostenerstattung muss für alle Helfer im Brand- und Katastro-
2760 phenschutz einheitlich geregelt werden!

2761 **23. Mehr Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer zweckgebunden einsetzen!**

2762

2763 Die Feuerwehren der Kommunen sind zu ihrer Aufgabenerfüllung nach Brand-
2764 schutz- und Hilfeleistungsgesetz bestmöglich auszustatten und auszubilden und in
2765 Übung zu halten. Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer sind vollständig für den
2766 Brandschutz einzusetzen und an die Kommunen auszukehren, damit diese Mittel
2767 vor Ort zweckgebunden für den Brandschutz zur Verfügung stehen. Die jährliche
2768 Mindestauszahlung ist im Sinne der Planungssicherheit der Kommunen gemäß § 23
2769 BrSchG auf 9 Millionen Euro zu verdoppeln.

2770

2771 **24. Sonderbudget für Autobahnabschnitte!**

2772

2773 Die Feuerwehren mit Einsatzabschnitten auf Autobahnen oder mehrspurigen Kraft-
2774 fahrstraßen im Ausrückebereich sind gesondert zu fördern. Konkret soll dies durch
2775 höhere Fördersätze bei der Fahrzeugbeschaffung bzw. durch eine erhöhte Sonder-
2776 pauschale im Rahmen der Auszahlung über die Feuerschutzsteuer erfolgen. Das
2777 Mitspracherecht der Feuerwehren bei der zentralen Landesbeschaffung für neue
2778 Fahrzeuge ist zu gewährleisten.

2779

2780 **25. Feuerwehrführerscheine fördern!**

2781

2782 Die AfD ist für den „Feuerwehrführerschein“. Diese landesrechtliche Fahrberechtig-
2783 ung ermöglicht es allen Angehörigen von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastro-
2784 phenschutz, mit einem normalen PKW-Führerschein (Klasse B) auch größere Ein-
2785 satzfahrzeuge bis 7,5 t zu fahren – ohne den teuren Lkw-Führerschein Klasse C1 ma-
2786 chen zu müssen. Darüber hinaus fördern wir den Erwerb von Fahrerlaubnissen für
2787 Mitglieder der kommunalen Feuerwehren aus Landesmitteln.

2788

2789

2790

2791

2792

2793

2794

2795

2796

2797

2798

2799

2800 **VII. Justizwesen**

2801

2802 Justiz kommt von lateinisch iustitia = Gerechtigkeit. Und eben das ist die Aufgabe
2803 der Justiz: Durch Rechtsanwendung für Gerechtigkeit sorgen. Das Justizwesen
2804 muss deshalb frei von politischem und vor allem parteipolitischem Einfluss bleiben,
2805 einzig und allein Recht und Gerechtigkeit verpflichtet. Eben daran aber mangelt es
2806 zunehmend.

2807

2808 Während das Justizwesen im Großen und Ganzen noch funktioniert, sind auf meh-
2809 reren Feldern immer stärker werdende politische Einflussnahmen und Einseitigkei-
2810 ten festzustellen. So wird der gewaltbereite Linksextremismus ungleich schwächer
2811 geahndet und bestraft als der gewaltbereite Rechtsextremismus. Während für
2812 harmlose Kommentare im Internet aufgrund von sogenannten „Hass und Hetze“-
2813 Gesetzen Hausdurchsuchungen in früher Morgenstunde drohen, dürfen verurteilte
2814 Vergewaltiger auf Bewährung die Gerichte verlassen, falls es nach Jahren überhaupt
2815 zu einem Gerichtstermin kommt.

2816

2817 Das hat nichts mehr mit Gerechtigkeit zu tun. Eine Justiz aber, die so einseitig und
2818 politisch motiviert vorgeht, verspielt das Vertrauen der Bürger und untergräbt so das
2819 Fundament, auf dem sie steht. Die Justiz muss deshalb wieder zu einem Instrument
2820 der Gerechtigkeit werden. Es ist genau andersherum als von den Altparteien be-
2821 hauptet: Nicht die AfD untergräbt das Vertrauen in die Justiz; wir sind angetreten, es
2822 wiederherzustellen. Echte Verbrechen müssen wieder schwerer bestraft werden,
2823 Meinungsvergehen schwächer, so sie in einer Demokratie überhaupt unter Strafe
2824 stehen sollten.

2825

2826 Hinzu kommt, dass aufgrund der Investitionsversäumnisse der letzten Jahrzehnte
2827 der gesamte Justizapparat mit seinen Aufgaben überfordert ist. Haftplätze werden
2828 knapp und Gerichtsverfahren dauern teilweise so lange, dass die Herstellung von
2829 Gerechtigkeit am schieren Zeitabstand scheitert. Die Strafe muss der Tat auf dem
2830 Fuße folgen und zivilrechtliche Streitigkeiten müssen erledigt werden, bevor neue
2831 Umstände nach vielen Jahre eine gerechte Lösung verunmöglichen. Eine AfD-Regie-
2832 rung wird durch beherzte Investitionen und Einstellung von Personal die Engpässe
2833 auflösen.

2834

2835 Wir vergessen aber auch nicht, dass das beste Justizsystem ein Justizsystem ist, das
2836 so wenig wie möglich beansprucht wird, weil gesellschaftlicher Friede herrscht.
2837 Dieses Ziel wiederum kann nicht allein durch Abschreckung und Strafandrohung er-
2838 reicht werden, sondern bedarf auch einer neuen Kultur-, Gesellschafts- und Ein-
2839 wanderungspolitik.

2840

2841

2842 **1. Kurzer Prozess!**

2843

2844 Von der Möglichkeit eines beschleunigten Verfahrens nach § 417 Strafprozessord-
2845 nung soll stärker Gebrauch gemacht werden, damit die Strafe als Konsequenz der
2846 Tat erfahrbar wird. Prinzipiell werden wir nach dem „Neuköllner Modell“ dafür sor-
2847 gen, dass insbesondere bei Straftaten von Jugendlichen der Delinquent schnell ab-
2848 geurteilt wird. Gleiches gilt für eindeutig gelagerte Fälle. Bei Vorliegen einer klaren
2849 Schuld erfolgt eine klare Strafe – zügig, gerecht und nachvollziehbar. Bei bestimm-
2850 ten Straftätern entsteht nur so Respekt vor dem Recht. Rechtsstaatlichkeit bedeutet
2851 auch, eine Strafe zeitnah konsequent bei Straftaten herbeizuführen.

2852

2853 **2. Gewaltverbrechen hart bestrafen!**

2854

2855 Gesetze müssen konsequent angewendet werden, insbesondere bei Rohheitsdelik-
2856 ten. Hier darf es keine Kuscheljustiz geben. Wir werden die Richter ermutigen, gegen
2857 den linken Ungeist jeden Mörder, Totschläger, Vergewaltiger, Einbrecher und jeden,
2858 der sich schwerer Körperverletzung schuldig gemacht hat, mit maximaler Härte zu
2859 bestrafen und den Strafraumen voll auszuschöpfen. Die Zugehörigkeit zu einer reli-
2860 giösen bzw. ethnischen Gruppe oder die politische Einstellung darf ein Ermittlungs-
2861 ergebnis nicht beeinflussen. Erfolgreiche Ermittlungen und Präventionsmaßnah-
2862 men dürfen nicht abgebrochen oder eingeschränkt werden, weil befürchtet wird,
2863 dass in der Öffentlichkeit der unzutreffende Eindruck gruppenbezogener Diskrimi-
2864 nierung entstehen könnte. Das darf insbesondere beim entschiedenen Vorgehen
2865 gegen Clankriminalität, religiösen Extremismus und die überproportional vorhan-
2866 dene migrantische Gewalt keine Rolle spielen.

2867

2868 **3. Justiz braucht Vollzug!**

2869

2870 Die Richterschaft, der Justizvollzugsdienst und andere Berufsgruppen in der Justiz-
2871 verwaltung stehen aufgrund der Altersstruktur in den nächsten Jahren vor einer Pen-
2872 sionierungswelle. Zudem gestaltet sich besonders im Justizvollzugsdienst die Nach-
2873 wuchsgewinnung als schwierig. Die AfD setzt sich deshalb für einen vorübergehen-
2874 den Stellenaufwuchs im Bereich der Justizverwaltung ein, damit das Fach- und Er-
2875 fahrungswissen der ausscheidenden Bediensteten möglichst verlustfrei an die neu
2876 eingestellten Kollegen weitergegeben werden kann. Für den Justizvollzugsdienst ist
2877 eine wahrnehmbare Einstellungs Offensive durchzuführen sowie die Attraktivität die-
2878 ses Berufes durch finanzielle Anreize zu steigern.

2879

2880

2881 **4. Richterstellen allein nach Qualifikation besetzen!**

2882

2883 Die Vergabe von Richterstellen muss sich am Leistungsprinzip orientieren. Eignung,
2884 Befähigung und fachliche Leistung müssen die alleinigen Kriterien für die Besetzung
2885 einer Richterstelle sein. Die derzeitige Form der Besetzungsverfahren über das Jus-
2886 tizministerium ermöglicht die Vergabe nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Ei-
2887 ner Ämterpatronage ist somit Tür und Tor geöffnet. Werden "Vertrauensleute der Re-
2888 gierung" systematisch bevorzugt, befördert das eine dem Staat geneigte Rechtspre-
2889 chung. Die AfD wird deshalb dafür sorgen, dass die Auswahlentscheidung für die
2890 Besetzung von Richterstellen durch ein Gremium – den Richterwahlausschuss, ent-
2891 sprechend der Landesverfassung Sachsen-Anhalts – erfolgt, in welchem überwie-
2892 gend Richter vertreten sein müssen.

2893

2894 **5. Justizvollzugsanstalt Volkstedt erhalten!**

2895

2896 Die Zahl der Tatverdächtigen in Sachsen-Anhalt ist im Jahr 2024 gegenüber dem Vor-
2897 jahr um 11,5 Prozent gestiegen, und es ist absehbar, dass sie weiter steigt. Der Anteil
2898 ausländischer Personen lag bei etwa 30 Prozent. Gleichzeitig droht der mit über 200
2899 Haftplätzen ausgestatteten JVA Volkstedt die Schließung. Diese Entwicklung wird
2900 ohne Gegenmaßnahmen zu einer Überbelegung in den Gefängnissen führen. Es
2901 wird jeder einzelne Haftplatz benötigt. Die AfD will daher die im Jahr 2012 beschlos-
2902 sene Schließung der JVA Volkstedt aufheben und die Anstalt weiter nutzen. Der Neu-
2903 bau am Standort Halle-Tornau muss trotzdem erfolgen, da eine neue Standortsuche
2904 zu weiteren Verzögerungen führen würde.

2905

2906 **6. Bilaterale Rückführungsverträge zur konsequenten Durchsetzung der Ausrei-
2907 sepflicht abschließen!**

2908

2909 Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen. Doch seit Jahren
2910 scheitert die Rückführung abgelehnter Asylbewerber unter anderem an fehlender
2911 Kooperation der Herkunftsstaaten und politischer Tatenlosigkeit. Wir werden Rück-
2912 führungsverträge mit Drittstaaten abschließen. Sachsen-Anhalt wird hierfür bilate-
2913 rale Rückführungsverträge mit allen relevanten Staaten abschließen – verbindlich,
2914 kontrollierbar und effektiv. Grundlage für diese bilateralen Abkommen ist die Zu-
2915 ständigkeit der Länder für Abschiebungen in Verbindung mit dem 1957 geschlosse-
2916 nen Lindauer Abkommen. Die Staaten, die gute Beziehungen zu unserem Land wol-
2917 len, müssen auch Verantwortung übernehmen und ihre Staatsbürger zurückneh-
2918 men.

2919

2920 **7. Sogenannte „Hassverbrechen“ hinterfragen – Meinungsfreiheit verteidigen!**

2921
2922 Um missliebige Meinungen besser unterdrücken zu können, haben die Altparteien
2923 den Begriff der sogenannten „Hasskriminalität“ entwickelt. Dieser Begriff ist so
2924 dehnbar, dass er sich auf jede unerwünschte Kritik anwenden lässt, kann doch jeder
2925 Kritik unterstellt werden, dass sie von „Hass“ motiviert sei. Die Schaffung von immer
2926 neuen und die Ausweitung bereits existierender Meinungsstraftatbestände bedroht
2927 die Meinungsfreiheit und damit die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Immer mehr
2928 Bürger fragen sich, ob sie dies und jenes noch sagen dürfen und trauen sich nicht
2929 mehr, ihre Meinung zu äußern. Wir werden uns diesem Problem mit allen Möglich-
2930 keiten einer Landesregierung widmen und uns für eine Entschlackung der bestehen-
2931 den Meinungsstraftatbestände einsetzen. Statt immer neue Gesetze zu schaffen,
2932 sollte endlich geprüft werden, welche Paragraphen entbehrlich sind und welche le-
2933 diglich der politischen Stimmungsmache dienen.

2934

2935 **8. Schwarzmarkt in JVA's trocken legen!**

2936
2937 In unseren Gefängnissen haben sich regelrechte Basare für Handys, Drogen und Ge-
2938 walt entwickelt. Dies muss aufhören! Der Schwarzmarkt untergräbt die Sicherheit
2939 in den Anstalten, untergräbt etwaige Resozialisierungsbemühungen und setzt die
2940 Bediensteten täglich Gefahren aus. Zur Überwachung von ein- und ausgehenden
2941 Personen sowie Gegenständen muss die neueste Technik eingesetzt werden. Ge-
2942 zielte Durchsuchungen sowie härtere Sanktionen für Schmuggler - auch für kor-
2943 rupte Mitwisser im Justizvollzugsdienst - sind notwendig. Gleichzeitig brauchen un-
2944 sere Bediensteten eine spürbare Unterstützung: eine bessere Fortbildung und Ein-
2945 beziehung bei der Verbesserung der Schutzmaßnahmen. Nur so kann Sicherheit
2946 dauerhaft wiederhergestellt und der Vollzugsauftrag der Justiz erfüllt werden. Re-
2947 form heißt nicht nur härter agieren, sondern auch klüger: mehr Prävention, klare
2948 Dienstwege und moderne Ausrüstung.

2949

2950 **9. Strafmündigkeit absenken!**

2951
2952 Für 2024 stellt die Polizeiliche Kriminalstatistik für Sachsen-Anhalt einen deutlichen
2953 Anstieg von Jugendgewaltkriminalität gegenüber dem Vorjahr fest: Bei Jugendlichen
2954 um 3,8 Prozent und bei Kindern (unter 14 Jahren) sogar um 11, 3 Prozent. Hier bedarf
2955 es einer polizeilichen Null-Toleranz und einer entschlossenen Reaktion des Rechts-
2956 staates. Wer alt genug ist, um Straftaten zu begehen, ist auch alt genug, um dafür
2957 geradestehen. Wir werden uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, die
2958 Strafmündigkeit von derzeit 14 auf 12 Jahre abzusenken. Dies setzt uns in den Stand,
2959 Gewalt an Schulen besser zu bekämpfen und den Einsatz von noch nicht

2960 strafmündigen Kindern für Eigentumsdelikte insbesondere durch osteuropäische
2961 Banden zu unterbinden.
2962

2963 **10. Wegfall der „Heranwachsenden“ im Jugendstrafrecht!**

2964
2965 Der Heranwachsende nach §§ 105 ff. JGG entstammt als Rechtsfigur einer Zeit, als
2966 die Volljährigkeit noch mit der Vollendung des 21. Lebensjahres eintrat. Der Gesetz-
2967 geber wollte bei mangelnder Einsichtsfähigkeit und fehlender geistiger Reife in der
2968 Altersgruppe zwischen 18 und 21 Jahren noch nicht zwingend die volle Härte des
2969 Strafrechts zur Anwendung kommen lassen. Diese Regelung ist mittlerweile obso-
2970 let. Weshalb soll ein 20-jähriger Straftäter, der Auto fährt, Verträge abschließt und
2971 wählen darf, strafrechtlich wie ein Jugendlicher behandelt werden? Gerade bei
2972 schweren Gewalt- und Sexualdelikten zeigt sich deutlich, dass die vom Gesetz vor-
2973 gesehene Milde im krassen Widerspruch zum Empfinden der Opfer und der Gesell-
2974 schaft steht. Die neue Landesregierung wird sich daher vehement für eine Abschaf-
2975 fung der Rechtsfigur des „Heranwachsenden“ einsetzen, damit die, die keine Ach-
2976 tung vor der Gesundheit, vor dem Eigentum oder dem Leben anderer haben, die
2977 Konsequenzen des Erwachsenenstrafrechts deutlich zu spüren bekommen.
2978

2979 **11. Justizwachtmeister aufwerten – einfachen Dienst abschaffen!**

2980
2981 Der Justizwachtmeisterdienst ist eine der wenigen Laufbahnen, die noch im einfa-
2982 chen Dienst angeboten wird und ausschließlich dort stattfindet. Justizwachtmeister
2983 sind bei weitem nicht nur Büroboten oder Aktenträger, sondern leisten einen ent-
2984 scheidenden Beitrag zur Sicherheit in den Gebäuden der Justiz und in den Gerichts-
2985 sälen mit Zugangs- und Personenkontrollen bis hin zur Ausübung unmittelbaren
2986 Zwangs. Sie werden mit renitenten Untersuchungshäftlingen ebenso konfrontiert
2987 wie mit wütendem Mob in den Gerichtssälen, in denen sie das Hausrecht durchset-
2988 zen. Ihre Aufgabenvielfalt und die Anforderungen des Dienstes lassen keinen Unter-
2989 schied zu den Aufgaben des Justizvollzugsdienstes erkennen, der eine Schlechter-
2990 stellung in der Besoldung rechtfertigen würde. Die Landesregierung wird aufgrund
2991 der geänderten Rahmenbedingungen den einfachen Dienst im Justizwesen ab-
2992 schaffen.
2993

2994 **12. Verstöße und Widerstand gegen Corona-Maßnahmen amnestieren!**

2995
2996 Die sogenannte Corona-Pandemie und die durch die Regierungen erlassenen Maß-
2997 nahmen haben die Gesellschaft gespalten. Viele Maßnahmen waren nicht nur in der
2998 damaligen Situation fragwürdig, sondern sind insbesondere nach dem Bekanntwer-
2999 den des Versagens des Robert-Koch-Institutes und des Paul-Ehrlich-Institutes als
3000 aktionistisch und willkürlich einzustufen. Das daraus entstandene Unrecht muss

3001 geheilt werden. Die Einführung eines Amnestiegesetzes zur Aufhebung von Geldbu-
3002 ßen und Verwarnungsgeldern im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-
3003 19-Pandemie ist daher zwingend notwendig. Noch nicht vollstreckte Strafen und
3004 Geldbußen werden nicht mehr vollstreckt. Gezahlte Geldbußen und Strafen können
3005 auf Antrag erstattet werden.

3006

3007 Die AfD-Landesregierung wird sich sodann dafür einsetzen, eine vergleichbare Re-
3008 gelung auf Bundesebene einzubringen.

3009

3010 **13. Schutz für das Deutschtum im Strafrecht verankern!**

3011

3012 Der Schutz der Minderheiten ist ein hoher und wichtiger Wert. Jedoch führt die Über-
3013 betonung der Rechte von Minderheiten zu einer faktischen Erosion der Rechte der
3014 deutschen Mehrheitsgesellschaft, die mangels eines angeblichen Schutzbedürfnis-
3015 ses straflos Ziel von Verachtung und Diskriminierung werden kann. Das wollen wir
3016 nicht länger hinnehmen! Wer den deutschen Staat und das deutsche Volk herab-
3017 würdigt und beleidigt, soll angemessen sanktioniert und mindestens so schwer be-
3018 straft werden, wie derjenige, der sich der sogenannten Volksverhetzung gegenüber
3019 Minderheiten schuldig macht. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen,
3020 dass jeder, der den aktuellen deutschen Staat, „Deutschland“ als historisch-kultu-
3021 relles Gebilde, die deutschen Bürger und unsere Nationalsymbole öffentlich verun-
3022 glimpft, mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft wird.

3023

3024 **14. Zentralisierung der Einbürgerungen!**

3025

3026 Einbürgerungen werden bisher von den Ausländerbehörden der Kommunen und
3027 Landkreise vorgenommen. Wir werden diese Aufgabe in eine zentrale Landesbe-
3028 hörde verlagern. So erreichen wir, dass ein einheitlicher Maßstab bei der Einbürge-
3029 rung angewendet wird.

3030

3031

3032

3033

3034

3035

3036

3037

3038

3039

3040

3041 **VIII. Demokratie und Bürgerrechte**

3042

3043 Ausgehend vom Scheitern der Weimarer Republik sehen die Altparteien die größte
3044 Gefahr für die Demokratie darin, dass eine demokratiefeindliche Oppositionspartei
3045 von außen in den Staat eindringt. Sie sind jedoch blind für jene andere Möglichkeit,
3046 dass ein ursprünglich demokratischer Staat sich durch jahrzehntelange Fehlent-
3047 wicklungen von innen heraus in einen totalitären Staat verwandelt.

3048

3049 Genau dieser Gefahr aber stehen wir heute gegenüber. Verwöhnt von vergangenem
3050 Erfolg und einer jahrzehntelangen Phase des Wohlstands und der Stabilität glauben
3051 die Altparteien, ihre Ansichten seien unantastbar. Vor diesem Hintergrund werden
3052 unliebsame Meinungen als vermeintlich undemokratisch diffamiert. Die Grenzen
3053 dessen, was als tolerierbar erscheint, wurden immer mehr eingeschränkt. Die einst
3054 breite Meinungsfreiheit ist nur noch ein enger Korridor. Politische Korrektheit,
3055 Cancel Culture, Wokeness und die Gebote der Regenbogenideologie begründen
3056 eine regelrechte Gesinnungsdiktatur.

3057

3058 Diese weiche Gesinnungsdiktatur, die mit informellem Druck arbeitet, ist gerade da-
3059 bei, sich in eine harte Diktatur, die mit juristischer Repression vorgeht, zu verwan-
3060 deln. In der Corona-Krise haben wir gesehen, wie leichtfertig und mit welch schwa-
3061 chen Begründungen Grundrechte eingeschränkt werden konnten. Ein ausuferndes
3062 und immer restriktiver auftretendes Meinungsstrafrecht hält immer mehr Bürger da-
3063 von ab, sich an der öffentlichen politischen Diskussion zu beteiligen.

3064

3065 Die Regierungen der Altparteien dulden keine grundsätzliche Kritik mehr. Kritik, die
3066 ihnen zu weit geht, bekämpfen sie als sogenannte „Delegitimierung des Staates“
3067 und hetzen den Verfassungsschutz auf die echte Opposition. Die AfD als die größte
3068 Oppositionspartei, die diese Missstände artikuliert, wird permanent mit Verbot be-
3069 droht, obwohl oder vielmehr weil sie bei der letzten Bundestagswahl in weiten Teilen
3070 Deutschlands über 40 Prozent der Wählerstimmen errungen hat.

3071

3072 All das zeigt: Demokratie und Bürgerrechte sind kein geschenkter Bestand, der ohne
3073 unser Zutun erhalten bleibt, sondern sind wie Muskeln. Wenn man sie nicht ge-
3074 braucht und strapaziert, schrumpfen sie. Demokratie und Bürgerrechte müssen je-
3075 den Tag aufs Neue verteidigt werden. Diesem Ziel sind wir als patriotische Opposi-
3076 tion verpflichtet. Wir wollen die Demokratie nicht abschaffen, wie uns die Demokra-
3077 tieabschaffer unterstellen, wir wollen sie wiederbeleben und stärken.

3078

3079 Zu diesem Zweck werden wir als Landesregierung Reformen des Verfassungsschut-
3080 zes, des Wahlrechts, des Waffenrechts und der Vereinsförderung durchführen. Wir
3081 werden die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit stärken. An die Stelle
3082 des Misstrauens, das die Altparteien dem Bürger entgegenbringen, setzen wir das
3083 Vertrauen auf den mündigen Bürger.

3084 **1. Für einen Verfassungsschutz, der die Verfassung schützt!**

3085

3086 Der Auftrag des Verfassungsschutzes besteht darin, Bestrebungen, die sich gegen
3087 die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, zu erkennen und aufzuklä-
3088 ren. Dieser Auftrag wird jedoch mehr und mehr als Vorwand genutzt, um die Oppo-
3089 sition, vor allem die patriotische Opposition, zu diskreditieren und zu schwächen.
3090 Bürgerliche Proteste und friedliche, demokratische Meinungsäußerungen werden
3091 willkürlich als „extremistisch“ gebrandmarkt, sobald sie mit den Kerndogmen der
3092 Altparteien nicht mehr vereinbar sind. Jeder, der Masseneinwanderung, Ausländer-
3093 kriminalität oder die multikulturelle Gesellschaft kritisiert, läuft Gefahr, vom Verfas-
3094 sungsschutz verfolgt zu werden. Gegen diesen Missbrauch des Verfassungsschutz-
3095 zes als Regierungsschutz wehren wir uns mit allen demokratischen Mitteln.

3096

3097 Der Verfassungsschutz muss zu einem Inlandsgeheimdienst reformiert werden, der
3098 sich dem klassisch geheimdienstlichen Aufgabenspektrum zu widmen hat: Ausfor-
3099 schung staatsgefährdender Aktivitäten, Terrorabwehr und Spionageabwehr, und
3100 zwar im Geheimen! Der Verfassungsschutz darf sich für die Beurteilung verfas-
3101 sungsfeindlicher Bestrebungen nur noch auf harte, objektiv feststellbare Kriterien
3102 stützen wie etwa die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden oder Gesetze zu brechen.
3103 Verfassungsschutzberichte, deren Informationswert gegen Null geht, die also nur
3104 eine Art Pseudotransparenz herstellen und in Wahrheit einzig und allein dem Zweck
3105 dienen, der Regierung missliebige Parteien an den „Pranger der Demokratie“ zu stel-
3106 len, gehören abgeschafft.

3107

3108 **2. Digitale Bürgerrechte schützen – Transparenz des Staates ausbauen!**

3109

3110 Die fortschreitende Digitalisierung darf nicht zur Entrechtung der Bürger führen. Wir
3111 lehnen jede Form anlassloser Überwachung und Datenspeicherung strikt ab. Statt-
3112 dessen wollen wir den Bürger vor staatlicher Willkür schützen und ihm die Hoheit
3113 über seine Daten zurückgeben. Gleichzeitig gilt: Nicht der Bürger muss sich recht-
3114 fertigen, sondern der Staat. Wir werden daher die Transparenzpflichten für Regie-
3115 rung und Verwaltung deutlich verschärfen. Verträge, Entscheidungen und Gutach-
3116 ten, die mit Steuergeldern finanziert werden, sind grundsätzlich öffentlich zugäng-
3117 lich zu machen. Nur so kann das Vertrauen in eine funktionierende Demokratie wie-
3118 derhergestellt werden.

3119

3120 **3. Digitalisierung für mehr Beteiligung!**

3121

3122 Damit die Demokratie lebt, müssen die Bürger ermutigt werden, ihre Meinungen und
3123 Ideen zu äußern. Wir werden deshalb eine einfach zugängliche digitale Beteiligungs-
3124 plattform des Landes für Online-Petitionen einrichten, wo sich Bürger registrieren

3125 können, um Petitionen einzustellen oder eingestellte Petitionen zu diskutieren und
3126 zu unterstützen. Eine auf der Plattform eingestellte Petition gilt dadurch als im Peti-
3127 tionsausschuss eingereicht. Ab einer Unterstützerzahl von 3.000 wahlberechtigten
3128 Bürgern erhält der Petent Rederecht im Landtag.
3129

3130 **4. Meinungs- und Versammlungsfreiheit stärken!**

3131
3132 Die Meinungs- und die Versammlungsfreiheit sind grundlegende Rechte in einem
3133 demokratischen Staat. Ohne diese beiden Freiheitsrechte sind alle anderen Grund-
3134 rechte wertlos, denn nur diese ermöglichen es, sich an der demokratischen Willens-
3135 bildung zu beteiligen und Kritik an der Regierung öffentlich vorzubringen. Wir werden
3136 deshalb als Landesregierung eine neue Praxis der Toleranz gegenüber Demonstrati-
3137 onen und nonkonformen Meinungsäußerungen etablieren.
3138

3139 Wer friedlich demonstriert und so sein demokratisches Recht wahrnimmt, benötigt
3140 keine Form der Vermummung. Er will und soll also auch für sein Anliegen Gesicht
3141 zeigen. Wir treten dafür ein, das bestehende Vermummungsverbot bei allen öffent-
3142 lichen Aufzügen durchzusetzen. Der Sinn politischer Demonstrationen setzt voraus,
3143 dass die Botschaften, für die demonstriert wird, der Öffentlichkeit verständlich sind.
3144 Meinungsäußerungen auf öffentlichen Aufzügen haben deshalb grundsätzlich nur
3145 in deutscher Sprache zu erfolgen.
3146

3147 **5. Gegendemonstrationen ja – Verhinderung angemeldeter Demonstrationen** 3148 **nein!**

3149
3150 Das Demonstrationsrecht umfasst auch das Recht, die Ablehnung einer angemel-
3151 deten Demonstration zum Ausdruck zu bringen. Das Demonstrationsrecht ist je-
3152 doch kein Recht, eine angemeldete Demonstration zu verhindern. Leider zielen aber
3153 Gegendemonstrationen vornehmlich aus dem linken Spektrum in letzter Zeit zuneh-
3154 mend auf die gewaltsame Verhinderung patriotischer Demonstrationen ab und kön-
3155 nen damit auf das Wohlwollen von Polizei und Ordnungsbehörden rechnen. Das
3156 werden wir nicht länger dulden. Wir werden das Versammlungsrecht dahingehend
3157 ändern, dass entsprechend dem Erstanmelderprinzip an einem Ort nur eine Ver-
3158 sammlung unter freiem Himmel und auf einer festgelegten Route nur ein Aufzug an-
3159 meldefähig ist. Weitere Demonstrationen sind nur in einer angemessenen Mindest-
3160 distanz („Bannmeile“) anmeldefähig. Gewaltsame Verstöße gegen diese Regelung
3161 werden durch Einsatz unmittelbaren Zwangs konsequent verhindert.
3162
3163
3164

3165 **6. Stärkung des Freien Mandats!**

3166

3167 Wir erleben aktuell, dass Abgeordnete insbesondere der AfD durch politisch instru-
3168 mentalisierte Gerichtsverfahren gezielt unter Druck gesetzt werden. In Sachsen-An-
3169 halt besteht mittlerweile auch keine Immunität mehr. Sie kann nur vom Parlament
3170 verhängt werden. Wir wollen dagegen die alte Rechtslage wiederherstellen, wonach
3171 Immunität besteht und auf Antrag aufgehoben werden kann. Um Missbrauch aus
3172 politischem Interesse vorzubeugen, soll der Antrag einer 2/3-Mehrheit bedürfen. Die
3173 Indemnität, die das freie Wort im Parlament schützt, wollen wir auch auf die politi-
3174 sche Handlungssphäre des Abgeordneten außerhalb des Parlaments ausdehnen.

3175

3176 **7. Vereinsförderung nur mit Demokratie- und Patriotismuserklärung!**

3177

3178 Die Landesregierung fördert zahlreiche Vereine, ohne ihnen ein grundsätzliches Be-
3179 kenntnis zu unserem Staat abzuverlangen. Dadurch kommen auch fragwürdige Ver-
3180 eine, die Deutschland ablehnen und Patriotismus bekämpfen, in den Genuss staat-
3181 licher Förderung. Das ist nicht nur paradox und eine Verschwendung von Steuer-
3182 geld, es schadet letztlich uns allen. Wir werden deshalb als Landesregierung dafür
3183 sorgen, dass jeder Verein, der entweder institutionell oder projektbezogen mit Steu-
3184 ergeld gefördert werden will, ein glaubhaftes Bekenntnis zur demokratischen Ord-
3185 nung und zu einer patriotischen Grundhaltung ablegen muss. Wer von Steuergeld
3186 profitieren will, muss unsere politische Ordnung anerkennen und muss sich zumin-
3187 dest deklaratorisch für unser Land einsetzen.

3188

3189 **8. Die Demokratie braucht die Urnenwahl!**

3190

3191 Die Landesregierung hat unter Ausnutzung der Corona-Panik Ende 2020 ein Gesetz
3192 verabschiedet, das es ermöglicht, eine komplette Wahl als Briefwahl durchzufüh-
3193 ren. Die Entscheidung darüber liegt in den Händen der Landeswahlleiterin. Wenn
3194 sie befindet, dass eine sogenannte „pandemische Lage“ besteht, wird auf Briefwahl
3195 umgestellt. Das ist ein Bruch mit grundlegenden Prinzipien unserer Demokratie!
3196 Nicht ohne Grund ist die Urnenwahl im Wahllokal das unangefochtene Leitbild jeder
3197 demokratischen Wahl.

3198

3199 Die Öffentlichkeit gewährleistet, dass die Wahlen geheim abgehalten werden, weil
3200 nur im Wahllokal sichergestellt ist, dass der Wähler tatsächlich die Möglichkeit hat,
3201 unbeobachtet zu wählen. Damit wird auch die Freiheit der Wahl geschützt, denn
3202 nur, wer im Geheimen wählt, ist wirklich frei in der Entscheidung. Die Transparenz
3203 der Urnenwahl im Wahllokal wirkt zudem Manipulationen jeder Art entgegen. Die
3204 Briefwahl dagegen öffnet Manipulationsmöglichkeiten Tür und Tor. Findet die Ab-
3205 gabe der Wahl nicht zwischen Kabine und Urne statt, sondern auf dem normalen

3206 Postweg, können Wahlbriefe verschwinden oder Stimmen von Geisterwählern ab-
3207 gegeben werden. Aus diesen Gründen bestehen schwere verfassungsrechtliche Be-
3208 denken gegen die Briefwahl.

3209
3210 Wir teilen diese Bedenken und wollen zum Schutze unserer Demokratie die Mög-
3211 lichkeiten der Briefwahl generell einschränken. Künftig soll nur noch derjenige per
3212 Briefwahl wählen können, der glaubhaft macht, am Wahltag aus triftigen Gründen
3213 verhindert zu sein. Briefwahl soll nur demjenigen, der sonst nicht an der Wahl teil-
3214 nehmen könnte, eine Wahlmöglichkeit verschaffen. Es darf aber nicht dazu kom-
3215 men, dass jeder Bürger nach Gutdünken entscheiden kann, ob er per Brief oder im
3216 Wahllokal wählt.

3217

3218 **9. Mehr direkte Demokratie wagen!**

3219
3220 Wir treten dafür ein, den Bürgern unseres Landes mehr Möglichkeiten direkter Mit-
3221 bestimmung zu geben. Die politische Klasse der Altparteien hat das Instrument der
3222 Volksabstimmungen bewusst unattraktiv gemacht, indem sie hohe Hürden und
3223 kurze Fristen gesetzt und es auf die kommunale Ebene beschränkt hat. Wir werden
3224 diese Hürden absenken, Fristen verlängern, auch digitale Unterschriftensammlun-
3225 gen ermöglichen und die Quoren insbesondere für Volksinitiativen, Volksbegehren
3226 und Volksentscheide auf Landesebene absenken. Nicht nur bei Entscheidungen,
3227 die unmittelbar das Leben der Menschen betreffen – sei es eine Schulschließung,
3228 ein Bauprojekt oder ein Infrastrukturvorhaben –, sondern auch bei Richtungsent-
3229 scheidungen der Landespolitik muss das Volk als Souverän das letzte Wort haben,
3230 denn Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes.

3231

3232 **10. Politiker müssen Rechenschaft ablegen!**

3233
3234 Viel zu oft genießen Politiker unberechtigte Zustimmung und Popularität, weil ihre
3235 unpopulären und bürgerfeindlichen Entscheidungen nicht bekannt sind. Wir wer-
3236 den dem entgegenwirken, indem wir dafür sorgen werden, dass nicht nur die Plenar-
3237 sitzungen, sondern alle Ausschusssitzungen und alle weiteren öffentlichen Sitzun-
3238 gen des Landtags live im Netz übertragen und die Videomitschnitte danach dauer-
3239 haft zum Abruf bereitgestellt werden. Weiterhin werden wir alle Abstimmungen der
3240 Abgeordneten im Internet veröffentlichen.

3241

3242 **11. Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts!**

3243
3244 Bedingt durch die linksalternative Diskursherrschaft werden Waffen zunehmend ta-
3245 buisiert. Waffenbesitzer müssen sich rechtfertigen, Waffenliebhaber werden nur
3246 noch als „Waffennarren“ angesprochen, das Waffengesetz wird, ohne dass dafür

3247 noch stichhaltige Begründungen gefordert werden, stetig verschärft. Damit wird uns
3248 ein Stück bürgerlicher Freiheit genommen!

3249
3250 Betroffen von den zunehmend sinnfreien Verschärfungen eines im Weltvergleich
3251 ohnehin schon hochrestriktiven Waffenrechts sind vor allem legale Waffenbesitzer,
3252 Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die illegalen Waffen, die für Straftaten
3253 bis hin zu terroristischen Anschlägen benutzt werden, werden davon nicht erfasst.
3254 Wir werden eine weitere Verschärfung des Waffenrechts mit allen uns zu Gebote
3255 stehenden Mitteln verhindern.

3256

3257 **12. Zuverlässigkeit prüfen, nicht Gesinnung!**

3258
3259 Aktuell verweigern die Waffenbehörden auf Anweisung des Landesverwaltungs-
3260 amts jedem sogenannten Rechtsextremisten die waffenrechtliche Erlaubnis. Da im
3261 Verständnis der Regierung die AfD rechtsextrem ist, betrifft dies auch Mitglieder und
3262 Unterstützter der AfD. Man argumentiert damit, dass „Extremisten“ nicht über die
3263 notwendige waffenrechtliche Zuverlässigkeit verfügen. Der Umstand aber, dass je-
3264 mand eine abweichende politische Meinung hat, sagt nichts darüber aus, wie ver-
3265 antwortungsvoll er mit einer Waffe umgeht. Wir werden deshalb die Waffenbehör-
3266 den der Kommunen anweisen, künftig nur noch die Zuverlässigkeit zu prüfen, aber
3267 nicht mehr die politische Gesinnung.

3268

3269 **13. Liberalisierung mit Augenmaß!**

3270
3271 Ein strenges Waffenrecht ist prinzipiell zu befürworten, da Waffen nicht in den Besitz
3272 von Personen gelangen dürfen, die keine Gewähr für einen sicheren Umgang mit den
3273 Waffen bieten. Allerdings ist das deutsche Waffenrecht in einigen Bereichen über-
3274 streng. So sind Schreckschusswaffen, aus denen nur Platzpatronen verschossen
3275 werden können, wieder freizugeben. Der sogenannte Kleine Waffenschein ist abzu-
3276 schaffen. In dieser Hinsicht ist die Rechtslage von vor 2003 wieder herzustellen. Au-
3277 ßerdem muss es für besonders gefährdete Bürger möglich sein, zum Selbstschutz
3278 einen Waffenschein zu erhalten. Durch eine überstrenge Beurteilung der Anträge ist
3279 dieses auf dem Papier nach wie vor bestehende Recht de facto abgeschafft worden.

3280

3281

3282

3283

3284

3285

3286

3287

3288 **IX. Wirtschaft und Tourismus**

3289

3290 In den vergangenen Jahren haben CDU-geführte Landesregierungen unser Land im
3291 großen Stil deindustrialisiert. Seit dem Amtsantritt des Wirtschaftsministers Sven
3292 Schulze hat sich dieser Trend weiter verschärft. Hinzu kommen explodierende Ener-
3293 giekosten, eine marode Verkehrsinfrastruktur sowie die Auswanderung von Fach-
3294 kräften.

3295

3296 Die etablierten Parteien betrachten Wirtschaftspolitik als Vehikel zur Durchsetzung
3297 von wirtschaftsfremden Ideen von angeblichem Klimaschutz durch CO₂-Reduktion
3298 über außenpolitische Akzentsetzungen bis hin zu sogenannten Diversitätszielen.
3299 Das Ergebnis ist eine Wirtschaftspolitik, die der Wirtschaft Steine in den Weg legt
3300 und dafür sorgt, dass unsere Wirtschaft hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt.

3301

3302 Wegen solcher Rahmenbedingungen werden in Sachsen-Anhalt zu wenige Unter-
3303 nehmen gegründet oder neu angesiedelt. Gleichzeitig steigt die Zahl jener Unter-
3304 nehmen, die in die Insolvenz gehen oder ins Ausland abwandern

3305

3306 Eine AfD-geführte Landesregierung wird den wirtschaftlichen Niedergang und die
3307 damit verbundene De-Industrialisierung stoppen. Mithilfe einer Wirtschaftspolitik,
3308 die kleine und mittelständische Unternehmen als Rückgrat der sachsen-anhalti-
3309 schen Wirtschaft in den Mittelpunkt stellt und mit flankierenden energie-, infra-
3310 struktur- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird eine AfD-Landesregierung
3311 einen wirtschaftlichen Aufschwung und einen Re-Industrialisierungsprozess einlei-
3312 ten.

3313

3314 **1. Förderung des Mittelstands statt Subventionierung globalistischer Großkon-**
3315 **zerne!**

3316

3317 Die CDU-geführte Landesregierung vernachlässigt die Förderung kleiner und mittel-
3318 ständischer Unternehmen. Statt sich auf die Unterstützung heimischer Unterneh-
3319 men zu fokussieren, konzentriert sie sich auf die Ansiedlung und Subventionierung
3320 ausländischer Großkonzerne.

3321

3322 Nach den Plänen der Landesregierung und der abgewählten Ampel-Regierung im
3323 Bund sollten für die Intel-Ansiedlung Subventionen in Höhe von zehn Milliarden Euro
3324 fließen. Dadurch sollten Standortnachteile des Landes wie die marode Infrastruktur
3325 und die hohen Energiekosten ausgeglichen werden. Umgerechnet sollten die ange-
3326 peilten 3.000 Arbeitsplätze also mit mehr als drei Millionen Euro pro Arbeitsplatz
3327 subventioniert werden.

3328

3329 Letztlich wurde die von Ministerpräsident Reiner Haseloff und Wirtschaftsminister
3330 Sven Schulze geplante Ansiedlung von Intel keine Erfolgsgeschichte, sondern zu ei-
3331 nem Ausdruck des wirtschaftspolitischen Scheiterns. Dieser wirtschaftspolitische
3332 Misserfolg zeigt, dass sich milliardenschwere Subventionen für ein einzelnes Groß-
3333 unternehmen nicht dafür eignen, strukturelle Wirtschaftsprobleme am Standort
3334 Sachsen-Anhalt zu lösen.

3335
3336 Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung eine Wirtschaftspolitik betreiben,
3337 die darauf abzielt, die gegenwärtigen Standortnachteile zu beseitigen und neue
3338 Standortvorteile zu generieren. Diese Politik soll dazu dienen, die Insolvenz und Ab-
3339 wanderung kleiner und mittelständischer Unternehmen zu stoppen sowie die Grün-
3340 dung kleiner und mittelständischer Unternehmen im Land zu fördern.

3341

3342 **2. Wirtschaftsschädliche Sanktionen beenden!**

3343

3344 Vor Beginn des Ukraine-Konfliktes zählte Russland zu den wichtigsten Handelspart-
3345 nern des Landes Sachsen-Anhalt. Durch die von der EU verhängten Sanktionen ge-
3346 gen Russland im Jahre 2022 ist der Handel sachsen-anhaltischer Unternehmen mit
3347 Russland fast zum Erliegen gekommen. Nicht nur der Importstopp günstiger Ener-
3348 gieprodukte, auch der Exportrückgang hat die heimische Wirtschaft hart getroffen.
3349 Ähnliches gilt für die Sanktionen gegenüber Weißrussland und dem Iran. Sanktionen
3350 schaden dem, der sie verhängt am meisten!

3351

3352 Deshalb wird sich eine AfD-geführte Landesregierung im Bundesrat für die Aufhe-
3353 bung der Russlandsanktionen und aller anderen Wirtschaftssanktionen einsetzen.
3354 Davon unabhängig können Sanktionen als Mittel zur Durchsetzung besonderer In-
3355 teressen im Einzelfall gerechtfertigt sein. Zu nennen wäre der Fall, dass Sanktionen
3356 gegen ein Land verhängt werden, das sich weigert, illegale Einwanderer zurückzu-
3357 nehmen.

3358

3359 **3. Bürokratisierung beenden, Bürokratieabbau einleiten!**

3360

3361 Die bürokratische Last der Unternehmen in Sachsen-Anhalt ist erdrückend und
3362 wirkt als Wachstumsbremse. Schließlich verursachen bürokratische Regelungen
3363 beträchtliche Kosten und blockieren personelle Ressourcen. Insbesondere für
3364 kleine und mittelständische Unternehmen stellen sie eine überproportionale Belas-
3365 tung dar. Dadurch werden Entwicklungs- und Innovationsprozesse beeinträchtigt.

3366

3367 Eine AfD-geführte Landesregierung wird alle bürokratischen Regelungen des Lan-
3368 des, die nicht zwingend vorgegeben sind, auf ihre Sinnhaftigkeit prüfen und über-
3369 flüssige Regelungen streichen.

3370 Als Richtmarke sollen zudem für jede neu geschaffene sowie sinnvolle bürokrati-
3371 sche Maßnahme mindestens zwei überflüssige Regelungen gestrichen und dadurch
3372 die Entbürokratisierung vorangetrieben werden.
3373

3374 **4. Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in Sachsen-Anhalt prüfen!**

3375
3376 Während andere Nationen mit unterschiedlich aufgebauten Sonderwirtschaftszonen
3377 beachtliche volkswirtschaftliche Ergebnisse erzielen, kann Deutschland auf
3378 diesem Gebiet bislang keine Erfahrungen vorweisen. Deshalb wird eine AfD-ge-
3379 führte Landesregierung wirtschaftspolitisches Neuland beschreiten, indem sie die
3380 Einrichtung räumlich abgegrenzter Sonderwirtschaftszonen in strukturschwachen
3381 Regionen des Landes prüft. In diesen Regionen sollen erleichterte rechtliche sowie
3382 administrative Bedingungen für Investoren gelten. Dadurch sollen Wirtschaftsstruk-
3383 turen vor Ort aufgebaut, ausgebaut und verbessert werden.
3384

3385 **5. Heimische Fachkräfte im Land halten!**

3386
3387 Seit Jahrzehnten wandern einheimische Fachkräfte in hoher Zahl aus Deutschland
3388 und Sachsen-Anhalt aus. Die Auswanderung einheimischer Leistungsträger führt zu
3389 ökonomischen Folgekosten. Sie zeigt, dass die Verhältnisse in unserem Land nicht
3390 in Ordnung sind. Diese Leistungsträger wollen nicht, dass ihre Steuergelder für die
3391 Gesellschaftsexperimente der Altparteien vergeudet werden. Sie stimmen mit den
3392 Füßen ab und verlassen ihre Heimat. Eine AfD-geführte Landesregierung wird Maß-
3393 nahmen einleiten, um den „Brain Drain“ aus Sachsen-Anhalt zu stoppen.
3394

3395 Für ein wirkungsvolles Konzept zur Verhinderung weiterer Abwanderung in andere
3396 Bundesländer und Auswanderung in andere Staaten bedarf es außerdem aufeinander
3397 abgestimmter Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern. Unter anderem
3398 muss die Innere Sicherheit wiederhergestellt, Energie wieder bezahlbar, die marode
3399 Infrastruktur saniert und das gesamte Bildungssystem grundlegend reformiert wer-
3400 den. Die dazu notwendigen Maßnahmen finden sich im vorliegenden Regierungs-
3401 programm.
3402

3403 **6. Akademisierungswahn beenden, Freiwilliges Handwerksjahr einführen!**

3404
3405 Die Zahl der Auszubildenden im Handwerk stagniert seit Jahren auf niedrigem Ni-
3406 veau. Einer der Gründe dafür ist die fehlgeleitete Akademisierungspolitik der Altpar-
3407 teien. Dieser Akademisierungswahn hat zu einer starken Bevorzugung des Studiums
3408 gegenüber einer handwerklichen Ausbildung geführt.
3409

3410 Um diesen Trend umzukehren, wird eine AfD-geführte Landesregierung ein Freiwilliges
3411 Handwerksjahr einführen. Die Maßnahme soll dazu dienen, Schulabsolventen
3412 das Handwerk als attraktive Karrieremöglichkeit nahezubringen. Im Laufe eines Jah-
3413 res sollen sie die Möglichkeit haben, vier verschiedene Handwerksberufe kennen-
3414 zulernen. Dabei sollen die Nachwuchskräfte praktische Erfahrungen sammeln und
3415 bei ihrer Berufswahl unterstützt werden. Außerdem sollen sie mehrere Handwerks-
3416 betriebe samt ihrer Betriebskultur und Mitarbeiter kennenlernen.

3417
3418 Das Handwerksjahr soll sowohl den Praktikanten als auch den Handwerksunter-
3419 nehmen zugutekommen. Auf diese Weise können Seiten Gewissheit besser ein-
3420 schätzen, ob eine zukünftige Zusammenarbeit sinnvoll erscheint. Im besten Fall
3421 führt das gegenseitige Kennenlernen in eine ‚Win-Win-Situation‘, und der Praktikant
3422 von heute wird zum Auszubildenden von morgen.

3423

3424 **7. Führerschein-Zuschuss für Sachsen-Anhalts Auszubildende!**

3425

3426 Unter der CDU-geführten Landesregierung ist die Zahl abgeschlossener dualer und
3427 schulischer Ausbildungsverträge signifikant zurückgegangen. Eine AfD-geführte
3428 Landesregierung wird Maßnahmen ergreifen, um diesen Negativtrend der vergange-
3429 nen Jahre zu stoppen und umzukehren. Dafür muss die Attraktivität der Berufsaus-
3430 bildung für junge Menschen in Sachsen-Anhalt wieder gesteigert werden.

3431

3432 Deshalb wird eine AfD-Landesregierung einen Führerschein-Zuschuss für Auszubil-
3433 dende in Höhe von 1.500 Euro einführen. Der Zuschuss soll an den erfolgreichen
3434 Abschluss einer Ausbildung in der Regelzeit gekoppelt werden. Er soll auch dazu
3435 dienen, die Mobilität von jungen Leuten insbesondere im ländlichen Raum zu er-
3436 möglichen. So soll der Führerschein-Zuschuss dazu beitragen, die Abwanderung
3437 einheimischer Jugendlicher in Ballungsräume anderer Bundesländer zu vermeiden.

3438

3439 **8. Junge Nachwuchskräfte im Land halten, Ausbildungsprämie einführen!**

3440

3441 Unter der CDU-geführten Landesregierung hat sich der Fachkräftemangel im Land
3442 weiter verschärft. Dieses Versagen bei der Fachkräftesicherung führt zu einem zu-
3443 nehmenden Personalproblem bei Handwerk, Mittelstand und Industrie.

3444

3445 Für eine AfD-geführte Landesregierung besteht die Lösung dieses Problems nicht in
3446 der Masseneinwanderung von unqualifizierten, bildungsfernen und kulturfremden
3447 Ausländern, sondern in der Aktivierung und Sicherung einheimischer Nachwuchs-
3448 kräfte für den hiesigen Arbeitsmarkt.

3449

3450 Die Fachkräfte von morgen, die unser Land dringend benötigt, werden gut ausgebil-
3451 dete Lehrlinge aus Sachsen-Anhalt mit hervorragenden Ausbildungsabschlüssen

3452 sein. Als Anreiz dafür wird eine AfD-Landesregierung Prämien für Auszubildende mit
3453 überdurchschnittlich guten Abschlusszeugnissen einführen. Die Prämien sollen zu-
3454 dem als Anreiz dazu dienen, dauerhaft im Land sesshaft zu bleiben. So soll die Aus-
3455 zahlung nicht unmittelbar nach dem Abschluss der Ausbildung, sondern erst nach
3456 einer daran anschließenden zweijährigen sozialversicherungspflichtigen Beschäfti-
3457 gung in Sachsen-Anhalt erfolgen.

3458

3459 **9. Kostenfreie Meisterausbildung gewährleisten, Meisterprämie einführen!**

3460

3461 In den vergangenen Jahren haben in Sachsen-Anhalt immer weniger Handwerker ein-
3462 nen Meisterbrief gemacht. Eine AfD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen,
3463 dass die Meisterausbildung zukünftig kostenfrei erfolgt. Die Befreiung von den Kos-
3464 ten der Ausbildung soll unabhängig vom Alter der Auszubildenden erfolgen. Sie soll
3465 jedoch vor allem auch jungen Menschen helfen, die aufgrund des frühen Stadiums
3466 ihres Erwerbslebens noch keine größeren Rücklagen bilden konnten und sich mit
3467 dem Gedanken an die Gründung einer Familie tragen.

3468

3469 Außerdem soll eine Meisterprämie eingeführt werden, um Handwerker zu motivie-
3470 ren, bereits in jungen Jahren einen Meisterabschluss anzustreben. Bei einem Ab-
3471 schluss vor Vollendung des 25. Lebensjahres soll die Prämie 5.000 Euro betragen.
3472 Wer den Abschluss nach Vollendung des 25. und vor Vollendung des 30. Lebensjah-
3473 res erwirbt, soll eine Prämie in Höhe von 2.500 Euro erhalten. Personen, die ihre
3474 Meisterprüfung nach Vollendung des 30. Lebensjahres abschließen, soll eine Meis-
3475 terprämie in Höhe von 1.000 Euro ausgezahlt werden.

3476

3477 **10. Betriebsaufgaben verhindern, Unternehmensnachfolge sichern!**

3478

3479 In Sachsen-Anhalt nimmt der Anteil von Betriebsinhabern, die in wenigen Jahren
3480 das Ruhestandsalter erreichen werden, stetig zu. Damit wächst die Bedeutung von
3481 Betriebsübergaben. Schließlich wollen viele Unternehmer ihre Betriebe in jüngere
3482 Hände geben. Die Suche nach einem Nachfolger gestaltet sich jedoch oftmals
3483 schwierig.

3484

3485 Anhand des Handwerkssicherungskonzeptes der AfD lässt sich beispielhaft zeigen,
3486 wie Lösungsansätze für das Nachfolgeproblem gestaltet werden können. Dieses
3487 Konzept besteht aus aufeinander aufbauenden und ineinandergreifenden Elemen-
3488 ten zur Gewinnung, Ausbildung, Fortbildung und Sicherung von Handwerkern in
3489 Sachsen-Anhalt.

3490

3491 In einem idealtypischen Fall absolviert ein in Sachsen-Anhalt heimischer Schulab-
3492 solvent erstens das Freiwillige Handwerksjahr, beginnt danach zweitens mit seiner
3493 Handwerksausbildung, erhält drittens den Azubi-Zuschuss zum Führerschein

3494 sowie viertens die Prämie für einen herausragenden Abschluss der Berufsausbil-
3495 dung, absolviert fünftens die kostenfreie Meisterausbildung, erhält dafür sechstens
3496 die Meisterprämie und übernimmt schließlich siebtens jenen Handwerksbetrieb, in
3497 dem er die zuvor beschriebenen Meilensteine auf dem Weg zum eigenen Unterneh-
3498 men durchlaufen hat.
3499

3500 **11. Technisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Wirtschaftsfaktor**
3501 **nutzen!**

3502
3503 Durch Investitionen in Technisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz kön-
3504 nen Unternehmen Produktionsprozesse effizienter gestalten, ihren Ressourcenein-
3505 satz optimieren und ihre Produktivität steigern.
3506

3507 Darum wird eine AfD-geführte Landesregierung Maßnahmen und Investitionen klei-
3508 ner und mittelständischer Unternehmen in diesen Feldern unterstützen und för-
3509 dern. Damit soll eine Modernisierung und zukunftssichere Aufstellung des Wirt-
3510 schaftsstandorts Sachsen-Anhalt gewährleistet werden.
3511

3512 **12. Gütesiegel „Hergestellt in Sachsen-Anhalt“ einführen!**

3513
3514 In Sachsen-Anhalt werden zahlreiche Produkte mit überregionaler Bekanntheit und
3515 Beliebtheit hergestellt. Um die damit verbundene Vielfalt heimischer Produkte her-
3516 auszustellen, wird eine AfD-geführte Landesregierung das Gütesiegel „Hergestellt
3517 in Sachsen-Anhalt“ entwickeln, einführen und etablieren. Außerdem soll eine dazu
3518 passende Vermarktungskampagne initiiert werden.
3519

3520 Das Sachsen-Anhalt-Siegel soll als freiwillige Herkunftsbezeichnung für zumeist
3521 von Traditionsunternehmen hergestellte und vertriebene Produkte dienen, die einen
3522 besonderen Bezug zu unserem Land und einen charakteristischen Wert für unser
3523 Land haben.
3524

3525 **13. Stagnation beenden, heimischen Tourismus stärken!**

3526
3527 Der heimische Tourismus ist ein wichtiger und zukunftssträchtiger Wirtschaftsfaktor
3528 für Sachsen-Anhalt. Für unser überwiegend ländlich geprägtes Bundesland schafft
3529 er Einkommensmöglichkeiten, Bleibeperspektiven für einheimische Fachkräfte und
3530 die Möglichkeit, die Infrastruktur vor Ort zu entwickeln.
3531

3532 Während der Inlandstourismus in den meisten Bundesländern floriert, verharrt er in
3533 Sachsen-Anhalt in trister Stagnation. Verantwortlich dafür ist die CDU-geführte Lan-
3534 desregierung. Seit ihrem Amtsantritt ist es ihr nicht gelungen, den Tourismus

3535 angemessen zu fördern und dabei die kulturellen Eigenheiten sowie die historische
3536 Prägung des Landes zu nutzen.

3537

3538 Eine AfD-geführte Landesregierung wird im Rahmen der neuen Kampagne
3539 #deutschdenken ein in sich stimmiges Konzept entwickeln und umsetzen, um dem
3540 Tourismus in Sachsen-Anhalt zu neuer Blüte zu verhelfen.

3541

3542

3543

3544

3545

3546

3547

3548

3549

3550

3551

3552

3553

3554

3555

3556

3557

3558

3559

3560

3561

3562

3563

3564

3565

3566

3567

3568

3569

3570

3571

3572

3573

3574

3575

3576

3577

3578 **X. Energiepolitik**

3579

3580 Die planwirtschaftliche Energiewende der Altparteien ist dramatisch gescheitert.
3581 Der damit verbundene energiepolitische Sonderweg ist die Ursache für explodierende
3582 Energiekosten, steigenden Energiemangel, zunehmende Deindustrialisierung
3583 und eine abnehmende Versorgungssicherheit. Daher braucht Sachsen-Anhalt eine
3584 energiepolitische Kehrtwende um 180 Grad.

3585

3586 Eine AfD-geführte Landesregierung wird diese Kehrtwende einleiten, und zwar
3587 durch die Rückkehr zu einem breit angelegten Energiemix auf Grundlage der sozia-
3588 len Marktwirtschaft, der auch fossile Energieträger beinhaltet. Dieser Paradigmen-
3589 wechsel ist Voraussetzung für sinkende Energiepreise, eine wirksame Bekämpfung
3590 des Energiemangels, den Beginn eines Re-Industrialisierungsprozesses und die Ge-
3591 währleistung energiepolitischer Versorgungssicherheit.

3592

3593 Die energiepolitische Kehrtwende ist zudem dringend notwendig, weil die planwirt-
3594 schaftliche Energiewende die soziale Frage in Sachsen-Anhalt weiter verschärft hat.
3595 Schließlich findet durch die Subventionierung erneuerbarer Energien auf Kosten der
3596 Verbraucher eine noch nie dagewesene Umverteilung von unten nach oben statt.
3597 Von den explodierenden Energiepreisen sind vor allem Einkommensschwache wie
3598 etwa altersarme Rentner betroffen. In der Folge müssen zahlreiche Haushalte ihren
3599 Konsum drastisch reduzieren. Auch deshalb wird eine AfD-geführte Landesregie-
3600 rung die Energiewendepolitik im Land beenden und darauf hinwirken, dass die Ener-
3601 giepreise wieder auf ein sozialverträgliches Niveau sinken.

3602

3603 Mithilfe der sogenannten Energiewende wollen die Altparteien zur ‚Rettung‘ des
3604 Weltklimas beitragen. Dabei lässt sich das weltweite Klima weder in Deutschland
3605 und schon gar nicht in Sachsen-Anhalt retten. Schließlich stellt eine zunehmende
3606 Zahl von Staaten die Klimarettungslogik, die auf der These eines menschengemach-
3607 ten Klimawandels basiert, in Frage.

3608

3609 Die AfD lehnt die globalistische Klimaideologie und die damit einhergehende Wohl-
3610 standsvernichtungspolitik grundlegend ab. Eine AfD-geführte Landesregierung wird
3611 nicht versuchen, das Weltklima in Sachsen-Anhalt zu retten. Stattdessen wird sie
3612 eine in sich schlüssige Anpassungsstrategie für das Land entwickeln. Anstatt immer
3613 neue aussichtslose Versuche zu unternehmen, das Wetter machen zu wollen, soll-
3614 ten wir uns besser an das sich seit Menschheitsgedenken stets wandelnde Klima
3615 anpassen. Schließlich handelt es sich beim Klima seit jeher um eine Wirklichkeit,
3616 die von außen auf den Menschen einwirkt und auf die er sein Handeln ausrichten
3617 muss.

3618

3619 **1. Subventionen für erneuerbare Energien streichen, Einspeisevorrang beenden!**

3620

3621 Ein Vierteljahrhundert nach Beginn der Energiewende hat sich die Behauptung, die
3622 Förderung erneuerbarer Energien werde zu niedrigen Strompreisen führen, nicht er-
3623 füllt. Heute hat Deutschland die höchsten Strompreise der Welt. Dabei sind die
3624 Preise in Ostdeutschland noch höher als im Westen.

3625

3626 Mittlerweile liegen die Gesamtkosten der Energiewende bei rund fünf Billionen Euro.
3627 Im Bund sollen allein die jährlichen EEG-Subventionen für Anlagenbetreiber bis zum
3628 Jahr 2029 auf 23 Milliarden Euro steigen. Die CDU-geführte Landesregierung fördert
3629 die erneuerbaren Energien ebenfalls mit steuergeldfinanzierten Subventionen in
3630 Millionenhöhe.

3631

3632 Eine AfD-geführte Landesregierung wird diese Subventionen unter Wahrung des Be-
3633 standsschutzes ausnahmslos streichen. Außerdem wird sie sich im Bundesrat da-
3634 für einsetzen, dass auch auf Bundesebene jegliche Subventionierung der Energie-
3635 wende eingestellt wird. Darüber hinaus wird sich eine AfD-Landesregierung im Bun-
3636 desrat für das Ende des Einspeisevorrangs für erneuerbare Energien stark machen.
3637 Die erneuerbaren Energien müssen sich nach nunmehr 25 Jahren endlich den Ge-
3638 setzen des freien Marktes stellen.

3639

3640 **2. Stromsteuer auf Mindestwert absenken, Privathaushalte entlasten!**

3641

3642 Die Bundesregierung hat den Bürgern in ihrem Koalitionsvertrag eine Absenkung der
3643 Stromsteuer versprochen. Dieses zentrale Versprechen wurde von CDU-Bundes-
3644 wirtschaftsministerin Katherina Reiche bis auf Weiteres abgeräumt.

3645

3646 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die maximal mögli-
3647 che Absenkung der Stromsteuer für alle Privathaushalte von 2,05 Cent pro Kilowatt-
3648 stunde auf den EU-Mindestwert in Höhe von 0,1 Cent pro Kilowattstunde einsetz-
3649 ten. Diese Maßnahme soll dazu dienen, vor allem einkommensschwache Bürger zu
3650 entlasten.

3651

3652 **3. Landesenergieagentur abschaffen!**

3653

3654 Für die Umsetzung der stockenden Energiewende greifen die Altparteien zu verzwei-
3655 felten Maßnahmen. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien im Land voranzu-
3656 bringen, ist es der CDU-geführten Landesregierung zufolge erforderlich, eine „Küm-
3657 mererstruktur“ aufzubauen.

3658

3659 Bei der sogenannten Landesenergieagentur handelt es sich um einen integralen Be-
3660 standteil dieser „Kümmererstruktur“. Für ihre Finanzierung werden laut Haushalts-
3661 plan allein für die Jahre 2023 bis 2026 rund zehn Millionen Euro bereitgestellt. Eine
3662 AfD-geführte Landesregierung wird diese Steuergeldvergeudung beenden und die
3663 Landesenergieagentur abschaffen.
3664

3665 **4. Akzeptanzgesetz abschaffen!**

3666
3667 In Sachsen-Anhalt leisten zahlreiche Bürgerinitiativen Widerstand gegen den Bau
3668 von Windrädern, Solarparks und Kabeltrassen. Die AfD versteht sich als Anwalt die-
3669 ser Initiativen und steht ihnen bei Bedarf mit Rat und Tat zur Seite.
3670

3671 Die CDU-geführte Landesregierung will diesen Widerstand mit aller Macht brechen.
3672 Zu diesem Zweck hat sie das sogenannte „Gesetz zur Akzeptanzsteigerung und Be-
3673 teiligung beim Ausbau Erneuerbarer Energien“ verabschiedet. Die in dem Gesetz
3674 verankerten finanziellen Anreize sind geeignet, widerspenstige Kommunen zu er-
3675 pressen. Erst haben die Altparteien den Kommunen im Land die Folgekosten für Ge-
3676 sellschaftsexperimente wie die Energiewende und die Massenmigration aufgebür-
3677 det. Nun sollen die klammen Kommunen durch monetäre Anreize dazu genötigt
3678 werden, dem Bau von Windrädern oder Solarparks zuzustimmen.
3679

3680 Eine AfD-geführte Landesregierung wird dieses Gesetz abschaffen und mit einer gu-
3681 ten Regierungspolitik dazu beitragen, dass sich die finanzielle Situation der Kommu-
3682 nen im Land verbessert.
3683

3684 **5. Wärmeplanungs- und Gebäudeenergiegesetz abschaffen, Förderung von Wär- 3685 mepumpen beenden!**

3686
3687 Die AfD lehnt staatlichen Zwang und Dirigismus im Wärmesektor zur angeblichen
3688 Rettung des Weltklimas ab. Bei der Wärmeversorgung sollen Privathaushalte, Bau-
3689 herren, Vermieter und Kommunen selbst über das Optimum zwischen Energieein-
3690 sparung und Investitionskosten bestimmen können. Daher fordert die AfD einen
3691 technologieoffenen Wärmesektor, in dem auch zukünftig preiswertes Erdgas, Heizöl
3692 und Holz zur Verfügung stehen.
3693

3694 Dementsprechend wird sich eine AfD-geführte Landesregierung im Bundesrat für
3695 die Abschaffung des Wärmeplanungs- und Gebäudeenergiegesetzes sowie deren
3696 Folgegesetze und Verordnungen einsetzen. Auf Landesebene wird die AfD-Regie-
3697 rung das Ausführungsgesetz zur Umsetzung der Wärmeplanung und zur Dekarboni-
3698 sierung der Wärmenetze im Land Sachsen-Anhalt abschaffen.
3699

3700 Außerdem wird eine AfD-Landesregierung – unter Wahrung des Bestandsschutzes –
3701 auf die Streichung jeglicher Fördermittel und -programme für Wärmepumpen hin-
3702 wirken. Auch diese Form der Wärmezeugung muss sich ohne Subventionen in ein-
3703 nem technologieoffenen und freien Wärmemarkt behaupten.
3704

3705 **6. Windkraftausbau stoppen, Windkraftmoratorium beschließen!**

3706
3707 Windräder werden mitunter als „Titanen der Energiewende“ bezeichnet. Tatsächlich
3708 werden für ihre Herstellung große Mengen an energieintensivem Stahl, Aluminium,
3709 Kupfer und Beton benötigt. Dadurch wird ihre angeblich positive Ökobilanz in Frage
3710 gestellt. Letztlich sind damit auch Windräder keinesfalls der Logik des fossilen Ener-
3711 gieregimes enthoben, sondern ebenfalls eine Verkörperung fossiler Brennstoffe.
3712

3713 Darüber hinaus stehen Windräder für fehlende Grundlastfähigkeit, die Verunstal-
3714 tung heimatlicher Kulturlandschaften, Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung, den
3715 Wertverlust von Immobilien in ihrem Nahbereich, negative Auswirkungen auf die
3716 Pflanzen- und Tierwelt (Stichwort: Vogel- und Insektensterben), die Beeinflussung
3717 des Mikroklimas, Bodenversiegelung, Bodentrockenheit und Umweltverschmut-
3718 zung durch Mikroplastik.

3719
3720 Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung ein Windkraftmoratorium be-
3721 schließen. In der Folge werden in Sachsen-Anhalt bis auf Weiteres keine neuen Ge-
3722 nehmigungen für Windräder mehr erteilt werden. Außerdem wird sich eine AfD-Lan-
3723 desregierung im Bundesrat für eine Abschaffung des Windenergieflächenbedarfs-
3724 gesetzes einsetzen.
3725

3726 **7. Keine Solarparks in deutschen Kulturlandschaften und auf heimischem** 3727 **Ackerland!**

3728
3729 Die AfD lehnt die Errichtung industrieller und großflächiger Solarparks in deutschen
3730 Kulturlandschaften und auf heimischem Ackerland ab. Schließlich führen Photovol-
3731 taikanlagen in diesen Gebieten zu lokaler Erwärmung und Bodenaustrocknung.
3732 Über Generationen hinweg gepflegtes Acker- und Grünland muss erhalten bleiben
3733 und zur Sicherstellung der lokalen Versorgung mit Nahrungsmitteln weiterhin einer
3734 landwirtschaftlichen Nutzung dienen.
3735

3736 Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung darauf hinwirken, dass die Versie-
3737 gelung von wertvollem Kultur- und Ackerland auf dem Altar einer utopischen Ener-
3738 giepolitik gestoppt wird. Alternativ dazu können Solaranlagen mit Bedacht auf be-
3739 reits versiegelten Flächen – beispielsweise auf Dachflächen in Gewerbegebieten –
3740 installiert werden. Auf diese Weise kann Solarenergie einen Beitrag zur kommunalen
3741 Selbstversorgung leisten.

3742 **8. Rückbaufinanzierung für stillgelegte Windkraft- und Solaranlagen sicherstellen!**
3743

3744
3745 Eine AfD-geführte Landesregierung wird prüfen, ob die Betreiber bereits genehmigter und errichteter Anlagen zur Rückstellungsbildung für einen vollumfänglichen Rückbau verpflichtet werden können. Die Maßnahmen sollen dazu dienen, den Eigentümern der Anlagen die tatsächlichen Rückbaukosten aufzuerlegen. Dadurch soll eine spätere finanzielle Haftung der öffentlichen Hand für Rückbauprozesse ausgeschlossen werden.
3746
3747
3748
3749
3750
3751

3752 **9. Grüne Wasserstoffstrategie beenden, Steuergeldvergeudung stoppen!**

3753
3754 Die grüne Wasserstoffstrategie der CDU-geführten Landesregierung ist dramatisch gescheitert. Schließlich ist nicht alles, was technisch machbar ist, auch ökonomisch sinnvoll. Wasserstoff ist als Energieträger nicht wettbewerbsfähig. Das gilt insbesondere für sogenannten grünen Wasserstoff. Mittlerweile stehen in Sachsen-Anhalt zahlreiche steuergeldfinanzierte Projekte vor dem Aus.
3755
3756
3757
3758
3759

3760 Deshalb wird eine AfD-geführte Landesregierung die auf klimaideologischen und planwirtschaftlichen Grundsätzen basierende Wasserstoffstrategie umgehend beenden, die Mitwirkung des Landes an der „Initiative Wasserstoff in Ostdeutschland“ stoppen und die damit verbundene jährliche Zahlung des Mitgliedsbeitrags in Höhe von 100.000 Euro einstellen. Außerdem wird sie auf Landesebene jegliche Subventionierung von grünem Wasserstoff – darunter auch das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt Zukunftsenergien“ – streichen. Des Weiteren wird eine AfD-Landesregierung, die für den Auf- und Ausbau eines Wasserstoffnetzes eingeplanten Finanzmittel in Höhe von 54 Millionen Euro einsparen.
3761
3762
3763
3764
3765
3766
3767
3768
3769

3770 **10. Vorsicht Energiewende – Blackout-Vorsorge für Sachsen-Anhalt treffen!**

3771
3772 Durch die Energiewende und den damit verbundenen Ausbau nicht grundlastfähiger Energien ist die deutsche Energieversorgung unsicher geworden. Während Dunkelflauten, in denen der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, kann die Stromversorgung im Land nur durch das Hochfahren von Kohle- und Gaskraftwerken aufrechterhalten werden.
3773
3774
3775
3776
3777

3778 Eine AfD-geführte Landesregierung wird Maßnahmen einleiten, um die Energieautonomie des Landes zu steigern und die Energieversorgung in Sachsen-Anhalt sicherzustellen. Dazu gehört auch die Beibehaltung der Braunkohleverstromung. Außerdem wird eine AfD-Landesregierung für den Fall eines überregionalen
3779
3780
3781

3782 Stromausfalls eine Blackout-Strategie entwickeln. Diese soll dazu dienen, die Bür-
3783 ger des Landes im Ernstfall zu schützen und die öffentliche Ordnung aufrechtzuer-
3784 halten.
3785

3786 **11. Energiepreisexplosion beenden, Deindustrialisierung stoppen, Reindustriali-**
3787 **sierung einleiten!**

3788
3789 Nicht nur die Privathaushalte, auch die Unternehmen im Land sind von der Energie-
3790 wendepolitik und der damit verbundenen Explosion der Energiekosten betroffen.
3791 Schließlich handelt es sich bei Energiepreisen um einen wichtigen Standortfaktor.
3792 Aus diesem Grund schreitet die Deindustrialisierung in Sachsen-Anhalt durch Fir-
3793 menpleiten und Standortverlagerungen voran. Die Energiewende ist also – entgegen
3794 anders lautender Behauptungen der Altparteien – kein Jobmotor, sondern ein mas-
3795 sives Arbeitsplatzvernichtungsprogramm.

3796
3797 Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine energiepolitische Bundesratsinitiative
3798 starten. Ziel der Initiative ist die Absenkung der Stromsteuer nicht nur für Industrie-
3799 betriebe sowie Land- und Forstwirtschaft, sondern für alle Unternehmen. Außer-
3800 dem zielt die Initiative auf die Wiederaufnahme von Energieimporten aus Russland
3801 ab. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Deindustrialisierung sowie den Ar-
3802beitsplatzabbau im Land zu stoppen und einen Reindustrialisierungsprozess einzu-
3803leiten.

3804

3805 **12. Energiepolitische Russlandsanktionen beenden, Nord-Stream- Pipelines in**
3806 **Betrieb nehmen!**

3807
3808 Die im Jahre 2022 eingeleitete Sanktionspolitik gegen Russland hat die Energiekrise
3809 in Deutschland und Sachsen-Anhalt weiter verschärft. Seither exportiert Russland
3810 Öl und Gas bevorzugt und zu günstigen Konditionen nach China und Indien. Der Im-
3811 port von teurem und umweltschädlichem Fracking-Gas auf dem Seeweg kann das
3812 günstige und über Pipelines importierte russische Erdgas nicht ersetzen.

3813
3814 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die
3815 energiepolitischen Sanktionen gegen Russland beendet und die deutsch-russi-
3816 schen Handelsbeziehungen normalisiert werden. Die beschädigten Stränge der
3817 Pipeline Nord Stream 1 sowie der beschädigte Strang A von Nord Stream 2 sollen
3818 schnellstmöglich repariert werden. Währenddessen soll der intakte Strang B von
3819 Nord Stream 2 zur Wiederaufnahme von Gasimporten aus Russland umgehend wie-
3820 der genutzt werden.

3821

3822 **13. Heimat, Umwelt und Bevölkerung schützen – Kein Fracking in Sachsen-Anhalt!**

3823

3824 Seit Beginn des Ukraine-Kriegs im Jahre 2022 diskutieren Politiker der Altparteien
3825 aus Mangel an Alternativen zu russischem Erdgas über die Förderung von heimi-
3826 schem Erdgas mithilfe von Fracking. Bei genauer Betrachtung wird klar, dass deut-
3827 sches Fracking-Gas nicht zur Lösung der Energieprobleme im Lande taugt.

3828

3829 Nach derzeitigem Erkenntnisstand wird es in Sachsen-Anhalt keine Erdgasgewin-
3830 nung durch Fracking geben, weil keine Vorkommen existieren, die sich gewinnbrin-
3831 gend ausbeuten lassen. Außerdem lehnt die AfD die Förderung von Erdgas mithilfe
3832 von Fracking aus heimischem Boden aus umwelt-, sicherheits- und gesundheitspo-
3833 litischen Gründen ab. Unter einer AfD-geführten Landesregierung wird es kein Fra-
3834 cking in Sachsen-Anhalt geben.

3835

3836 **14. Energiepreise senken, Netzstabilität schaffen, neue Gaskraftwerke errichten!**

3837

3838 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich für den Bau neuer Gaskraftwerke ein-
3839 setzen und Möglichkeiten für deren Errichtung an Standorten in Sachsen-Anhalt
3840 prüfen. Moderne Gaskraftwerke sind geeignet, den Strompreis zu senken und Netz-
3841 sicherheit zu gewährleisten. Darüber hinaus kann ihre Abwärme für Heizzwecke ge-
3842 nutzt und dadurch eine kostengünstige Wärmeversorgung gewährleistet werden.

3843

3844 **15. Kohleausstieg stoppen – Kohlestandort Sachsen-Anhalt erhalten!**

3845

3846 Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass
3847 der Kohleausstieg in Deutschland gestoppt wird. Auf Landesebene wird die Landes-
3848 regierung auf den Erhalt des Kohlestandorts Sachsen-Anhalt auch über das Jahr
3849 2038 hinaus hinwirken. Schließlich sind die Förderung des heimischen Bodenschat-
3850 zes Braunkohle sowie die Braunkohleverstromung dazu geeignet, die Strompreise
3851 zu senken, Grundlastfähigkeit, Netzstabilität und Energieversorgungssicherheit zu
3852 gewährleisten, die Stromimportabhängigkeit zu verringern und gut bezahlte Indust-
3853 riarbeitsplätze im Land zu sichern.

3854

3855 Deutschland und Sachsen-Anhalt verfügen über die modernsten, effizientesten und
3856 saubersten Kohlekraftwerke der Welt. Eine AfD-geführte Landesregierung wird da-
3857 rauf hinarbeiten, dass diese Kraftwerke auch nach der Erschöpfung der heimischen
3858 Kohlereserven als strukturbestimmender Energie- und Wirtschaftsfaktor in Betrieb
3859 bleiben und fortan mit importierter Braunkohle versorgt werden.

3860

3861 **16. Neustart vornehmen – Wiedereinstieg in die Kernenergie einleiten!**

3862

3863 Seit einigen Jahren erlebt die Kernkraft eine Renaissance und ist weltweit auf dem
3864 Vormarsch. Die wirtschafts- und geopolitischen Großmächte messen der Nutzung
3865 von Kernenergie hohe Bedeutung zu. Doch nicht nur in China, Russland und den
3866 USA, auch in anderen Europäischen Ländern steigt ihr Anteil im Energiemix stetig
3867 an. Währenddessen hat Deutschland unter der Ägide der Altparteien mit dem Aus-
3868 stieg aus der Kernenergie einen energiepolitischen Sonderweg beschritten.

3869

3870 Eine AfD-Landesregierung wird sich im Bundesrat für einen Wiedereinstieg in die
3871 Kernkraft einsetzen. Zunächst soll die Kernenergieforschung im Land wieder etab-
3872 liert werden. Dabei soll ein Fokus der Forschungstätigkeit auf neuartigen Kernkraft-
3873 werken wie dem Dual-Fluid-Reaktor und der damit verbundenen Weiterverwertung
3874 alter und bereits eingelagerter Brennstäbe liegen.

3875

3876 Mittelfristig soll der Wiedereinstieg in die kostengünstige Stromproduktion durch
3877 Kernenergie erfolgen. Bis Deutschland wieder Kernkraft nutzt, werden Kohle und
3878 Gas eine sichere Stromversorgung gewährleisten müssen.

3879

3880 **17. Steuergeldvergeudung beenden – E-Auto-Subventionen streichen!**

3881

3882 Seit vielen Jahren werden die teuren und in ihrer Reichweite beschränkten E-Autos
3883 sowie die dazugehörige Ladeinfrastruktur auf Bundesebene mit Milliardensummen
3884 gefördert. Die CDU-geführte Landesregierung subventioniert die E-Mobilität eben-
3885 falls mit Steuergeldern in Millionenhöhe.

3886

3887 Dennoch haben sich E-Fahrzeuge weder bundes- noch landesweit am Markt durch-
3888 gesetzt und sind bei den Deutschen unbeliebter denn je. Noch immer besteht die
3889 Fahrzeugflotte in Deutschland zu 96 Prozent aus Verbrennerfahrzeugen. Mittler-
3890 weile steht fest: Die Moralisation der Mobilität im Namen einer Energie-, Verkehrs-
3891 und Klimawende ist gescheitert.

3892

3893 Nicht nur die erneuerbaren Energien, auch die E-Mobilität muss sich endlich den
3894 Gesetzen des freien Marktes stellen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird jegli-
3895 che Subventionen für E-Autos und deren Ladeinfrastruktur streichen. Im Bundesrat
3896 wird sich die Landesregierung für die Streichung der Fördergelder auf Bundesebene
3897 einsetzen.

3898

3899

3900

3901 **18. Energie- und Verkehrswendeirrsinn beenden – Verbrenner-Verbot stoppen!**

3902

3903 Sowohl auf EU- als auch auf Bundesebene wird die Energie- und Verkehrswendepolitik der Altparteien von der Realität eingeholt. Im Jahre 2025 kündigte die EU-Kommission an, sie habe die Bedenken der Industrie gehört und werde das für 2035 beschlossene Verbrenner-Aus prüfen und gegebenenfalls verschieben. Auch auf Bundesebene wird eine Verschiebung des Verbrenner-Verbots diskutiert.

3908

3909 Die AfD fordert, dass das Verbrenner-Verbot nicht nur um einige Jahre verschoben, sondern endgültig gestoppt wird. Schließlich ist die heimische Autoindustrie als bedeutender Wirtschaftszweig seit Jahrzehnten Garant des deutschen Wohlstands. Auch zahlreiche Sachsen-Anhalter sind in der Auto- und Zuliefererindustrie beschäftigt. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für den endgültigen Stopp des Verbrenner-Verbotes einsetzen.

3915

3916 **19. Autofahrer entlasten – Kraftstoffpreise senken!**

3917

3918 Sachsen-Anhalt ist nicht nur das Land der Frühaufsteher, sondern auch das Land der Berufspendler. Zahlreiche Sachsen-Anhalter sind von den hohen deutschen Kraftstoffpreisen betroffen. Die AfD-Landtagsfraktion hat bereits im Jahre 2022 den Antrag „Kraftstoffpreise sofort senken – Lebensgrundlagen der Bürger schützen“ eingebracht. Der Anteil von Steuern und Abgaben am Benzinpreis lag 2025 bereits bei 61 Prozent, beim Dieselpreis waren es 53 Prozent, Tendenz weiter steigend.

3924

3925 Im Jahre 2025 hat das Bundeskartellamt festgestellt, dass Tanken im Osten deutlich teurer ist als im Westen. In der Analyse des Kartellamts wird Sachsen-Anhalt als Negativbeispiel hervorgehoben. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Energiesteuer für Kraftstoffe auf den EU-Mindestsatz abgesenkt wird.

3930

3931 **20. Heimatschutz und Klimaanpassung statt „Klimarettung“!**

3932

3933 Der von internationalen Forschungsinstituten erstellte und im Jahre 2025 veröffentlichte „Production Gap Report“ prognostiziert, dass die weltweite Nachfrage nach den fossilen Energieträgern Öl und Gas bis zum Jahre 2050 steigen wird. Außerdem werden China und Indien ihre Kohleförderung dem Bericht zufolge bis zum Jahre 2030 stark erhöhen.

3938

3939 Die globalistische Klimarettungslogik der Altparteien basiert auf der These vom angeblich menschengemachten Klimawandel. Selbst wenn man sich diese These zu eigen machen würde, ließe sich des Weltklima angesichts des weltweit

3941

3942 wachsenden Energiehunger weder in Europa noch in Deutschland und schon gar
3943 nicht in Sachsen-Anhalt retten.

3944

3945 Aufgrund dessen lehnt die AfD die Klimarettungslogik der Altparteien ab. Stattdes-
3946 sen bekennt sie sich zum Umweltschutz im Sinne des Heimatschutzes. Eine AfD-
3947 geführte Landesregierung wird eine ortsgebundene Heimat- und Umweltschutzpo-
3948 litik für Sachsen-Anhalt betreiben.

3949

3950 **21. Mikroklima schützen – Energiewende stoppen!**

3951

3952 Im Gegensatz zum Weltklima kann das Mikroklima vor Ort geschützt werden. Wind-
3953 kraftanlagen erzeugen Turbulenzen, wodurch die natürliche thermische Schichtung
3954 der bodennahen Atmosphäre zerstört und Bodenaustrocknung befördert wird.
3955 Großflächige Solarparks auf Ackerland verhindern die Aufnahme des Regenwassers
3956 in den Boden und befördern damit Bodentrockenheit und lokale Erwärmung. Eine
3957 AfD-geführte Landesregierung wird keine Projekte zum Ausbau erneuerbarer Ener-
3958 gien genehmigen, die eine Bedrohung für das Mikroklima im Land darstellen.

3959

3960 **22. Kritische Klimaforschung in Sachsen-Anhalt ermöglichen!**

3961

3962 Klimawissenschaftler, die sich kritisch mit der Klimarettungspolitik auseinanderset-
3963 zen, finden in der nationalen und internationalen Klimadebatte selten Gehör. Auf
3964 der anderen Seite erstellen mächtige Netzwerke mit zweifelhaften Verwicklungen
3965 bis in hohe politische Kreise hinein unseriöse Klimastudien mit Katastrophenprog-
3966 nosen, die weite Verbreitung im Mainstream finden und so zur Grundlage fehlgelei-
3967 teter politischer Entscheidungen werden.

3968

3969 Eine AfD-geführte Landesregierung wird kritischen Klimawissenschaftlern die Mög-
3970 lichkeit geben, ihre Forschung in Sachsen-Anhalt ungestört zu betreiben. Außerdem
3971 wird die Landesregierung die Gründung eines Instituts für Klimapolitikfolgen voran-
3972 treiben. Das Institut soll die Folgen der sogenannten Klimarettungspolitik der letz-
3973 ten Bundes- und Landesregierungen wissenschaftlich aufarbeiten. Beispielsweise
3974 soll zu den Auswirkungen von Windkraft und Solaranlagen auf den Menschen sowie
3975 die Tier- und Pflanzenwelt geforscht werden. Dadurch soll u.a. die wissenschaftli-
3976 che Grundlage für einen Untersuchungsausschuss zu den politischen und gesell-
3977 schaftlichen Folgen der „Klimarettungspolitik“ vergangener Jahre geschaffen wer-
3978 den.

3979

3980

3981

3982 **23. Klimarettungsindustrie den Geldhahn zudrehen!**

3983

3984 Die CDU-geführte Landesregierung versorgt die Klimarettungsindustrie in Sachsen-
3985 Anhalt mit Steuergeldern in Millionenhöhe. Im aktuellen Landeshaushalt finden
3986 sich für den Zeitraum 2023 bis 2026 folgende Beispiele: Klimaschutz, Klimawandel
3987 und seine Folgen (597.000 Euro), Klimaschutz in der Denkmalpflege (489.000 Euro),
3988 Maßnahmen zur Klimaneutralisierung des Landtags (244.500 Euro), Schlüsselpro-
3989 jekte des Klimaschutzes (50.000 Euro), Erstellung einer Studie zu Gender- und
3990 Gleichstellungsmerkmalen im Umwelt- und Klimaschutz (20.000 Euro). Eine AfD-
3991 geführte Landesregierung wird der Klimarettungsindustrie in Sachsen-Anhalt den
3992 Geldhahn zudrehen.

3993

3994 Außerdem werden auf Bundesebene jedes Jahr Milliardensummen für die internati-
3995 onale ‚Klimahilfe‘ bereitgestellt. Damit werden unter anderem folgende Maßnah-
3996 men finanziert: Radwege in Peru, Wrestlingarenen in Gambia, ein Kohlekraftwerk in
3997 Bangladesch, ein Hotel in Haiti und Schokoladengeschäfte in Vietnam. Bei den so
3998 vergeudeten Finanzmitteln handelt es sich auch um Steuergelder der Bürger aus
3999 Sachsen-Anhalt. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat für die
4000 Streichung der internationalen Klimahilfen einsetzen.

4001

4002 **24. Pariser Klimaabkommen und Green Deal aufkündigen – Bundesklimaschutz-**
4003 **gesetz abschaffen!**

4004

4005 Spätestens mit dem Austritt der USA und damit der größten Volkswirtschaft der Welt
4006 aus dem Pariser Klimaabkommen wurde der globale „Kampf gegen den Klimawan-
4007 del“ de facto beendet. Derweil erlaubt das Pariser Abkommen Schwellenländern
4008 wie China und Indien eine drastische Steigerung der CO₂-Emissionen. Währenddes-
4009 sen steigt die weltweite Nachfrage nach fossilen Energieträgern Jahr für Jahr. Die EU
4010 importiert in großem Maßstab umweltschädliches Fracking-Gas. Vom Green Deal
4011 ist keine Rede mehr. Die EU-Mitgliedstaaten scheitern regelmäßig daran, sich auf
4012 gemeinsame Klimaziele zu einigen. Deutschland wird seine selbst gesteckten Kli-
4013 maziele für das Jahr 2030 voraussichtlich verfehlen. Einer Pressemitteilung der
4014 CDU-geführten Landesregierung zufolge sind die Treibhausgasemissionen in Sach-
4015 sen-Anhalt im Jahre 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,75 Prozent und damit um
4016 450.000 Tonnen angestiegen.

4017

4018 Aufgrund dieser Faktenlage hat die AfD-Landtagsfraktion im Jahre 2025 den Antrag
4019 eingebracht: „Vom Klimaabkommen von Paris zurücktreten, Europäischen Green
4020 Deal aufkündigen, Bundes-Klimaschutzgesetz aussetzen“. Eine AfD-geführte Lan-
4021 desregierung wird alle Initiativmöglichkeiten ausschöpfen, um auf einen Austritt
4022 Deutschlands aus dem Pariser Klimaabkommen, die Kündigung des Europäischen
4023 Green Deal und die Abschaffung des Bundes-Klimaschutzgesetzes hinzuwirken.

4024 **25. Emissionshandel beenden – Heimische Unternehmen retten!**

4025
4026 Der Emissionshandel ist ein zentrales Instrument der Klimapolitik. Durch die Beprei-
4027 sung von CO₂ werden europäische, deutsche und sachsen-anhaltische Unterneh-
4028 men im Wettbewerb mit der weltweiten Konkurrenz ausgebremst. Aufgrund dieses
4029 Wettbewerbsnachteils verschlechtert sich die Lage einheimischer Unternehmen
4030 von Jahr zu Jahr. Durch die damit verbundene Deindustrialisierung gehen industri-
4031 elle Wertschöpfung und gut bezahlte Arbeitsplätze im Land für immer verloren. Eine
4032 AfD-geführte Landesregierung wird dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, son-
4033 dern alle Initiativmöglichkeiten ausschöpfen, um auf die Abschaffung des Emissi-
4034 onshandels hinzuwirken.

4035

4036 **26. Verbraucher entlasten – CO₂-Steuer abschaffen!**

4037
4038 Die sogenannte CO₂-Abgabe führt zu einer massiven Mehrbelastung für Verbrau-
4039 cher. Im Jahre 2026 liegen die damit verbundenen Mehrkosten für ein Benzinauto
4040 bei einer Kilometerleistung von 15.000 Kilometern pro Jahr bei 185 Euro. Für eine
4041 Ölheizung mit einem jährlichen Verbrauch von 2.000 Litern Heizöl liegen die Zusatz-
4042 kosten bei 350 Euro, bei einer Gasheizung mit einem Jahresverbrauch in Höhe von
4043 20.000 Kilowattstunden sind es 265 Euro.

4044
4045 Die CO₂-Steuer soll angeblich einen Beitrag zur Rettung des Weltklimas leisten. In
4046 der Realität sorgt sie jedoch dafür, dass immer mehr Bürger in Sachsen-Anhalt unter
4047 Energiearmut leiden. Bereits im Jahre 2021 forderten laut einer repräsentativen Um-
4048 frage 80 Prozent der Sachsen-Anhalter die Abschaffung der CO₂-Abgabe. Um die zu-
4049 nehmende Energiearmut im Land zu bekämpfen, wird sich eine AfD-geführte Lan-
4050 desregierung im Bundesrat für die Streichung der CO₂-Steuer einsetzen.

4051

4052 **27. Klimareligiöse Verbotskultur beenden!**

4053
4054 Die Klimadiktatur kommt auf leisen Sohlen daher. Das Bundesumweltamt beklagt,
4055 dass jeder Deutsche im Jahresdurchschnitt 10,4 Tonnen klimaschädliche Treib-
4056 hausgase verursacht. Nun sollen die Bürger im Namen der Klimarettung ihren Kon-
4057 sum reduzieren.

4058
4059 So wird beispielsweise der Fleischverbrauch der Deutschen zu einer „zentralen Kli-
4060 mafrage“ erklärt. Klimaforscher fordern die Bürger auf, ihren Fleischverbrauch um
4061 70 Prozent zu senken. Im Jahre 2023 drängte die damalige Bundesregierung die
4062 Deutschen in einer neuen Richtlinie zu einem radikalen Verzicht auf Fleisch. Laut
4063 Richtlinie soll der Fleischkonsum auf 10 Gramm pro Tag reduziert werden.

4064

4065 Im Landtag forderte die Fraktion „Die Linke“ im Jahre 2023 in einem Antrag die Ein-
4066 führung eines CO₂-Budgets für Sachsen-Anhalt. Von dieser Forderung ist es nur
4067 noch ein kleiner Schritt hin zur Forderung nach der Einführung eines CO₂-Budgets
4068 für jeden einzelnen Bürger. Unter einer AfD-geführten Landesregierung wird es keine
4069 klimadiktatorische Verbotskultur geben. Die mündigen Bürger im Land können und
4070 sollen selbst darüber entscheiden, wie sie ihr Konsumverhalten gestalten.
4071

4072 **28. Klimaextremismus mit den Mitteln des Rechtsstaats entschlossen bekämp-**
4073 **fen!**

4074
4075 Der Ökonom Hans-Werner Sinn bescheinigt Deutschland eine „extremistische
4076 Klimapolitik“. Nicht nur im Bundestag, auch im Landtag von Sachsen-Anhalt schürt
4077 der parlamentarische Arm des Klimaextremismus gezielt die Klimaangst. Dadurch
4078 werden verunsicherte Jugendliche in die Arme von Klimasekten getrieben.
4079

4080 Die Klimapropaganda verleitet verwirrte und verblendete junge Menschen nicht nur
4081 dazu, sich auf deutschen Straßen festzukleben. Mittlerweile nimmt der Terror gegen
4082 die Autofahrer in Sachsen-Anhalt gefährliche Ausmaße an. Beispielsweise hat im
4083 Jahre 2023 eine Gruppe selbst ernannter Klimaaktivisten in der Landeshauptstadt
4084 Magdeburg die Reifen Dutzender Autos zerstochen. Dadurch wurde Gefahr für Leib
4085 und Leben der Bürger billigend in Kauf genommen.
4086

4087 Eine AfD-geführte Landesregierung wird nicht dulden, dass Klimaextremisten zu im-
4088 mer radikaleren Mitteln greifen, um der Bevölkerung ihre Weltsicht aufzuzwingen.
4089 Die Landesregierung wird darauf hinwirken, dass die Behörden mit aller Härte des
4090 Rechtsstaats gegen Klimaextremisten vorgehen.
4091

4092 **29. Ökologischen Fußabdruck berücksichtigen, Umwelt schützen, Aufnahme ille-**
4093 **galer „Klimaflüchtlinge“ stoppen!**

4094
4095 Linke Klimaideologien behaupten, viele illegale Einwanderer seien sogenannte „Kli-
4096 maflüchtlinge“. Tatsächlich handelt es sich jedoch größtenteils um Sozialtouristen,
4097 die an den Segnungen des deutschen Sozialstaats teilhaben möchten.

4098 Nicht nur aus identitäts- und sicherheitspolitischen, auch aus ökologischen Grün-
4099 den lehnt die AfD die illegale und kulturfremde Masseneinwanderung ab. Schließ-
4100 lich erhöhen die Armutsmigranten durch ihre illegale Einreise in das deutsche Sozi-
4101 alstaatsparadies nicht nur ihren Lebensstandard, sondern steigern gleichzeitig ih-
4102 ren Ressourcenverbrauch.
4103

4104 Dieser Entwicklung will die AfD als natur- und heimatbewusste Partei einen Riegel
4105 vorschieben. Eine AfD-geführte Landesregierung wird die illegale

4106 Masseneinwanderung nach Sachsen-Anhalt nicht nur aus identitäts-, sicherheits-
4107 und finanzpolitischen, sondern auch aus umweltpolitischen Beweggründen been-
4108 den.
4109
4110
4111
4112
4113
4114
4115
4116
4117
4118
4119
4120
4121
4122
4123
4124
4125
4126
4127
4128
4129
4130
4131
4132
4133
4134
4135
4136
4137
4138
4139
4140
4141
4142
4143
4144
4145
4146
4147
4148

4149 **XI. Landwirtschaft und Heimatpflege**

4150

4151 Unsere Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt ist maßgeblich von der Forst- und Land-
4152 wirtschaft geprägt. Bäuerliche Familienbetriebe und Agrargenossenschaften sind
4153 das Rückgrat unserer Versorgung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Le-
4154 bensmitteln. Äußere Einflüsse setzen der Forst- und Landwirtschaft zu und erhöhen
4155 den wirtschaftlichen Druck. Die Sanktionspolitik und politische Fehlentscheidun-
4156 gen haben zu gewaltigen Verwerfungen geführt. Die gestiegenen Kosten für Be-
4157 triebsmittel, Energie und Wasser sind für viele Betriebe kaum noch zu stemmen.

4158

4159 Unsere Landwirte stehen zunehmend allein da: Sie säen, pflegen, ernten und kämp-
4160 fen sich parallel durch einen immer dichter werdenden Dschungel aus Landes-,
4161 Bundes- und EU-Bürokratie. Ständig neue und häufig realitätsferne Auflagen ver-
4162 wandeln den stolzen, eigenverantwortlichen Landwirt immer mehr in einen unbe-
4163 zahlten Verwaltungsbeamten.

4164

4165 Aktuelle Umfragen im Mittelstand zeigen, dass Landwirte – oft als Einzelunterneh-
4166 mer tätig – bis zu dreimal so viele Stunden für bürokratische Vorgaben aufwenden
4167 müssen wie ein durchschnittlicher mittelständischer Betrieb. Viele Höfe sehen sich
4168 sogar gezwungen, allein für Dokumentations- und Berichtspflichten zusätzliche Ar-
4169 beitskräfte einzustellen.

4170

4171 Wir stehen für eine Politik, die den Landwirt als verantwortlichen Unternehmer so-
4172 wie als aktiven Umwelt- und Tierschützer anerkennt und respektiert. Unser Ziel ist
4173 es, die Landwirte von unnötiger Bürokratie zu entlasten, damit sie sich wieder auf
4174 das konzentrieren können, wofür sie ausgebildet wurden: das Land zu bewirtschaf-
4175 ten.

4176

4177 Darüber hinaus betrachten wir die Bauern angesichts ihrer zentralen Bedeutung für
4178 Tradition, Kultur und regionales Brauchtum als entscheidenden Berufsstand, von
4179 dem die dringend notwendige Wiederbelebung des ländlichen Raums maßgeblich
4180 abhängt.

4181

4182 **1. Jede Form der Landwirtschaft fördern!**

4183

4184 Wir unterscheiden nicht zwischen Bio-, Öko- oder konventionellen Betrieben. Alle
4185 Landwirte leisten ihren Beitrag und sind daher gerecht und ausgewogen zu unter-
4186 stützen. Der Markt regelt die Preise über Angebot und Nachfrage; eine einseitige,
4187 ungerechtfertigte Bevorzugung bestimmter Betriebsformen, die den Wettbewerb
4188 verzerrt, lehnen wir ab. Die Förderung lokaler Erzeuger- und Vermarktungsstrukturen
4189 für traditionelle und regionale landwirtschaftliche Produkte muss ein erheblicher
4190 Anteil der Wirtschaftsförderung werden.

4191 **2. Genforschung zu Versuchszwecken erlauben!**

4192

4193 Wir sehen im technischen Fortschritt einen wichtigen Schlüssel, um die Landwirt-
4194 schaft zukunftsfähig und konkurrenzfähig zu erhalten. Dazu gehört auch, dass Inno-
4195 vationen in der Genforschung zu Versuchszwecken und für Sicherheitsstudien bü-
4196 rokratiearm genutzt werden können.

4197

4198 **3. Agrarpolitik renationalisieren!**

4199

4200 Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage wollen wir die Bauern innerhalb
4201 der bestehenden agrarpolitischen Förderinstrumente entlasten und ihnen mehr
4202 Planungssicherheit geben – etwa dadurch, dass wir auf zusätzliche, strengere nati-
4203 onale Auslegungen von EU-Vorgaben verzichten. Es hat sich gezeigt, dass die Ge-
4204 meinsame Agrarpolitik der EU (GAP) nicht zur Lösung beiträgt, sondern zunehmend
4205 selbst zum Problem wird.

4206

4207 Deshalb setzen wir uns langfristig für eine Renationalisierung der Agrarpolitik ein.
4208 Wir wollen den Irrweg der GAP beenden und die Verantwortung für die Agrarpolitik
4209 wieder vollständig in deutsche Zuständigkeit überführen. So können Bürokratie
4210 wirksamer abgebaut, Fördermittel gezielter eingesetzt und die heimische Landwirt-
4211 schaft insgesamt besser unterstützt werden.

4212

4213 Als ersten Schritt werden wir uns auf der Agrarministerkonferenz dafür einsetzen,
4214 eine Machbarkeitsstudie zu einem langfristigen Systemwechsel in der Agrarförde-
4215 rung auf den Weg zu bringen.

4216

4217 **4. Ackerland in Bauernhand – Agrarstruktur stärken!**

4218

4219 Der Landwirt vor Ort trägt einen großen Teil zur Gemeinschaft bei — sei es mit dem
4220 Traktor beim Festumzug oder mit seiner Wiese für das Dorffest. Nur der Landwirt,
4221 der tatsächlich vor Ort verwurzelt ist, kann die Gemeinschaft nachhaltig unterstüt-
4222 zen. Deshalb muss der Boden- und Agrarpolitik Vorrang vor Investoren, die nur auf
4223 Profit aus sind, eingeräumt werden. Ein Agrarstrukturgesetz, das einheimische
4224 Landwirte ins Zentrum stellt und Spekulation sowie Konzentration von Grund und
4225 Boden unterbindet, ist daher längst überfällig und dringend notwendig.

4226

4227 Deshalb fordern wir ein neues Agrarstrukturgesetz: Es soll den Zugang zu Land für
4228 ortsansässige bäuerliche Betriebe sichern, die Konzentration großer Flächen in we-
4229 nigen Händen verhindern und Pacht- oder Kaufgeschäfte so regeln, dass regionale
4230 Familienbetriebe geschützt werden. Damit stellen wir sicher, dass Landwirtschaft,
4231 Heimat und Gemeinschaft erhalten bleiben – zugunsten einer lebendigen und

4232 nachhaltigen Agrarstruktur. Auch bezüglich der BVVG-Flächen werden wir uns auf
4233 allen Ebenen für den Verkauf an ortsansässige Landwirte einsetzen.
4234

4235 **5. Düngung nach Fachwissen – Gülle regional nutzen!**

4236
4237 Düngemittel zählen inzwischen zu den teuersten Betriebsmitteln auf dem Hof. Kein
4238 Landwirt wird daher auch nur ein Gramm Dünger verschwenden oder unnötige Ga-
4239 ben ausbringen. Zugleich hängen die Preise stark von politischen und globalen Rah-
4240 menbedingungen ab, die sich unmittelbar auf die Verfügbarkeit von Düngemitteln –
4241 und damit letztlich auch auf die Lebensmittelpreise – auswirken. Vorgaben, die fak-
4242 tisch zu einer Unterversorgung der Kulturen führen, lehnen wir ab. Stattdessen set-
4243 zen wir auf die gute fachliche Praxis, nach der jeder verantwortungsbewusste Land-
4244 wirt arbeitet. Vor Ort anfallende Gülle soll auch vor Ort bezogen und genutzt werden.
4245 Ein Import von Gülle aus anderen Ländern lehnen wir ab.
4246

4247 **6. Keine Besteuerung von Bewässerungswasser!**

4248
4249 Wasser ist ein unverzichtbarer Grundstoff, der Leben und Wachstum ermöglicht.
4250 Als Allgemeingut muss es der Landwirtschaft verlässlich zur Verfügung stehen. Die
4251 Besteuerung von Bewässerungswasser durch den sogenannten Wassercent muss
4252 daher zurückgenommen werden, denn eine Verteuerung des Wassers führt zwangs-
4253 läufig zu höheren Produktionskosten – und damit zu steigenden Preisen für unsere
4254 Bürger.
4255

4256 **7. Schäfer entlasten!**

4257
4258 Das Schaf und sein Schäfer sind unverzichtbare Pfleger unserer Kulturlandschaft.
4259 Dennoch werden weder das Fleisch noch die Wolle der Tiere derzeit angemessen
4260 genutzt. Statt von ihren tierischen Erzeugnissen leben zu können, beziehen viele
4261 Schäfer den Großteil ihrer Einnahmen aus öffentlichen Mitteln – verbunden mit um-
4262 fangreicher Rechenschaftspflicht und zusätzlicher Bürokratie. Damit die Schäferei-
4263 betriebe eine Zukunft haben, müssen Schäfer wieder von ihren Tieren leben können.
4264 Die Erweiterung der Tierprämie darf hierbei nur ein Baustein sein.
4265

4266 **8. Nutztiere: Regeln auf den Prüfstand!**

4267
4268 Die großen Freihandelsabkommen bedrohen die heimische Produktion im Bereich
4269 der Futtermittel- und Fleischproduktion durch erhöhten Preis- und Wettbewerbs-
4270 druck.

4271 Die Haltung von Tieren wird durch viele Vorschriften teurer und aufwendiger, sodass
4272 tierische Produkte aus Sachsen-Anhalt auf dem Weltmarkt zunehmend nicht mehr
4273 konkurrenzfähig sind. Selbst das Land Sachsen-Anhalt ist seit Jahren nicht in der
4274 Lage, einen Versuchsstall nach aktuellen Vorschriften zu errichten – wie soll das der
4275 Landwirt schaffen? Daher gehören alle Regeln auf den Prüfstand.
4276

4277 **9. Private Nutztierhaltung erleichtern!**

4278
4279 Eigene Hühner oder ein eigenes Schwein können einen wertvollen Beitrag zur Ver-
4280 sorgung mit hochwertigen Lebensmitteln leisten, die nicht der industriellen Mas-
4281 senproduktion entstammen. Die private Nutztierhaltung wurde in den letzten Jahren
4282 jedoch durch behördliche Kontrolle und Bürokratie zunehmend eingeschränkt. Wir
4283 werden hier mit einer Liberalisierungsoffensive Entlastung schaffen, Anzeigepflich-
4284 ten reduzieren und Haltungsanforderungen erleichtern.
4285

4286 **10. Gezielte Bestandsregulation statt weltfremder Wolfsromantik!**

4287
4288 Die vom Wolf verursachten Kosten laufen aus dem Ruder. Erstattungen von Rissen,
4289 Förderung von Schutzmaßnahmen und das Wolfskompetenzzentrum (WZI) behin-
4290 dern die Tierhaltung. Die Population ist mittlerweile so groß, dass die Tiere in den
4291 Lebensraum der Menschen eindringen und die Gefahr besteht, dass Menschen zur
4292 Beute werden. Daher werden wir das umstrittene Wolfskompetenzzentrum ab-
4293 schaffen und die Population gezielt regulieren.
4294

4295 **11. Wald erhalten und aufforsten!**

4296
4297 Das Forstwesen hat eine lange Tradition, steht heute aber vor der großen Aufgabe,
4298 unsere Wälder nachhaltig wiederaufzuforsten. Dabei geht es nicht nur darum, neue
4299 Bäume zu pflanzen, sondern auch den Wald als Lebensraum für Tiere und Pflanzen,
4300 als Erholungsgebiet für Menschen und als wichtigen Holzlieferanten zu erhalten und
4301 weiterzuentwickeln. Gleichzeitig muss der Wald vor zusätzlicher Zerstörung, etwa
4302 durch den Ausbau der Windkraftindustrie, geschützt werden.
4303

4304 Neuer Wald kommt nicht von allein. Wir setzen uns dafür ein, dass die kahlen Flä-
4305 chen in unserer Heimat mit heimischen Baumarten aufgeforstet werden. Allerdings
4306 erkennen wir an, dass auch nichtheimische Baumarten in Betracht kommen, wenn
4307 sie nachweislich schneller und effektiver wachsen und damit zum Erhalt des Wal-
4308 des beitragen. Dazu wollen wir die Forstbetriebsgemeinschaften und die privaten
4309 Waldbauern unterstützen, damit auch diese finanzielle Mittel für eine Aufforstung
4310 aufbringen können.
4311

4312 **12. Saatgutgewinnung sichern - Landesdarre stärken!**

4313

4314 Die Landesdarre Annaburg ist ein bedeutendes technisches Denkmal der deut-
4315 schen Forstgeschichte und zugleich ein zentraler Standort für die Produktion hoch-
4316 wertigen, standortangepassten Forstsaatguts. Um den Waldumbau in Sachsen-An-
4317 halt zu sichern, muss die Landesdarre zukunftsorientiert ausgebaut werden.

4318

4319 Dafür ist eine personelle Stärkung der Landesdarre nötig, damit alle Aufgaben der
4320 Darre und der Forstsaatgutberatung vollständig erfüllt und zusätzliche Dienstleis-
4321 tungen angeboten werden können. Zugleich soll die historische und forstwirtschaft-
4322 liche Bedeutung der Landesdarre stärker in den öffentlichen und politischen Fokus
4323 rücken. Darüber hinaus ist die Produktions- und Lagerkapazität für autochthone
4324 Baum- und Straucharten auszubauen und durch ein landesweites Netz forstlicher
4325 Modellplantagen zu ergänzen. Denkbar ist ebenso, die Saatgutgewinnung mit einer
4326 landeseigenen Forstbaumschule zu kombinieren.

4327

4328 **13. Asylbewerber bei der Aufforstung einsetzen!**

4329

4330 Über die Landkreise soll organisiert werden, dass Asylbewerber im Rahmen recht-
4331 lich zulässiger Arbeitsgelegenheiten bei Aufforstungs- und Waldpflegearbeiten in
4332 Sachsen-Anhalt bis zur Aufenthaltsbeendigung verpflichtend eingebunden werden.
4333 Dadurch wird zusätzliche personelle Unterstützung für forstliche Aufgaben gewon-
4334 nen.

4335

4336 **14. Keine Windräder in den Wäldern Sachsen-Anhalts!**

4337

4338 Der Waldmythos und die Waldromantik sind ein integraler Bestandteil unserer Kul-
4339 tur und Geschichte. Der deutsche Mensch ist dem Sehnsuchtsort Wald seit jeher
4340 verbunden. Vor diesem Hintergrund hat die AfD-Landtagsfraktion bereits im Jahre
4341 2023 den Antrag „Keine Windräder in den Wäldern Sachsen-Anhalts“ eingebracht.
4342 Schließlich werden für den Bau und die Wartung von Windrädern breite Schneisen
4343 in den Wald geschlagen, während sich die Waldbrandgefahr erhöht und die lokale
4344 Pflanzen- und Tierwelt nachhaltigen Schaden nimmt.

4345

4346 Eine AfD-geführte Landesregierung wird forstliche Regelungen auf Landesebene
4347 dahingehend anpassen, dass der Bau neuer Windkraftanlagen in Waldgebieten des
4348 Landes verhindert wird. Stattdessen sollen zukünftig die Belange des Tier- und des
4349 Waldschutzes Vorrang haben. Dieser Paradigmenwechsel soll auch dazu beitragen,
4350 dass unsere Waldgebiete als Erholungsort für die Bürger der Region erhalten blei-
4351 ben.

4352

4353 **15. Jäger unterstützen!**

4354

4355 Die Jagd ist Ausdruck des Verständnisses unserer Umwelt als Kulturlandschaft, also
4356 der durch den Menschen gehegten, gepflegten und gestalteten Natur. Deshalb be-
4357 kennen wir uns ausdrücklich zur Jagd und lehnen jeden Versuch, die Jagd in Miss-
4358 kredit zu bringen oder in Frage zu stellen, ab. Die Festlegung von Strecken zu den
4359 verschiedenen Wildarten ist beizubehalten, unter der Prämisse, dass Tiere und Wäl-
4360 der zusammen gedacht werden müssen. Wir wollen die Hilfsmittelfreiheit fördern:
4361 Der Einsatz von montierten Nachtsichtgeräten und Schalldämpfern darf kein Tabu
4362 sein, sondern muss erlaubt sein. Ebenso sollen die Landwirte Jäger unterstützen,
4363 indem Jagdschneisen und Abstandsflächen zu Feldrändern finanziell vergütet wer-
4364 den. Das gesamte System der Jagdgenossenschaften und Jagdpachten muss drin-
4365 gend reformiert und vereinfacht werden, damit diese Genossenschaften auch in Zu-
4366 kunft ihrem Hege- und Pflegeauftrag nachkommen können.

4367

4368 **16. Vor Ort produziert - Vor Ort konsumiert!**

4369

4370 Die Zentralisierung der Fleischproduktion ist eine Fehlentwicklung zum Leidwesen
4371 der Nutztiere. Der Erhalt und die Stärkung regionaler Schlacht- und Fleischverarbei-
4372 tungsstrukturen ist daher ein langfristiges Ziel und dient dem Tierwohl. Lange Tier-
4373 transporte sind extrem belastend. Daher sollten insbesondere Schlachttiertrans-
4374 porte nur über kurze Entfernungen innerhalb Deutschlands und der EU erfolgen.
4375 Tiertransporte wollen wir nur unter strengen tierschutzgerechten Bedingungen mit
4376 kurzen Transportwegen und kontrollierter Einhaltung von Ruhezeiten und Versor-
4377 gungspflichten zulassen. Exporte in Drittstaaten lehnen wir ab, solange die Einhal-
4378 tung des Tierwohls nicht lückenlos gewährleistet ist. Die Auflagen für Hausschlach-
4379 tungen hingegen dürfen nicht weiter erhöht werden.

4380

4381 **17. Schächten verbieten!**

4382

4383 Betäubungsloses Schlachten ist eine der grausamsten Schlachtmethoden. Die
4384 Tiere leiden entsetzlich. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass der entspre-
4385 chende Ausnahmetatbestand (§ 4a Abs. 2 Nr. 2 Tierschutzgesetz) gestrichen wird.
4386 Rituelle Schlachtungen dürfen nur nach ausreichender Betäubung stattfinden.

4387

4388 **18. Tierheime besser finanzieren!**

4389

4390 Die Tierheime in Sachsen-Anhalt sind vielerorts überfüllt und benötigen Unterstüt-
4391 zung, da sie Pflichtaufgaben der Kommunen übernehmen. Daher sollen die

4392 Tierheime im Land mit einer unkomplizierten dauerhaften Finanzierung für Instand-
4393 haltung, Modernisierung und Neubau unterstützt werden.
4394

4395 **19. Kastrationspflicht für freigehende Katzen!**

4396
4397 Weiterhin setzen wir uns für eine landesweite Kastrationspflicht für freigehende Kat-
4398 zen ein. Nur mit einer Kastrationspflicht, die von den vielen Tierschutzvereinen in
4399 unserer Heimat organisiert wird, kann die unkontrollierte Ausbreitung der Katzen
4400 eingedämmt werden. Mit den Tierärzten im Land sollen Sondervereinbarungen für
4401 die Durchführung und Finanzierung von Kastrationen erzielt werden.
4402

4403
4404
4405
4406
4407
4408
4409
4410
4411
4412
4413
4414
4415
4416
4417
4418
4419
4420
4421
4422
4423
4424
4425
4426
4427
4428
4429
4430
4431
4432
4433

4434 **XII. Ländlicher Raum und Kommunales**

4435
4436 Die Altparteien und insbesondere die CDU geben vor, die Entwicklung des ländlichen
4437 Raumes und der kleinen Kommunen läge ihnen besonders am Herzen. Das ist
4438 eine Lüge. Sie haben die Städte mit Fördergeldern überschüttet – und dabei unsere
4439 Dörfer gezielt verkommen lassen. Dabei kommt dem ländlichen Raum eine beson-
4440 dere Bedeutung zu:

4441
4442 Hier sind die Menschen zumeist bodenständig und verwurzelt, hier leben noch viele
4443 Familien in Einfamilienhäusern, die ihnen gehören, hier sind die Geburtenraten hö-
4444 her, hier reicht oft der Arm von Berlin, Brüssel und Magdeburg nicht hin. Eben des-
4445 halb aber haben ausnahmslos alle Altparteien dem ländlichen Raum den Krieg er-
4446 klärt und arbeiten systematisch an der Konzentration der Bevölkerung in großen
4447 Städten, wo sich die Menschen besser überwachen lassen und ihr „CO₂-Fußab-
4448 druck“ minimiert werden kann. Durch gezielten Abbau der Infrastruktur von der Aus-
4449 dünnung der Buslinien bis hin zur Schließung von Schulen und Krankenhäusern soll
4450 das Leben im ländlichen Raum ungemütlich gemacht und die Bevölkerung zur
4451 Landflucht getrieben werden.

4452
4453 Aus dem gleichen Grund gibt die AfD der Förderung des ländlichen Raumes höchste
4454 Priorität. Wir müssen alles dafür tun, um das Leben im ländlichen Raum lebenswert
4455 zu erhalten und die Landflucht umzukehren. Es soll nicht mehr nur niemand sich
4456 gezwungen sehen, wegzuziehen, es sollen umgekehrt wieder mehr Bürger aus den
4457 Städten aufs Land ziehen. Diesem Ziel ist unsere Politik verpflichtet. Wir werden da-
4458 für sorgen, dass keine Schule mehr geschlossen wird, dass Dorf- und Landstraßen
4459 saniert werden, dass Heizen mit Öl und Holz sowie Autofahren mit Diesel und Ben-
4460 zin weiterhin möglich bleiben. Wir werden die Kommunen nicht mit Steuergeld dazu
4461 drängen, immer neue Windrad- und Solaranlagen zu erlauben, sondern auch ohne
4462 Errichtung solcher Anlagen die Finanzausstattung der Kommunen verbessern. Wir
4463 werden die Kommunalverwaltung verbessern und die Bürger auch in entlegenen
4464 Ortschaften besser einbinden.

4465

4466 **1. Kommunen gerecht finanzieren!**

4467
4468 Es kann nicht sein, dass Städte und Dörfer unzureichend finanziert werden, wäh-
4469 rend wir auf der ganzen Welt Milliarden zum Fenster herausschmeißen. Die Unterfi-
4470 nanzierung ist kein Zufall, sondern das direkte Resultat von Fehlgewichtungen der
4471 Altparteien. Inzwischen fehlen den Kommunen mehrere Milliarden: Für 2023 er-
4472 rechnete der Bund 6,8 Milliarden Euro Minus in den kommunalen Haushalten.
4473 Gleichzeitig zwingt man die Gemeinden, die Kosten der Masseneinwanderung über
4474 Sozialausgaben zu tragen, anstatt endlich von oben gegenzusteuern. Wir fordern
4475 deshalb eine verbindliche Mindestfinanzausstattung für jede Kommune sowie ein

4476 Sonderprogramm zum Abbau alter Kassenkredite. Die Dörfer dürfen nicht zum Spar-
4477 Opfer werden, nur weil der Landesregierung und der Bundesregierung fragwürdige
4478 Vorhaben wichtiger sind. Jedes Gemeindehaus und jeder Kindergarten muss sanier-
4479 bar sein – das garantieren wir durch bedarfsgerechte Mittel des Landes und einen
4480 echten Finanzausgleich.
4481

4482 **2. Mehr kommunale Selbstverwaltung!**

4483
4484 Landes- und Bundesbehörden arbeiten oft wie ein Bremssystem, das den Dörfern
4485 „goldene Zügel“ anlegt. Die Kommunen müssen endlich wieder mehr entscheiden
4486 dürfen und nicht nur Befehlsempfänger des Landes und des Bundes sein. Alle Vor-
4487 gaben der Altparteien, die etwa Gemeinden zwingen, sich für teure Projekte zu be-
4488 werben, nur um an Bundesgelder zu kommen, werden abgeschafft. Wir werden Bür-
4489 germeistern und Kreistagen mehr Entscheidungsspielraum geben! Die Landkreise
4490 sollen wieder über eigene Steuern verfügen und frei über lokale Aufgaben entschei-
4491 den. Jeder Regierungserlass, der in die Fachkompetenz der Kommunen hineinre-
4492 giert, wird zurückgenommen. Das Ende der Entmündigung heißt für uns: Wenn Ber-
4493 lin neue Aufgaben verteilt, muss es auch die Kosten dafür tragen.
4494

4495 **3. Infrastruktur verbessern!**

4496
4497 Der ländliche Raum kann nur leben, wenn er verkehrstechnisch angeschlossen ist,
4498 digitale Netze hat und medizinisch versorgt wird. Doch die Realität sieht anders aus:
4499 Wer sich in Sachsen-Anhalt bewegt, merkt oft, dass in breiten Landstrichen der
4500 Netzempfang ausfällt und er von der Außenwelt abgeschnitten ist. Damit wird
4501 Schluss sein: Wir werden eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet
4502 sicherstellen und Funklöcher stopfen, damit Unternehmen und Schulen auf dem
4503 Land zukunftsfähig bleiben. Ebenso werden wir für ein flächendeckendes Angebot
4504 im öffentlichen Nahverkehr sorgen, statt Buslinien zu kürzen und Bahnhöfe zu
4505 schließen. Und gerade in Gesundheitsfragen muss das Land aufwachen: Wer die
4506 Landärzte vergrault und Krankenhäuser abziehen lässt, bedroht die Lebensqualität
4507 in den Dörfern. Wir werden mobile Arztpraxen, Telemedizin und verbesserte Kli-
4508 nikstrukturen in den Landkreisen unterstützen. Unser Maßstab: Die Infrastruktur der
4509 Stadt darf nicht zur Maxime werden – kein Dorf wird zurückgelassen.
4510

4511 **4. Keine Migranten mehr aufs Land!**

4512
4513 Da mittlerweile schon in den Mittelzentren die Schmerzgrenze zur Aufnahme von
4514 Migranten überschritten ist, sollen im Rahmen der dezentralen Unterbringung mehr
4515 Migranten in die Tiefe des ländlichen Raumes verschoben werden. Das werden wir
4516 verhindern! In unseren Gemeinden darf es keine neuen Asylzentren und keine Quote

4517 für Zuweisungen geben. Wir werden alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen,
4518 um Migranten so weit wie möglich landesweit zentral in wenigen Aufnahmeeinrich-
4519 tungen unterzubringen.
4520

4521 **5. Schluss mit der Bevorzugung der Städte!**

4522 Die aktuell praktizierte Vergabe von Fördergeldern benachteiligt vor allem kleine
4523 ländliche Gemeinden. Nachweislich fließt viel mehr Geld in Großstädte, während
4524 das flache Land leer ausgeht. Wir werden dieses Ungleichgewicht aufbrechen: Alle
4525 Infrastrukturprogramme des Landes (etwa für Straßen, Schulsanierungen, Kultur
4526 oder Breitband) werden so angepasst, dass kein Ort benachteiligt wird, nur weil er
4527 weniger einwohnerstark ist. Sonderprogramme für den Aufbau von Nahversorgung,
4528 Dorfläden und Seniorenangeboten im ländlichen Raum werden aufgesetzt. Gleich-
4529 zeitig werden wir den kommunalen Finanzausgleich neu gewichten, damit jede
4530 Kommune – ob Dorf oder Stadt – ihre Pflichtaufgaben erfüllen kann. Es darf nicht
4531 sein, dass Städte auf Kosten der Dörfer profitieren, während die Landbevölkerung
4532 mit dem leeren Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse abgespeist wird.
4533
4534

4535 **6. Gleichstellungsbeauftragte abschaffen!**

4536 Die Altparteien versuchen, ihre verquere Weltanschauung bis in die Gemeinderäte
4537 hinein durchzusetzen. Wir werden dem ein Ende bereiten: Durch eine einfache Än-
4538 derung des Kommunalverfassungsgesetzes erreichen wir, dass die Gemeinden
4539 keine Gleichstellungsbeauftragten mehr ernennen müssen. Die eingesparten Zeit-
4540 kontingente oder gar Stellen kommen sinnvolleren Aufgaben zugute.
4541
4542

4543 **7. Förderpolitik ohne Regenbogen!**

4544 Die Vergabe von Fördermitteln darf sich nicht mehr danach richten, ob die Antrag-
4545 steller bestimmte Genderziele erreichen oder andere aus der Regenbogenideologie
4546 entstandenen Anforderungen erfüllen. Stattdessen soll Fördergeld einzig und allein
4547 nach sinnvollen Kriterien vergeben werden – etwa, ob es dem tatsächlichen Bedarf
4548 dient. In unseren Dörfern soll Religion, Brauchtum und (echte) Kultur gefördert wer-
4549 den – nicht künstlich aufgezwungene Projekte. Die lokale Politik darf kein Stichwort-
4550 geber mehr sein für unsinnige Bundesprogramme. Kommunale Schulen, Vereine
4551 und Kindergärten werden unterstützt – aber nur, wenn sie den Bürgern dienen, nicht
4552 der perversen Regenbogenagenda.
4553

4554
4555
4556

4557 **8. Bürokratie abbauen!**

4558

4559 Viel zu oft versinkt ein gutes Projekt in endlosen Antragsformularen. Das wird es mit
4560 uns nicht mehr geben. Wir werden alle Fördermittelprogramme des Landes radikal
4561 vereinfachen. Zu diesem Zweck werden wir das Ein-Antrags-Verfahren einführen
4562 und für eine unbürokratische Auszahlung sorgen. Jede Kommune wird modernen E-
4563 Verwaltungszugang erhalten, Bürgerdienste per Web und App werden ausgebaut,
4564 wobei wir die Möglichkeit eines menschlichen Ansprechpartners erhalten. Feuer-
4565 wehr, Polizei und Bauämter unterstützen wir mit moderner IT, damit Vorgänge
4566 schneller und fehlerfrei laufen.

4567

4568 **9. Dörfliche Strukturen erhalten!**

4569

4570 Ein Dorf ist mehr als ein Sammelsurium leerer Häuser; es ist Heimat, Gemeinschaft
4571 und Tradition. Wir werden Dorfläden fördern, damit eine Einkaufsmöglichkeit vor Ort
4572 erhalten bleibt. Ebenso werden wir dafür sorgen, dass Bank- und Poststellen erhal-
4573 ten bleiben und starten Bürgerbus-Projekte, damit auch Rentner den Arzt oder die
4574 Kirche besuchen können. Vereine für Sport, Feuerwehr, Gesang und Brauchtum
4575 werden wir finanziell entlasten. Kulturelle Projekte von Heimatfesten bis hin zu
4576 Kleinkunstabühnen erhalten eine Stiftung zur Unterstützung. Ein Dorf soll leben,
4577 nicht nur existieren.

4578

4579

4580

4581

4582

4583

4584

4585

4586

4587

4588

4589

4590

4591

4592

4593

4594

4595

4596

4597

4598

4599 **XIII. Verkehr und Infrastruktur**

4600

4601 Die herrschende Verkehrspolitik zeichnet sich durch eine systematische Vernach-
4602 lässigung der Infrastruktur und eine klimapolitisch bedingte Autofahrerfeindlichkeit
4603 aus. Da eine mangelhafte Instandhaltung der bestehenden Infrastruktur sich erst in
4604 Jahren und Jahrzehnten zeigt, meinen die Altparteien, an Investitionen insbeson-
4605 dere im Straßenwesen sparen zu können, wenn ihnen andere Vorhaben dringlicher
4606 erscheinen. Hinzu kommen bürokratische Hürden und langsame Prozesse sowie
4607 ein investitionsfeindliches Verbandsklagerecht. Das böse Erwachen kommt dann
4608 Jahre und Jahrzehnte später. Dieses böse Erwachen ist das, was wir gerade erleben.

4609

4610 Mittlerweile sehen die Straßen in manchen Gegenden Sachsen-Anhalts schlimmer
4611 aus als früher im Ostblock. Wo grundlegende Erneuerung notwendig wäre, wird ge-
4612 flickt, wenn überhaupt. Viele Straßen sind monatelang von Schlaglöchern übersät,
4613 neue Bauprojekte kommen nicht voran. Und wenn gebaut wird, dann wird keine
4614 Rücksicht auf die Belange der Autofahrer genommen.

4615

4616 Die AfD lehnt diese kurzsichtige Politik entschieden ab. Investitionen in die Infra-
4617 struktur sind Investitionen in die Zukunft. Wir planen vorausschauend, so dass nicht
4618 nur heute, sondern auch noch in 20 und 30 Jahren unsere Infrastruktur intakt ist.
4619 Dabei ist für uns klar, dass gerade in einem ländlich geprägten Bundesland wie
4620 Sachsen-Anhalt das Automobil, und zwar in der Regel mit Verbrennungsmotor, auf
4621 absehbare Zeit das Verkehrsmittel Nummer 1 bleibt. Wir werden deshalb den Ver-
4622 kehr so autofahrerfreundlich wie möglich gestalten.

4623

4624 **1. In die Infrastruktur investieren!**

4625

4626 Für eine stabile Wirtschaft und deren weitere Entwicklung muss die Verkehrsinfra-
4627 struktur weiter ausgebaut und unterhalten werden. Nur eine stabile und verlässli-
4628 che Infrastruktur ist der Garant für Wirtschaftswachstum und sichere Arbeitsplätze.
4629 Doch gerade ein Blick auf den bestehenden Investitionsstau der Straßen- und Ver-
4630 kehrsinfrastruktur in Milliardenhöhe (siehe KfW-Kommunalpanel 2025) offenbart fi-
4631 nanzielle Schieflagen und weitere Herausforderungen.

4632

4633 Das Investitionsdefizit betrifft nicht nur die Straßen in öffentlicher Trägerschaft, son-
4634 dern auch Brückenbauten. Der Investitionsstau muss unverzüglich abgebaut wer-
4635 den, schließlich führen ausbleibende Unterhaltungsmaßnahmen zwangsläufig zu
4636 grundhaften Erneuerungen und damit zu deutlichen höheren Kosten.

4637

4638 Wir werden deshalb ein Gesamtkonzept zur Sicherstellung der Refinanzierung er-
4639 stellen, damit langfristig ein Abbau des Investitionsstaus erfolgen kann. Wir werden
4640 uns im Rahmen dessen weiter klar dahingehend positionieren, dass auch der Bund

4641 seinen diesbezüglichen Verpflichtungen auf Landesebene nachkommt. Ebenso
4642 werden wir durch Straffung der Verwaltung für eine drastische Verkürzung der Plan-
4643 feststellungsverfahren sorgen. Wo die Bundesgesetzgebung dem im Wege steht,
4644 werden wir als Landesregierung im Bundesrat auf eine Änderung hinwirken.
4645

4646 **2. Planungshoheit der Gemeinden stärken!**

4647
4648 Weiterhin ist die Planungshoheit der Gemeinden zu stärken. Dezentrale und eigen-
4649 verantwortliche Lösungen beispielsweise bei der Trinkwasserversorgung und der
4650 Abwasserbeseitigung sind zu begünstigen. Dazu zählen Möglichkeiten der Einrich-
4651 tung und Nutzung privater Brunnen für die lokale Trinkwasserversorgung und die Lo-
4652 ckerung des Anschluss- und Benutzungszwangs. Wir werden dafür Sorge tragen,
4653 dass niemand gezwungen wird, vollbiologische Kläranlagen einzubauen, werden
4654 aber gleichzeitig die Genehmigung solcher Anlagen für den, der sie aus freien Stü-
4655 cken einbaut, radikal vereinfachen. Das gilt auch für unkonventionelle Systeme wie
4656 Pflanzenkläranlagen.
4657

4658 **3. Tempo im Straßenbau, Ausbau des Straßennetzes!**

4659
4660 „Freie Fahrt für freie Bürger“ ist das Leitprinzip unserer Verkehrspolitik. Das beginnt
4661 schon beim Straßenbau. Die Baumaßnahmen dauern immer noch zu lange. Zu viel
4662 Zeit vergeht bis zum Baubeginn, und die Baumaßnahmen selbst werden nicht
4663 schnell genug erledigt. Hier ist mehr Tempo nötig! Wir werden die Straßensanierung
4664 und den Bau notwendiger Autobahnen und Bundesstraßen beschleunigen und Vor-
4665 kehrungen dafür treffen, dass Baustopps durch unnötige Klagen vor Gericht vermie-
4666 den werden. Beispielgebend sind die A14, die A143 und die B6n. Bezüglich des Au-
4667 tobahnkreuzes Wolfen (A9) fordern wir die im Bundesverkehrswegeplan 2030 fest-
4668 geschriebene Weiterführung der B6n zur B184 nach Bad Dübener. Zeit braucht die
4669 Ortsumfahrung der B2, da diese Bundesstraße als Abkürzungsstrecke zwischen der
4670 A4 und A9 genutzt wird und somit stark frequentiert ist.
4671

4672 Hinzu kommen nicht hinnehmbare Fehlplanungen der verantwortlichen Behörden.
4673 Ein Beispiel dafür ist die Nordumgehung Griebow/Wittenberg. Aber auch Ortsumfah-
4674 rungen müssen schneller realisiert werden, um die Ortskerne zu entlasten. Zu nen-
4675 nen wären hier u. a. die B107 als Ortsumfahrung Oranienbaum-Wörlitz und die B184
4676 als Ortsumfahrung Roßlau/ Tornau. Zur Verbesserung der Infrastruktur auf dem
4677 Lande gehört auch der Ausbau des Straßennetzes. Als Beispiel hierfür soll die soge-
4678 nannte „Hosenträgervariante“ in der Altmark genannt werden, die schnellstens um-
4679 gesetzt werden muss. Mittels der B190n muss es einen Lückenschluss zwischen der
4680 A14 und A39 geben, damit auch die dortigen ländlichen Räume erschlossen wer-
4681 den.
4682

4683 **4. Baumaßnahmen autofahrerfreundlich gestalten!**

4684

4685 Wenn in Sachsen-Anhalt gebaut wird, sind die Zumutungen für die Autofahrer oft
4686 unerträglich. Da werden Ortsdurchfahrten gesperrt und Umleitungen nicht rich-
4687 tigt ausgewiesen oder Daten nicht oder nicht zügig weitergemeldet, sodass die ein-
4688 schlägigen Navigationssysteme fehlgehen. Und wenn eine Umleitung ausgewiesen
4689 wird, ist sie oft unzumutbar lang, weil versäumt wurde, verkehrsgünstigere Varian-
4690 ten zu prüfen. Mit den Autofahrern kann man es ja machen – das ist die vorherr-
4691 schende Denkungsart. Wir werden dem gegensteuern und Druck auf die zuständi-
4692 gen Stellen aufbauen, bei der Planung von Baustellen künftig die Belange der Auto-
4693 fahrer besser zu berücksichtigen und bei der Lösung von Problemen mehr Kreativi-
4694 tät an den Tag zu legen.

4695

4696 **5. Verbandsklagerecht abschaffen!**

4697

4698 In Deutschland sind Verbandsklagen, auch Popularklagen genannt, verwaltungs-
4699 rechtlich eigentlich nicht vorgesehen. Klagen kann nur, wer eine persönliche
4700 Rechtsverletzung geltend macht. In den letzten Jahren wurde jedoch, begünstigt
4701 durch richterliche Rechtsfortbildung, das Verbandsklagerecht auf mehr und mehr
4702 Gebiete ausgeweitet. Dieses Recht wird insbesondere von Umweltverbänden ge-
4703 nutzt, um Straßenbau- und andere Infrastrukturprojekte zu verhindern. Wenn aber
4704 keine Bürger unmittelbar betroffen sind, darf es auch kein Klagerecht geben. Wir
4705 brauchen keinen Freifahrtschein für linke Verbände, Politik zu machen, indem sie
4706 sich vor Gericht als Sachwalter abstrakter Interessen aufspielen. Wir werden des-
4707 halb alles daran setzen, das Verbandsklagerecht wieder abzuschaffen.

4708

4709 **6. Fährverbindungen erhalten!**

4710

4711 Fährverbindungen haben im ländlichen Raum eine herausgehobene verkehrspoliti-
4712 sche Bedeutung. Sie kommen zum Einsatz, wo Brückenverbindungen fehlen und
4713 schaffen einen sinnvollen Ersatz, um lange Umwege zu vermeiden. Für die Unter-
4714 haltung dieser landesbedeutsamen Fährverbindungen kommen mehrheitlich die
4715 Kommunen auf, was als freiwillige Aufgabe gilt und somit andere freiwillige Aufga-
4716 ben wie Bibliotheken und Schwimmbäder belastet. Wir finden: Das kann nicht sein!
4717 Hier ist das Land gefragt! Um die Fährverbindungen im Land langfristig zu erhalten,
4718 werden wir die Finanzierung insbesondere im ländlichen Raum durch Gesetzesän-
4719 derungen dem Land übertragen.

4720

4721

4722 **7. Bus und Bahn stärken!**

4723

4724 Die AfD-Sachsen-Anhalt bekennt sich ohne Wenn und Aber zum klassischen Auto-
4725 mobil mit Verbrennungsmotor als Grundlage unserer Mobilität. Gleichwohl werden
4726 wir, nicht als Ersatz, aber als sinnvolle Ergänzung zum privaten PKW, den öffentli-
4727 chen Personen-Nahverkehr weiter ausbauen. Der Rückbau von Bahnhöfen, wie zum
4728 Beispiel der Bahnhof Jütrichau zwischen Zerbst und Roßlau wird gestoppt. Gleich-
4729 zeitig werden stillgelegte Bahngleise, wo immer es möglich und sinnvoll ist und nicht
4730 gegen die Interessen der Bürger verstößt, wiederbelebt. Die Heidebahn zwischen
4731 der Lutherstadt Wittenberg und Eilenburg muss länderübergreifend (Sachsen-An-
4732 halt und Sachsen) in den öffentlichen Personen-Nahverkehr übernommen und re-
4733 gelmäßig befahren werden. Auch sollten auf dieser Strecke Güterzüge fahren. Die
4734 Landeshauptstadt Magdeburg benötigt dringend ICE-Anschlüsse in alle Richtungen
4735 und das Oberzentrum Dessau-Roßlau eine IC-Verbindung Leipzig – Dessau – Pots-
4736 dam – Berlin! Für all diese Anliegen ist endlich das ernsthafte Gespräch mit der
4737 Deutschen Bahn zu suchen, gegenüber der die CDU-geführte Landesregierung viel
4738 zu oft als Bittsteller gegenübertritt.

4739

4740 Die Harzer Schmalspurbahn mit ihrer Gesamtlänge von circa 140 km muss als Tou-
4741 ristenmagnet erhalten bleiben!

4742

4743 **8. Deutschlandticket für alle Schüler!**

4744

4745 Aktuell erhalten Schüler in Sachsen-Anhalt das Deutschlandticket, wenn sie an der
4746 Schülerbeförderung teilnehmen, also in der Regel mindestens zwei Kilometer von
4747 ihrer Schule entfernt wohnen. Schüler, deren Wohnsitz so nahe an der Schule liegt,
4748 dass sie nicht an der Schülerbeförderung teilnehmen, erhalten kein Deutschlandti-
4749 cket. Die Kosten tragen die Kreise. Wir werden als Landesregierung dafür sorgen,
4750 dass alle Schüler das Deutschlandticket erhalten und dazu den Kreisen finanzielle
4751 Zuschüsse gewähren, wenn sie die Finanzierung nicht aus eigenen Mitteln bewälti-
4752 gen können.

4753

4754 **9. Schluss mit dem LKW-Chaos an Autobahnen!**

4755

4756 Bis 2030 wird der LKW-Verkehr auf Deutschlands Straßen, insbesondere Autobah-
4757 nen, massiv zunehmen. Doch bereits jetzt besteht in Sachsen-Anhalt ein Mangel an
4758 ausreichenden Stellmöglichkeiten auf Fernstraßen. Die Folgen sind ein steigendes
4759 Unfallrisiko durch falsch abgestellte LKWs. Um Strafzettel zu vermeiden, suchen
4760 viele LKW-Fahrer alternative Parkmöglichkeiten in angrenzenden Gewerbeparks
4761 oder Gemeinden. Dies verursacht Müll und zusätzliche Straßenschäden, sehr zum
4762 Leidwesen der örtlichen Bevölkerung und der Gewerbetreibenden. Sachsen-Anhalt

4763 gilt zudem als Transitland, sodass bei einer prognostischen Zunahme des LKW-Ver-
4764 kehrs um ein geschätztes Drittel der zukünftige Bedarf an Parkständen deutlich hö-
4765 her ausfallen wird. Deshalb werden wir die vorhandenen Parkkapazitäten bedarfs-
4766 orientiert ausbauen und dafür sorgen, dass in einem halbjährlichen Monitoring über
4767 den Umsetzungsstand berichtet wird.

4768
4769 Die Bundesstraßen B2 und B91 werden oft von LKW-Fahrern als Abkürzung genutzt,
4770 um schneller auf die A4 zu kommen. Das verursacht nicht nur zusätzliche Schäden,
4771 sondern auch Emissionen durch Abgase und Lärm. Deshalb werden wir dafür sor-
4772 gen, dass dort das Verkehrszeichen 253 nach § 45 StVO mit dem Zusatzzeichen
4773 „Transitverkehr gesperrt“ aufgestellt wird. Wir werden ein einheitliches Verfahren für
4774 alle Kommunen schaffen, um Verstöße von LKW ab 7,5 Tonnen im ruhenden Verkehr
4775 (Parksünder) ahnden zu können. Die Richtlinie (EU) 2015/413 trifft nur für den flie-
4776 benden, aber nicht für den ruhenden Verkehr zu.
4777

4778 **10. Behindertenparkplätze nach Bedarf!**

4779
4780 Jedem Autofahrer ist die Situation bekannt, dass er verzweifelt einen Parkplatz sucht
4781 und keinen findet, weil alles belegt ist, aber immer mehrere Behindertenparkplätze
4782 frei bleiben. Offensichtlich existieren mehr Behindertenplätze als von berechtigten
4783 Nutzern mit Behindertenausweis nachgefragt werden. Wir werden deshalb landes-
4784 weit die Auslastung der Behindertenparkplätze überprüfen und, wenn Überkapazi-
4785 täten langfristig ungenutzt bleiben, diese reduzieren bzw. die Kommunen anregen
4786 und dabei unterstützen, in diesem Sinne zu handeln. Wir wollen Behinderten nicht
4787 zumuten, zusammen mit Nichtbehinderten um die gleichen Parkplätze konkurrie-
4788 ren zu müssen; es darf aber auch nicht sein, dass ungenutzte Überkapazitäten vor-
4789 gehalten werden.
4790

4791 **11. Wir brauchen keine Lastenräder!**

4792
4793 Das Land Sachsen-Anhalt hat zur Anschaffung von Lastenrädern mehrere Förder-
4794 richtlinien erlassen. Hierbei können Unternehmen, öffentliche Einrichtungen oder
4795 Vereine in den Genuss einer Förderung in Höhe von bis zu 60 Prozent der Anschaf-
4796 fungskosten kommen. Bei Kommunen und Landkreisen beträgt die Förderung bis zu
4797 90 Prozent. Diese Bevorzugung von Verkehrsteilnehmern im Zeichen der Ideologie
4798 der CO₂-Reduktion lehnen wir entschieden ab und werden in Zukunft derlei Gelder
4799 sinnvoller investieren.

4800
4801
4802

4803 **12. Motorradkultur erhalten, Fahrverbote verhindern, SIMSON-Kultur erhalten!**

4804

4805 Der Bundesrat hat am 15. Mai 2020 einer EntschlieÙung „zur wirksamen Minderung
4806 und Kontrolle von Motorradlärm" zugestimmt (BR 125/20). Dieses Papier ist eine
4807 Kampfansage an alle Motorradfahrer. Es fordert u.a. strenge Grenzwerte für
4808 Lärmemissionen, strengere Strafen für Veränderungen am Auspuff, ein Verbot von
4809 Motorsteuerungen, die einen eigenen „Sound" produzieren, Fahrverbote für Motor-
4810 räder, mehr Kontrollen und eine verschuldensunabhängige Haftung von Motorrad-
4811 fahrern.

4812

4813 Bund und Länder haben bei den avisierten Maßnahmen jedes Maß verloren. Insbe-
4814 sondere die geplante bauliche Lärmreduzierung von Motorrädern wird bei Zweirä-
4815 dern auf Verbrenner-Basis nicht möglich sein, sodass der Vorstoß von Motorradver-
4816 bänden mit Nachdruck kritisiert bzw. abgelehnt wurde. Die AfD Sachsen-Anhalt
4817 steht an der Seite der Motorradliebhaber. Wir werden das Motorrad-Hobby fördern
4818 und ihm Freiräume schaffen. Die Umsetzung der erwähnten Bundesratsentschie-
4819 ßungen werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Die SIMSON-Kultur ist als Teil der
4820 Jugendkultur besonders zu fördern. Gerade in den ländlichen Räumen garantieren
4821 solche Zweiräder nicht nur die Mobilität Jugendlicher, sondern erinnern an eine gute
4822 ostdeutsche Tradition.

4823

4824 **13. Räder müssen rollen!**

4825

4826 Die Nutzung von Zweirädern gewinnt als Verkehrsmittel eine immer größere Rele-
4827 vanz. Radfahren ist eine Fortbewegungsform, die nicht nur der Gesundheit dient
4828 und umweltfreundlich ist, zunehmend etabliert sich auch ein Radtourismus. Dieser
4829 Trend ist weiterzuentwickeln und Grundlage hierfür ist ein gut ausgebautes Rad-
4830 wegenetz. Die aktuelle Landesregierung steht sich jedoch mit der Radwegeplanung
4831 selbst im Weg und setzt eher auf unnötige Wasserköpfe wie beispielsweise Radko-
4832 ordinatoren und Rad-Netzwerke. Diese Selbstbeschäftigung dient weder dem Steu-
4833 erzahler noch dem Radwegeausbau.

4834

4835 Um Radtourismus und Radfahrern die notwendige Infrastruktur zu bieten, sind ins-
4836 besondere die Planungsverfahren für Radwege zu vereinfachen und zu beschleuni-
4837 gen. Ferner sollen Radwege bereits in die Planung neuer Landesstraßen miteinflie-
4838 ßen. Bei all dem wird in Zukunft darauf zu achten sein, dass der Bau von Radwegen
4839 gerade in den Städten nicht als Waffe gegen den Autoverkehr eingesetzt wird.
4840 Ebenso sind die Fördermittel des Landes zur Unterstützung des kommunalen Rad-
4841 verkehrsnetzes deutlich zu erhöhen.

4842

4843 **14. Wasserstraßen-Tourismus entdecken – Wasserstraßen ausbauen!**

4844

4845 Flüsse durchziehen unser Bundesland wie Lebensadern. Sie dienen Wirtschaft, Natur und Mensch gleichermaßen. Es überrascht daher nicht, dass sich diese Lebens-

4846 adern immer mehr zu Touristenmagneten entwickeln. Die Landesregierung muss

4847 deshalb dem Wasserstraßentourismus mehr Aufmerksamkeit widmen. Wir wollen

4848 uns deshalb u.a. dafür einsetzen, dass durch den Bund der Saale-Leipzig-Kanal fer-

4849 tiggestellt wird.

4850

4851 Wir werden die Kommunen, die Binnenhäfen an der Elbe bewirtschaften, entlasten.

4852 Zu diesem Zweck werden wir nach dem Modell der Sächsischen Binnenhäfen

4853 Oberelbe GmbH (SBO) alle Häfen (Magdeburg, Aken, Roßlau, Wittenberg) in einer

4854 landeseigenen Gesellschaft zusammenführen. Die schnellere Umsetzung des Ge-

4855 samtkonzeptes „Elbe“ durch den Bund ist hierbei sehr wichtig.

4856

4857

4858 **15. Hochwasserschutz praktisch machen!**

4859

4860 Wir werden eine Elementarpflichtversicherung bei Hochwassergefahr und eine In-

4861 nenstadtsanierungsgewinnbeteiligung nach Naturkatastrophen einführen.

4862

4863 In diesem Zusammenhang werden wir, um künftige Hochwasserlagen besser be-

4864 herrschen zu können, mehr Überflutungsflächen schaffen und Versiegelungen oder

4865 Einengungen entlang der Flussläufe in Sachsen-Anhalt abbauen. Die in Planung be-

4866 findlichen bzw. bereits begonnenen Hochwasserschutzmaßnahmen werden wir zü-

4867 gig fortführen und vollenden.

4868

4869 **16. In die Zukunft investieren - Digitale Infrastruktur ausbauen!**

4870

4871 Die Digitalisierung durchzieht inzwischen alle Lebensbereiche. Ob privat, beruflich

4872 oder wirtschaftlich - ohne eine gelungene Politik der neuen Technologien wird

4873 Deutschland langfristig ins Hintertreffen geraten. Zu den Gewinnern zählen dann

4874 ehemalige Entwicklungsländer wie China, in denen Künstliche Intelligenz und Ver-

4875 netzung zur Staatsräson gehören und mit einer Geschwindigkeit umgesetzt werden,

4876 die in Deutschland unter der Herrschaft einer verkrusteten Ökodiktatur niemals um-

4877 zusetzen ist.

4878

4879 Wir sehen die Digitalisierung generell als Chance, Deutschland, und damit auch

4880 Sachsen-Anhalt, für die nächsten 100 Jahre zu einem der wichtigsten globalen In-

4881 novationstreiber zu machen. Jedoch müssen wir dabei Zulieferer neuer Technolo-

4882 gien und nicht nur Abnehmer werden. Es kann nicht sein, dass wir immer noch nicht

4883 während einer Bahnfahrt unterbrechungsfrei telefonieren können und das Internet
4884 in vielen Gegenden immer noch zu langsam für die Bedürfnisse der Wirtschaft ist.
4885

4886 **17. Zukunftstechnologien fördern – Rechenzentren ansiedeln!**

4887
4888 Digitale Technologien, insbesondere leistungsfähige IT-Infrastruktur, bieten erhebliche
4889 Chancen für wirtschaftliche Entwicklung, industrielle Wertschöpfung und
4890 staatliche Handlungsfähigkeit. Unser Ziel ist es, diese Potenziale gezielt zu nutzen
4891 und Fehlentwicklungen frühzeitig zu begrenzen.

4892
4893 Die Forschung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz sollen verantwortungsvoll,
4894 anwendungsnah und im Interesse von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern gefördert
4895 werden. Dabei legen wir Wert auf Transparenz, Datensicherheit und die Wahrung
4896 staatlicher Souveränität. Entscheidungen über den Einsatz neuer Technologien
4897 dürfen nicht allein privaten Konzernen oder internationalen Akteuren überlassen
4898 werden.

4899
4900 Der Ansiedlung von Rechenzentren stehen wir ausdrücklich aufgeschlossen gegenüber.
4901 Sie sind ein zentraler Baustein moderner digitaler Infrastruktur und stärken die
4902 Unabhängigkeit von ausländischen IT-Standorten. Rechenzentren schaffen hochwertige
4903 Arbeitsplätze, erhöhen die Standortattraktivität für Industrie und Mittelstand und
4904 ermöglichen leistungsfähige digitale Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen.
4905

4906
4907 Als Landesregierung wollen wir dazu beitragen, unser Bundesland als verlässlichen
4908 und wettbewerbsfähigen Standort für Rechenzentren und digitale Schlüsseltechnologien
4909 zu etablieren. Dazu gehören planungssichere Rahmenbedingungen, zügige
4910 Genehmigungsverfahren, eine leistungsfähige Energie- und Netzinfrastruktur sowie
4911 ein investitionsfreundliches Umfeld ohne ideologische Vorgaben. Digitalisierung
4912 soll dem Standort dienen – nicht umgekehrt.

4913
4914
4915
4916
4917
4918
4919
4920
4921
4922
4923
4924
4925

4926 **XIV. Öffentlicher Dienst und Verwaltungsreform**

4927

4928 Seit Jahrzehnten wächst in Sachsen-Anhalt ein bürokratischer Apparat heran, der
4929 immer mehr Ressourcen verschlingt und sich dabei zunehmend von den Bürgern
4930 entfremdet. Die Altparteien sehen in jeder Herausforderung nur einen Vorwand,
4931 neue Behörden, Stellen und Regulierungen zu schaffen und haben so ein Bürokratiemonster
4932 herangezüchtet. Dieses aufgeblähte System ist längst Selbstzweck geworden und vergisst,
4933 wem es eigentlich dienen soll: den Bürgern.

4934

4935 Der Bürokratiewucher geht einher mit einem undurchdringlichen Verwaltungsfilz.
4936 Über Jahrzehnte haben SPD, CDU und Grüne ihre Parteifreunde und Unterstützer in
4937 Behörden untergebracht, sodass Postenvergabe nach Proporz und Gesinnung wichtiger
4938 wurde als Kompetenz und Bürgernähe. Anstatt Probleme zu lösen, beschäftigt sich die
4939 Verwaltung heute vielfach mit sich selbst – mit endlosen Abstimmungsrounden,
4940 internen Richtlinien und politisch korrekter Symbolpolitik. Die Folgen für die
4941 Bürger sind Frust über unnötige Gängelei, langsame Entscheidungen und verschwendete
4942 Steuergelder.

4943

4944 Hinzu kommt die schleichende Ideologisierung der Verwaltung. Immer häufiger
4945 werden amtliche Entscheidungen von der Regenbogendoktrin geprägt – ob durch
4946 Klima-Auflagen, Gender-Vorschriften oder Diversity-Projekte. Ganze Abteilungen
4947 widmen sich lieber der Umerziehung der Gesellschaft, anstatt die Kernaufgaben
4948 des Staates effizient zu erfüllen. Dadurch vernachlässigt der Staat seine eigentlichen
4949 Pflichten. Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Dienstleistungen bleiben auf
4950 der Strecke, während der Apparat einer ideologischen Agenda folgt. Der Staat verliert
4951 so Stück für Stück die Kontrolle über die eigenen Strukturen und verspielt das
4952 Vertrauen der Bevölkerung.

4953

4954 Die AfD Sachsen-Anhalt steht für einen radikalen Kurswechsel in Verwaltung und
4955 öffentlichem Dienst. Wir wollen einen schlanken, bürgernahen Staat, der sich auf
4956 seine Kernaufgaben konzentriert und endlich wieder dem Bürger dient statt sich
4957 selbst. Mit einer umfassenden Aufgabenkritik sollen überflüssige Strukturen abgebaut,
4958 Bürokratie und insbesondere Berichtspflichten und Zielvereinbarungen konsequent
4959 eingedämmt und der Verwaltungsapparat effizient gemacht werden. Nur die AfD Sachsen-Anhalt
4960 hat den Mut, diesen überfälligen Kurswechsel einzuleiten. Für einen Staat, der seinen Bürgern
4961 dient – und nicht umgekehrt!

4962

4963 **1. Ausgaben in Ministerien und Verwaltung kürzen!**

4964

4965 Die Kosten für die Bürokratie sind in den letzten zehn Jahren um über 60 Prozent
4966 explodiert – das ist weder finanzierbar noch den Bürgern vermittelbar. Deshalb fordern
4967 wir eine pauschale Ausgabenkürzung von mindestens 10 Prozent in allen

4968 Ministerien. Sparen statt Aufblähen muss die Devise heißen, damit der Staatsappa-
4969 rat wieder auf ein gesundes Maß schrumpft.
4970

4971 **2. Ministerien reduzieren!**

4972
4973 Inklusive der Staatskanzlei umfasst die aktuelle Landesregierung neun Ministerien
4974 beziehungsweise nun Mitglieder im Ministerrat. Das muss nicht sein. Unser Bun-
4975 desland kann auch mit weniger Ministerien gut verwaltet werden. Die Erfahrung
4976 lehrt, dass viele Ministerien keinen Mehrwert für die Bürger bringen und oft nur der
4977 Versorgung treuer Parteisoldaten mit gut besoldeten, prestigeträchtigen Posten die-
4978 nen. Wir werden mit dieser Tradition brechen und die Anzahl der Ministerien redu-
4979 zieren.
4980

4981 **3. Staatsquote senken!**

4982
4983 Der Staat muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Deshalb darf er sich auf
4984 dem Gebiet der Wirtschaft nicht immer weiter ausbreiten. Wir streben an, die
4985 Staatsquote in Sachsen-Anhalt zu senken und auf maximal 45 Prozent des BIP zu
4986 senken. Nur wenn den Steuerzahlern Luft zum Atmen bleibt und staatliche Ausga-
4987 ben auf das Notwendige zurückgeführt werden, können Innovation, Wachstum und
4988 Wohlstand wieder gedeihen.
4989

4990 **4. Schluss mit Haushaltstricksereien!**

4991
4992 Sachsen-Anhalt muss – wie die Kommunen – komplett auf kaufmännische Buch-
4993 führung umstellen. Nur mit doppelter Buchführung (Doppik) lassen sich Schulden,
4994 Investitionen und Risiken transparent und ehrlich abbilden. Wir wollen keine Haus-
4995 haltsskosmetik mehr, sondern Klarheit über sämtliche Einnahmen und Ausgaben
4996 des Landes.
4997

4998 **5. Unnötige Landesgesellschaften auflösen!**

4999
5000 Der Staat ist kein Ersatzkonzern – wir werden überflüssige Landesgesellschaften
5001 auflösen. Staatsbetriebe wie die Landesenergieagentur (LENA) oder die Investiti-
5002 ons- und Marketinggesellschaft (IMG) müssen geschlossen werden, sofern sie kei-
5003 nen klaren Mehrwert für das Land erbringen. Steuergeld darf nicht länger ineffiziente
5004 Strukturen alimentieren.
5005
5006
5007

5008 **6. Landesverwaltungsamt abschaffen!**

5009
5010 Diese überflüssige Mittelbehörde schafft vor allem Doppelstrukturen und Bürokratie. Deshalb gehört sie abgeschafft. Wir fordern die vollständige Auflösung des Landesverwaltungsamts. Seine Aufgaben können auf die Fachministerien oder die Kommunen verteilt werden. Ohne diesen bürokratischen Wasserkopf werden Entscheidungen schneller und Verfahren schlanker umgesetzt sowie Ressourcen effizienter eingesetzt.

5016

5017 **7. Kein Steuergeld mehr für parteinahe Stiftungen!**

5018
5019 Schluss mit indirekter Parteienfinanzierung über den Landeshaushalt! Parteinahe Stiftungen sollen keine Steuergelder mehr erhalten. Wir werden jegliche Landesförderung für politische Stiftungen gesetzlich untersagen. Diese Einrichtungen haben sich überlebt. Politische Bildungsarbeit gehört in die Parteien selbst und muss durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert werden, nicht durch das Geld der Allgemeinheit.

5025

5026 **8. Überflüssige Gesetze streichen!**

5027
5028 Wir wollen die Flut an Vorschriften eindämmen. Für jede neue Verordnung oder jedes neue Gesetz müssen mindestens zwei alte Regelungen ersatzlos gestrichen werden. Mit dieser Zwei-für-eins-Regel stoppen wir das ständige Wuchern des Vorschriftenschungels. Zudem sollen vor der Verabschiedung von Gesetzen die daraus entstehenden Kosten und der Aufwand für die Bürger, Kommunen, Unternehmen oder sonstige Betroffene ermittelt und veröffentlicht werden. Das Ergebnis ist weniger Bürokratie und wieder mehr Freiheit für Bürger und Unternehmen.

5035

5036 **9. Verwaltung bürgernah digitalisieren!**

5037
5038 Die Verwaltung muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Wir setzen auf Digitalisierung der Behörden und den intelligenten Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) dort, wo es sinnvoll ist, und als Angebot an die Bürger. Es darf aber nicht sein, dass derjenige, der mit einem Menschen sprechen will, mit einer KI-Stimme abgespeist wird. Digitale Prozesse – von Bürgerportalen bis zur Automatisierung standardisierter Verfahren – werden verpflichtend eingeführt. So beschleunigen wir die Abläufe. E-Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern ein Schlüsselinstrument für mehr Effizienz und besseren Service.

5046

5047 **10. Für eine effiziente Personalpolitik!**

5048

5049 Eine schlanke Verwaltung braucht einen konsequenten Personalumbau. Wir wer-
5050 den alle Behörden einer Soll-Ist-Überprüfung unterziehen, eine strenge Aufgaben-
5051 kritik üben und überflüssige Tätigkeiten sowie Doppelzuständigkeiten ersatzlos
5052 streichen. Jede Verwaltungseinheit muss einen konkreten Nutzen für Bürger und
5053 Land haben – interne Selbstbeschäftigung ohne Mehrwert dulden wir nicht länger.
5054 Freiwerdende Stellen werden nur noch im Ausnahmefall nachbesetzt, sodass der
5055 Personalbestand durch natürliche Fluktuation schrittweise sinkt. So steigern wir die
5056 Effizienz in Ministerien und Landesbehörden und sparen dauerhaft Kosten ein.

5057

5058 **11. Genehmigung bei überlangen Verfahren fingieren!**

5059

5060 Künftig soll kein Antrag mehr in endlosen Verfahren steckenbleiben. Wir führen eine
5061 Genehmigungsfiktion ein: Wenn eine Behörde die vorgeschriebene Entscheidungs-
5062 frist überschreitet, gilt der Antrag automatisch als genehmigt. Dieser Mechanismus
5063 zwingt die Verwaltung zu zügiger Bearbeitung und schützt Bürger sowie Unterneh-
5064 men vor Willkür oder Verschleppung der Vorgänge in den Amtsstuben.

5065

5066 **12. Fördermittel besser einsetzen!**

5067

5068 Der Förderdschungel im Land wird gelichtet und entideologisiert. Wir werden die
5069 Vielzahl kleinteiliger, ideologisch verzerrter Förderprogramme auf den Prüfstand
5070 stellen. Fördermittel sollen dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht werden –
5071 ohne bürokratische Labyrinth und ohne ideologische Gängelung. Statt Dutzender
5072 Formulare und willkürlicher Vergabekriterien wird es wenige transparente Förderkri-
5073 terien geben. So stoppen wir die geldverschlingende Klientelpolitik der Altparteien
5074 und sorgen für eine effiziente Verwendung der Steuergelder.

5075

5076 **13. Beauftragten-Unwesen abschaffen!**

5077

5078 In den letzten Jahren wurden immer mehr kostspielige Sonderbeauftragte ernannt –
5079 für Gleichstellung, Integration, Diversity und anderes mehr –, die kaum echten Nut-
5080 zen für die Bürger stiften. Wir werden diese Posten, die oft nur der rot-grünen Sym-
5081 bolpolitik und der Versorgung parteinaher Akteure dienen, konsequent abschaffen.
5082 Steuermittel gehören in den Dienst am Bürger und in die Lösung realer Probleme
5083 investiert, nicht in überflüssige Prestigeämter, die keiner braucht.

5084

5085 **14. Die Verwaltung ist für die Bürger da!**

5086
5087
5088
5089
5090
5091
5092
5093
5094
5095
5096
5097
5098
5099
5100
5101
5102
5103
5104
5105
5106
5107
5108
5109
5110
5111
5112
5113
5114
5115
5116
5117
5118
5119
5120
5121
5122
5123
5124
5125
5126
5127

Die Verwaltung ist für die Bürger da, nicht umgekehrt - dieses Leitbild wird Maßstab allen Verwaltungshandelns. Der Selbstherrlichkeit und dem Missbrauch von Entscheidungsspielräumen werden wir konsequent entgegenreten. Der Beamte ist der Diener des Bürgers. Wir werden eine neue Dienstkultur in den Behörden etablieren, die von verbindlicher Bürgerorientierung geprägt ist. Ämter sollen die Menschen freundlich, schnell und unbürokratisch bedienen. Klare Vorgaben wie zügige Antwortzeiten, transparente Verfahren und hilfsbereite Beratung werden festgeschrieben und deren Einhaltung regelmäßig kontrolliert. Die Verwaltung wird zum echten Dienstleister, der Probleme löst, statt sie zu schaffen.

5128 **XV. Medien**

5129

5130 Jeden Monat werden viele Hundert Millionen Euro an Rundfunk- und Fernsehgebühren vom Bürger und Unternehmen überwiesen – und nicht erst seit gestern fragen viele: Wofür eigentlich? Während Intendanten und leitende Angestellte Traumgehälter nebst üppigen Pensionen kassieren und die Bürokratie weiter wächst, geht die Akzeptanz des ÖRR aufgrund immer neuer Skandale endgültig verloren. Und der ÖRR, ursprünglich 1950 gegründet, um eine Grundversorgung an Informationen, Kultur und Unterhaltung zu gewährleisten, weitet seine „Angebote“ stetig aus. Heute erleben wir Überproduktion, Doppelstrukturen, intransparente Engagements von Produktionsfirmen und teure Eigenwerbung – und starke Konkurrenz zu den privaten Medien im Bereich der Werbung. Kurzum: Grundlegende Reformen müssen her!

5141

5142 Wir wollen wieder niveauvolle informierende und bildende Medien. Diese sollen mit vielfältigen Beiträgen den unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen der Bürger unseres Landes gerecht werden. Deshalb ist es wichtig, dass sich das gesamte Spektrum politischer und kultureller Anschauungen in unserer Medienlandschaft widerspiegelt. Es soll sachlich und neutral über das gesellschaftliche Leben in unserem Land berichtet werden.

5148

5149 Wenn wir die Landesregierung stellen, werden wir die Medienpolitik entsprechend gestalten. Weniger Staat, schlankere Strukturen, mehr echte Vielfalt und Toleranz sowie eine Repräsentanz aller politischen Strömungen sind die Leitlinien der Reform, die wir ins Werk setzen werden. Die zunehmende Ausweitung von „Hass und Hetze“-Gesetzen, Netzwerkdurchsetzungsgesetzen und die Schaffung von faktischen Zensurbehörden zur Unterdrückung missliebiger Meinungen haben zu einer Verzerrung des Meinungsbildes nicht nur im Internet geführt. Freiheitliche Politik ist hier das Motto!

5157

5158 **1. Meinungsfreiheit verteidigen!**

5159

5160 Meinungsfreiheit gehört zu einer freien Gesellschaft. Dort, wo sie vor allem zutage treten sollte, wird sie immer mehr eingeschränkt: in den Medien. Kritische Stimmen werden gar nicht erst „eingeladen“, unbequeme Meinungen werden als Außenseitermeinung dargestellt. Statt offener Debatte erleben wir Einseitigkeit, Bevormundung und vorausseilende Selbstzensur.

5165

5166 Unseren Bürgern in Sachsen-Anhalt muss man Demokratie nicht erklären! Wir brauchen keine betreute Meinung, sondern echten Pluralismus! Medien müssen wieder das ganze Meinungsspektrum abbilden, nicht nur, was gerade in Redaktionssitzungen dem eigenen Wunschbild entspricht. Wir werden deshalb als Regierung darauf

5169

5170 hinwirken, den öffentlichen Rundfunk und aus öffentlichen Mitteln geförderte Radi-
5171 osender zu politischer Neutralität und Ausgewogenheit zu verpflichten.
5172

5173 **2. Radio Corax den Geldhahn zudrehen!**

5174
5175 Radio Corax bietet allen Spielarten des linken Fanatismus, der perversen Regenbo-
5176 genideologie und des Genderismus eine Plattform. Außerdem verbreitet Radio
5177 Corax sogenannte „Antifa-News“ und bekennt sich damit zu einer antideutschen
5178 Terrororganisation.

5179
5180 Allein durch die Medienanstalt Sachsen-Anhalt ist Radio Corax in den Jahren 2019
5181 bis 2023 mit 968.438,61 Euro gefördert worden. Weitere regelmäßige Zuwendungen
5182 erfolgen durch die Stadt Halle – Fachbereich Kultur, die Studentenschaft der Martin-
5183 Luther-Universität Halle-Wittenberg und das Landesjugendamt Sachsen-Anhalt.

5184
5185 Anders als der Gesetzgeber es vorsieht und die Landesmedienanstalt es bei Radio
5186 Corax als gegeben ansieht, geht es den sogenannten „Freien Radios“ gerade nicht
5187 um Zugangsoffenheit. Vielmehr geht es diesen von der Allgemeinheit finanzierten
5188 Medien darum, die Zugangsoffenheit in einer Weise zu definieren oder vielmehr um-
5189 zudeuten, die darauf hinausläuft, sich abschirmen zu können. So soll verhindert
5190 werden, dass Akteure, die sich nicht der herrschenden Ideologie anschließen, Zu-
5191 gang erhalten. Dieser Ausschluss von anderen Meinungen, ist jedoch nach Darstel-
5192 lung der Landesmedienanstalt unzulässig.

5193
5194 Da somit die Zulassungsvoraussetzungen - so sie jemals gegeben waren - weggefal-
5195 len sind, wird die neue Landesregierung die Landesmedienanstalt auffordern, die
5196 Bezuschussung einzustellen und auf einer Überprüfung aller „Freien Radios“ beste-
5197 hen.
5198

5199 **3. Sofortmaßnahme: Rundfunkstaatsverträge kündigen!**

5200
5201 Die Rundfunkstaatsverträge stehen für verkrustete Strukturen, Bevormundung, Bü-
5202 rokratie und Selbstbedienung. Reformen im Sinne des Bürgers finden nicht statt.
5203 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk doktert an den Symptomen herum. Anstatt das
5204 Akzeptanzproblem bei den Bürgern anzugehen, schützt er ein überaltertes System
5205 aus Rundfunkräten, Posten und Pflichtgebühren. Nach der Wahl erfolgt ein klarer
5206 Schnitt: Die Rundfunkstaatsverträge werden als erste Amtshandlung gekündigt, um
5207 echten Reformdruck zu erzeugen! Ziel ist ein modernes, transparentes Mediensys-
5208 tem, das der ursprünglichen Idee der medialen Grundversorgung gerecht wird.
5209

5210 **4. Genug GEZahlt - Steuerfinanzierten Grundfunk nach dem Vorbild Finnlands**
5211 **einführen!**

5212
5213 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland wird durch eine starre Gebühr
5214 finanziert, zurzeit über 18 Euro pro Wohnung und Monat. Diese Gebühr muss jeder
5215 bezahlen, unabhängig davon, wie viel er verdient und unabhängig davon, ob er den
5216 öffentlich-rechtlichen Rundfunk konsumiert. Gerade für Geringverdiener sind die
5217 über 200 Euro pro Jahr für diesen Rundfunkzwangsbeitrag, gegen den man sich nicht
5218 wehren kann, eine schwere Belastung.

5219
5220 Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in ei-
5221 nen Grundfunk nach finnischem Vorbild umzuwenden. In Finnland zahlen die Bür-
5222 ger eine Rundfunksteuer, die aber erst ab einem Mindesteinkommen von 14.000
5223 Euro pro Jahr erhoben wird, lediglich 0,68 Prozent des Einkommens beträgt und bei
5224 maximal 160 Euro pro Jahr gedeckelt ist.

5225

5226 **5. Mehr Eigenverantwortung für den Mitteldeutschen Rundfunk!**

5227
5228 Der Mitteldeutsche Rundfunk braucht eine moderne, effiziente Struktur. Während
5229 Millionen an Beitragsgeldern in Immobilien, festgeschriebene Standorte, Doppel-
5230 strukturen und Verwaltung fließen, fehlt es an echter Nähe zu den Menschen in der
5231 Region. Der MDR muss dort berichten, wo die Menschen sind und wo er gebraucht
5232 wird. Er muss eigenverantwortlich die Standorte bestimmen!

5233
5234 Wir setzen uns für mehr Eigenverantwortung des MDR ein. Er soll selbst über die
5235 Standorte entscheiden, denn er weiß am besten, wie man die Verwaltung, Produk-
5236 tion, Redaktion und Technik am richtigen Standort einsetzt. Nur so kann ein effizi-
5237 enter und wirtschaftlicher Betrieb sichergestellt werden – denn die Vorgaben von vor
5238 über drei Jahrzehnten sind überholt.

5239

5240 **6. Aufsicht politisch neutral und professionell gestalten!**

5241
5242 Die Aufsichtsräte für die Medien sollen unabhängig und politikfern sein. In vielen
5243 Rundfunk- und Kulturinstitutionen sitzen aktive und ehemalige Politiker, deren Par-
5244 teifreunde und Funktionäre in den Aufsichtsräten, und sie entscheiden über Pro-
5245 gramme, Personal und Millionenetats.

5246
5247 Wir werden der Parteibuchwirtschaft ein Ende setzen und eine Reform beginnen, die
5248 darauf abzielt, die Unabhängigkeit und fachliche Qualifikation der Aufsichtsräte zu
5249 fördern. Es darf keine politischen Abhängigkeiten, keine geschlossenen Zirkel,

5250 sondern es muss klare Nachfolgeregeln und transparente Besetzungsverfahren für
5251 die Stellen geben.

5252

5253 **7. Netzwerkdurchsetzungsgesetz rückabwickeln!**

5254

5255 Das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) wurde mit dem Verspre-
5256 chen eingeführt, „Hass und Hetze“ im Internet zu bekämpfen. Tatsächlich hat es
5257 private Konzerne zu faktischen Zensurbehörden gemacht, die nicht nur in die Mei-
5258 nungsfreiheit eingreifen, sondern auch den demokratischen Meinungsbildungspro-
5259 zess verzerren. Algorithmen und die Zensurmansschaften privater Firmen entschei-
5260 den, was gesagt werden darf – oft ohne richterliche Kontrolle, ohne Transparenz und
5261 ohne wirklich praktikablen Rechtsweg für deutsche Nutzer.

5262

5263 Wir setzen uns für die Rückabwicklung des NetzDG und für eine Überprüfung der
5264 Europäischen Digitalgesetze (Digital Services Act) ein. Meinungsfreiheit darf nicht
5265 von Unternehmensrichtlinien beschnitten werden oder an zeitgeistgemäße politi-
5266 sche Stimmung gebunden sein. Rechtsverstöße gehören vor Gerichte. In diesem Zu-
5267 sammenhang werden wir auch darauf hinwirken, die im sogenannten „Gesetz zur
5268 Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ 2021 zusammen-
5269 gefassten Änderungen u.a. des Strafgesetzbuchs wieder rückgängig zu machen.

5270

5271 **8. Zensur im Internet verhindern!**

5272

5273 Das Internet war einmal der Ort der Freiheit und der freien Rede. Heute droht es zum
5274 Raum kontrollierter Meinung zu werden. Beiträge verschwinden, Konten werden ge-
5275 sperrt, ganze Themenbereiche tabuisiert. Hinter dem Vorwand des „Schutzes vor
5276 Desinformation“, „Fakenews“, „Erhalt von Meinungsvielfalt und Pluralität“ ist eine
5277 neue Form digitaler Zensur entstanden - still, schleichend und gefährlich für die De-
5278 mokratie.

5279

5280 Als Landesregierung werden wir Initiativen und Kampagnen gegen undurchsichtige
5281 Löschregeln und gegen die algorithmische Meinungskontrolle auf den Weg bringen.
5282 Entscheidungen über Inhalte gehören nicht in die Hände von Plattformen, Konzer-
5283 nen oder politischen Gremien, sondern sie müssen transparent, rechtlich überprüf-
5284 bar und grundrechtskonform sein.

5285

5286 **9. Medienanstalt reformieren, verschlanken, kontrollieren!**

5287

5288 Wir bekennen uns zum Erhalt der Medienanstalt Sachsen-Anhalt als Institution der
5289 Medienaufsicht und -ordnung. Gleichzeitig sehen wir Reformbedarf in Struktur, Auf-
5290 gabenwahrnehmung und Finanzierung. Ziel ist eine schlanke, effiziente und auf

5291 ihren Kernauftrag konzentrierte Medienanstalt, die sparsam mit öffentlichen Mitteln
5292 umgeht und politisch unabhängig arbeitet.

5293
5294 Die Medienanstalt soll sich künftig auf ihre originären Aufgaben beschränken: die
5295 Sicherung von Meinungsvielfalt, Rechtsaufsicht im Medienbereich sowie den
5296 Schutz der Bürger vor Rechtsverstößen. Aufgaben mit fragwürdigem Mehrwert, kost-
5297 spielige Nebenprojekte sowie ideologisch geprägte Förder- und Programmtätigkei-
5298 ten wollen wir kritisch überprüfen und gegebenenfalls einstellen.

5299
5300 Langfristig streben wir den Ausstieg aus der Finanzierung über Rundfunkabgaben
5301 an. Die Medienanstalt soll daher perspektivisch aus regulären Haushaltsmitteln des
5302 Landes finanziert werden. Damit wird ihre Finanzierung transparenter, demokra-
5303 tisch kontrollierbar und an die allgemeinen Grundsätze der Haushaltsdisziplin ge-
5304 bunden. Ausgaben und Personalumfang müssen sich dabei an der tatsächlichen
5305 Notwendigkeit orientieren und regelmäßig überprüft werden.

5306
5307 Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entpolitisierung der Medienanstalt. Gremienstruk-
5308 turen und Leitungspositionen dürfen nicht wie derzeit parteipolitisch oder ideolo-
5309 gisch geprägt sein. Wir wollen prüfen, wie eine stärkere fachliche Qualifikation, klare
5310 Unvereinbarkeitsregeln und eine Reduzierung politischer und ideologischer Ein-
5311 flussnahme umgesetzt werden können. Ziel ist eine sachorientierte Medienauf-
5312 sicht, die neutral, rechtssicher und frei von weltanschaulichen Vorgaben agiert.

5313
5314 Als Landesregierung werden wir Wege prüfen, wie die Medienanstalt organisato-
5315 risch verschlankt, finanziell konsolidiert und strukturell neu aufgestellt werden
5316 kann, ohne ihren gesetzlichen Auftrag infrage zu stellen, aber mit klarer Priorität auf
5317 Effizienz, Neutralität und demokratischer Legitimation.

5318
5319
5320
5321
5322
5323
5324
5325
5326
5327
5328
5329
5330
5331

5332 **XVI. Finanzen und Steuern**

5333

5334 Solide Staatsfinanzen sichern Freiheit, Wohlstand und den Handlungsspielraum
5335 unseres Landes. Die AfD Sachsen-Anhalt steht für fiskalische Vernunft, Transparenz
5336 und Haushaltsklarheit – für einen schlanken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben
5337 konzentriert und den Bürgern so viel wie möglich von ihrem erwirtschafteten Geld
5338 belässt. Wir setzen auf planbare Entlastungen statt immer neuer Abgaben, auf ehr-
5339 liche Budgets statt Taschenspielertricks und auf die Schuldenbremse zum Schutz
5340 der kommenden Generationen.

5341

5342 Immer neue Schulden sind ein süßes Gift, das zwar akute Probleme im Moment lin-
5343 dern mag, auf lange Sicht aber Spielräume einschränkt und kommende Generatio-
5344 nen belastet. Eine solche Politik zulasten der Zukunft lehnen wir ab.

5345 Subsidiarität ist für uns eine Handlungsanleitung: Aufgaben sollen dort erledigt wer-
5346 den, wo sie am besten aufgehoben sind – vor Ort in den Kommunen. Wer Aufgaben
5347 überträgt, muss sie auch bezahlen. Unser Ziel ist eine Finanz- und Steuerpolitik, die
5348 Leistung belohnt, den Mittelstand und die kommunale Selbstverwaltung stärkt – für
5349 ein Sachsen-Anhalt, das wirtschaftlich stark, sozial gerecht und politisch souverän
5350 bleibt.

5351

5352 **1. Grunderwerbssteuer senken!**

5353

5354 Wohneigentum bedeutet Freiheit. Wer keine Miete zahlen muss, verfügt über einen
5355 deutlich höheren finanziellen Spielraum als jemand, der ein Drittel oder in vielen
5356 Fällen sogar die Hälfte seines Einkommens für die Miete verwenden muss. Wir wer-
5357 den den Eigentumserwerb deshalb deutlich erleichtern und zu diesem Zweck die
5358 Grunderwerbssteuer von aktuell 5 Prozent auf 2,5 Prozent absenken.

5359

5360 **2. Bagatellsteuern streichen!**

5361

5362 Wir werden Bagatellsteuern abschaffen, weil sie einen hohen bürokratischen Auf-
5363 wand verursachen und kaum Ertrag bringen. So werden wir auf Landesebene bei-
5364 spielsweise die Biersteuer streichen und den Kommunen empfehlen, Vergnügungs-
5365 steuer, Zweitwohnungssteuer und ähnliche Abgaben abzuschaffen.

5366

5367 **3. Keine neuen Abgaben und Steuererhöhungen!**

5368

5369 Wir garantieren, dass es mit uns keine neuen Abgaben oder Steuererhöhungen im
5370 Land gibt. Außerdem werden wir uns auch auf Bundesebene für die generelle

5371 Senkung der Steuer- und Abgabenlast einsetzen – zum Wohle der hart arbeitenden
5372 Mitte der Bevölkerung und als Impuls für den heimischen Mittelstand.
5373

5374 **4. Systematische Aufgabenkritik!**

5375
5376 Jeder Euro aus dem Landeshaushalt wird von uns auf den Prüfstand gestellt. Wir
5377 führen eine konsequente Aufgabenkritik ein, die sämtliche Ausgabenposten des
5378 Landes überprüft und hinterfragt. Unnötige und ineffiziente Ausgaben werden er-
5379 satzlos gestrichen, damit Steuergelder zielgerichtet eingesetzt werden. Insbeson-
5380 dere sogenannte Beraterverträge wollen wir streng überprüfen. Auch im Staatsap-
5381 parat muss das Leistungsprinzip gelten. Die Landesregierung muss endlich so wirt-
5382 schaften wie ein ordentliches Kaufmannsunternehmen: mit strenger Ausgabendis-
5383 ziplin, ohne Schuldenmacherei und ohne verborgene Finanzlöcher.
5384

5385 **5. Staatlichen Kirchensteuereinzug einstellen!**

5386
5387 Aktuell genießen die beiden großen Kirchen das Privileg, dass der Staat für sie die
5388 Kirchensteuer einzieht, die sich nach der Höhe der Einkommensteuer bemisst. Die-
5389 ses Privileg belastet die Verwaltung und ist nicht mehr gerechtfertigt. Wir werden
5390 uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, den staatlichen Kirchensteuerein-
5391 zug abzuschaffen. Die Kirchen können wie andere Vereine auch ihre Mitgliedsbei-
5392 träge selbst einziehen.
5393

5394 **6. Landesrechnungshof stärken!**

5395
5396 Wir wollen die Kontrollfunktion des Landesrechnungshofes zweckmäßiger gestal-
5397 ten. Zu oft hält sich der Landesrechnungshof mit Bagatellen auf oder beanstandet
5398 Ausgaben, die nicht zu beanstanden sind, während auf der anderen Seite prüfungs-
5399 freie Räume existieren, in denen Millionen an Steuergeldern nahezu unkontrolliert
5400 versickern. Zu nennen sind hier vor allem die großen Wohlfahrtsverbände und Sozi-
5401 alunternehmen, die Landesmittel erhalten, aber keiner direkten staatlichen Finanz-
5402 prüfung unterliegen. Dieses Kontrolldefizit werden wir beseitigen, indem wir die
5403 Landeshaushaltsordnung ändern und dem Rechnungshof umfassende Prüfrechte
5404 bis zum Endempfänger der Gelder einräumen. Künftig soll der Rechnungshof auch
5405 bei privatrechtlichen Trägern (beispielsweise der AWO), die über Vergütungsverein-
5406 barungen öffentliche Gelder erhalten, die Mittelverwendung überprüfen können. So
5407 verhindern wir, dass Steuergeld für sachfremde Zwecke missbraucht wird – etwa um
5408 politische Kampagnen oder Demonstrationen „gegen rechts“ zu finanzieren. Eine
5409 gestärkte staatliche Finanzkontrolle schützt den Steuerzahler und sorgt dafür, dass
5410 Missbrauch von Steuermitteln konsequent aufgedeckt und abgestellt wird.
5411

5412 **7. Produktorientierte Haushaltsplanung einführen!**

5413

5414 Der Landeshaushalt soll künftig transparent und ergebnisorientiert aufgestellt wer-
5415 den. Wir fordern eine produktorientierte Budgetierung: Jede Ausgabe im Haushalt
5416 wird klar einem Leistungsbereich („Produkt“) zugeordnet und mit konkreten Zielen
5417 oder Kennziffern hinterlegt. Diese moderne Form der Haushaltsplanung macht
5418 sichtbar, wofür genau Geld verwendet wird und welche Ergebnisse damit erzielt wer-
5419 den. Parlament und Bürger können so besser erkennen, welche staatlichen Leistun-
5420 gen welches Budget erhalten und ob die Mittel wirkungsvoll eingesetzt sind. Die pro-
5421 duktorientierte Haushaltsplanung verstehen wir als eine Art Leistungsvereinbarung
5422 zwischen Politik und Verwaltung. Regierung und Behörden werden verpflichtet, für
5423 die zugeteilten Gelder messbare Ergebnisse zu liefern. Durch eine solche Orientie-
5424 rung am Ergebnis und der Effizienz verhindern wir versteckte Quersubventionierun-
5425 gen und stellen sicher, dass Transparenz und Wirtschaftlichkeit die Leitprinzipien
5426 unseres Landeshaushalts werden.

5427

5428 **8. Schluss mit sogenannten Sondervermögen!**

5429

5430 „Sondervermögen“ sind nichts anderes als versteckte Schuldenhaushalte. Sie die-
5431 nen der Umgehung der Schuldenbremse und verschleiern die wahre Haushaltslage
5432 gegenüber Parlament und Öffentlichkeit. Solche Schattenhaushalte untergraben
5433 das Vertrauen in die staatliche Finanzführung und widersprechen dem Gebot der
5434 Haushaltswahrheit. Für uns gilt: Nur was im Haushalt steht, darf auch ausgegeben
5435 werden. Die AfD hat dem Corona-Sondervermögen der Landesregierung entschie-
5436 den widersprochen. Wir werden keine Sondervermögen auflegen und bestehende
5437 Sondervermögen schnellstmöglich rückabwickeln.

5438

5439 **9. Haushaltsklarheit per Gesetz – Ehrliche und transparente Budgets!**

5440

5441 Die AfD Sachsen-Anhalt wird ein Haushaltstransparenzgesetz einbringen, das trick-
5442 reiche Haushaltsführung unterbindet. Wir garantieren damit, dass der Landeshaus-
5443 halt künftig den verfassungsrechtlichen Grundsätzen der Wahrheit und Klarheit
5444 strikt entspricht. Undurchsichtige Posten wie globale Minderausgaben – pauschale
5445 Einsparvorgaben ohne konkrete Zuordnung – wird es nicht mehr geben. Solche Ta-
5446 schenspielertricks im Etat, wie sie derzeit genutzt werden, um Haushaltslöcher zu
5447 verbergen, betrachten wir als inakzeptabel und verfassungswidrig. Unser Gesetz
5448 schreibt vor, dass alle Einnahmen und Ausgaben vollständig und nachvollziehbar
5449 auszuweisen sind. Wir schaffen einen glasklaren, wahrheitsgetreuen Haushalt, der
5450 ehrlich finanziert ist und den Bürgern Rechenschaft über jeden Euro ablegt. Damit
5451 ziehen mit uns eine verlässliche Haushaltsdisziplin ein. Wir gewährleisten die Ein-
5452 haltung der Schuldenbremse ohne Ausnahmen oder kreative Umwege.

5453 **10. Finanzausgleichsgesetz grundlegend reformieren!**

5454
5455
5456
5457
5458
5459
5460
5461
5462
5463
5464
5465
5466
5467
5468
5469
5470
5471
5472
5473
5474
5475
5476
5477
5478
5479
5480
5481
5482
5483
5484
5485
5486
5487
5488
5489
5490
5491
5492

Die kommunale Selbstverwaltung braucht eine verlässliche, einfache und autonome Finanzierung. Wir werden das Finanzausgleichsgesetz (FAG) grundlegend reformieren. Die Finanzausgleichsmasse wird über das geltende Mindestniveau hinaus angehoben und stärker als bisher über allgemeine Schlüsselzuweisungen statt über kleinteilige Fördertöpfe verteilt. Dabei verankern wir einen automatischen Konnexitätsausgleich, der neue oder erweiterte Aufgaben der Kommunen vollständig und dauerhaft kompensiert. Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, den gesetzlichen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer spürbar zu erhöhen und die Verteilmechanismen zu vereinfachen. Bis dahin sorgt ein modernisiertes FAG für planbare Einnahmen, weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielraum vor Ort. Unser Ziel ist, Anreize für eigene Steuerkraft zu erhalten, gemeinsame Aufgaben gerecht zu verteilen und die Kommunen von „goldenen Zügeln“ durch zweckgebundene Programme zu befreien – für starke Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt.

5493 **XVII. Gesundheit und Pflege**

5494

5495 Der freie Markt ist das beste Instrument zur Versorgung der Bürger mit Waren. Ge-
5496 sundheit aber ist keine Ware und darf deshalb nicht dem freien Markt ausgeliefert
5497 werden. Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen; sie zu schützen muss das
5498 oberste Gebot einer guten Gesundheitspolitik sein. Bei der Ausrichtung gesund-
5499 heitspolitischer Maßnahmen muss deshalb immer das Patientenwohl im Mittel-
5500 punkt stehen. Wirtschaftliche Interessen müssen hintangestellt werden.

5501

5502 Die Aufgabe der Gesundheitspolitik auch des Landes ist die Förderung der Gesund-
5503 heit aller Bürger. Das Gesundheitswesen ist so einzurichten, dass das ökonomische
5504 Profitstreben Mittel zum Zweck der Volksgesundheit wird, nicht umgekehrt. Alle Bür-
5505 ger sollen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung haben,
5506 die bezahlbar bleiben muss.

5507

5508 Angesichts der in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Profitorientierung des Ge-
5509 sundheitswesens fordern wir ein grundsätzliches Umdenken weg von einer Privati-
5510 sierung um jeden Preis und unternehmerischem Gewinnstreben hin zur Gesund-
5511 heitsversorgung als einer öffentlichen Aufgabe. Unser besonderes Augenmerk gilt
5512 dabei der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

5513

5514 Wir werden alle Möglichkeiten der Landespolitik nutzen, um die im Laufe der Jahre
5515 durch Schlendrian, Lobbyismus und falsche Prioritätensetzung entstanden Mängel
5516 abzustellen.

5517

5518 Was die Pflege angeht, so ist sie ebenso wie die Kindererziehung eine lebensnahe
5519 Tätigkeit, die ursprünglich nicht professionalisiert war und erst in jüngerer Zeit durch
5520 staatliche Institutionen übernommen wurde. Pflege ist ihrem Wesen nach Ausdruck
5521 der Fürsorge liebender Angehöriger. Wir werden die Familie fördern, damit sie die ihr
5522 eigene Funktion zur Entlastung des Gemeinwesens besser erfüllen kann.

5523

5524 **1. Investitionsoffensive für ein modernes Gesundheitswesen!**

5525

5526 Viele Kliniken in Sachsen-Anhalt sind seit Jahren unterfinanziert. Die Folgen sind
5527 spürbar: marode Gebäude, veraltete Technik und fehlendes Personal. Wir benötigen
5528 deshalb eine deutliche Erhöhung der Investitionsmittel. Unser Ziel ist, das Investi-
5529 onsvolumen von 180 Millionen Euro aus dem Jahr 2005 wieder zu erreichen. Diese
5530 Gelder müssen zweckgebunden für die Sanierung, Modernisierung und den Ausbau
5531 von Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt eingesetzt werden, damit unsere Kliniken
5532 auch in Zukunft leistungsfähig für die Patienten und attraktiv für medizinisches Per-
5533 sonal bleiben.

5534

5535 Wir schließen uns der Bundeslinie der AfD an, die eine bedarfsorientierte Kranken-
5536 hausfinanzierung fordert, und setzen diese konkret für Sachsen-Anhalt um: Investi-
5537 tionen in moderne Medizintechnik, bessere Arbeitsbedingungen und eine zukunfts-
5538 sichere Infrastruktur statt Kürzungen und Schließungen.
5539

5540 **2. Keine Privatisierung von Krankenhäusern mehr!**

5541
5542 Der Verkauf kommunaler Krankenhäuser an gewinnorientierte private Klinikkon-
5543 zerne hat sich als Fehler erwiesen. Die Versorgung leidet. Die Standards werden zu-
5544 nehmend abgesenkt auf ein medizinisch kaum noch vertretbares Niveau. Grund-
5545 satz muss sein: Kommunen und das Land haben immer Vorrang vor privaten Käu-
5546 fern. Nur wenn eine öffentliche Trägerschaft nachweislich nicht möglich ist, darf
5547 über eine andere Lösung nachgedacht werden – und auch dann ausschließlich im
5548 Interesse der Patientenversorgung. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, bereits
5549 privatisierte Häuser dort, wo es medizinisch geboten ist, wieder in die Verantwor-
5550 tung von Land, Kommunen oder gemeinnützigen Trägern zu überführen.
5551

5552 **3. Umstrukturierungen nur im Sinne des Patienten!**

5553
5554 Wir stehen einer notwendigen Umstrukturierung ineffizienter kleiner Krankenhäuser
5555 in Praxiskliniken unter Führung von niedergelassenen Ärzten zum Wohle und zur flä-
5556 chendeckenden Versorgung der Patienten nicht im Weg, sofern die Versorgungs-
5557 qualität der Region hierdurch nicht abnimmt. Umstrukturierungen müssen grund-
5558 sätzlich mindestens die Basisversorgung gewährleisten. Nicht alle Einrichtungen
5559 können gleich hoch spezialisiert sein. Um die Qualität der medizinischen Versor-
5560 gung zu verbessern und gleichzeitig die Effizienz und Ressourcennutzung im Ge-
5561 sundheitswesen zu steigern, ist es sinnvoll, dass sich bestimmte Kliniken oder Ab-
5562 teilungen auf bestimmte Krankheitsbilder oder medizinische Behandlungen spezia-
5563 lisieren.
5564

5565 **4. Leistungsgruppen sinnvoll gestalten!**

5566
5567 Das neue Krankenhausstärkungsgesetz führt eine Finanzierung nach Leistungs-
5568 gruppen ein. Krankenhäuser dürfen bestimmte Behandlungen künftig nur noch an-
5569 bieten, wenn sie dafür festgelegte Fachabteilungen, Mindestpersonal und eine be-
5570 bestimmte Fallzahl nachweisen. Ziel ist eine bessere Qualitätssicherung – in der Praxis
5571 droht in Sachsen-Anhalt jedoch eine gefährliche Ausdünnung der Versorgung. Ge-
5572 rade kleinere Kliniken im ländlichen Raum könnten wichtige Bereiche verlieren. Be-
5573 sondern gefährdet sind die Geburtshilfe, die Pädiatrie oder die Innere Medizin/Not-
5574 fallversorgung. Wir werden dafür sorgen, dass die Einführung von Leistungsgruppen
5575 nicht starr nach bundesweiten Maßstäben erfolgt, sondern an die besonderen

5576 Gegebenheiten unseres Landes angepasst wird – mit großen Entfernungen, dünner
5577 Besiedlung und einer ohnehin angespannten Krankenhauslandschaft. Qualitätssi-
5578 cherung ist wichtig, aber sie darf nicht zu einer kalten Strukturbereinigung führen.
5579 Grund- und Regelversorgung müssen in allen Regionen Sachsen-Anhalts erhalten
5580 bleiben.
5581

5582 **5. Gesundheitszentren für eine flächendeckende Versorgung!**

5583
5584 Neben der niedergelassenen und freiberuflichen Ärzteschaft als einer tragenden
5585 Säule der Gesundheitsversorgung begrüßen wir auch alternative Versorgungsfor-
5586 men wie regionale Gesundheitszentren. Regionale Gesundheitszentren verfügen
5587 über ein breites Spektrum an Fachrichtungen, können moderne Arbeitszeitmodelle
5588 anbieten und sich somit auf die neuen Anforderungen junger Mediziner anpassen.
5589 Das erprobte Modell der Polykliniken wird hierin in Ansätzen erfolgreich weiterge-
5590 führt. Die Führung der Gesundheitszentren durch Klinikkonzerne sehen wir kritisch,
5591 da diese Zentren ein Teil der Daseinsvorsorge sind.
5592

5593 **6. Den Rettungsdienst wieder zur schnellen medizinischen Hilfe machen!**

5594
5595 Die Mitarbeiter des Rettungsdienstes stehen Tag für Tag für das Leben und die Ge-
5596 sundheit der Bürger ein. Der Rettungsdienst leistet einen unschätzbar wertvollen
5597 Beitrag bei der Gesundheitsvorsorge und Gefahrenabwehr. Die Hilfsfrist in Sachsen-
5598 Anhalt kann aber durch den Rettungsdienst schon seit langem nicht mehr flächen-
5599 denkend eingehalten werden.
5600

5601 Wir werden dafür sorgen, dass die Hilfsfrist durch den Rettungsdienst eingehalten
5602 werden kann. Das bedeutet mehr Dezentralisierung der Rettungswachen und eine
5603 Ausweitung der Luftrettung. Das Sicherheitsempfinden der Bürger hängt nicht nur
5604 davon ab, wie schnell die Polizei vor Ort ist, sondern auch davon, wie schnell in me-
5605 dizinischen Notfällen geholfen wird. Im Notfall zählt jede Sekunde. Wir werden des-
5606 halb mobile Ersthelfer (First Responder) flankierend zum Rettungsdienst auf freiwil-
5607 liger Basis in das Notrufsystem aufnehmen. Ziel ist ein landesweites „First Respon-
5608 der“-System, bei dem freiwillige Ersthelfer digital angebunden, rechtlich abgesi-
5609 chert und technisch ausgestattet werden.
5610

5611 **7. Notaufnahmen erhalten!**

5612
5613 Das Krankenhausstärkungsgesetz sieht die Einrichtung von integrierten Notfallzen-
5614 tren vor, in denen stationäre Notaufnahmen mit vertragsärztlichen Bereitschafts-
5615 diensten zusammengelegt werden. In der Theorie soll das Doppelstrukturen

5616 vermeiden – in der Praxis besteht die Gefahr, dass kleinere Notaufnahmen geschlos-
5617 sen werden. Für Sachsen-Anhalt lehnen wir eine solche kalte Bereinigung ab.
5618 Wir streben an, dass Notfallzentren nur dort geschaffen werden, wo sie die Versor-
5619 gung wirklich verbessern. Der Zugang zu einer wohnortnahen Akut- und Notfallver-
5620 sorgung muss in allen Regionen unseres Landes garantiert bleiben.
5621

5622 **8. Abrechnungssystem patientenfreundlich reformieren!**

5623 Die gesetzliche Regelung des DRG-Systems (Abrechnungssystem der Krankenhäu-
5624 ser) ist nicht im Sinne der Patienten. Nach diesem System wird jeder Behandlungs-
5625 fall nach seinem abgeschätzten Aufwand pauschal vergütet, weshalb es für Kran-
5626 kenhäuser profitabler ist, Patienten nach einem Eingriff so schnell wie möglich zu
5627 entlassen, obwohl für eine optimale Genesung ein längeres Verweilen im Kranken-
5628 haus angezeigt wäre. Außerdem hat dieses System dazu beigetragen, dass einst
5629 rentable Kliniken in wirtschaftliche Schieflage geraten sind.
5630

5631 Wir werden uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, das DRG-System zu er-
5632 setzen. Dabei ist ein System zu entwickeln, das so wenig Bürokratie wie möglich er-
5633 zeugt und zugleich keine ökonomischen Fehlanreize mehr setzt, sondern Behand-
5634 lungserfolg und Behandlungsqualität belohnt und so einen Wettbewerb um die
5635 beste Patientenversorgung in Gang setzt.
5636

5637

5638 **9. Besser vorsorgen!**

5639 Ein Gesundheitssystem ist je besser, je weniger es in Anspruch genommen werden
5640 muss. Unser Ziel ist ein grundlegender Perspektivwechsel im Gesundheitswesen:
5641 Weg von einer reinen Reparaturmedizin, hin zu einer konsequenten, frühzeitigen
5642 und wirksamen Prävention. Prävention muss neben der kurativen Medizin, der Re-
5643 habilitation und der Pflege als gleichwertige vierte Säule fest etabliert werden.
5644

5645 Prävention verhindert Krankheiten, verlängert die Lebensdauer und steigert die Le-
5646 bensqualität. Wir wollen die weit verbreitete Fragestellung „Ich bin erkrankt, was
5647 mache ich jetzt?“ durch die Frage ersetzen: „Wie bleibe ich gesund?“ Dazu gehört
5648 auch, neue medizinische Erkenntnisse und innovative Verfahren konsequent zu nut-
5649 zen, wenn sie nachweislich dem Wohl der Patienten dienen. Der medizinische Fort-
5650 schritt muss den Menschen zugutekommen – unabhängig davon, ob etablierte
5651 Strukturen oder Kostenargumente dem entgegenstehen.
5652

5653 Moderne Diagnostik, digitale Gesundheitsanwendungen, innovative Vorsorgeunter-
5654 suchungen und neue Therapieansätze sollen dort eingesetzt werden, wo sie sinn-
5655 voll, wirksam und patientenorientiert sind. Entscheidungen im Gesundheitswesen
5656 dürfen sich nicht primär an wirtschaftlichen Interessen, Kostendämpfung oder den
5657

5658 Vorgaben großer Konzerne orientieren. Maßstab allen Handelns muss stets das Pa-
5659 tienteswohl sein. Einflussnahmen von Lobbyisten und wirtschaftlichen Interessen-
5660 gruppen wollen wir begrenzen und Entscheidungsprozesse transparent gestalten.

5661
5662 Die Rahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz in Sachsen-Anhalt aus dem Jahr
5663 2016 verpflichtet das Land, sicherzustellen, dass Kommunen und Landkreise in die
5664 Lage versetzt werden, vorhandene Mittel für Präventionsmaßnahmen abzurufen
5665 und einzusetzen. Wir werden diese Vereinbarung konsequent mit Leben füllen und
5666 erweitern. Darüber hinaus werden wir eigenständige Präventionsstrategien entwi-
5667 ckeln und umsetzen, die sich an den tatsächlichen gesundheitlichen Herausforde-
5668 rungen orientieren und neben der klassischen Schulmedizin auch Grundsätze der
5669 Ernährung und sportlichen Ertüchtigung beinhalten.

5670
5671 Im Rahmen der verpflichtenden Schuleingangsuntersuchungen werden wir ver-
5672 stärkt auf Gesundheitsrisiken wie Übergewicht, Bewegungsmangel und Fehlent-
5673 wicklungen achten und Eltern frühzeitig gezielt informieren und unterstützen. Prä-
5674 vention beginnt im Kindesalter. Ergänzend dazu werden wir landesweite Richtlinien
5675 für die Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen erlassen, die sicherstellen,
5676 dass Kindern und Jugendlichen qualitativ hochwertiges, gesundes und ausgewoge-
5677 nes Essen angeboten wird.

5678
5679 Durch gezielte Förderprogramme, Aufklärungsangebote und praxisnahe Gesund-
5680 heitsbildung in den Schulen wollen wir erreichen, dass Kinder und junge Erwach-
5681 sene frühzeitig über die Risiken einer ungesunden Lebensführung aufgeklärt wer-
5682 den. Ziel ist es, Eigenverantwortung zu stärken, Gesundheitskompetenz zu vermit-
5683 teln und langfristig die Zahl vermeidbarer Erkrankungen deutlich zu senken.

5684
5685 Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem beginnt nicht im Krankenhaus, sondern im
5686 Alltag der Menschen. Prävention, Innovation und Patientenorientierung müssen da-
5687 bei Hand in Hand gehen.

5688

5689 **10. Medizinstudenten statt Importärzte!**

5690
5691 Die Altparteien haben auf den Ärztemangel nur eine Antwort: Einwanderung. Aus-
5692 ländische Ärzte aber sind wegen der Sprachbarriere und kultureller Differenzen oft
5693 kaum geeignet, unsere Bürger richtig zu behandeln. Hinzu kommt oft eine zweifel-
5694 hafte oder schwer einschätzbare Qualifikation bei ausländischen Abschlüssen. Die
5695 beste Behandlung ist mit Ärzten gewährleistet, die hier bei uns ausgebildet wurden.
5696 Wir werden deshalb alles dafür tun, künftig nicht mehr auf ausländische Ärzte an-
5697 gewiesen zu sein.

5698
5699 In einem ersten Schritt werden wir die Kapazitäten für Medizinstudenten an den Uni-
5700 versitäten des Landes ausbauen. Der Aufwuchs an Studienplätzen soll mindestens

5701 20 Prozent betragen. Wir werden auch dafür Sorge tragen, dass unsere Universitäten
5702 unabhängig von dem bürokratischen und oft nicht fachgerechten Numerus-Clau-
5703 sus-System mehr engagierte Studienbewerber direkt annehmen.
5704

5705 **11. Mehr Ärzte aufs Land!**

5706
5707 Der ländliche Raum leidet besonders unter dem Ärztemangel. Weite Gebiete sind
5708 mittlerweile nicht mehr ausreichend hausärztlich versorgt. Geht ein Hausarzt auf
5709 dem Land in Rente, finden sich immer seltener Nachfolger. Wir werden deshalb eine
5710 spezielles Landarztstipendienprogramm auflegen. Das Land finanziert Medizinstu-
5711 denten mit Stipendien das Studium. Im Gegenzug verpflichten sie sich, für mindes-
5712 tens zehn Jahre als Landärzte in Sachsen-Anhalt tätig zu sein. Wer dieser Verpflich-
5713 tung nicht nachkommt, muss die erhaltenen Leistungen verzinst zurückzahlen.
5714

5715 **12. Pflegeberufe aufwerten – Pflegenotstand beheben!**

5716
5717 Sachsen-Anhalts Pflegebranche leidet unter akutem Fachkräftemangel. Die Zahl al-
5718 ter und pflegebedürftiger Menschen steigt ständig, während die Zahl der Fachkräfte
5719 stagniert. Wir werden dafür sorgen, dass der zukünftige Pflegepersonalbedarf auf
5720 Basis der Ermittlung des individuellen Pflegebedarfs der Patienten und Bewohner
5721 abgeleitet wird. Danach werden wir Pflegepersonaluntergrenzen für alle medizini-
5722 schen Bereiche festgelegt. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden konse-
5723 quent abgebaut werden: Weniger Dokumentationspflichten, mehr Zeit für die Pflege
5724 am Menschen.
5725

5726 **13. Zurück zu einer differenzierten Ausbildung in der Pflege!**

5727
5728 Die Qualität der Ausbildung entscheidet über die Qualität der Pflege. Mit der Einfüh-
5729 rung der generalistischen Pflegeausbildung wurde die bisher bewährte getrennte
5730 Ausbildung in Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege abgeschafft. In
5731 der Praxis zeigt sich zunehmend, dass diese Ausbildung nicht den fachlichen Anfor-
5732 derungen genügt: wichtige Spezialisierungen gehen verloren, Absolventen fühlen
5733 sich unzureichend vorbereitet, und die Attraktivität des Berufes sinkt.

5734
5735 Wir werden deshalb zur differenzierten Pflegeausbildung zurückkehren. Alten-,
5736 Kranken- und Kinderkrankenpflege benötigen jeweils eigene Schwerpunkte und fun-
5737 dierte Fachkenntnisse. Nur so kann sichergestellt werden, dass Pflegekräfte best-
5738 möglich auf die Bedürfnisse ihrer Patientengruppen vorbereitet sind.
5739

5740 **14. Pflegekammer nur mit Zustimmung der Betroffenen!**

5741
5742
5743
5744
5745
5746

Um der Pflege eine Stimme zu verleihen und die Rechte der Pflege zu stärken, fordern wir, dass die Pfleger selbst darüber abstimmen sollen, ob sie die Einrichtung einer Pflegekammer für Sachsen-Anhalt wünschen. Sollte eine Pflegekammer eingerichtet werden, soll es dort keine Zwangsmitgliedschaft geben.

5747 **15. Pflege zuhause fördern – Familienzusammenhalt stärken!**

5748
5749
5750
5751
5752
5753
5754
5755
5756
5757
5758
5759
5760
5761
5762
5763
5764
5765
5766
5767

Die Pflege zuhause hat gegenüber der Pflege im Heim entscheidende Vorteile. Der alte Mensch verbleibt in seiner gewohnten Umgebung, die Kosten für die Allgemeinheit bleiben überschaubar und der Sinn von Familie wird wieder deutlich. Wir sehen den herrschenden Trend, mehr und mehr Aufgaben der Familie dem Staat aufzubürden, kritisch und werden deshalb auch auf dem Gebiet der Pflege dafür sorgen, dass die Familie wieder mehr von dem übernimmt, was sie schon immer geleistet hat und was sie auch besser leisten kann als der Staat.

Die steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege sind für viele Menschen in Sachsen-Anhalt eine untragbare Belastung. Wir stehen für eine wirksame Begrenzung dieser Kosten und mehr Unterstützung für Familien. Angesichts der hohen Kosten, die ein Pflegeplatz im Heim erzeugt, sind die Vergütungen für pflegende Familienangehörige noch zu niedrig. Wir brauchen steuerliche Entlastungen und ein Landespflegegeld. Außerdem werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Pflegeleistungen innerhalb der Familie in höherem Umfang als bislang auf die Rente angerechnet werden. Zudem wollen wir Tagespflegeplätze ausbauen, damit Angehörige entlastet werden und pflegebedürftige Menschen länger zu Hause versorgt werden können.

5768 **16. Ein Lebensende in Würde!**

5769
5770
5771
5772
5773
5774
5775
5776
5777
5778
5779

Schwerstkranke Menschen und Sterbende haben Anspruch auf eine spezialisierte palliative Versorgung. Die Palliativmedizin hat das Ziel, die Folgen einer Erkrankung zu lindern, wenn keine Aussicht auf Heilung mehr besteht. Jeder Bürger hat das Recht, sein Leben in Würde und ohne Schmerzen beenden zu können. In Sachsen-Anhalt gibt es jedoch erhebliche regionale Unterschiede in der Palliativ- und Hospizversorgung. Gerade im ländlichen Raum fehlen Fachkräfte, die schwerstkranke und sterbende Menschen versorgen. Wir streben an, dass in allen Regionen spezialisierte ambulante Palliativdienste (SAPV) sowie stationäre Hospizplätze zur Verfügung stehen.

5780 Angehörige sollen durch Beratung, finanzielle Unterstützung und begleitende Hilfen
5781 stärker entlastet werden. Als Ergänzung zur Unterbringung in Hospizen oder auf Pal-
5782 liativstationen wollen wir allerdings auch das begleitete Sterben zuhause im Kreise
5783 der Familie besonders fördern.
5784

5785 **17. Gesundheitswesen gerecht finanzieren!**

5786
5787 Unser Ziel ist ein gerechtes Gesundheitssystem, das eine hohe Qualität gewährleis-
5788 tet, ohne die Menschen finanziell zu überlasten und unterschiedlich zu versorgen.
5789 Das aktuelle System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung leistet das
5790 nicht. Während der Leistungsumfang der gesetzlichen Versicherung immer weiter
5791 reduziert wird, werden Privatpatienten oft überversorgt, weil sie sich lukrativer ab-
5792 rechnen lassen. Wir sehen die Lösung in einer Basisversicherung für alle, wozu wir
5793 die einzelnen gesetzlichen Krankenkassen zu einer Krankenversicherung zusam-
5794 menfassen wollen. Wir werden dazu auf Bundesebene eine Initiative starten.
5795 Ebenso muss der gesetzlichen Krankenversicherung erlaubt werden, den Beamten
5796 beihilfekompatible Krankenversicherungen anzubieten.

5797
5798 Notwendige medizinische Versorgung einschließlich wissenschaftlich fundierter
5799 und von Fachgesellschaften empfohlener medizinischer Vorsorgemaßnahmen, die
5800 folglich in entsprechenden Richtlinien vom Gemeinsamen Bundesausschuss be-
5801 schlossen werden, sollen zu den Leistungen der Basisversorgung gehören. Leistun-
5802 gen, die über die Basisversorgung hinausgehen, können weiterhin von privaten Kas-
5803 sen angeboten werden.
5804

5805 **18. Corona-Zeit aufarbeiten!**

5806
5807 Die Altparteien haben während der Corona-Zeit mit irrationaler Angstpolitik und mo-
5808 ralischem Druck eine beispiellose Einschränkung von Grundrechten durchgesetzt.
5809 Millionen Bürger wurden entrechtet, ausgegrenzt und wirtschaftlich geschädigt.
5810 Ganze Berufsgruppen wurden zur Impfung mit einem kaum getesteten mRNA-Impf-
5811 stoff gezwungen, der sich im Nachhinein als unwirksam und gefährlich für Leib und
5812 Leben erwiesen hat. Kinder wurden über Jahre hinweg durch Maskenzwang, Isola-
5813 tion und soziale Restriktionen belastet.

5814
5815 Kritische Stimmen aus Wissenschaft und Gesellschaft wurden diffamiert, ausge-
5816 grenzt oder mundtot gemacht. Durch den zunehmenden Druck auf Ungeimpfte
5817 wurde bewusst eine gesellschaftliche Spaltung in Kauf genommen oder sogar ge-
5818 zielt betrieben. Die nur knapp gescheiterte allgemeine Impfpflicht markierte dabei
5819 den vorläufigen Höhepunkt dieses autoritären Kurses.
5820

5821 Die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen war schon damals jedem vernünftig
5822 denkenden Menschen klar. Damit waren die Maßnahmen Unrecht. Alle Strafen und
5823 Verurteilungen für Verstöße gegen die Maßnahmen waren Unrecht. Um dieses Un-
5824 recht aufzuarbeiten, die Schuldigen zu benennen und sie zur Rechenschaft zu zie-
5825 hen, werden wir einen Untersuchungsausschuss einsetzen.

5826

5827 Daneben werden wir für den Fall, dass sich eine Epidemie mit einem wirklich gefähr-
5828 lichen Virus mit hoher Mortalität ausbreitet, einen Krisenplan ausarbeiten, der einen
5829 effizienten Schutz der Bevölkerung gewährleistet.